



HoF Wittenberg -
Institut für Hochschulforschung
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg e.V.

2'04

ARBEITS BERICHTE

Roland Bloch
Peer Pasternack

Die Ost-Berliner Wissenschaft
im vereinigten Berlin

Eine Transformationsfolgenanalyse

Roland Bloch / Peer Pasternack: Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse (HoF-Arbeitsbericht 2/2004). Hrsg. durch HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2004. 124 S. ISSN 1436-3550.

Im Februar 2002 hatte in Berlin auf Einladung von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung eine Tagung unter dem Titel „10 Jahre danach“ stattgefunden. Auf dieser bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus Ost ihr damaliges Wirken und dessen seitherige Wirkungen. Die Vorträge und Diskussionen waren u.a. durch deutliche (selbst)kritische Anmerkungen gekennzeichnet. Da der Ostteil Berlins durch den Umstand, dass sich dort ein Drittel des gesamten Wissenschaftspotenzials der DDR konzentrierte, besonders von den Entwicklungen betroffen gewesen war und die Ergebnisse nach wie vor unzuträgliche Spannungen in der Stadt bewirken, hatte der Berliner Wissenschaftssenator eine Expertise zur aktuellen Berliner Situation in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten wird vorliegend – ergänzt um weitere Texte – dokumentiert und führt im Ergebnis zu Handlungsempfehlungen an Politik, Hochschulen und wissenschaftliche Gemeinschaft.

In February 2002, the Science Council, the German Science Foundation, and the Volkswagen-Foundation invited to the conference “10 years after”, held in Berlin. Here, the shaping and consequences of the transformation of East German higher education and research system were discussed by its actors. Presentations and discussions showed also clear (self)critical comments. The Eastern part of Berlin concentrated a third of the GDR science potential, and was thus highly affected by the consequences. Furthermore, the results of the transformation continue to produce tensions in the city. Because of these reasons, the Berlin secretary of science requested an expertise on the actual situation in Berlin. This report is – supplemented with further texts – documented here, and results in recommendations for political actors, higher education institutions, and the scientific community.

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	5
Vorbemerkungen	6
1. Problemstellung und Anlässe	7
2. Vorgeschichte: Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau 1990 ff. unter besonderer Berücksichtigung seiner Ost-West-Spezifik	11
2.1. Abläufe und Ergebnisse	11
2.2. Bilanzierende Deutungen	23
3. Die Berlin-Expertise	27
3.1. Methodik	27
3.2. Die aktuellen Problemlagen	30
3.2.1. Deutung der Ursachen – der ostdeutsche Wissenschaftsumbau	30
<i>Exkurs: Der Personalaustausch im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft (33-38)</i>	
3.2.2. Unzulänglich genutzte Kompetenzen	39
<i>Exkurs: Zu den Deutungskompetenzen zur ostdeutschen Geschichte und Gesellschaft (40-42)</i>	
3.2.3. Probleme der Arbeits- und Lebensumstände	44
<i>Exkurs: Zur Geschichte des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (47-49)</i>	
3.2.4. Symbolische und Anerkennungsprobleme	54
<i>Exkurs: Die Situation der Zweiten Wissenschaftskultur (55-57)</i>	
<i>Exkurs: Die Situation der Leibniz-Sozietät (59-64)</i>	
3.2.5. Einigungsbezogene Bewertungen der Berliner Wissenschaftspolitik	64
3.2.6. Zusammenfassung	67
3.3. Optionen der Problembearbeitung	67
3.3.1. Rahmenbedingungen	67
3.3.2. Empirisch erhobene Lösungsvorschläge	71
<i>Zum Problem unzulänglich genutzter Kompetenzen (71). Zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände (72). Zu symbolischen und Anerkennungsproblemen (77).</i>	
3.3.3. Handlungsempfehlungen	80
<i>Voraussetzungen der Empfehlungen und ihrer Umsetzung (80). Empfehlungen zum Problem unzulänglich genutzter Kompetenzen (83). Empfehlungen zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände (86). Empfehlungen zu symbolischen und Anerkennungsproblemen (90). Zusammenfassungen (93).</i>	
4. Annotierte Bibliografie: Wissenschaftstransformation in Ost-Berlin 1989 ff.	95
Literaturverzeichnis	115

Anhang

Fragebogen für das schriftliche Anhörungsverfahren	122
Leitfaden für die Experteninterviews	123

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1:	Anzahl der in Berlin durch WIP, HSP III, HWP 3 Geförderten	49
Tab. 1:	Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur in Berlin	58
Tab. 2:	Problemlagen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“	67
Tab. 3:	Übersicht: Die Empfehlungen und ihre Adressaten	93
Tab. 4:	Umschichtungserfordernisse im Wissenschaftshaushalt bei Umsetzung der der an die Politik adressierten Empfehlungen	94
Tab. 5:	Themen der Beratungen im Abstimmungsgremium	94

Vorbemerkungen

Das vorliegende Heft führt dreierlei Texte zusammen: In seinem Zentrum steht die Dokumentation eines Gutachtens, das HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung im Auftrag der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur Berlin erstellt hat (Kapitel 3; empirische Erhebungen und federführende Bearbeitung: Roland Bloch). Dieses Gutachten wird durch kontextualisierende Texte eingerahmt: eine soziologische Interpretation des ost-deutschen Wissenschaftsumbaus – vor dem Hintergrund des Gutachtenanlasses unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Spezifik – sowie eine annotierte Bibliografie „Wissenschaftstransformation in Ost-Berlin 1989 ff.“ (Kapitel 2 und 4; Autor: Peer Pasternack).

Das im Dezember 2003 abgeschlossene Gutachten ist eine thematisch präzise eingegrenzte Expertise, für deren Erstellung – von HoF Wittenberg kurzfristig übernommen – vier Monate zur Verfügung standen. Der realisierte Projektumfang ergab sich aus den zeitlichen und finanziellen Limitierungen des Auftragsvolumens. Dementsprechend wird dort ein Problemaufriss geliefert, der durchaus weitergehende Informationsbedürfnisse produzieren kann. Um diese zu bedienen, wären zusätzliche Erhebungen notwendig.

Zumindest in einer Richtung indes kann in der hier vorgelegten Publikation die auftragsgemäße inhaltliche Beschränkung des Gutachtens relativiert werden: Die Expertise analysierte ausschließlich die *gegenwärtige* Situation und konnte sich nur am Rande mit der Wissenschaftstransformation der 1990er Jahre befassen. Die Vergangenheit interessierte dort nur insoweit, als die Abläufe und Deutungen des Zurückliegenden für die Einschätzung des Gegenwärtigen durch die Akteure eine beträchtliche Rolle spielen. Um den Gebrauchswert der Expertise sowohl für Berlin wie auch darüber hinaus zu erhöhen, werden dem Gutachten in der vorliegenden Publikation die ergänzenden Texte zur Seite gestellt. Damit lassen sich die Hintergründe der aktuellen Situation und die Prozesse, welche dieser Situation vorgelagert waren, erschließen.

1. Problemstellung und Anlässe

„Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ mag als eine merkwürdige Bezeichnung erscheinen, da Wissenschaft sich in der Regel nur sehr bedingt nach Stadtteilen organisiert. So sollen mit dieser Bezeichnung auch nicht die heute im Ostteil Berlins angesiedelten Hochschulen und Institute gekennzeichnet werden. Gemeint sind mit „der Ost-Berliner Wissenschaft“ vielmehr all die Phänomene, die sich der spezifischen Verankerung von Wissenschaft in der früheren DDR-Hauptstadt und dem ebenso spezifischen Gang der Transformation der Ost-Berliner Wissenschaftslandschaft seit 1990 verdanken. Diese mehrschichtigen Phänomene zeichnen sich durch anhaltende Persistenz aus, so dass eine partiallokale Charakterisierung wie „die Ost-Berliner Wissenschaft“ durchaus gerechtfertigt ist:

- Dazu zählen erstens Personen und institutionelle Sonderregelungen, die allein aus der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation der 1990er Jahre erklärbar sind: so z.B. die einst innerhalb des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) und heute im Rahmen des Hochschul-Wissenschafts-Programm (HWP) geförderten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.
- Ebenso zählt dazu die außerhalb etablierter akademischer Zusammenhänge wirkende sog. Zweite Wissenschaftskultur – eine Art akademischer ‚postsozialistischer Subkultur‘, getragen von Personen, die im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftsstrukturen in den 1990er Jahren aus Normalbeschäftigungsverhältnissen herausgefallen sind oder nur prekäre Weiterverwendungen fanden. Sie haben sich daraufhin in eingetragenen Vereinen und Klubs organisiert und dort ein eigenes Veranstaltungswesen, Forschungsprojekte und Publikationsaktivitäten beträchtlichen Ausmaßes entfaltet.
- Drittens schließlich bilden die strukturellen und epistemischen Sedimente der DDR-Wissenschaftsgeschichte eine eigene Schicht dessen, was hier „die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ genannt werden soll: Als Hauptstadt der DDR war Ost-Berlin Gravitationskern der sehr eigenen Verbindung von Wissenschaft und Politik im staatssozialistischen System, gekennzeichnet durch Wissenschaftsgläubigkeit ebenso wie Wissenschaftsignoranz, durch wissenschaftlichen Opportunismus, aber auch durch wissenschaftliche Renitenz, all dies in je abgestuften Varianten.

Die Präsenz dieser Schichten im öffentlichen Bewusstsein der Stadt und in den örtlichen wissenschaftlichen Aktivitäten ist sehr differenziert ausgeprägt. Das resultiert wesentlich aus dem Charakter der ostdeutschen Wissenschaftstransformation nach 1989. Im Zuge dieses Prozesses gab es unter Bedingungen des Zeitdrucks, unzulänglicher Information und innerwissenschaftlicher Verteilungsauseinandersetzungen eine Reihe von problematischen Entscheidungen. Diese führten unter anderem zu individuellen Ungerechtigkeiten, welche die ost-westdeutsche Verständigung bis heute behindern, und zu fragwürdigen Asymmetrien, die sich in

unterschiedlichen Verteilungen ökonomischen, symbolischen und (wissenschafts-)politischen Kapitals entlang einer Ost-West-Achse zeigen.

Diese Einschätzung ist mittlerweile über alle politischen Lager- und Milieugrenzen hinweg unstrittig. Allenfalls wird noch widersprüchlich bewertet, wie die produzierten Probleme zu den ebenso vollbrachten Leistungen ins Verhältnis gesetzt werden sollten. Denn in der Tat gab (und gibt) es auch beträchtliche Finanztransfers mit grandiosen Ausstattungsverbesserungen der Ost-Berliner wie insgesamt der ostdeutschen Forschung und Hochschulen, wurden etwa 40% des früheren Akademie-Personals in Institute der außeruniversitären Forschungsorganisationen integriert, eine flächige Versorgung der ostdeutschen Regionen mit Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten erreicht usw. usf. (Die Wissenschaftsfreiheit übrigens gehört nicht in diese Aufzählung: Denn diese gab es faktisch seit dem Herbst 1989, ist also nicht der Ende 1990 vollzogenen deutschen Einheit zuzurechnen.) Daneben bestehen Bewertungsdifferenzen darüber, wie weit der Zeitdruck und die unzulängliche Information, unter denen die seinerzeitigen Transformationsentscheidungen getroffen wurden, unvermeidlich waren bzw. welche Motive ihnen zu Grunde lagen. Diese Fragen werden im übrigen nicht allein entlang der Ost-West-Achse unterschiedlich bewertet, sondern sind auch unter WissenschaftlerInnen und Entscheidungsträgern ostdeutscher Herkunft kontrovers.

Berlin ist von diesen Fragen besonders betroffen, da ca. 30% des gesamten Forschungs- und Hochschulpotenzials der DDR in Ost-Berlin angesiedelt war. Daher wirkten und wirken die Einigungsfolgen im Wissenschaftsbereich im nunmehr vereinigten Berlin auch besonders einschneidend. Zudem war ausschließlich in Berlin die Situation einer unmittelbaren administrativen Vereinigung von Ost und West gegeben. Dies bedingte, dass eine eingespielte westliche Administration – die bis dahin West-Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung – den Umstrukturierungsprozess der Hochschulen und Institute im Ostteil der Stadt steuerte.

Hinsichtlich der Ergebnisse dieser Umstrukturierung ist Widersprüchliches zu hören. Die Ost-West-Integration in der Wissenschaft und an den Hochschulen sei hervorragend geglückt, sagen die einen. Man ignoriere sich weitgehend oder lebe bestenfalls in halbwegs friedlicher Koexistenz nebeneinander her, so die anderen. Es habe sicher individuelle Härten gegeben, die aber vor der insgesamt vollbrachten Neugestaltungsleistung verblassten, heißt es auf der einen Seite. Das Ausmaß der Ungerechtigkeiten und ihr Fortwirken seien skandalös, ist von der anderen Seite zu hören. Von dieser gab es denn auch immer wieder öffentlich erhobene Forderungen, die damaligen Entscheidungen sowie deren Umsetzung zu überprüfen und zu reparieren, was noch reparabel sei (etwa Bollinger et al. 2000; Heyden 2002).

Neben diesen milieubezogenen Gründen gab es im Jahre 2002 zwei Ereignisse, die zum Anlass wurden, einer analytischen Bearbeitung der beschriebenen Problemlagen näher zu treten.

Im Februar 2002 fand in Berlin auf Einladung von Wissenschaftsrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Volkswagen-Stiftung eine Tagung unter dem Titel „10 Jahre danach“ statt. Auf dieser bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus Ost ihr damaliges Tun und dessen seitherige Wirkungen. Zwar war zu dieser Veranstaltung kein Referent eingeladen, der als prinzipieller Kritiker der Vorgänge bekannt ist. Doch gab es in den Vorträgen und Diskussionen ein unerwartetes Ausmaß an Selbstzweifeln und kritischen Anmerkungen. Am deutlichsten äußerte solche der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß, als er ausführte:

„Erlauben Sie mir noch eine persönliche Schlussbemerkung: Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.“

Mittelstraß schloss sein Referat mit den Worten: „Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun.“ (2002: 32) In der Diskussion präziserte er, was er damit meinte: „Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah“.¹ Solche Äußerungen sind unterdessen nicht mehr ungewöhnlich.² Im Gegenteil: Die ostdeutsche Wissenschaftstransformation wird allgemein so bewertet, dass ihre Abläufe als ausgesprochen suboptimal gelten. Gleichzeitig jedoch werden ihre Ergebnisse als akzeptabel bis positiv bewertet – so auch auf der Tagung „10 Jahre danach“. Diese Ambivalenz der Bewertung legt die Frage nahe, ob eine solch inkonsistente Deutung hinreichend von der heutigen Realität gedeckt ist.

Fast zeitgleich zu der Tagung, im Januar 2002, war in Berlin eine Landesregierung aus SPD und PDS gebildet worden, die eine stärkste Partei in den westlichen Teilen Berlins, die andere stärkste Partei in den östlichen Wahlkreisen. Diese spezifische Konstellation spiegelte sich auch in der Koalitionsvereinbarung beider Parteien wider. Dort heißt es:

¹ Hier zit. nach Wegelin (2002:15), da sich dieser Satz in der offiziellen Dokumentation der Veranstaltung (Stifterverband 2002) nicht findet. Er ist gleichwohl authentisch: Mittelstraß hat ihn ausdrücklich bestätigt (vgl. Mittelstraß 2002a: 12).

² aus einem Bericht über das „10 Jahre danach“-Symposion: „Von Schuld, die man auf sich geladen habe, war die Rede, von der Versündigung an einer ganzen Generation (Horst Kern), von Ungerechtigkeiten (Benno Parthier), ... von persönlicher Tragik (Manfred Erhardt), von einem schmerzlichen Prozeß (Jens Reich), von einer Katastrophe für die Betroffenen (Gerhard Maess ...), von Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen (wenngleich nur gelegentlichen, Erich Thiess ...), von ungerechtfertigten Härten an der Humboldt-Universität (... Richard Schröder)“ (Wegelin 2002: 14f.).

„Die Metropole Berlin bleibt in jeder Beziehung eine Werkstatt der Einheit und erfüllt damit eine Aufgabe für ganz Deutschland. SPD und PDS sehen sich in der Verantwortung, nach der Herstellung der staatlichen Einheit die innere Einheit Berlins weiter zu gestalten. (...) Voraussetzungen für die Vollendung der inneren Einheit sind die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Ost und West, ein höherer Respekt für die im jeweiligen Teil Berlins gelebten Biografien, auch für die von Menschen in der DDR erbrachten sozialen und kulturellen Leistungen. Über manches davon wurde in den vergangenen Jahren zu schnell und zu geringschätzig hinweggegangen.“ (Koalitionsvereinbarung 2002: 4)

An diese politischen Aussagen knüpften sich Erwartungen auch bei Ost-Berliner Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen.

Sowohl vor dem Hintergrund der neuen Nachdenklichkeit, die sich auf dem „10 Jahre danach“-Symposion zeigte, wie angesichts der zitierten politischen Selbstverpflichtung der gegenwärtigen Berliner Regierungsparteien, wie auch insbesondere eingedenk der besonderen Auswirkungen des Wissenschaftsumbaus Ost innerhalb Berlins erscheint es sowohl angemessen als auch notwendig, die ortsspezifischen Ergebnisse der seinerzeitigen Vorgänge einer genaueren Betrachtung und Bewertung zu unterziehen – so wie sie sich im Jahre 2003 darstellen.

2. Vorgeschichte: Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau 1990 ff. unter besonderer Berücksichtigung seiner Ost-West-Spezifik

2.1. Abläufe und Ergebnisse

Die strukturell wesentlichen positiven Elemente der Neuordnung der ostdeutschen Hochschullandschaft waren zweierlei: zum einen die Herstellung des freien Studienzugangs – eine befreiende Erfahrung nach 40 Jahren rigider Zulassungspolitik auf der Grundlage permanent unzutreffender Bedarfsprognosen und einer Auslese, die sich an politischen Kriterien wie (bis in die siebziger Jahre) sozialer Schichtzugehörigkeit orientierte. Das andere wesentliche Element bestand in der Neugründung zahlreicher Hochschulen in die Fläche und die Wiederbelebung vieler Fächer, die im Zuge planwirtschaftlicher Konzentrationsanstrengungen nur noch an einzelnen Standorten vertreten waren. Hierdurch gibt es nunmehr ein weitgehend flächendeckendes Angebot sämtlicher Fächer. Dies erleichtert nicht nur Studienentscheidungen, sondern bringt auch regionale Effekte.³

Im außeruniversitären Bereich waren die wesentlichen strukturellen Ergebnisse, dass eine angemessene Ausstattung der ostdeutschen Regionen mit Max-Planck- und Fraunhoferinstituten sowie Großforschungseinrichtungen (Helmholtz-Gemeinschaft) und eine überdurchschnittliche Ausstattung mit Blaue-Liste-Instituten (Leibniz-Gemeinschaft) erreicht wurde. Anhaltende Unterversorgung besteht indes bei industriellen Forschungspotenzialen.⁴

Daneben war der ostdeutsche Wissenschaftsumbau aber vor allem ein hochpolitischer Vorgang, der von seinen dominierenden Akteuren als Ableitung der Systemtransformation begriffen wurde. Das zeigt sich besonders augenfällig darin, wie völlig gegensätzlich die Legitimität der Vorgänge von beteiligten ostdeutschen Akteuren selbst bewertet wurde:

- Die einen behaupteten die Vollkompatibilität des Vorgangs mit demokratischen Erfordernissen. Denn die „legitimierten Vertreter des Volkes, des eigentlichen Souveräns, sitzen im Landtag“ – und also nicht an den Hochschulen, wie etwa ein sächsischer Erneuerungsaktivist betonte (Reinschke 1992: 71).

³ vgl. als Zwischenbilanzen und Bilanzen der Hochschultransformation Schramm (1993), Pasternack (1993), Muszynski (1993), Meyer (1993), Mayntz (1994), Buck-Bechler/Jahn (1994); Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (1994), Söllner/Walkenhaus (1998), Buck-Bechler et al. (1997), Pasternack (1999b).

⁴ vgl. als Zwischenbilanzen und Bilanzen der Neuordnung der außeruniversitären Forschungslandschaft Meske (1993), Mayntz (1994b), Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (1994), KAI (1995), Wolf (1996), Fraunhofer Gesellschaft (2002), Max-Planck-Gesellschaft (2003)

- Andere diagnostizierten beim Wissenschaftsumbau die Demokratie im Koma. So stellte ein „Ostdeutsches Memorandum“, zum 3. Oktober 1992 von 29 ostdeutschen Organisationen vorgelegt, „häufig zu beobachtende grundgesetzwidrige und auch dem Einigungsvertrag widersprechende Praktiken bei der Schließung wissenschaftlicher Einrichtungen, bei der Kündigung von Wissenschaftlern ... sowie bei der Aberkennung der ‚persönlichen Eignung‘“ fest. Es forderte daher „demokratisches Mitbestimmungsrecht der Wissenschaftler, Studenten und Angestellten bei der Erneuerung der Wissenschaft in den neuen Bundesländern, umgehende Überwindung der Bevormundung und Entmündigung“ (Ostdeutsches Memorandum 1993).
- Dritte schließlich sahen Defizite, die freilich der Übergangszeit geschuldet seien und mithin zeitlicher Begrenzung unterlägen. Beispielsweise stellte sich nach Ansicht eines Akteurs in Sachsen-Anhalt „die sehr kritische Frage, wie die personelle Zusammensetzung der [Personalüberprüfungs-]Kommissionen zustande gekommen ist. Die Antwort ist: Nicht so demokratisch, wie man sich das wünschen könnte“. Doch: „Hätten wir die Personalkommissionen wirklich frei gewählt, dann hätten wir auch die Parteistrukturen wieder einsetzen können. Es wäre weitgehend identisch gewesen.“ (Olbertz 1992: 28)

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau 1989ff. lässt sich in zwei Phasen periodisieren: Die erste kann als eine *romantische Phase des Aufbruchs* gekennzeichnet werden. Sie ist zeitlich grob auf das letzte Jahr der DDR – 1989/90 – zu datieren, endete jedoch sektoren- und ortspezifisch mit unterschiedlich langen Desillusionierungsetappen. In dieser romantischen Phase wurden Initiationen in zuerst basisdemokratische, dann repräsentativdemokratische Handlungsroutinen geleistet. Im Verhältnis zu Politik und Gesellschaft dominierte hier noch die endogene Entwicklung – einschließlich endogen verursachter Stillstands- und Blockademomente.

Die zweite Phase des Wissenschaftsumbaus war jene der *strukturierten Umgestaltung der Hochschulen*. Sie begann mit den Abwicklungsbeschlüssen vom Dezember 1990 und setzte sich fort mit der Schaffung gesetzlicher Grundlagen, Hochschulstrukturplanungen und deren Umsetzung. Diese Phase war durch eine erhebliche Pragmatisierung der Ansprüche und des Handelns der Akteure gekennzeichnet. Im Verhältnis zu Politik und Gesellschaft dominierte hier die exogene Steuerung bei vornehmlich endogener Programmumsetzung. Die Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen definierten selbst keine wesentlichen Erneuerungsziele (mehr), sondern waren nur noch an der Ausgestaltung der Instrumentierung und, per Anweisung, dem Programmvollzug beteiligt. Zeitlich eingrenzen lässt sich die Phase der strukturierten Umgestaltung auf die Jahre 1991 bis 1995.

Das paradigmatische Muster für die Umgestaltungsvorgänge hatten die Abwicklungen an den Hochschulen 1990/91 abgegeben. Diese wiederum bauten auf einer Vorgeschichte auf, nämlich dem Verhalten der Hochschulen seit dem Herbst 1989.⁵ Die Hochschulen und For-

⁵ vgl. die Buchveröffentlichungen, welche die Entwicklungen für einzelne Hochschulen dokumentieren bzw. analysieren: zur Universität Rostock: Universität Rostock (1996); zur Universität Potsdam: Universität Potsdam (1995); zur Humboldt-Universität zu Berlin: Politische Kultur (1992), Küpper (1993), Wolff (1997), Raiser (1998), StudentInnenparlament (1999), Pasternack (1999), Phönix-Pro-

schungsinstitute in der DDR waren kein Ort flächendeckender revolutionärer Aufbrüche. Das muss zunächst nicht verwundern, denn es gab keine sozialmilieubestimmte Gruppe, die Trägerin der überraschenden Vorgänge des Herbstes 1989 war. Vielmehr gab es zahlreiche Einzelne aus unterschiedlichsten sozialen und beruflichen Kontexten, die sich exponierten und dann teils zu Wortführern der enthusiasmierten Massen wurden. Immerhin aber wurde dann, als das alte Parteiregime gestürzt war, die Notwendigkeit eines Umbaus auch der Wissenschaft im Grundsatz von niemandem streitig gestellt:

„Es war zumindest öffentlich keine Stimme vernehmbar, die für den Erhalt des Status quo der Jahre 1989/90 plädierte. Insofern gab es über die sich bildenden Lager hinweg einen gemeinsamen Ausgangspunkt“ (Neidhardt 1994: 34).

Das gilt auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher Bestrebung insbesondere an den Hochschulen als restaurativer. Denn war die Neustrukturierung innerhalb der Einrichtungen im Grundsatz auch nicht strittig, so musste doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit. Der Reformeifer der „management- und politik-erfahrenen alten Kader“ etwa musste „dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten“ (ebd., 38). Zugleich bestritt keiner der beteiligten Akteure, dass es bei diesem Umbau um eine demokratische Erneuerung gehen müsse. In aller analytischen Unterkühltheit: Auch wer in der DDR im Interesse staatssozialistischer Herrschaftssicherung demokratische Entscheidungserzeugung und Machtkontrolle für entbehrlich gehalten hatte, musste nun keineswegs heucheln, wenn er jetzt demokratische Prozesse als situationsadäquat betonte. Schließlich, so das schwer zu widerlegende Argument, seien ja veränderte Rahmenbedingungen gegeben.

Doch im wesentlichen verlegte man sich 1990 dann erst einmal darauf, den jeweiligen Hochschul- oder Institutsbetrieb am Laufen zu halten, die neuen politischen Leitlinien abzuwarten und sich im übrigen nicht zu weit aus der Deckung zu wagen. Zugleich scheint das, im Rückblick betrachtet, eine gewisse Rationalität gehabt zu haben. Denn die vereinzelt autochthon verursachten Innovationsversuche, die es auch gab, überlebten in aller Regel kaum die Jahre 1991/92. Die politischen Instanzen jedenfalls sahen vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen der ostdeutschen Wissenschaft,⁶ und an diesem Punkt setzten um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an. Sie betrafen die Hochschulen und

jektgruppe (1999); zur TU Dresden: Barkleit (1993), Medizinische Fakultät (1997), Post (2002); zur Universität Leipzig: StudentInnenRat (1991a), Pasternack (1999); zur Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Berg/Hartwich (1994); zur Friedrich-Schiller-Universität Jena: Böttcher (1994).

⁶ vgl. exemplarisch H. J. Meyer (1990; 1994; 1997)

dort vorrangig Institute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden gewesen waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw.⁷

Abwicklung bedeutete die Schließung der Einrichtungen und Fortdauer der Bezahlung ihrer MitarbeiterInnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Problematisch daran war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein *Kollektivmerkmal*, entschied über die *individuelle* berufliche Existenz, ohne dass der/die Einzelne eine realistische Chance hatte, dem kollektiven Bann zu entgehen. Die Protagonisten dieses Vorgehens argumentierten jakobinisch: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es etwa bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Nowak (1991: 373).

Eine Maßnahme von solcher Eingriffstiefe wie die Abwicklung konnte dann auch nicht ohne Auswirkungen auf den Gesamtprozess bleiben. In der retrospektiven Betrachtung erweisen sich die Abwicklungen als eine Folie, welche die demokratischen Maßstäbe beschädigte. Sämtliche nachfolgenden Maßnahmen wurden vor diesem Hintergrund betrachtet und bewertet. Alles weitere fand sich dann als vergleichsweise ‚nicht so schlimm‘ beurteilt, was sachlich durchaus zutreffend war: Denn es griff in der Tat durchgehend geringer in individuelle Rechte ein als die Abwicklung. Mit der Bewertungsfolie Abwicklung im Hintergrund war jedenfalls die Voraussetzung geschaffen worden, innerhalb der Wissenschaftstransformation normabweichenden Vorgängen den Status der Hinnehmbarkeit zuzuerkennen.

In den Abwicklungen kreuzten sich die drei Dimensionen, innerhalb derer der ostdeutsche Wissenschaftsumbau stattfand: die strukturelle, personelle und die inhaltliche Dimension. Die inhaltlichen Veränderungen wurden politisch an die strukturellen und personellen gekoppelt. Neben der strukturellen Anpassung der ostdeutschen an die westdeutsche Wissenschaft und der inhaltlichen Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs war es dabei vor allem der Personalumbau, der den Gesamtvorgang kennzeichnete. Dieser bestand aus zwei Elementen: der Personalstruktur-Neugestaltung und der Personalüberprüfung.

Die Ambivalenzen auch dieser beiden Vorgänge ergaben sich in Folge zweier Umstände, die aus politischen, nicht zuletzt Wählerentscheidungen resultierten: Der politische Systemwechsel in Ostdeutschland musste zwar in einer Geschwindigkeit durchgeführt werden, in der ein solcher üblicherweise nur durch gewalttätige Revolutionen gelingen kann. Zugleich aber konnte nicht auf das Arsenal gewalttätiger revolutionärer Instrumente zurückgegriffen werden. Kurz: In revolutionärer Geschwindigkeit war ein evolutionärer Wandel umzusetzen.

⁷ vgl. zu den Abwicklungen Köhler (1991); StudentInnenRat Universität Leipzig (1991); Dahlke et al. (1991); Institut der deutschen Wirtschaft (1991); Matschenz et al. (1996)

Dies mündete in die Kompromisse zwischen Unverträglichkeiten, mit denen auch die Ambivalenz des Wandels programmiert war: Aus dem Charakter des Systemwechsels als eines grundstürzenden Vorgangs konnten einerseits revolutionäre Forderungen – etwa: radikaler Elitenwechsel – abgeleitet werden. Dem stand andererseits das Gebot legalen Handelns, also die Forderung nach Rechtsbindung jeglicher Prozesselemente, gegenüber.

„Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“, fasste Dieter Simon (1998: 509) zusammen, was sich hinter dem vielfach für diese Vorgänge gebrauchten Begriff „personelle Erneuerung“ verbarg. Dieser Prozess setzte sich aus zahlreichen Elementen zusammen und vollzog sich in mehreren Stufen, wobei es im Detail Unterschiede in den einzelnen Bundesländern gab. An den Hochschulen bestand der Prozess aus folgenden Instrumenten:

- Abberufung der HochschullehrerInnen des Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums (MLG);
- Neubesetzungen der Führungspositionen in den Hochschulen;
- Vertrauensabstimmungen über Rektoren, Dekane, Instituts- und Klinikleitungen;
- Personalabbau in Folge der Abwicklung vornehmlich gesellschaftswissenschaftlicher Sektionen/Institute;
- kommissarische Beauftragung ausgewählter Hochschullehrer mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes neuen Rechts;
- sog. Integritätsüberprüfungen incl. Regelanfrage bei der Gauck-Behörde;
- fachliche Evaluierung des (dann noch) vorhandenen Personals;
- daraus sich ergebende Entlassungen;
- Umberufungen Einzelner aus dem vorhandenen Bestand zu Professoren neuen Rechts (auf sog. Eckprofessuren);
- Personalstruktureneudefinition einschließlich deutlicher Verringerung der Stellenanzahl im Mittelbau und quantitative Ausweitung der Professorenstellen, dabei auch Integration diverser anderer Hochschul(einrichtung)en, insbesondere PHs;
- hierauf Ausschreibung aller Stellen (Hochschullehrer wie Mittelbau) und darauf gründende Bewerbungen der bisherigen Stelleninhaber (in einigen Ländern auch Überleitung in die neuen Personalkategorien ohne vorherige Ausschreibung der Stellen);
- daraufhin (a) im Mittelbau entweder Tätigkeitsfortsetzung, zum großen Teil verbunden mit dem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis, oder Entlassung „mangels Bedarf“, und parallel (b) Neubesetzungen der Professuren durch Haus- wie Fremdbesetzungen;
- schließlich Rehabilitierungen incl. symbolischer Statuserhöhungen wie Berufungen zum außerordentlichen Professor / zur außerordentlichen Professorin, was die individuellen Verbleibschancen verbesserte.

Von diesen Instrumenten waren es, neben den Abwicklungen, vor allem zwei, welche die Prozesse kennzeichneten und ihnen eine hohe Konfliktbeladenheit bescherten: die Arbeit der Personalkommissionen und der Personalstellenabbau.⁸

⁸ vgl. dazu auch unten unter 3.2.1. den Exkurs „Der Personalaustausch im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft“

Mit den Personalkommissionen war an den ostdeutschen Hochschulen das – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – Primärinstrument eines personellen Wandels installiert worden. Im Unterschied zu den Abwicklungen waren hiervon ausnahmslos alle HochschulwissenschaftlerInnen betroffen. Der Form nach vermittelte dieses Instrument nicht-justitiable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden. Auf Grundlage der von den Kommissionen gewonnenen Erkenntnisse stellten die zuständigen Wissenschaftsminister die Un-/Zumutbarkeit der einzelnen Personen fest.

Damit schlugen Dichotomisierungen voll durch und prägten fortan die Prozesse. Diese machten sich in den begleitenden Debatten an der Konstruktion einander gegenüber stehender Kollektivakteure fest. Zuerst war die Trennlinie zwischen früheren SED-Mitgliedern und Nicht-SED-Mitgliedern dominierend. Dann sahen sich Naturwissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftler als geborene Träger guter bzw. schlechter Eigenschaften charakterisiert. Der erste größere Struktureingriff im Dezember 1990 trennte fortan Abgewickelte und Nichtabgewickelte. Mit den Überprüfungen durch die Personalkommissionen fand – wie in der Gesellschaft insgesamt – auch an den Hochschulen die Opfer/Täter-Dichotomie Eingang. Hier korrespondierte eine Selbsttheroisierung derjenigen, die sich in der DDR politisch herauszuhalten versucht hatten, mit einer Dämonisierung derjenigen, die als per se verantwortlich betrachtet wurden. Für Schattierungen zwischen schwarz und weiß blieb für längere Zeit kein Platz in den dominierenden Wahrnehmungsmustern.

Der Personalstellenabbau betraf sowohl Hochschulen wie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, und er betraf regional vor allem (Ost-)Berlin und Sachsen. In diesen beiden Ballungsräumen hatte die DDR 50% ihres gesamten Wissenschaftspersonals konzentriert. Diese Größenordnungen waren nun durch die Bundesländer nicht mehr zu finanzieren. An der Universität Leipzig, um ein Beispiel zu nennen, hatten daraufhin zwei Drittel des 1990 beschäftigten Personals ihren Arbeitsplatz räumen müssen.

Lassen sich diese Vorgänge auch überregional quantitativ beziffern? Ja und nein. Die statistisch abgesicherten Erhebungen, denen sich für unseren Zweck relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen aber in den Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Zumindest lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 90er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiografien gegeben hat. Darüber hinaus kann auf Grund der Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereit halten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen

Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:⁹

- ca. 60% an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass – wie erwähnt – die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotenzials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- ca. 60% in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40% sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten sowie Großforschungseinrichtungen tätig),
- ca. 85% in der Industrieforschung (ein Ergebnis vor allem des Wirkens der Treuhand-Anstalt, die wiederum „den Markt“ dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes kann „dem Markt“ nicht direkt zugerechnet werden).

Zu den schlichten Quantitäten des Personalabbaus und -austausches gesellen sich indessen weitere bewertungsrelevante Umstände. Hier sind vor allem unterschiedliche Beschäftigungsbedingungen zu nennen. Bereits die Berufungen Ostdeutscher, wo sie zu Stande kamen, waren dadurch problembeladen, dass es sich rechtlich durchweg um Neuberufungen handelte. Das hieß, dass zwar alle RufempfängerInnen im Prinzip auch Verhandlungen führen konnten, doch: Die Verhandlungsposition der Ostdeutschen, also oft der alten StelleninhaberInnen, war die eines Privatdozenten. Wenn ein solcher seine erste Stelle antritt, hat er keine Verhandlungsspielräume. Was dieser Unterschied in der ostdeutschen Ausnahmesituation bedeutete, erschließt sich erst bei genauerem Hinsehen. Der sächsische Wissenschaftsminister bezeugte aus seinen Amtserfahrungen die Diskrepanz: Den zu berufenden Ostdeutschen habe man zum Rufschreiben gleich den ausgefertigten (also nicht mehr änderungsfähigen) Dienstvertrag hinzulegen müssen. Ganz anders dagegen bei den nicht-ostdeutschen Berufungskandidaten:

„In einer solchen Situation bedarf es schon eines besondern psychologischen Kraftaktes und eines Übermaßes an heiterer Gelassenheit, z.B. den vielseitigen Brief eines ‚Westbewerbers‘ bis zu Ende zu lesen, der in den schwärzesten Farben den drohenden Weltuntergang – jedenfalls für dieses Fachgebiet – ankündigte, falls die C3 nicht in eine C4-Stelle umgewandelt wird. Man sieht förmlich, wie fassungslos der Briefschreiber ob der Borniertheit dieses Ministers ist, der derartig kleinlich mit Assistentenstellen, Institutsbibliotheken, neuen Geräten und anderen Notwendigkeiten zurückhält. Wenn man die Anstrengungen sieht, die in Berufungsverhandlungen unternommen werden, der mangelnden Einsicht von Ministerien in die finanziellen Bedürfnisse von Professoren abzuhelfen, braucht einem um den pädagogischen Eros der Hochschullehrerschaft nicht bange zu sein.“ (H. J. Meyer 1993: 298)

Zunächst hielt sich der Ärger darüber, solche Briefe nicht schreiben zu können, bei den wiederberufenen Ostdeutschen in Grenzen. Immerhin standen ihnen ja unmittelbar auch andere

⁹ Grundlage dieser Zusammenschau sind: Meske (1993), Hg. Meyer (1993), Neie (1996), Buck-Bechler et al. (1997), Lewin (1997), Burkhardt (1997), Meske (2001), Hecht (2002).

Vorgänge vor Augen, nämlich Entlassungen oder auch die besondere Gruppe der sog. Professoren alten Rechts, also jene bereits in der DDR Berufenen, die – da positiv evaluiert – weder entlassen noch auf die ausgeschriebenen Professuren (z.T. ihre ursprünglich eigenen) berufen worden waren. Letztere befinden sich bis heute in einer merkwürdigen Position zwischen wissenschaftlichem Mitarbeiter- und Professorenstatus (vgl. Neie 1997).

Auch nach dem Ausscheiden aus dem Hochschuldienst wird das Personal ostdeutscher Herkunft, gleich in welcher Position in den Ruhestand gegangen, monatlich an seine Herkunft erinnert werden: Die Ruhestandsbezüge eines ostdeutschen Professors erreichen selbst nach zehnjähriger Tätigkeit als Hochschullehrer neuen Rechts kaum mehr als ein Viertel der Bezüge des Kollegen im Nachbarzimmer, den der biografische Zufall ursprünglich in Westdeutschland platziert hatte. Auch kann keine Angehörige und kein Angehöriger des ostdeutschen Personals generell sicher sein, die Rente im aktuellen Beschäftigungsverhältnis zu erreichen: Da in der Regel nicht verbeamtet, unterliegen sie dem BAT-Ost, und dieser setzt unter anderem die BAT-Bestimmung außer Kraft, die nach 15 Beschäftigungsjahren im Öffentlichen Dienst vor der betriebsbedingten Kündigung schützt.

Daneben war die deutsch-deutsche Wissenschaftszusammenführung auch eine Kollision zweier extrem fremder Wissenschaftskulturen. Mit einer Spur Ironie ließe es sich so sagen: Eine differenziert flexible Beamtenwissenschaft, die hinsichtlich ihres Produktmarketings von angelsächsischem Einfluss nicht gänzlich unberührt ist, traf auf eine zuvor an den herausragenden Leistungen der Sowjetwissenschaft orientierte zentralplangesteuerte Erkenntnissuche im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe der Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wolfgang Kaschuba (1993), Ethnologe an der Humboldt-Universität, verdanken wir den Hinweis, dass sich die Situation durchaus im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe:

„Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.“

Hinsichtlich der quantitativen Ost-West-Verteilungen innerhalb des akademischen Personals muss differenzierend auf erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der Letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen sind.

- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt sind, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich z.B. in der Soziologie ausgeglichener verhält: Von 53 dort an ostdeutsche Universitäten berufenen Professoren waren 1997 elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden (Kaube 1998, 297).
- Andererseits sind in den Geisteswissenschaften Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauf folgende Neubesetzungen noch keine Veränderungen bewirken.¹⁰

Das relative Übergewicht westdeutscher Berufungen muss grundsätzlich weder verwundern, noch muss sich dahinter ein prinzipielles inhaltliches Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 20% der gesamtdeutschen Bevölkerung.¹¹ Zudem hätte man es wohl insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Ebenso ist jedoch auf einen anderen Umstand hinzuweisen: Die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland wäre vor allem dann kein Problem, wenn es auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen gäbe. Dies allerdings ist weder der Fall noch absehbar.

Das Muster, das hier wirkte und wirkt, ist bereits aus der Frauenforschung bekannt. Vielfach ist dort das Phänomen beschrieben worden, dass Männer vorzugsweise Männer fördern, und dies auch dann, wenn sie – da inzwischen aufgeklärt und eigentlich guten Willens, sich geschlechtsblind zu verhalten – von sich selbst meinen, keineswegs frauendiskriminierend zu agieren. Dennoch gelingt es Männern in konkreten Konkurrenzsituationen immer wieder, den Zuschlag vor vergleichbar oder besser qualifizierten Frauen zu bekommen. Frauen stoßen an eine gläserne Decke, die nicht sichtbar, aber um so fühlbarer ist. Es kommt das zum Zuge, was die Ethnologen Tribalismus nennen: „eine Verhaltenstendenz der Bevorzugung von Kontakten zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe“ (Helmers 1990, 13).

Vergleichbares wirkt seit Anfang der 90er Jahre in Konkurrenzsituationen, in denen Ost- und Westdeutsche aufeinander stoßen: In der DDR-Wissenschaft sozialisierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mangelt es häufig an Netzwerkeinbindung und habitueller

¹⁰ zu den Geisteswissenschaften vgl. die Erhebungen in Pasternack (1996)

¹¹ zum ostdeutschen Berufungsgeschehen vgl. H. J. Meyer (1993), Stand der personellen Erneuerung (1993), Nature (1994); Brentjes/Pasternack (1994), Pasternack (1996); Abbott (1999); Hecht (2000; 2002); Gilbert (2000); zu den geschlechtsspezifischen Implikationen vgl. Burkhardt (1995) und Zimmermann (2000)

Passfähigkeit. Daraus resultieren eingeschränkte Chancen des Verbleibs oder der Neuintegration in den akademischen Betrieb, die häufig sachlich nicht gerechtfertigt sind und subjektiv in jedem Falle als sachlich ungerechtfertigt wahrgenommen werden. Zwar konnte die nachwachsende Akademikergeneration zum – allerdings nur geringen – Teil durch individuelle Anstrengungen und aufgelegte Förderprogramme den Verlust ihrer akademischen Mentoren kompensieren. Doch wirkte dabei eine Vielzahl von Zufällen karriereentscheidend, d.h. häufig auch karriereabbrechend. Diese weit über das normale Maß hinausgehende Rolle von Zufällen führte auch bei der mittleren Ost-Wissenschaftlergeneration zu der verbreiteten Wahrnehmung, dass die Chancen herkunftsspezifisch unterschiedlich verteilt sind.

Die differierenden wissenschaftlichen Biografien der ost- und westdeutschen Stellenprätendenten machten es durchaus leicht, bei den Berufungen mit formalen Argumenten zu operieren, um von qualitativen Gesichtspunkten ggf. absehen zu können. Weniger eindrucksvolle Publikationslisten und geringe oder keine Auslandserfahrung der ostdeutschen WissenschaftlerInnen ersparten es den Berufungskommissionen oft, sich in allzu tief gehende inhaltliche Debatten hineinbegeben zu müssen. Hier liegt nun allerdings ein Grund dafür, dass die Ergebnisse der Besetzungsverfahren auch Beobachtern, die um Unvoreingenommenheit bemüht sind, nicht immer spontan einleuchten. Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine Durchschnittsbegabung; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten unterliegen, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Wirksam wurde hierbei eine Mischung von dreierlei: wissenschaftstypische Konkurrenzstrukturen, habituelle Ost-West-Unverträglichkeiten sowie politische und fachliche Argumente unterschiedlicher Berechtigung. Letztere ließen sich für die ersteren beiden instrumentalisieren. Das heißt: Sobald fachliche oder politische Argumente mobilisiert werden konnten, musste das Wirksamwerden habitueller Unverträglichkeiten oder wissenschaftstypischer Konkurrenzstrukturen – wie Schulenbindung und Patronage, also schülerbezogene Versorgungsmentalität – nicht weiter überspielt werden. Indem sie nicht überspielt werden mussten, war die Gefahr gering, dass sie ggf. in den Berufungsverfahren erkannt und thematisiert werden.

Das *langfristige* Hauptproblem der Ost-West-Verteilung im akademischen Personal der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen scheint indes durchaus gravierender zu sein: Es ist dies der quantitative und qualitative Anteil Ostdeutscher an *gestaltenden* Positionen überhaupt. Das gilt im Prinzip für Gesamtdeutschland, doch wirkt im Ostteil der heute sehr geringe Anteil Ostdeutscher besonders auffällig. Dies lässt sich fasslich greifen, wenn die Verteilung der ost- und westdeutschen StelleninhaberInnen auf die C3- und die C4-besoldeten Professuren in Augenschein genommen wird: Ostdeutsche besetzen überdurchschnittlich die geringer dotierten Positionen. Sie sitzen an den Hochschulen typischerweise auf C3-Stellen oder

sind im außeruniversitären Bereich eher Abteilungsleiter als Institutsdirektoren, Stellvertreter denn Chefs (vgl. Meske 2001: 259). Das setzt sich fort bei hochschulpolitischen Entscheidungspositionen, also in Rektoratskollegien, in Ministerialapparaten und bei der Vertretung in Wissenschaftsorganisationen oder Gutachterstrukturen.

Solche hierarchischen Brechungen entlang der Ost-West-Achse führen zu einer wechselseitigen Befestigung zweier Tatbestände: Die hierarchische Untergeordnetheit verursacht eine schwächere Vertretung der Ostdeutschen in örtlichen wie in überregionalen akademischen und wissenschaftspolitischen Gremien. Das behindert sie darin, ihre unzulängliche Verfügung über symbolisches, (wissenschafts-)politisches und ökonomisches Kapital aufzuholen. In Folge dessen wird wiederum die Unterrepräsentanz in Entscheidungsgremien perpetuiert. Bürklin/Rebenstorf (1997) sehen im Bereich der gesamtdeutschen Wissenschaft lediglich 7,3% der Elitepositionen – bei ihnen verstanden als die Personen, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen in strategischer Weise, maßgeblich und regelmäßig mitwirken – ostdeutsch besetzt. Der ostdeutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik beträgt dagegen 20%.

Die Ursachen dieses Problems sind nicht ganz so einfach zuzuordnen, wie das die populäre Publizistik gern tut. Einerseits gab es ein strukturelles Dilemma des politisch gewollten Elitenwechsels: Wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989 an der Hochschule verbleiben zu können, war eine politische Mindestunauffälligkeit in der DDR. Wer diese nicht entwickelt hatte, war entweder – im Falle größerer Renitenz – bereits von den DDR-Machthabern aus der Hochschule entfernt worden oder wurde – im Falle politischen Engagements im Sinne der DDR – von den nach 1989 tätigen Personalkommissionen nicht zur Weiterbeschäftigung empfohlen.

Andererseits lassen sich bspw. ostdeutsche Rektoratsämter nicht einfach deshalb mit Ostdeutschen besetzen, um Selbstbewusstseinsdefizite der ostdeutschen Bevölkerung auszugleichen. Denn schließlich muss den Hochschulen eine Amtsbesetzung nicht deshalb zwingend gut bekommen, weil es eine Koinzidenz von geographischem Hochschulstandort und biographischer Herkunft der AmtsinhaberInnen gibt. Zumindest hat manche Hochschule in den letzten Jahren das Ende eines ostdeutsch besetzten Rektorates oder Prorektorates schon mit guten Gründen herbeisehnen müssen. Zwar hat selbstredend auch nicht jede Besetzung mit westdeutschen Kandidaten die Erwartungen erfüllen können, doch scheinen insbesondere die Professionalitätsdefizite bei ostdeutschen Amtsinhabern ausgeprägter. Hier dürfte der Hinweis auf mentale und sozialisatorische Prägungen so berechtigt sein, wie er nicht ewig entschuldigend wirken kann.

Wird von der Annahme ausgegangen, dass die Transformation einer Gesellschaft immer um der Menschen willen stattfindet, die diese Gesellschaft bilden, dann können Bewertungen nicht nur erfolgreichen Strukturtransfer bilanzieren (zumal im Wissenschaftsbereich auch

dieser gewissen Zweifeln unterliegt). Betrachten wir aber, was den ostdeutschen WissenschaftlerInnen der Umbruch gebracht hat, so ist zunächst zu konstatieren: Nahezu jede und jeder von ihnen hat seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren müssen. Die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin) war dabei signifikant geringer als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorruheständler, vom Professor zum sog. Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter usw.). Im Ganzen ist das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert sowie deutlich vermännlicht und verwestlicht worden.¹²

Neben ihren inhaltlichen Implikationen und jenseits der Frage nach den Qualitäten des betroffenen Personals sind die Transformationsfolgen vor allem quantitativ hochproblematisch. Während in Westdeutschland pro 100.000 Einwohner 433 Personen in Forschung und Entwicklung tätig sind, sind es in Ostdeutschland lediglich 118 (in Osteuropa übrigens immerhin noch 220) (Bimmler 1997: 114). Daran knüpfen sich insbesondere Fragen nach einer eigenständigen ökonomischen Entwicklungsperspektive der ostdeutschen Regionen. Denn eine solche Perspektive hängt zentral daran, dass eine kritische Masse an Wissenschaftspotenzialen vorhanden ist.

Diesbezüglich setzt sich inzwischen überdies ein zusätzlich verschärfender Trend durch. Die immer noch fehlende ausreichende Infrastruktur sowie Einkommensunterschiede bewirken eine geringere Attraktivität ostdeutscher im Vergleich zu westdeutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Daraus resultiert eine unterdurchschnittliche Versorgung mit SpitzenforscherInnen. Hinzu tritt, dass in allen ostdeutschen Bundesländern mittlerweile ein zusätzlicher Kapazitätsrückbau im Hochschulsektor begonnen hat. Die Gründe dafür sind die demographische Entwicklung, in Folge dessen sinkende Studierendenzahlen sowie die abnehmende Finanzkraft der ostdeutschen Länder. Gleichzeitig liegt in Ostdeutschland die Studierquote – der Anteil der Studierenden am Altersjahrgang – immer noch deutlich unter derjenigen der westdeutschen Länder. Zudem gibt es ohnehin einen gesamtdeutschen Rückstand bei der Studierquote im internationalen Vergleich. Daher hat Ostdeutschland, was das Angebot an qualifizierten HochschulabsolventInnen anbelangt, einen doppelten Standortnachteil: einen innerdeutschen und einen internationalen.

Problematisch ist neben der Qualifikationssituation auch die Situation der Forschung. Die ostdeutschen Potenziale in der Industrieforschung liegen in vielen Regionen hinter den entsprechenden Kapazitäten im Westen weit zurück. Hilfen für die Forschung in den Unternehmen werden aus strukturellen Gründen die Entwicklung allein nicht entscheidend beeinflussen können. Kleinere und mittlere Unternehmen in Ostdeutschland verfügen häufig noch nicht

¹² wie erstmals Schluchter (1993: 13) zusammenfasste

über die erforderliche Kapitalausstattung, um sich den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungseinheiten leisten zu können. Bei größeren Betrieben sind derartige Kapazitäten vielfach bereits in ausreichendem Umfang an den westdeutschen Standorten derjenigen Firmen vorhanden, deren Eigentümer die Ost-Unternehmen nach 1990 erworben haben. Hier müssten die öffentlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen, also Hochschulen und außeruniversitäre Forschungsinstitute, eine wichtige Auffangfunktion zum Ausgleich der vorhandenen Strukturdefizite erfüllen.

2.2. Bilanzierende Deutungen

Die politischen Bewertungen der Veränderungen bewegen sich auf zwei wesentlichen Deutungsachsen: Behauptet wird entweder eine „Erfolgsstory“ (Rüttgers 1996: 182) – dies vornehmlich von verantwortlichen oder verantwortlich gewesenen WissenschaftspolitikerInnen sowie sozialen Gewinnern des Vorgangs – oder eine „Wissenschaftskatastrophe“ (Richter/Wipperfürth o.J.) – dies meist von (damaligen) OppositionspolitikerInnen sowie sozialen Verlierern des Hochschulumbaus. Bewertungen, die in analytischer Perspektive gewonnen wurden, spiegeln solche Ambivalenzen ausgewogener wider und untersetzen sie argumentativ.

So heißt es bei dem Berliner Wissenschaftssoziologen Hansgünter Meyer (1993): „Die Zielstellung, in den ostdeutschen Ländern ein gegenüber den westdeutschen kleineres, aber in seinen Strukturen ebenbürtiges Abbild zu schaffen, geht an wichtigen Gegebenheiten vorbei“. Derart sei es dahin gekommen, „daß man eine erste Phase von Strukturbrüchen und Personalauswechslungen statt für einen Start für die Essenz von Erneuerung hält“ (71). Dabei habe man zunächst nur eine neue Bewegungsrichtung eröffnet, „nicht mehr“. Die Fehldeutungen folgten einer Ziel-Dichotomie des ostdeutschen Hochschulumbaus: zum ersten die Ausdehnung des Hochschulwesens der westdeutschen Länder auf die ostdeutschen, d.h. im eigentlichen kein Transformations-, sondern eine Transferprozess; zum zweiten eine nachträgliche funktionale Politisierung der Hochschulen, in den Worten Meyers:

„Das ostdeutsche Hochschulwesen, statt es von den politischen Vereinnahmungen des DDR-Regimes zu befreien, wurde nachträglich politisch überwölbt: Es wurde als wissenschaftliches System verworfen, und es wurde als Verortung einer abzuschaffenden wissenschaftlichen Elite wahrgenommen.“ (73)

Hinzu sei getreten, dass die Akteure dem Hochschulumbau kein orientierendes Kapazitäten-Modell beigegeben hatten. So lasse sich zusammenfassend sagen, dass

„die Kompatibilität der im Verlauf der 90er Jahre sodann erneuerten ostdeutschen Hochschulen mit den Hochschulen der westdeutschen Länder nicht kapazitativ und nicht strukturell ausgelegt sein wird, sondern ‚nur‘ ordnungspolitisch, d.h. vor allem durch Nachgestaltung des föderalen Prinzips, das die Wissenschaftsministerien in den Ländern zu den maßgeblichen

Entscheidungsgremien macht, und durch die auf deren Akzeptanz gegründete Anpassung der neuen Länder-Hochschulgesetze an das altbundesdeutsche Hochschulrahmengesetz.

Insofern damit auch die innere Verfaßtheit der Hochschulen mitbetroffen ist ..., kann man ... sagen, daß es in Teilbereichen eine strukturelle Kompatibilität der Hochschulen der westdeutschen Ländern mit denen in Ostdeutschland geben wird.“ (80)

Die Kölner Soziologin Renate Mayntz (1994a) diagnostizierte vornehmlich exogene Reformprozesse, wofür zunächst die Akteurskonstellation verantwortlich gewesen sei. Das Fehlen einer „entschlossenen und durchsetzungsfähigen Erneuerungsgruppe“ habe Außeninterventionen erforderlich gemacht. Trotz extremer Überforderung hätten die Landesregierungen, innerhalb derer zugleich nicht selten verschiedene Ziele verfolgt wurden, keinen Steuerungsverzicht geleistet. Die sich daraus ergebende Abhängigkeit der Universitäten sei „durch die unkoordinierte Pluralität der auf sie einwirkenden externen Akteure nicht wesentlich gemildert“ worden (295). Eine differenzierte Einschätzung der wesentlichen hochschulpolitischen Akteure (BMBW, KMK, Fakultätentage und Fachverbände, HRK, Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommissionen) kommt zu der Bewertung: Alle alt-bundesdeutschen Akteure handelten im Sinne ihrer etablierten funktionellen Identität: „Sie verfolgten dieselben Ziele bzw. nahmen dieselben Aufgaben wahr wie immer.“ Das Ergebnis habe die oft konstatierte Tendenz zum Institutionentransfer sein müssen (293f.).

Gegen die an dieser Tendenz vielfach geäußerte Kritik stellt Mayntz fest: Es sei zu einer konservativen Zieldefinition gekommen, deren Verfolgung zwar für Ostdeutschland „einen kurzfristig zu bewerkstelligenden, radikalen Wandel“ bedeutete. Doch hätten für eine umfassende, d.h. darüber hinaus gehende Reformanstrengung „alle wesentlichen Voraussetzungen“ gefehlt. Diese Anstrengung hätte

„einen entsprechenden Reformwillen und ein Reformkonzept vorausgesetzt; bei fehlendem Konsens unter den direkt und indirekt (über ihr Widerstandspotenzial) an einer solchen Reform Beteiligten hätte es eines durchsetzungsfähigen dominanten Akteurs bedurft, der die Reform planen und ihre Implementation sichern konnte. Die bloße Tatsache, daß das bundesdeutsche Hochschulwesen vor der Vereinigung als eminent reformbedürftig galt, genügte nicht, da unter den wichtigsten Entscheidungsbeteiligten kein Konsens über die zentralen Ursachen der Mängel, über die Reformziele und über die zu ergreifenden Maßnahmen bestand.“ (308f.)

Der Heidelberger Soziologe Wolfgang Schluchter hatte seine als Transformationsakteur in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen in mehreren kleineren Studien analytisch verdichtet und war zu ähnlichen Ergebnissen wie die von Renate Mayntz (1994) angeregten Untersuchungen gelangt. Schluchter (1996) erkennt im ostdeutschen Hochschulumbau eine im Kern strukturelle Anpassung an die westdeutschen Hochschulen, was zunächst ein nachholender Modernisierungsschritt, daneben aber auch „nahezu unvermeidlich“ gewesen sei: „Dies ist nicht im Sinne eines akteursfreien Determinismus, sondern im Sinne einer Abwägung akteursbezogener Handlungschancen gemeint“ (86). Fünf tiefer liegende Gründe sieht Schluchter dafür:

- die DDR gab ihre Eigenstaatlichkeit selbst auf;
- die Wissenschaftsinstitutionen standen in einem Gefüge, das ihnen keine eigenständige, politikentlastete Entwicklung erlaubte;
- der Umbruch der DDR-Gesellschaft habe nicht institutionenbildend gewirkt, da „er von einer spontanen und basisdemokratischen Bewegung ohne strategisch operierende Eliten bewirkt wurde und weil die Selbstanpassung an die Bundesrepublik Deutschland schon vor der Vereinigung einsetzte“;
- die Architekten der Vereinigung hatten den Umbau unter extrem kurze Fristen gestellt;
- für den Neubau hätte man auch Abwicklungen im Westen ernsthaft ins Auge fassen müssen, „angesichts des durch Kartelle gesicherten Strukturkonservatismus der westdeutschen Gesellschaft ein nahezu aussichtsloses Unterfangen“ (63f.).

Ein aufwändiges Forschungsprogramm zu den hier interessierenden Fragen hatte eine Arbeitsgruppe namens „Wissenschaften und Wiedervereinigung“ 1994-1997 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) realisiert. Sie diagnostizierte zunächst eine Forschungslücke hinsichtlich „der kognitiven Dimensionen der Wissenschaften im Vereinigungsprozeß“ (Kocka 1998: 10). Daher rückte sie „Fragen nach dem paradigmatischen Zuschnitt und den theoretisch-methodischen Orientierungen der Wissenschaften in den Vordergrund“ und fragte nach dem Schicksal wissenschaftlichen Wissens unter der Bedingung des abrupten politischen Wandels. Der Berliner Linguist Manfred Bierwisch (1998) bemühte sich um die Zusammenschau der Projektergebnisse hinsichtlich dessen, was ihnen zum Wandel des inhaltlichen Charakters der Wissenschaft im Zuge der Transformation zu entnehmen ist. Er resümiert vier Punkte:

- der Wegfall von inneren und äußeren Barrieren habe die Rückkehr zu „allgemeiner wissenschaftlicher Normalität“ bedeutet;
- Themen und Methoden, „die im Prinzip immer schon den Kriterien und Orientierungen allgemeiner Wissenschaftsentwicklung gehorcht haben“, würden weitergeführt, „sofern nicht institutionelle Änderungen die Kontinuität einschränken oder aufheben“;
- Themen und Verfahren, „die Wissenschaft nur in politikabhängig deformierter Weise darstellen“, seien weggefallen;
- Themen und Entwicklungen, die zur genuin marxistischen Tradition gehören, „verlieren aufgrund kompromittierender Deformationen ihre Geltungskraft und werden weitgehend suspendiert“ (502).

Letztgenanntes sieht Bierwisch im übrigen nicht mit Begeisterung: Eigentlich ginge es darum, Marx von seinen falschen Freunden zu befreien und den Grundimpetus marxistischer Geschichts- und Wissenschaftsauffassung von Verkrustungen und Verzerrungen zu befreien (501). In seiner Abschlussbilanz der methodisch-inhaltlichen Gewinne und Verluste formuliert Bierwisch einen „ziemlich eindeutig ... moderaten Gewinn von deutlich konservativem Charakter – konservativ in dem Sinn, daß der Erhalt des bestehenden Kanons der Bundesrepublik das dominierende Moment darstellt, und zwar in den alten *und* neuen Ländern“ (505).

Nun ist ein inhaltlich „moderater Gewinn“ angesichts der hohen – sowohl finanziellen, individualbiografischen wie sozialen und sozialpolitischen – Transformationskosten keine sehr eindrucksvolle Diagnose. Bierwisch erkennt hier jedoch kein Verschulden, das den Umbaumodalitäten anzulasten wäre:

„... auch in inhaltlicher Hinsicht (hat) der Aufbruch, das Überraschungsmoment der Vereinigung nicht stattgefunden ... Ob er aus der Begegnung des Verschiedenartigen, sich wechselseitig Verfremdenden hätte hervorgehen können, erscheint eher fraglich. Denn die sogenannte Wende in der DDR hatte Ansätze hervorgebracht, die neu vornehmlich im Vergleich zur vorherigen Reglementierung waren, kaum aber im Vergleich zur internationalen Wissenschaftsentwicklung. Themen wie Frauenemanzipation, Kulturwissenschaften oder Klimaforschung waren ja keine den ostdeutschen Besonderheiten zu verdankenden Gegenstände.“ (Ebd., 506)

Das wesentlichere Problem sieht Bierwisch darin, „ob der Einigungsprozeß nicht Themen blockiert hat, deren Auftauchen längst vor diesem Prozeß begonnen hatte“. Die Änderungen, denen die Struktur der Gesellschaft über die deutschen Probleme hinaus unterliege, der Wandel der Arbeit und der Wissensbestände, auf denen sie beruhe, seien vermutlich gravierender als das, was die Reflexion auf den Einigungsprozess ins Auge fallen lasse. „Sofern dies der Fall ist, wäre die Wiedervereinigung selbst ... ein retardierendes Moment für den kognitiven Gehalt der Wissenschaft ... – ein fragwürdiger Aspekt des Einigungsprozesses, der möglicherweise nicht auf die Wissenschaft beschränkt ist“ (506f.).

3. Die Berlin-Expertise

3.1. Methodik

Die praktischen Ziele der Expertise sind zweierlei:

- (a) Es sind die aktuellen Problembeschreibungen zu erheben und in systematisierter Form aufzubereiten.
- (b) Auf dieser Grundlage sind für den Hochschul- und Forschungsbereich Berlins hinsichtlich der weiteren Gestaltung der Stadt als ‚Werkstatt der Einheit‘ Vorschläge für politische Handlungsoptionen zusammenzutragen bzw. zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund wurde folgendes methodisches Vorgehen gewählt:

1. Mittels einer Dokumentenanalyse wurden relevante Zeitschriftenartikel, Vereinsnachrichten, schriftlich vorliegende Forderungskataloge etc. ausgewertet.
2. Die daraus generierten Daten dienten als Basis für ein schriftliches Anhörungsverfahren. Der hierfür verwendete Fragebogen (siehe Anhang) umfasste einerseits die aus der Dokumentenanalyse ermittelten Problembereiche, die von den Adressaten der Anhörung detailliert untersetzt werden sollten, und zielte andererseits darauf, Lösungsvorschläge zu eruieren. An dem schriftlichen Anhörungsverfahren haben folgende Institutionen auf Einladung teilgenommen:

- Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V. Berlin
- Leibniz-Sozietät e.V.
- Verein für Angewandte Konfliktforschung e.V.
- Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e.V.
- WiSoS e.V. – Verein für Wissenschaftssoziologie und Statistik
- Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Johannes Sassenbach Gesellschaft e.V.
- Social Data GmbH/ isda*Institut für Sozialdatenanalyse e.V.
- Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS¹³
- Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU)
- Deutscher Hochschulverband, Landesverband Berlin
- Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Berlin
- Akademikerverband im Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), Landesverband Berlin

¹³ Hier erschöpfte sich die Teilnahme in der Übersendung eines Literaturüberblicks zum ostdeutschen Wissenschaftsumbau.

- WIP-Rat Berlin
- Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof (IGA-FA) e.V.¹⁴
- Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesverband Berlin, Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Marion Bimmeler, Betriebsrat Max-Delbrück-Centrum Berlin-Buch

Eigeninitiativ teilgenommen haben an dem Anhörungsverfahren:

- Prof. Dr. Fritz Vilmar, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (OSI), FU Berlin
- Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.

Absagen gingen von folgenden Vereinen ein:

- Akademischer Ruhestandsverein (ARV) e.V.
- Luisenstädtischer Bildungsverein e.V.
- Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V.
- Helle Panke e.V.

Ohne Rückmeldung haben auf eine Teilnahme verzichtet:¹⁵

- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Berlin
- Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung
- BISS e.V. – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien
- Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung
- Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft e.V.
- Gemeinschaft für Sozialökologie e.V.

3. Parallel wurden sieben leitfadengestützte Experteninterviews geführt. Der Leitfaden (siehe Anhang) wurde analog zur schriftlichen Anhörung aus der Dokumentenanalyse entwickelt. Die interviewten Expertinnen und Experten waren:

- Prof. Dr. Clemens Burrichter (12.9.2003)
- Prof. Dr. Jürgen Kocka (9.9.2003)
- Prof. Dr. Hubert Laitko (12.9.2003),
- Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß (13.11.2003)
- Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel (24.10.2003)
- StS Dr. Peer Pasternack (13.9.2003)
- Prof. Dr. Rosemarie Will (2.9.2003).

4. Abschließend wurde am 28.10.2003 ein Rundtischgespräch mit VertreterInnen von wissenschaftspolitischen Verbänden, Vereinen der Zweiten Wissenschaftskultur und Analytikern der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation durchgeführt. Ziel waren die Vorstellung erster Erhebungsergebnisse und die Diskussion möglicher Folgerungen. Auch dieses Gespräch wurde in die empirische Erhebung integriert: Zum einen konnten Problemdiag-

¹⁴ für WITEGA Angewandte Werkstoff-Forschung GmbH, WITEGA Laboratorien Berlin-Adlershof GmbH und WISTA-MANAGEMENT GMBH

¹⁵ Bei Vereinen der Zweiten Wissenschaftskultur kann das daran liegen, dass sie mittlerweile nicht mehr existieren bzw. zeitweilig inaktiv sind.

nosen präzisiert und plausibilisiert, zum anderen konkrete Lösungsvorschläge diskutiert werden. An diesem Rundtischgespräch nahmen teil:

- Prof. Dr. Karl-Heinz Bernhardt, Sekretar der Naturwissenschaftlichen Klasse der Leibniz-Sozietät
- Marion Bimmmler, Betriebsrätin, Max-Delbrück-Centrum
- Roland Bloch, HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung
- Dr. Stefan Bollinger, Sprecher Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Prof. Dr. Irene Dölling, Universität Potsdam, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
- Prof. Dr. Gerhard Fischer, Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.
- Dr. Thomas Flierl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin
- Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski, Landesvorsitzender Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW)
- Dr. Ulrich van der Heyden, Sprecher Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Jens Hüttmann, HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung
- Dr. Mario Keßler, Sprecher Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO)
- Dr. Rainer Land, Berliner Debatte Initial e.V.
- Dr. Peer Pasternack, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung a.D.
- Dr. Brigitte Reich, Leitungsreferentin Wissenschaft in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- Dr. Gottfried Seifert, Sprecher WIP-Rat Berlin
- Dr. Joachim Sobottka, Sprecher WIP-Rat Berlin
- Dr. Dietmar Wittich, Social Data GmbH/isda*Institut für Sozialdatenanalyse e.V.
- Dr. Herbert Wöltge, Leibniz-Sozietät.

Die im Rahmen der Dokumentenanalyse, schriftlichen Anhörung und Experteninterviews erhobenen Daten, Einschätzungen und Vorschläge wurden in einem ersten Zugriff grob geclustert, woraus sich (a) Problembeschreibungen (siehe 3.2.) von Problemlösungsvorschlägen (siehe 3.3.2.) unterscheiden sowie (b) drei Problemgruppen (siehe 3.2.2.-3.2.4.) identifizieren ließen. Die Clusterbildung erwies sich im Laufe der weiteren Bearbeitungen als nur geringfügig präzisierungsbedürftig, im übrigen aber tragfähig. In einem zweiten Zugriff wurden die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung und der Experteninterviews inhaltsanalytisch ausgewertet: die schriftlichen Antworten erfasst, verschlagwortet und auf dieser Grundlage thematisch systematisiert; die aufgezeichneten Experteninterviews verschriftlicht, paraphrasiert und gleichfalls thematisch systematisiert. Derart konnte ein erstes Thesenpapier zu den aktuellen Problemlagen erstellt werden, das die Grundlage des Rundtischgesprächs bildete. Mit Hilfe eines strukturierten Beobachtungsprotokolls wurde das Rundtischgespräch dokumentiert. Die Ergebnisse präzisierten die bisher erfassten Problembeschreibungen und Problemlösungsvorschläge. Dabei erwies sich, dass sich in einigen der im hiesigen Kontext relevanten Themen auf exemplarische Weise zahlreiche Problemaspekte so verdichten, dass geschlossene Dar-

stellungen nahe liegen, bzw. dass zu Einzelfragen Hintergrunderläuterungen nötig sind, die über den Ertrag der empirischen Erhebungen hinausgehen.. Daher wurde dafür die Darstellungsform des Exkurses gewählt (siehe 3.2.1.-3.2.4.). Abschließend wurden verbliebene Informationslücken durch ergänzende Literaturstudien gefüllt. Im Ergebnis all dessen ließen sich die empirisch erhobenen Lösungsvorschläge kommentieren (siehe 3.3.2.) und konnten in die Formulierung von Handlungsempfehlungen überführt werden (siehe 3.3.3.).

3.2. Die aktuellen Problemlagen

Auf der Grundlage der nach dem oben beschriebenen Erhebungsdesign ermittelten Daten lassen sich drei Problemgruppen systematisch unterscheiden:

- a. unzulänglich genutzte Kompetenzen (3.2.2.),
- b. Probleme der Arbeits- und Lebensumstände (3.2.3.),
- c. symbolische und Anerkennungsprobleme (3.2.4.).

Die Problemgruppen unterscheiden sich nach Art und Reichweite der jeweiligen Problemdiagnosen. Sie sind aber alle eingebettet in eine allgemeine Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus (3.2.1.). Aus dieser Deutung werden die Problemdiagnosen ursächlich abgeleitet (3.2.2.-3.2.4.). Ebenso ordnen die Befragten die Problemdiagnosen zur „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ in die allgemeine Berliner Wissenschaftspolitik ein, wie in diesem Zusammenhang auch positive Entwicklungen beschrieben werden (3.2.5.).

Hinzuweisen ist auf eine Besonderheit der Zusammensetzung derjenigen, die im Rahmen der empirischen Erhebung befragt worden sind: Sie werden dominiert durch Vertreter und Vertreterinnen der Geistes- und Sozialwissenschaften, gleichwohl sich auch Natur- und Ingenieurwissenschaftler sowie Mediziner darunter befinden. Doch sind letztere zum einen zahlenmäßig nicht ganz so stark von den Ergebnissen der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation betroffen; zum anderen sind sie nicht so ausdifferenziert organisiert wie die Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen. Die Dominanz von Vertretern der Geschichtswissenschaft, Philosophie, Philologien usw. im hier analysierten Feld ist also systematisch bedingt. Gleiches gilt dann naturgemäß auch für die erhobenen Problembeschreibungen und Problemlösungsvorschläge.

3.2.1. Deutung der Ursachen – der ostdeutsche Wissenschaftsumbau

In der schriftlichen Anhörung und den Experteninterviews wurde neben gegenwärtigen Problemen und Lösungsvorschlägen auch die Einschätzung der Vorgeschichte der heutigen Situation erfragt. Diese Vorgeschichte – der ostdeutsche Wissenschaftsumbau in den 1990er Jahren

– kann schwerlich ausgeblendet werden, da wesentlich daraus Gegenwartsdiagnosen begründet werden.

Allgemein ist sich die Mehrheit der Befragten darin einig, dass der ostdeutsche Wissenschaftsumbau wesentlich in der Übernahme des westdeutschen Systems bestand. Damit ist zunächst eine Deutung des ehemals west- und nun gesamtdeutschen Wissenschaftssystems verbunden: Dieses sei schon 1990 reformbedürftig gewesen, womit auch gegenwärtige wissenschaftspolitische Probleme Resultat dieser ‚vertanen Chance‘ seien.¹⁶ Wenn es sich beim ostdeutschen Wissenschaftsumbau aber primär um den Transfer des westdeutschen Systems und nicht eine Fusion zweier Systeme gehandelt hat, dann folgt daraus in der Sichtweise der Mehrzahl der Befragten eine Abwertung des DDR-Wissenschaftssystems. Diese Abwertung ist Quelle der diagnostizierten Anerkennungsprobleme (siehe 3.2.4.). Die Abwertung besteht aus zwei Komponenten:

- Nicht-Anerkennung der DDR-Wissenschaft,
- Nicht-Anerkennung der DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler, somit Abwertung ostdeutscher akademischer Berufsbiografien.

Diese Abwertung habe zu gesellschaftlichen Verlusten geführt: „Es war eine politische Steuerung, die weder den Wissenschaften noch der Gesellschaft insgesamt den Nutzen gebracht hat, den sie eigentlich bräuchte“ (Burrichter).¹⁷ Deutlich wird hier die legitimierende Funktion solcher Diagnosen: es gehe nicht um Partikularinteressen einer bestimmten Gruppe, sondern um den allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen. Dieser sei dadurch beeinträchtigt, dass mit dem ostdeutschen Wissenschaftsumbau auf wissenschaftliche Potenziale verzichtet worden sei (ver.di, Leibniz-Sozietät, Laitko). Direkt verbunden mit dieser Deutung sind Einschätzungen, in welcher Form der Wissenschaftsstandort Berlin von einer Lösung der heutigen Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ profitieren könne (siehe 3.2.5.).

Soweit auf gesellschaftlichen Nutzen verzichtet wurde, verweist das in der Sichtweise der Befragten auf politische Motivationen. Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau sei danach „ein möglichst radikaler Elitenwechsel“ gewesen, der mit dem Ziel verfolgt worden sei, den „Karrierestau bzw. Habilitierten-Berg“ (Laitko) des westdeutschen Wissenschaftssystems abzubauen. Dieser Elitenwechsel schließe Ostdeutsche mittel- und langfristig von gesellschaftli-

¹⁶ „Blauäugig hat man sich damals jedenfalls aus Sicht des Wissenschaftsrates vorgestellt, dass Teil des Resultates auch eine Reform im Westen sei, was aber faktisch eben nicht der Fall war. Faktisch hat man dem Osten das westliche System übergestülpt, ohne die Chance zu nutzen, sich auch einmal grundsätzlich Gedanken über die Schwächen des westlichen Systems zu machen. Dadurch ... hat man faktisch Strukturen, die auch im Westen hätten reformiert werden müssen, zusätzlich befestigt“ (Mittelstraß); vgl. auch Mittelstraß (1993).

¹⁷ Diese Diagnose wird auch in einer sarkastischeren Variante formuliert: „Natürlich kann man sagen, die Bundesrepublik hat sich als reiches ökonomisch potentes Land geoutet, indem sie aller Welt gezeigt hat, wir können auf alle diese Leute verzichten“ (Laitko). Es sei bewusst auf Wissen und Können verzichtet worden (VHW).

cher Teilhabe aus (ISO). Verbunden worden sei dies mit der politisch motivierten Abwertung der DDR-Wissenschaft: Die Einheit „war eine ‚konzertierte Aktion‘ von politisch gewollter Anpassung/Liquidation, Marginalisierung potenzieller Konkurrenten und – was die Geistes- und Sozialwissenschaften betrifft – Fortsetzung des ‚ideologischen Klassenkampfes‘ mit anderen, überlegenen Mitteln“ (isda).

Dabei war die „konzertierte Aktion“ anfangs gar nicht vollständig unwillkommen gewesen, worauf mehrere Interviewpartner hinwiesen. Das habe darin begründet gelegen, dass in der Situation des schnellen Umbruchs zunächst bereitwillig auf die vorhandenen bzw. „offiziellen“ (Burrichter) Konzepte zurückgegriffen wurde. Eng damit verbunden sei die „relativ geringe Selbstregenerierungsfähigkeit“ (Kocka) der ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Ablauf des Umbauprozesses führte aber zu der Deutung, dass hier die gesamte DDR-Wissenschaft diskreditiert und nicht Wissenschaftler individuell evaluiert worden seien: „Die Grundphilosophie war: Das Wissenschaftssystem der DDR ist durch die politischen Umstände sozusagen pervertiert“ (Burrichter).

Diese „Grundphilosophie“ hat sich für eine Interviewpartnerin auch in ihrer Arbeit in den damaligen Strukturkommissionen gezeigt. Die angelegten Professionalisierungskriterien seien für sie sehr nachvollziehbar gewesen, vor allem da sie ermöglichten, Forschungs- und Publikationsdefizite zu benennen. Aber „was die Betroffenen anbetrifft, ist es natürlich nicht nur ein Erfolg. Es war ein Erfolg wesentlich für die Westdeutschen. ... Ich hatte gedacht, bei diesen Professionalisierungskriterien könnten Ostdeutsche ähnliche Chancen haben. Das hatten sie nicht“ (Nickel). Insofern änderte sich die Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus dahingehend, dass er von vielen Betroffenen „als eine erneut fremdbestimmte Form von außen und oben“ (Kocka) erlebt wurde.¹⁸ Auf der strukturellen Ebene wird aber auch darauf hingewiesen, dass es zur Homogenisierung des deutschen Wissenschaftssystems keine Alternative gegeben habe: „Dennoch wird man aus heutiger Sicht feststellen müssen, dass es richtig war, dem Prinzip der Bestenauslese bei der personellen Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern uneingeschränkt Geltung zu verschaffen“ (Deutscher Hochschulverband).

Als besonders nachteilig habe sich die Annahme, die DDR-Wissenschaft sei politisch diskreditiert, für Geistes- und Sozialwissenschaftler erwiesen:

„Der Grundtenor in den Naturwissenschaften war: da ist ideologisch manches nicht in Ordnung gewesen, aber wissenschaftlich seid ihr gut, also übernehmen wir euch. In den Geistes-

¹⁸ „Wir sollten Vorschläge ausarbeiten und die dann vorlegen. Man hat uns jedoch als solche angesehen, die kommen, gucken und beschließen. Die Unzufriedenheit mit dem gesamten Vorgang ist eine, die auch aus diesem Irrtum entstand“ (Mittelstraß).

wissenschaften war es eher umgekehrt. Man sagte: wissenschaftlich seid ihr gut gewesen, aber ideologisch war einiges im Argen, deswegen nehmen wir euch nicht“ (Mittelstraß).¹⁹

Daran schließt sich dann die Folgerung an, dass der Nachweis wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit eben keine Rolle bei der personellen Erneuerung gespielt habe (Leibniz-Sozietät, ISO, VHW). Geistes- und Sozialwissenschaftler finden sich denn auch überproportional unter den sogenannten „Übersprungenen“ (Bollinger 2002), d.h. der ‚mittleren Generation‘, also denjenigen, die 1989/90 zwischen 30 und 45 Jahre alt waren (siehe 3.2.3.), und unter den Adressaten von Sonderprogrammen wie dem Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern lediglich einen prekären Status sichern konnten (siehe 3.2.3.).

Je länger der ostdeutsche Wissenschaftsumbau zurückliegt, desto schärfer werde die Kritik am Bestehenden, hat ein Interviewpartner beobachtet (Burrichter). Diese Schärfe findet sich in der Tat häufig in den Antworten im Rahmen der schriftlichen Anhörung und zeigt sich in z.T. stark ideologisierten Deutungen. Das wiederum liegt wesentlich darin begründet, dass besonders die Probleme der Arbeits- und Lebensumstände auf die persönlichen Folgen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus im Alltag der Gegenwart verweisen. Immerhin darf einerseits nicht übersehen werden, „dass zum Teil die persönlichen Schicksale an den Schicksalen der Institutionen hingen“ (Mittelstraß), und dass andererseits einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „ohne erkennbare Schuld und *trotz* erwiesener Leistungsfähigkeit aus unserem System herausgefallen“ sind (Mittelstraß 2002a: 11).

Exkurs:

Der Personalaustausch im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft

Wo gegenüber den kritischen Bewertungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus Gleichgültigkeit oder Skepsis dominiert, speisen diese sich häufig aus einem Unbehagen hinsichtlich etwaiger politischer Verstrickungen des davon betroffenen Personals. Insbesondere der Umstand, dass die Neuordnung öffentlicher Beschäftigungsstrukturen – also auch der Wissenschaft – in den 90er Jahren politisch und medial von Stasi-Debatten begleitet worden war, führte zu einer diesbezüglichen Verengung des Blickes.

Tatsächlich müssen jedoch drei Gruppen von Tatbeständen auseinander gehalten werden, die zu einem erzwungenen Verlassen des bisherigen Arbeitsplatzes in der Wissenschaft führen konnten:

¹⁹ „Im Wissenschaftsrat gingen große Einrichtungen aus den Naturwissenschaften, aber auch große mathematische Einrichtungen in Diskussionen von einer halben bis einer Stunde über den Tisch – im Sinne von: werden in das neue System überführt. Mit Einrichtungen im Bereich der Geisteswissenschaften, teilweise auch der Sozialwissenschaften, ist man ganz anders umgegangen. Da gab es manchmal stundenlange Diskussionen um kleine Gruppen, und dies meist mit einem negativen Resultat“ (Mittelstraß).

- mangelnde persönliche Integrität,
- mangelnde fachliche Eignung und
- Personalstrukturveränderungen.

Zudem ist innerhalb dieser Tatbestandsgruppen nochmals zu unterscheiden:

- „Mangelnde persönliche Integrität“ beinhaltete IM-Tätigkeit für das MfS, aber auch die Wahrnehmung politischer Ämter in der DDR, häufig, doch nicht immer ergänzt um die Spezifikation „zum Schaden anderer“. Was unter „Integrität“ zu verstehen sei, war anfangs, etwa bis 1992, recht rigoros ausgelegt worden, während sich anschließend eine differenziertere Sicht durchsetzte, die systemische Handlungskontexte einbezog und abwägende Urteile beförderte.²⁰
- „Mangelnde fachliche Eignung“ besagte nicht zwingend, dass keine fachliche Kompetenz vorliege, sondern zunächst nur, dass die fachliche Eignung für eine bestimmte, inhaltlich definierte Stelle unzulänglich sei. Denn die zuständigen Kommissionen handhabten die diesbezügliche Beurteilung des vorhandenen Personals uneinheitlich.
- Personalstrukturveränderungen bestanden neben der Neubestimmung von Stellenzuweisungen zu einzelnen Fächern und Instituten vor allem im Abbau von Personalstellen. Dabei war es häufig schlicht eine Frage von Glück oder Pech, wer von diesen Veränderungen betroffen war oder verschont wurde, insoweit dies davon abhing, wie sehr das jeweilige Institut von Stellenstreichungen betroffen war. Folglich kann von der Anwendung des Prinzips der Bestenauslese hier nur bedingt gesprochen werden.

Schließlich ist zu beachten, dass diese Details ohnehin nur an den Hochschulen, genauer: denjenigen Hochschulen, die weitergeführt wurden, wirksam werden konnten. In den außeruniversitären Instituten und den geschlossenen oder umgegründeten Hochschulen hingegen gab es vergleichbare Abläufe gar nicht oder nur in schwächerer Formalisierung. Diese Einrichtungen waren die Institute der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, der Bauakademie und der gesamten DDR-Ressortforschung, die allesamt großteils in Berlin angesiedelt waren, sowie die Hochschule für Ökonomie, die Ingenieurhochschule Berlin und die Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg.

Aus den außeruniversitären Instituten der Akademien der Wissenschaften und der Landwirtschaftswissenschaften, vereinzelt auch der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und einzelnen Ressortforschungsinstituten, sind dann fallweise und ausdrücklich nicht als Fortsetzung zuvor geschlossener Einrichtungen Teilpotenziale in neugegründete oder erweiterte Institute der Blauen Liste, Großforschungseinrichtungen und Fraunhofer-Gesellschaft, in geringem Umfang auch der Max-Planck-Gesellschaft übernommen worden. Ein weiterer Teil des außeruniversitären Personals wurde bis 1996 über das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) finanziert. Insgesamt führten diese Vorgänge für ca. 50% des Personals der außeruniversitären Institute zum Verlust des Arbeitsplatzes.

Der Abbau nicht nur von Stellen, sondern auch des dazugehörigen Personals wurde seinerzeit durch zwei Regelungen des Einigungsvertrages erleichtert: Zum einen gab es

²⁰ Es würde den Rahmen der hiesigen Betrachtung sprengen, die Kriterien dieser Beurteilungen zu erörtern. Statt dessen wird auf die detaillierten Darstellungen und Würdigungen in Raiser (1998) und Pasternack (1999b) verwiesen.

die Abwicklungsregelung, d.h. die Möglichkeit, über die Schließung ganzer Einrichtungen komplette Belegschaften in eine Warteschleife zu versetzen, aus der sie dann innerhalb von sechs bzw. neun Monaten für eine Neugründung aktiviert oder nach Ablauf der Frist in die Arbeitslosigkeit entlassen werden konnten. Zum anderen bot der Einigungsvertrag Sonderkündigungsregelungen, die Teile des westdeutschen Kündigungsschutzrechts außer Kraft setzten (was sich im übrigen bis heute im BAT-Ost widerspiegelt, nach dem anders als im BAT-West auch nach 15 Dienstjahren die Möglichkeit der betriebsbedingten Kündigung seitens des öffentlichen Arbeitgebers bestehen bleibt).

Wenn das Anliegen Ost-Berliner WissenschaftlerInnen, dass Teilaspekte der Wissenschaftstransformation trotz des beträchtlichen Zeitablaufs nachgebessert werden müssen, auf allgemeine Akzeptanz stoßen soll, dann ist die Kenntnis wichtig, in welchen Größenordnungen aus welchen Gründen es seinerzeit zur Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen gekommen war. Das sei hier exemplarisch für die Humboldt-Universität (HU) nachvollzogen, da für Berlin die Prozesse der personellen Neuordnung bislang allein für diese Hochschule detailliert aufgearbeitet sind (vgl. Pasternack 1999b: 257-269, 289-305; Raiser 1998).

Wichtigste Referenzzahlen zur angemessenen Einordnung und Bewertung der nachfolgenden Daten sind die Anzahl der Beschäftigten der HU im Jahre 1989 und deren Verbleib:

- Die HU (ohne Charité) beschäftigte 1989 3.279 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, davon 783 HochschullehrerInnen (Professoren und Dozenten).
- Drei Viertel der ProfessorInnen waren bis 1994 ausgeschieden, davon etwa ein Viertel als Altersabgänge. Von den DozentInnen mussten 87% die Universität verlassen.
- Die ursprünglichen Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus hatten zu etwa 90% die HU verlassen müssen.
- Der Umfang dieser Abgänge korrespondiert nur zum Teil mit dem Stellenabbau, den die HU gleichzeitig vornehmen musste: Im wissenschaftlichen Bereich (ohne Charité) waren 30% der Stellen zu reduzieren. Während dabei die Anzahl der Professuren um 33% stieg, sank sie im wissenschaftlichen Mittelbau um 82%. (Vgl. Raiser 1998: 118-120 und 79/103).

Verfahrensseitig waren die 90er Jahre an der Humboldt-Universität von einer lebendigen Landschaft zahlreicher Kommissionen geprägt, die sich mit vielfach überlappenden Aufträgen Personalfragen, z.T. im Zusammenhang mit Strukturfragen, zu widmen hatten:

„Diese Landschaft bestand insbesondere aus der Rehabilitierungskommission, dem Ehrengeschuss und der Anhörungskommission, den Personalstrukturkommissionen (PSK) der einzelnen Fachbereiche, die durch eine Zentrale PSK koordiniert wurden, und den Struktur- und Berufungskommissionen (SBK), die ebenfalls jeweils für jeden Fachbereich existierten. Die Bildung der SBKs erfolgte auf Initiative von außen, seitens der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung. Alle anderen Kommissionen waren universitätsinterne Gründungen. ... Daneben war, solange es noch kein Kuratorium gab, die sog. Sechser-Kommission, bestehend aus Vertretern von Universität und Berliner Senat, mit Personalfragen befaßt. Nach Bildung des Kuratoriums gab es dann als dessen Untergliederung eine Personalkommission.“ (Pasternack 1999b: 257)

Begonnen hatten die personalbezogenen Neuordnungen an der Humboldt-Universität mit Integritätsprüfungen durch die Anhörungskommission und den Ehrenausschuss. Mit solchen Personalkommissionen war „das – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – Primärinstrument einer *personellen Erneuerung* der ostdeutschen Hochschulen entwickelt und installiert worden“:

„Der Form nach vermittelte es nichtjustitiable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheit zum Zwecke der Gewinnung einer Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst im Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden.“ (Ebd.: 369)

Die Anhörungskommission der HU hatte eine dezidiert positiv formulierte Aufgabe: Sie stellte die Möglichkeit bereit, dass universitäre AmtsinhaberInnen bzw. für Wahlämter Kandidierende über ihre „persönliche und politische Entwicklung“ Auskunft geben, was dazu beitragen sollte, „daß allein solche Persönlichkeiten, die in einer kritischen Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der HUB bestehen können, die Universität repräsentieren und leiten“.²¹ Ein Resümee von 1992 vermerkt, dass sich 360 Universitätsangehörige der Anhörungskommission gestellt hätten. In 20 Fällen habe die Kommission die Empfehlung gegeben, auf das ausgeübte bzw. angestrebte Selbstverwaltungsamt zu verzichten (Lomatzsch 1992). In 13 Fällen sei es zu sog. unentschiedenen Situationen gekommen: „die Kommission war zwar der Meinung, daß eine Empfehlung angebracht wäre, es fehlten aber die Fakten, das überzeugend zu begründen“ (ders. 1992a). In weiteren zwei Fällen hätten die Angehörten von sich aus direkt nach dem Gespräch ihre angestrebte Kandidatur zurückgezogen. Bei den Abstimmungen in der Kommission habe es des öfteren ein Patt gegeben. Im übrigen seien „nicht unbedingt diejenigen“ zur Anhörung gekommen, die sich in der DDR an repressiven Maßnahmen beteiligt hatten (ders. 1992).

Anders arbeitete der Ehrenausschuss: Er handelte auf Antrag, bspw. den eines Geschädigten, der das Handeln seines Schädigers überprüft wissen wollte. Hier wurde zu den Ergebnissen mit Stand 5/1995 berichtet: Von den 380 behandelten Fällen seien in 73 Fällen (19%) eine Empfehlung zur Kündigung wegen Unzumutbarkeit, d.h. wegen mangelnder persönlicher Integrität, ausgesprochen und in 27 Fällen (7%) Auflösungsverträge empfohlen worden. 280mal, d.h. für 74%, wurde die Weiterbeschäftigung als möglich erachtet (Flemming 1995).

Gleichfalls eine Eigenaktivität der Humboldt-Universität war die Bildung von Personalstrukturkommissionen (PSK) für die einzelnen Fachbereiche bzw. Institute. Diese sollten alle drei personalbezogenen Aspekte des Umbaus behandeln: persönliche Integrität, fachliche Eignung und Personalstruktur. Die einzelnen PSK gingen mit dieser komplexen Funktionszuschreibung unterschiedlich um. Soweit die Kommissionen auch tatsächlich Integritätsüberprüfungen durchgeführt hatten, sind von 1.038 derart begutachteten WissenschaftlerInnen 217 wegen Feststellung entsprechender Mängel negativ bewertet wor-

²¹ Ordnung der Anhörungskommission der Humboldt-Universität zu Berlin, o.J. [1991], S. 0

den. Das sind 21%. Die Differenz zwischen HochschullehrerInnen und MitarbeiterInnen ist dabei auffallend: Von 381 begutachteten Professoren und Dozenten fanden sich 93 = 24,4% aus Integritätsgründen negativ bewertet; bei den Mitarbeitern waren dies von 657 nur 25 = 3,8% (Pasternack 1999b, 300).

Parallel zu den universitätsintern eingesetzten PSK wurden dann durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung zusätzlich Struktur- und Berufungskommissionen (SBK) eingesetzt. Der eigentlich wünschenswerten Entkopplung von Integritäts-, Kompetenz- und Strukturfragen war auch deren Aufgabendefinition nicht dienlich. Mittlerweile war die Problematik dieser Vermischung von strukturellen, fachlichen und Integritätsaspekten auch an der Humboldt-Universität erkannt worden. Der ZPSK-Ko-Vorsitzende Michael Daxner schlug daher 1992 dem Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses vor:

„Zur Vermeidung einer Vermischung von reinen *Bedarfskündigungen* ... mit solchen wegen *mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung* ... sollten die letzteren dem ganzen Überleitungs- und Übernahmeverfahren vorgeschaltet werden. (Für die zuletzt aus Bedarfsgründen Gekündigten sollte so staatlicherseits dokumentiert werden, daß sie nur aus diesen – und nicht aus persönlich vorwerfbaren – Gründen keine weitere Verwendung an ihrer bisherigen Stelle finden können)“ (Daxner 1992: 2).

Beachtung hatten diese und ähnliche Mahnungen nicht gefunden. Die sich folglich ergebenden Schwierigkeiten der Universität mit den Struktur- und Berufungskommissionen wie den Umgang mit deren Ergebnissen verdichtete dann Präsidentin Marlis Dürkop 1996 in folgendes Resümee:

„In der Evaluierung hatten die SBK im Unterschied zu Kommissionen in den anderen neuen Bundesländern ein integriertes Verfahren von persönlicher und fachlicher Eignung vorzunehmen, das auch noch den Stellenplan berücksichtigte. Gleichzeitig entstand dadurch – auch durch verschiedene Bewertungen der einzelnen SBK bedingt – kein einheitliches Raster der Entscheidungen, keine systematische Vergleichbarkeit der Einzelfälle. Die SBK gaben ihre Empfehlungen auf der Grundlage des ErgGBerlHG²² und des HPersÜG,²³ ohne daß die Bestimmungen der Gesetze näher ausgeformt worden wären. Der Akademische Senat der HUB hat sich im Februar und März 1992 selbst zwei Arbeitsrichtlinien zur Prüfung von SBK-Anträgen auf Ausschreibungen und Berufungen sowie für eine Übergangskonzeption der Personalstruktur im Akademischen Mittelbau gegeben. Diese Richtlinien wurden den SBK mit der Erwartung übermittelt, der AS erwarte, daß die SBK die entsprechenden Anforderungen berücksichtigen. Unter Verweis auf diese Richtlinien wurde im AS ständig nach den Planungen der SBK bezüglich des vorhandenen Personals, bezüglich von Bewerbern aus den neuen Bundesländern und der Bewerbung von Frauen gefragt. Dies führte zu einem Meinungsbildungsprozeß auch in jenen SBK, die Berufungsentscheidungen als ihre einzige Aufgabe losgelöst von allen weiteren Personalfragen gesehen hatten.“ (Dürkop 1996: 147)

Zu der Frage, inwieweit etwaige mangelnde fachliche Kompetenzen für das Ausscheiden Einzelner verantwortlich waren, sind detaillierte Angaben nicht möglich: Zum einen führten die Struktur- und Berufungskommissionen nicht durchgehend Evaluationen fachlicher

²² Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes vom 18. Juli 1991

²³ Gesetz über die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Hochschulen im Ostteil Berlins in Rechtsverhältnisse nach dem Berliner Hochschulgesetz vom 11. Juni 1992

Kompetenzen an sich durch, sondern prüften häufig allein die je individuelle Eignung für bestimmte Stellen. Zum anderen war die BewerberInnensituation für Professuren an der Humboldt-Universität so gut, dass das Scheitern gegen eine solch herausragende Konkurrenz nichts Zwingendes über eine mangelnde Qualifikation der Unterlegenen aussagt. (Vgl. Raiser 1998: 99f.)

Das personalbezogene Ergebnis der weitgehenden Umsetzung der SBK-Empfehlungen, die einen vorgegebenen Stellenrahmen²⁴ zu berücksichtigen hatten, spiegelt sich in den o.g. Zahlen: Rund drei Viertel der früheren HU-Wissenschaftler und -Wissenschaftlerinnen waren nach abgeschlossenem Umbau der Universität dort nicht mehr beschäftigt. Eine Zusammenschau der diversen Kommissionsergebnisse hinsichtlich ‚persönlicher Integrität‘ ergibt, dass hier bei ca. 10% des gesamten wissenschaftlichen Personals durchschlagende Bedenken bestanden. Das heißt: Etwa 65% der 1989 an der HU beschäftigten WissenschaftlerInnen hatten die Universität verlassen müssen, ohne dass dafür Aspekte ausschlaggebend waren, die aus Integritätsüberprüfungen resultierten. Durch auslaufende Arbeitsverträge, die aus der Umwandlung in der DDR unbefristeter in dann befristete Beschäftigungsverhältnisse resultierten, erhöhte sich dieser Anteil in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nochmals beträchtlich, ohne allerdings statistisch erfasst worden zu sein.

Zusammengefasst hat die retrospektive Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus folgende Auswirkungen auf die erhobenen Diagnosen über die „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ heute:

1. Die Ursachen der gegenwärtigen Probleme werden den Modalitäten des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus zugeschrieben.
2. Damit wird der Anspruch auf politische Lösungen dieser Probleme legitimiert, da letztere Resultate von (politisch zu verantwortenden) Entscheidungen seien.

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Beschreibungen der genannten Fehlentwicklungen im einzelnen auf ihren Realitätsgehalt zu prüfen.²⁵ Wichtig sind diese Deutungen hier vielmehr, weil sie ein Verstehen der im weiteren dargestellten Problembereiche (3.2.2.-3.2.4.) und eine angemessene Bewertung spezifischer Lösungsvorschläge, wie sie im Rahmen der Befragungen erhoben wurden (3.3.2.), ermöglichen. Die diagnostizierten Probleme lassen sich in die drei oben genannten Bereiche einteilen – unzulänglich genutzte Kompetenzen, Probleme der Arbeits- und Lebensumstände sowie symbolische und Anerkennungsprobleme. Die weitere Darstellung bezieht sich nun ausschließlich auf die Gegenwart, d.h. auf heutige und also ggf. auch heute bzw. künftig zu bearbeitende Fragen.

²⁴ Der Senat von Berlin: Senatsvorlage Nr. 852/91

²⁵ Weitergehende Informationsbedürfnisse dazu lassen sich einstweilen durch einen Abgleich mit den bereits vorliegenden Analysen und Dokumentationen der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftslandschaft befriedigen: vgl. die Bibliografie in Kapitel 4.

3.2.2. Unzulänglich genutzte Kompetenzen

Aus den Modalitäten der Neuordnung der Wissenschaftslandschaft in Ost-Berlin haben sich nach nahezu einhelliger Auffassung aller Befragten auch Verluste für die Gesellschaft ergeben. Die Mehrheit der Befragten ist sich darin einig, dass es sich bei diesen Verlusten um Kompetenzen handelt, die nicht oder unzulänglich wahrgenommen werden. Das heißt, diese Kompetenzen existierten zwar weiterhin in der (Wissenschafts-)Praxis, würden aber weder von den etablierten wissenschaftlichen Institutionen noch – etwa sozialwissenschaftliche Kompetenzen – im Rahmen systematischer Politikentwicklung aktiviert. Spezifische Kompetenzen, die ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin einbringen könnten, seien folgende: (a) Insiderwissen, (b) Osteuropakompetenzen, (c) weitere regionalspezifische Kompetenzen, (d) marxistische Ansätze und Perspektiven sowie (e) Lehrerfahrung. Das heißt im einzelnen:

(a) Insiderwissen

Ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätten besondere, auf Innenkenntnis basierende Kompetenzen hinsichtlich des Funktionierens des DDR-Systems sowie des Transformationsprozesses und der heutigen Gegenwartsgesellschaft in Ostdeutschland.²⁶ Dieser ‚biografische Vorteil‘ wird von allen Befragten, die sich zu diesem Thema äußerten, gesehen. Dementsprechend sind die meisten auch von dem potentiellen Nutzen dieser Innenkenntnis des DDR-Systems überzeugt: Der – notwendige – quasi-ethnologische Außenblick auf die ostdeutsche Gesellschaft werde gegenwärtig nur unzulänglich ergänzt durch den – ebenso notwendigen – Innenblick von Beobachtern, die gesellschaftliche Codes ohne mühsame Übersetzungsanstrengungen zu entschlüsseln vermögen.²⁷

Eine Interviewpartnerin wies darauf hin, dass besonders an den Transformationserfahrungen gegenwärtig kein gesellschaftliches Interesse bestehe. Erst kommende Generationen würden wohl den notwendigen Abstand zu – und damit wieder Interesse an – der Transformation gewonnen haben (Nickel).²⁸

²⁶ Die Ostdeutschen „verfügen sicherlich in der Regel über eine genauere und vor allen Dingen selbst erlebte Kenntnis dieses zu Ende gegangenen Systems. Und soweit dieses Gegenstand der wissenschaftlichen Arbeit ist, bringen sie also Kenntnisse und Erfahrungen ein, die unmittelbare Vorteile für diese wissenschaftliche Erforschung bedeuten“ (Kocka).

²⁷ Dieses Insiderwissen müsse neben der ostdeutschen Gegenwartsgesellschaft besonders auch für die Erforschung sozial-kultureller Einrichtungen der DDR genutzt werden (Vilmar).

²⁸ „Die Generation, die Träger des Transformationsprozesses war, ist offensichtlich einerseits sprachlos und andererseits so damit beschäftigt, sich zu integrieren und anzupassen, dass die Generation es nicht artikuliert, und die nachwachsende Generation ist jetzt erst einmal damit beschäftigt, sich nicht immer verorten zu müssen. Das wird dann erst wieder die nächste Generation sein“ (Nickel). Etwas

Gleichfalls werde mit Sorge beobachtet, dass seit Mitte der 90er Jahre eine starke Abnahme von Lehrveranstaltungen zur DDR-Geschichte zu konstatieren sei (vgl. Pasternack 2001e).²⁹ Auch hierbei könnten sich ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch ihr Insiderwissen und überdurchschnittliches Interesse am Gegenstand besonders einbringen. Daneben gebe es ein Archivwissen, deren Träger ostdeutsche WissenschaftlerInnen seien, das für die künftige Nutzung spezifischer Archive zur ostdeutschen Geschichte nicht verloren gehen dürfe.³⁰

Exkurs:

Zu den Deutungskompetenzen zur ostdeutschen Geschichte und Gesellschaft

Für viele Befragte hängt das abnehmende Interesse an der DDR-Geschichte auch mit einer öffentlichen wie wissenschaftlichen Deutung der DDR zusammen, in der genuin ostdeutsche Perspektiven nicht wahrgenommen werden. Dabei ginge es einerseits darum, ein ‚westdeutsches Deutungsmonopol‘ sowohl für die DDR-Geschichte als auch für die heutige ostdeutsche Teilgesellschaft zu brechen (siehe 3.2.2.). Andererseits könnten gerade ostdeutsche Perspektiven helfen, Deutungsprobleme, welche die (westdeutsch dominierten) Sozialwissenschaften hinsichtlich der ostdeutschen Transformationsgesellschaft haben, zu vermindern. Dem stehe aber entgegen, dass die Deutungskompetenzen im Sinne von ‚Zuständigkeit‘ nicht parallelisiert seien mit den Deutungskompetenzen im Sinne von Deutungsfähigkeit.

Damit ist die soziokulturelle Dimension der unzulänglich genutzten Kompetenzen angesprochen: Die Partizipationsmöglichkeiten an der Deutung von DDR-Geschichte, des Transformationsprozesses und der ostdeutschen Gegenwartsgesellschaft sind ungleich

anders akzentuiert der Deutsche Hochschulverband: „Bei den Studierenden und KollegInnen ist die Ost-West-Frage im Prinzip kein Thema mehr.“

²⁹ Allerdings ist präzisierend darauf hinzuweisen, dass dieses Problem in Berlin im Vergleich zu anderen Regionen am geringsten ist: „Die Freie Universität, die Humboldt-Universität und – deutlich geringer, aber für eine technisch ausgerichtete Hochschule immer noch beachtlich – die TU Berlin bieten seit 1990 bis heute so viele Ostdeutschland-bezogene Lehrveranstaltungen an, wie dies nirgendwo sonst zu beobachten ist. ... Seit 1990 konnten in Berlin in jedem Semester durchschnittlich 43 verschiedene Vorlesungen oder Seminare zur DDR-Geschichte oder zu aktuellen ostdeutschen Entwicklungen belegt werden. Berlin erweist sich also zumindest in akademischer Hinsicht als das, was es immer gern sein möchte, nämlich ‚Werkstatt der Einheit‘. Wer die DDR studieren möchte, sollte nach Berlin gehen und sich an allen drei Universitäten zugleich einschreiben. Angesichts der Fülle entsprechender Lehrangebote ließe sich dort problemlos ein – nicht existierender, aber hier ohne Mühe selbst zu organisierender – Studiengang ‚GDR-Studies‘ zusammenstellen und absolvieren.“ (Pasternack 2001e: 39f.)

³⁰ Das wird durchaus dramatisch gesehen: „Wenn die beiden letzten Menschen, die sich darin auskennen, gestorben sind, ist das nur noch ein Haufen Papier und Datenmüll“ heißt es bei isda unter Bezugnahme auf ein konkretes Beispiel.

zwischen Ost und West verteilt. Die Folgen lassen an einem Beispiel sinnfällig illustrieren (vgl. Pasternack 2004):

1999 veröffentlichte der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer ein Thesepapier über die Ursachen von Fremdenhass in Ostdeutschland (Pfeiffer 1999). Er verband dies mit der Präsentation eines Fotos aus einem DDR-Kindergarten: Eine Kindergruppe sitzt in Reih und Glied auf Nachttöpfen und verrichtet gemeinschaftlich die Notdurft – das alsbald so genannte „Töpfchenfoto“. Pfeiffer erläuterte, dies sei ein Beweis für die aberwitzige kollektivistische Zurichtung in der DDR, die alle Lebensbereiche umfasst habe: Nicht einmal Pinkelngehen sei individuell möglich, sondern an feste Termine und normierte Gruppenabläufe gebunden gewesen. Wer so von Kindheit an aufgewachsen sei, müsse zwar nicht zwingend ein Neonazi werden und Ausländer überfallen, aber wundern jedenfalls brauche man sich darüber nicht, wenn er denn so werde.

Daraufhin hieß das, was Pfeiffer sagen wollte, nur noch die „Töpfchentthese“. Es herrschte in Ostdeutschland allgemeine Empörung über ‚den Wessi‘, der sich da eine Deutungshoheit angemaßt und so überdeutlich daneben gelegen habe. Denn jeder, der in der DDR gelebt hatte, wisse, dass im Kindergarten zwar Kollektivnormen eingeübt wurden, dass dennoch aber bedürfnisabhängig auf Toilette gegangen werden durfte. Die allgemeine Empörung war unabhängig davon, wie die einzelnen Empörten seinerzeit zur DDR gestanden hatten.

Pfeiffer hatte mit dem Foto eine geradezu grandiose Kommunikationshavarie produziert, und diese war weniger spaßig, als es der Anlass nahe legen könnte. Denn über das eigentliche Problem, zu dessen Erklärung Pfeiffers Text etwas hätte beitragen wollen und können – das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland –, wurde anschließend nicht mehr diskutiert. Dabei wäre das lohnenswert gewesen. Immerhin hatte Pfeiffer als Ausgangspunkte zwei harte Daten:

- „Fremdenfeindliche Überfälle ... ereignen sich im Osten pro 100.000 der Bevölkerung vier- bis fünfmal so oft wie im Westen. ... Pro 100.000 Ausländer wurden 1997 in den westlichen Bundesländern 2,1 Opfer fremdenfeindlicher Gewalt, in den neuen Bundesländern waren es 57,4 – also 27mal so viel“ (ebd.: 1).
- Es gibt eine „starke Gruppenorientierung der jungen Ostdeutschen ... Jugendliche und Heranwachsende in den neuen Bundesländern (begehen) Gewaltdelikte primär aus Gruppen heraus ..., während im Westen die Einzeltäter dominieren Junge Gewalttäter aus Leipzig gaben zu 55 Prozent an, daß sie ihre Taten aus Gruppen heraus begangen hatten. In Stuttgart waren das nur 20 Prozent“ (ebd.: 2).

Pfeiffers eigentliche Argumentation nun war: Der hohe Anpassungsdruck an die Gruppe habe eine kollektivistische Zurichtung und Entindividualisierung bewirkt. Im Kontext der strikten Feindbildorientierung, die das DDR-Bildungssystem vermittelt habe, hätte dies dreierlei bewirkt: Verunsicherung des Individuums, Abwehr alles Fremden und Gewinn von Selbstbewusstsein allein in der Gruppe. All dies zusammen habe schließlich einen Nährboden für feindselige Einstellungen und Gewalt gegen Ausländer geschaffen.

Dies plausibel zu machen, hätte es des Töpfchenfotos nicht bedurft. Pfeiffer aber war von dessen vermeintlicher Evidenz so beeindruckt, dass er sich nicht die Frage stellte, ob

er womöglich einem Stereotyp aufsitzt – einem Stereotyp, das zwar herrschaftsanalytisch plausibel ist, im konkreten Falle aber alltagsgeschichtlich dementiert wurde. Pfeiffer organisierte sich mit dem Einsatz des Fotos die allgemeine Abwehr der Ostdeutschen und verschenkte damit ohne Not die Chance, dass über seine eigentlichen Thesen diskutiert wurde.

Durch den Ausschluss eines beträchtlichen Teils der potenziellen Debattenteilnehmer wird der Diskurs über die genannten Themen also selbst geschwächt, indem er inhaltlich eben ohne die Erfahrungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ostdeutscher Herkunft organisiert wird. Gerade das Beispiel der ‚Töpfchentese‘ zeigt, dass einige Deutungsaufgaben hinsichtlich der DDR-Gesellschaft Ostdeutschen zugänglicher sein können. So war sich auch die Mehrheit der im Rahmen der „Ost-Berliner Wissenschaft“-Expertise Befragten einig, dass der notwendige Innenblick eine wichtige, aber unzulänglich genutzte Kompetenz ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sei.

(b) Osteuropakompetenzen

Im Ostteil Berlins sind in beträchtlicher Dichte sprachliche, fachliche und kulturelle Kompetenzen im Hinblick auf Osteuropa vorhanden. Dabei liegen diese keineswegs brach, sondern werden zivilgesellschaftlich gelebt. Kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen Berlins nach Ostmittel- und Osteuropa werden durch eine ganze Reihe von sehr aktiven Vereinen bereichert. Diese Kooperationen werden in der Regel kaum mit öffentlichen Mitteln unterstützt und sind nahezu ausschließlich vom persönlichen Engagement der Mitglieder getragen.

Beispiele sind der Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa MitOst e.V., der ehrenamtlich Begegnungs- und Kulturprojekte durchführt, oder das Ost-West-Europäische Frauennetzwerk OWEN e.V., das Hilfe zur Selbsthilfe in den osteuropäischen Ländern leistet und den Aufbau von langfristigen Kooperationsbeziehungen mit dieser Region unterstützt. Eine Reihe von Organisationen widmet sich speziell der Zusammenarbeit mit Russland, so etwa die Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität DAMU e.V., das Deutsch-Russische Forum e.V. oder der Deutsch-Russische Austausch e.V.

In und für Berlin war Anfang der 90er Jahre einmal das Leitbild „Ost-West-Drehscheibe“ entwickelt worden. Es läge nahe, in Zusammenführung dieses Leitbildes mit dem gleichfalls elaborierten Leitbild „Stadt des Wissens“ (vgl. BerlinStudie 2000: 23ff.) die wissenschaftlichen Osteuropakompetenzen, wie sie insbesondere in Ost-Berlin vorliegen, auch politisch stärker wahrzunehmen. Drei Beispiele aus jüngerer Zeit und aus unterschiedlichen Bereichen zur Erläuterung:

- Als am 25.10.2002 die Konferenz „Die Mittel- und Osteuropakompetenz der Stadt Berlin“ stattfand, traten im Wissenschaftspanel vier Personen auf: der Vorsitzende des Institutsrates des Osteuropa-Instituts der Freien Universität, die Präsidentin der Universität Frank-

furt/Oder, die Leiterin des Informationszentrums Sozialwissenschaften und eine Vertreterin des Wissenschaftskollegs (vgl. Standke 2002). Das heißt: ausschließlich VertreterInnen öffentlich geförderter Einrichtungen, kein Vertreter zivilgesellschaftlicher Initiativen.

- 2003 lief im Martin-Gropius-Bau die Ausstellung „Berlin-Moskau 1950-2000“. Der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel hat luzide darauf aufmerksam gemacht, was dem kundi-gen Blick an dieser Ausstellung vor allem auffällt: das, was dort nicht zu sehen ist.

„Es gibt [in der Ausstellung] ... keine Viersektorenstadt und keine Mauer, keinen Grenzübergang und nicht den Ost-West-Expreß Paris-Moskwa zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Weißrussischem Bahnhof. Dort gibt es nicht die Buchhandlung Unter den Linden, in der zu Mauerzeiten die Westler ihr Zwangsumtauschgeld in russische Klassiker oder Noten umgemünzt hatten. Die ganze Topographie des sowjetischen Berlin – sie ist einfach nicht da ... All das, was Ost-Berlin und Moskau für fast ein halbes Jahrhundert zu Städten in einer Zeitheimat, nämlich des Ostblocks, hatte werden lassen, scheint es nicht gegeben zu haben. [...] Natürlich auch nichts von den Tausenden von Berliner Studenten und Aspiranten, die an Moskauer Universitäten oder Akademie-Instituten waren; nichts von den über Generationen gewachsenen Netzen zwischen Berliner und Moskauer Verlegern und Übersetzern.“ (Schlögel 2003)

Schlögel resümiert: „Die Stadt ist voll von Leuten, die wissen, was über die Jahre auf der Schiene Berlin-Moskau gelaufen ist. Die Ausstellungsmacher haben sich große Mühe gegeben, dieses Potential zu ignorieren.“

- Der Senat von Berlin unterhält seit 2002 eine MOE-Initiative. Deren Leitdokument ist das „Positionspapier zur Zusammenarbeit des Landes Berlin mit Mittel- und Osteuropa. Grundsätze und Schwerpunkte“ (Senat [2003]). Das Kapitel „Die Berliner MOE-Kompetenz (Stärken-Schwächen-Analyse)“ verzichtet vollständig auf die Erwähnung derjenigen spezifischen Kompetenzen, die in Berlin allein dadurch vorhanden sind, dass der Ost-Teil der Stadt einstmals Hauptstadt eines zum osteuropäischen Machtblock gehörenden Staates war – wenn man von dem sehr unspezifischen Aufzählungspunkt „hoher Anteil an Berlinerinnen und Berlinern, die über Ost-West-Kompetenz verfügen“ (ebd.: 3) absieht.

(c) Weitere regionalspezifische Kompetenzen

Neben der politisch verursachten besonderen Einbindung der DDR in den ostmittel- und osteuropäischen Großraum und die dadurch vorhandenen Osteuropa-Kompetenzen gibt es weitere regionalspezifische Kompetenzen. Auch diese rühren aus besonderen politischen Verbindungen her, welche die DDR eingegangen war: In Folge dieser hatte die DDR in überdurchschnittlichem Maße in die Ausbildung von Expertentum auch zu asiatischen und afrikanischen Ländern sowie zum Nahen Osten („mit Ausnahme Israels“) investiert (Gesellschaftswissenschaftliches Forum). Die dadurch regional verdichteten Kompetenzen seien mit den Personen in Berlin nach wie vor vorhanden.

(d) Marxistische Ansätze und Perspektiven

Mehrfach wurde darauf verwiesen, dass ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch ihre DDR-Sozialisation über Kenntnisse marxistischer Ansätze und Perspektiven verfügten, die so bei westdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht vorhanden seien. Auch deswegen seien diese Perspektiven in der deutschen Wissenschaft unterrepräsentiert. Marxistische Ansätze seien aber „weiterhin wertvoll, um eine Variante von Wirklichkeitserkenntnis zu erleichtern und zu verbessern. Das könnte, wenn es richtig und unorthodox und undogmatisch und innovativ betrieben würde, ein Vorteil sein“ (Kocka).

(e) Lehrerfahrung

Ein Merkmal des DDR-Hochschulsystems waren die günstigen Lehrenden-Studierenden-Relationen und eine höhere Aufmerksamkeit für die akademische Lehre seitens der Wissenschaftler an Hochschulen. Daher hätten ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach verbreiteter Auffassung besondere Kompetenzen hinsichtlich der Lehre und Betreuung von Studierenden. Diese würden durch Ausgrenzungen von ostdeutschen Wissenschaftlern nicht genutzt, obwohl es bekanntermaßen in Folge der Überlast Probleme mit der Qualität der Lehre an den Hochschulen gebe.

3.2.3. Probleme der Arbeits- und Lebensumstände

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau beinhaltete wesentlich die ‚personelle Erneuerung‘ der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen. Nach Dieter Simon bedeutete diese die „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“ (1998: 509). Dass der ostdeutsche Wissenschaftsumbau Folgen für die Betroffenen hatte, deren Berechtigung mit Zweifeln behaftet ist, veranlasste Jürgen Mittelstraß zu seiner oben bereits zitierten Äußerung:

„Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied ... einen Wunsch freihaben sollte, dann den, dass wir – und sei es nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden“ (Mittelstraß 2002:32).

Für viele bedeutete der ostdeutsche Wissenschaftsumbau so die Beendigung ihrer (ostdeutschen) Wissenschaftslaufbahn: Aus Lebenszeitstellen wurden fragile Beschäftigungsverhältnisse (Laitko). Die Betroffenen lassen sich nach den wissenschaftspolitischen Strukturen, in denen sie nach 1990 mit Einschränkungen weiter tätig sein konnten bzw. alsbald nicht mehr

tätig sein konnten, einteilen. Zum Teil wurden, um Weiterbeschäftigungen zu ermöglichen, Sonderprogramme initiiert und neue institutionelle Formen geschaffen. Häufig Erwähnung fand in der Erhebung das 1996 ausgelaufene Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP), dessen Scheitern heute, 2003, immer noch Probleme verursacht. Als neue Institutionen wurden etwa die Geisteswissenschaftlichen Zentren (GWZ) geschaffen, deren Ziel neben wissenschaftlicher Innovation die Integration von Angehörigen der früheren DDR-Akademie der Wissenschaften (AdW) war.

Nur ein Bruchteil der wissenschaftlich Beschäftigten konnte durch diese Maßnahmen im Wissenschaftssystem verbleiben. Viele sind im Laufe der Jahre aus den Förderprogrammen herausgefallen, da der Förderungsumfang beständig reduziert wurde. Diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, soweit sie noch wissenschaftlich arbeiten, schlagen sich auf Projektstellen durch und sind mehrheitlich Teil der sogenannten ‚mittleren Generation‘, sind also diejenigen, die 1989/90 zwischen 30 und 45 Jahre alt waren. Diese Gruppe ist nur noch z.T. ermittelbar, da viele Angehörige der ‚mittleren Generation‘ inzwischen nicht mehr wissenschaftlich arbeiten (können).³¹

(a) Die Geisteswissenschaftlichen Zentren (GWZ)

Sechs Geisteswissenschaftliche Zentren (GWZ) existieren in den ostdeutschen Ländern, davon drei in Berlin: das Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung, das Zentrum Moderner Orient und das Zentrum für Literaturforschung.³² Hervorgegangen aus „Forschungsschwerpunkten“, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Max-Planck-Gesellschaft unterhalten hatte, hatten die Zentren zwei Gründungsaufträge: zum einen die Erzeugung von Innovationen in den Geisteswissenschaften, zum anderen die Integration sogenannter erhaltenswerter Potenziale aus der früheren DDR-Akademie der Wissenschaften (AdW).³³

„Unter fachlichen Gesichtspunkten sollen durch ihre Einrichtung zukunftsorientierte Schwerpunktsetzungen der geisteswissenschaftlichen Forschung und der forschungsintensiven Lehre ermöglicht werden, die der interdisziplinären Zusammenarbeit neue Perspektiven eröffnen. Unter organisatorischen Gesichtspunkten eignen sie sich in besonderer Weise zur Aufnahme gerade solcher positiv begutachteten Arbeitsgruppen aus AdW-Instituten, die wegen der Besonderheit ihrer Thematik oder ihrer fächerübergreifenden Zusammensetzung in einem koordinierten Arbeitsverbund erhalten bleiben sollten.“ (Wissenschaftsrat 1992: 46)

³¹ detailliert dazu siehe unten Punkt (e)

³² Die anderen drei GWZ sind das Zentrum für Zeithistorische Forschung, das Zentrum für Aufklärungsforschung, beide in Potsdam, sowie das Zentrum für Mittel- und Osteuropastudien in Leipzig.

³³ Wobei die GWZ aus Sicht der Betroffenen zwar positiv bewertet werden, aber u.U. nur die „zweit- oder drittbeste Lösung“ (Laitko) darstellen, da die ursprünglichen AdW-Einrichtungen abgewickelt wurden.

Bis 2006 haben die Zentren eine Bestandsgarantie. Die GWZ streben nun ihre institutionelle Verfestigung über 2006 hinaus an.

In der Perspektive dieser Studie interessiert, wie der zweite Gründungsauftrag – die Integration von Akademie-Personal – erfüllt worden ist. Laut Auskunft des Vorstands des Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin e.V. hat sich das Thema unterdessen erledigt, „da mit den bestehenden GWZ eine erfolgreiche Integration zwischen den Wissenskulturen von Ost und West erreicht wurde“ (Vorstand der GWZ 2002: 3).

Gänzlich problemlos gehen die Dinge gleichwohl auch dort nicht vonstatten, wie sich dem Vereins-Jahresbericht 2001 entnehmen lässt: So habe es im Berichtsjahr zwei Arbeitsgerichtsverfahren gegeben, „und zwar als Folge der Ablehnung eines größeren Forschungsprojekts, in dem mehrere Mitarbeiter aus der ehemaligen Akademie beschäftigt waren, durch die DFG“. Dies sei eine Folge der Gründungskonstruktion der Zentren, „da die Struktur einer projektbezogenen, jeweils befristeten Förderung der doppelten Zielsetzung der Zentren, einerseits interdisziplinäre kulturwissenschaftliche Forschung zu entwickeln und andererseits den Wissenschaftlern, die aus der Akademie der Wissenschaften kommen, institutionelle Voraussetzungen für ihre Arbeit zu bieten, teilweise widerspricht“ (Einführung 2001: 12f.).

Aus der Sicht einiger Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind die GWZ nicht nur eine Erfolgsgeschichte. So wird z.B. die Aussonderung der Afrikawissenschaft aus dem GWZ „Moderner Orient“ nachdrücklich kritisiert, da sie der Gründungsintention entgegenstünde.³⁴

Mit Stand Dezember 2002 waren von den aktuell 141 MitarbeiterInnen der Berliner Zentren 15 bereits an der AdW beschäftigt gewesen.³⁵ Das heißt: Insgesamt sind die Berliner GWZ inzwischen so weit personell angeglichen (im Sinne einer Dominanz von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern westdeutscher Herkunft), dass die für die Zeit nach 2006 anstehende Entscheidung über ihre Fortexistenz frei von Ost-West-Konnotationen getroffen werden kann.

(b) Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) und seine Folgen

Bis 1996 wurden ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus außeruniversitären Forschungsinstituten durch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) gefördert. Seitdem existieren Nachfolgeförderungen wie etwa über das Hochschulwissenschaftspro-

³⁴ vgl. auch Heyden (2001)

³⁵ Auskunft des Vorstands der Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin e.V. an SenWissKult, 3.12. 2002. An den drei nichtberliner GWZ war es übrigens gelungen, die Probleme der Gründungskonstruktion ohne arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen zu bewältigen. Auch die Ost-West-Durchmischung ist dort, insbesondere am ZFF in Potsdam und am GWZO in Leipzig, ausgewogener.

gramm (HWP), die aber jährlich neu ausgehandelt werden müssen und deren Umfang beständig abnimmt.

Exkurs:

Zur Geschichte des Wissenschaftler-Integrationsprogramms

Zum Verständnis des WIP und seiner Effekte muss angemerkt werden, dass dieses Programm auf einem Anfangsfehler aufbaute, und dass es dieser Anfangsfehler ist, der 13 Jahre nach dem Umbruch die Probleme der noch in der Förderung befindlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begründet. Peer Pasternack beschrieb den Vorgang bereits 1996 als Ergebnis eines so grandiosen wie anhaltend unausrottbaren Missverständnisses:

„Die Auffassung der weitgehenden Trennung von Forschung und Lehre an der Linie Hochschulen und Akademien folgte zunächst einer im Zuge der III. Hochschul-(incl. Akademie-)reform von 1968 ff. formulierten Zielvorstellung der SED-Wissenschaftspolitik. Die Auffassung wurde nach 1989 intensiv gepflegt durch die Interessenvertreter der Akademie der Wissenschaften, die sich dadurch bessere Ausgangsbedingungen in den zu erwartenden Verteilungskämpfen erhofften. Dieser argumentative Schuß endete, wie sich später zeigte, als Rohrkrepiere namens WIP. Die Hochschulen hingegen betonten unablässig ihre guten Lehrbedingungen einschließlich intensiverer Lehrmotivation des Personals. Als Distinktionsmerkmal im Vergleich zu westdeutschen Universitäten formuliert, stärkte dies offenbar die Überzeugungskraft der Akademievertreter. Zunächst baute der Wissenschaftsrat seine gesamte Empfehlungslinie auf der Annahme unerträglicher Forschungsdefizite der Hochschulen auf: Die Forschung müsse an die Hochschulen ‚zurückgeführt‘ werden.³⁶ Zwar versuchte der Wissenschaftsrat auch, sich in der Angelegenheit sachkundig zu machen, doch augenscheinlich ohne die eingeholten Expertisen hinreichend zur Kenntnis zu nehmen.³⁷ Nachdem trotz intensiver Bemühungen vergleichsweise wenig außeruniversitäre Forschung an die Hochschulen angebunden werden konnte und schließlich immer noch ca. 1.700 positiv evaluierte Akademie-WissenschaftlerInnen nicht untergebracht waren, wurde das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP, innerhalb des Hochschulerneuerungsprogramm HEP) aufgelegt. Sein Geburtsfehler bestand wiederum darin, auf der falschen Prämisse aufzubauen, die Hochschulen seien nahezu ohne Forschung und würden sich nichts sehnlicher wünschen als die Aufnahme richtiger ausgebildeter ForscherInnen. Tatsächlich beheimateten die Hochschulen z.T. beachtliche Forschungspotenziale und hatten im übrigen keine Spielräume in der Personalstruktur. Sie

³⁶ „in den Hochschulen (ist) das Verhältnis von Forschung und Lehre nicht ausgewogen... Über weite Strecken wurde aufgrund politischer Entscheidungen die [also nicht *ein Teil der*] Forschung in Institute außerhalb der Hochschulen verlegt“ (Wissenschaftsrat 1990: 24).

³⁷ Hierzu sei etwa auf ein von Weingart et al. (1991) erstelltes Gutachten zum ‚Bibliometrischen Profil der DDR‘ (lies: der DDR-Wissenschaft in ausgewählten Disziplinen) verwiesen, das im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Wissenschaftsrates erarbeitet worden war. Die Autoren ermitteln (unter Verwendung der Datenbanken des Science Citation Index) z.B., daß 54,7% der Publikationen in den DDR-Natur- und medizinischen Wissenschaften aus den Hochschulen stammten, dagegen nur 32,6% aus den Akademieinstituten (Beispieljahr 1984) (ebd.: 26).

waren gewiß nicht abgeneigt, *zusätzliche* Forschungskapazitäten inform entsprechenden Personals mit sächlicher Ausstattung zu bekommen. Doch waren sie, wie sich denken läßt, ungeneigt, dies zulasten der eigenen Beschäftigten zu erlangen. Also statteten sie die um Anbindung nachsuchenden WIPianer mit Zeitverträgen für die Dauer der Förderung aus dem WIP aus und setzten im übrigen die politischen Amtsträger davon in Kenntnis, daß hier nach Ablauf der WIP-Finanzierung ein Problem bestehen werde. Eindrucksvoll ist in- dessen, wie hartnäckig fortdauernd kolportiert wird, die ostdeutschen Hochschulen wären erst im Laufe ihres Umbaus wieder zu der ihnen zukommenden Rolle eigenständiger For- schungseinrichtungen gelangt.“³⁸ (Pasternack 1996: 14f.)

Das WIP kann in Berlin als im wesentlichen gescheitert angesehen werden. Das Hauptziel einer *dauerhaften* Eingliederung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Akademieinstituten wurde bis auf wenige Ausnahmen nicht erreicht: „In Berlin haben während der Laufzeit des WIP insgesamt 16 WIPianer eine dauerhafte Eingliederung er- reicht. Einige wurden an Hochschulen außerhalb Berlins berufen. Anfang 1994 gab es in Berlin etwa 540 WIPianer. Die Erfolgsquote des WIP in Berlin lag also bei etwa 4%“ (WIP-Rat 2002: 4).³⁹

Die Ursachen dafür sind die fehlerhafte Zieldefinition des Programms und mangelnder politischer Wille bzw. mangelnde Durchsetzungskraft früherer Landesregierungen zur Umsetzung. Denn das WIP konnte zwar sehr wohl auf die Unterstützung durch die Se- natsverwaltung bauen, es wurde aber keine politische Gesamtlösung angestrebt, so dass der Umfang des WIP und seiner Nachfolgeprogramme beständig abnahm. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Geförderten wurde mit jeder neuen Förderungsperiode geringer, ohne dass die (dann nicht weiter) Geförderten nun mit festen Stellen in wissenschaftlichen Institutionen ausgestattet worden wären.

Zum Scheitern beigetragen habe daneben auch der Umstand, dass man „nie ernsthaft ver- sucht hat, sie [die ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – d.Verf.] durch ein wirklich realistisches Programm in die westdeutschen Universitäten hineinzu- bringen“ (Kocka). Zudem kommt hier auch die besondere Wissenschaftskonzentration in beiden Teilen Berlins zum Tragen, so dass in Berlin 1990 „massenhaft hochqualifizierte, abgewickelte Akademikerinnen und Akademiker“ aufeinander prallten (Nickel). Überdies sind, trotzdem „gleichzeitig [mit der Reduzierung von Arbeitsplätzen im außeruniversitä- ren Bereich und Strukturveränderungen – d.Verf.] die Industrieforschung zum Erliegen

³⁸ So findet sich etwa in einer ambitionierten Bestandsaufnahme des ostdeutschen Hochschulumbaus (Mayntz 1994) in jedem dritten der dort versammelten Artikel, verfasst von zwölf teilnehmenden Be- obachtern, eine entsprechende Aussage: vgl. Neidhardt (1994: 34), Hall (1994: 166), Krull (1994: 210), Schimank (1994: 264, 275). Noch während des „10 Jahre danach“-Symposiums 2002 wurde das Missverständnis erneut aktualisiert: „Die Bemerkung ..., dass die Forschung im Ergebnis der Trans- formation endlich wieder an die Universität heimgekehrt sei, veranlasste den Sächsischen Staatsminis- ter Hans Joachim Meyer ... zu dem gereizten Einwand, man sollte endlich die Legende beerdigen, es habe an den Universitäten und Hochschulen der DDR keine Forschung gegeben, alle Forschung wäre an der Akademie der Wissenschaften konzentriert. Was wiederum ... Wilhelm Krull ... zu dem apodik- tischen Bekenntnis trieb: ‚Ich sehe das anders‘“ (Wegelin 2002, 13f.).

³⁹ „Man wird wohl sagen müssen, dass dieses Programm ein Flop war. Viele haben sich ein paar Jahre in diesem Programm halten können und sind dann rausgeflogen.“ (Mittelstraß)

kam, weder an den Universitäten, noch in der außeruniversitären Forschung noch in der Industrieforschung adäquate Stellen in ausreichender Menge entstanden“ (Bimmler).

Insofern erscheint vielen Befragten das WIP im nachhinein als „Tod auf Raten“ (ISO) oder als Sozialprogramm, dass Solidarisierungseffekte unter den Betroffenen verhindern (Leibniz-Sozietät) bzw. durch Arbeitsplatzkonkurrenz ersetzen sollte (Laitko). Darüber hinaus sei es ein Problem, dass das WIP ein Sonderprogramm ist, das so nur in den ost-deutschen Ländern existierte. Diese Spezifik befördere auch Akzeptanzvorbehalte hinsichtlich einer weiteren Unterstützung ehemaliger ‚WIPianer‘.

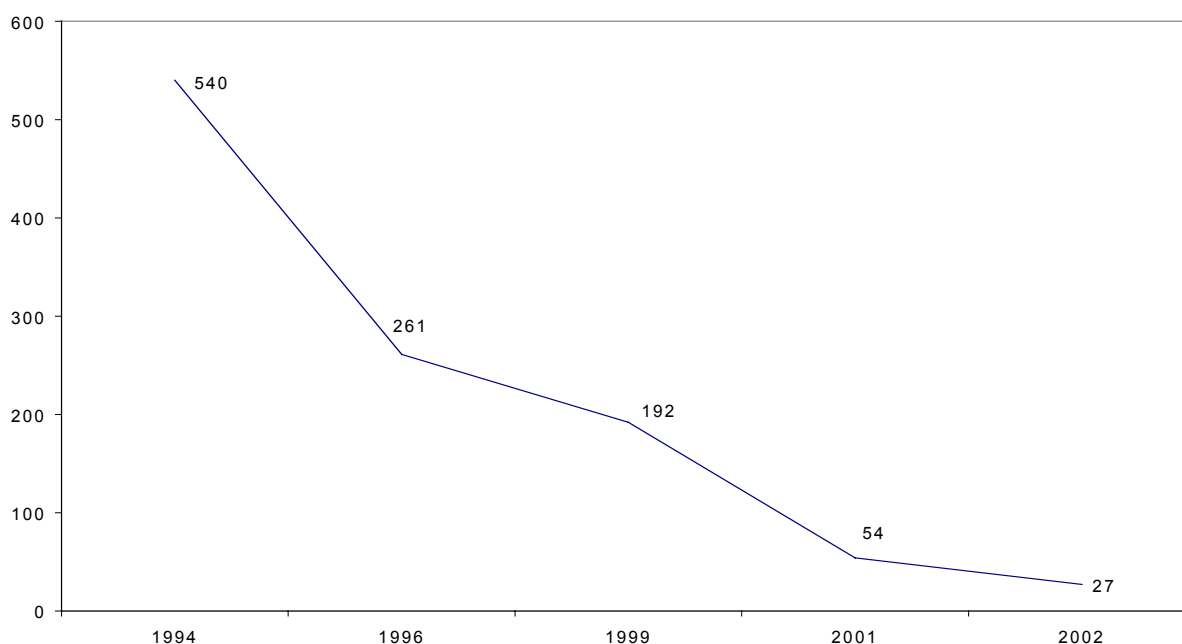


Abb. 1: Anzahl der in Berlin durch WIP, HSP III, HWP 3 Geförderten⁴⁰

Heute wird ein Teil der früheren Berliner WIPianer über Nachfolgeprogramme (HWP III), Projektstellen o.ä. zeitlich befristet und somit prekär finanziert. Ein anderer Teil ist entweder arbeitslos oder inzwischen in nicht-wissenschaftlichen Bereichen tätig. Auf eine Umfrage des WIP-Rates (2002) meldeten sich 70 ehemals durch das WIP geförderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin, auf die die geschilderte prekäre Situation zutrifft.

Wenn nun die Hochschulen auch nicht erst durch die ‚WIPianer‘ zu Forschungseinrichtungen geworden sind, so seien sie gleichwohl durch die WIP-Geförderten forschersich ge-

⁴⁰ Angaben aus WIP-Rat (2002). Die Zahl von 261 Geförderten für 1996 ist eine Schätzung auf folgender Basis: 436 Berliner WIPianer konnten bis 1996 nicht integriert werden. Von diesen wurden 60% weiter gefördert, 40% hingegen arbeitslos. 2001 meldeten sich auf eine Umfrage des WIP-Rats 85 ehemalige Berliner WIPianer, von denen aber nur 54 durch HWP III gefördert wurden.

stärkt worden (vgl. GEW 1995). Zudem sei in den meisten Fällen die inhaltliche Integration von ehemaligen ‚WIPianern‘ am Arbeitsplatz gelungen; dieser Platz müsse nur dauerhaft gesichert werden (WIP-Rat). In diesem Zusammenhang finden sich auch die meisten positiven Wertungen über das WIP und Nachfolgeprogramme: Trotz Zielverfehlung habe das WIP einen „hervorragenden Dienst beim Erhalt des wissenschaftlichen Potentials und der Abfederung negativer sozialer Folgen“ (IGAFA, auch ver.di, Akademikerverband BRH) geleistet. Das zeigt an, dass solche Sonderprogramme genau dann erfolgreich waren, wenn sie „strukturell untersetzt“ (IGAFA) wurden. Während die Hochschulen dies in Form fester Stellen nicht leisten konnten, so konnten doch einige der geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Anstellungen in der außeruniversitären Forschung finden, etwa an den Standorten Adlershof und Buch. Es handelte sich also durchaus um wissenschaftlich qualifiziertes Personal, das vermittelbar war. Allerdings waren auch hier wieder die Geistes- und Sozialwissenschaften übermäßig betroffen, da diese Disziplinen stärker auf öffentliche Unterstützung (s.u.) angewiesen sind. So bedauert ein Interviewpartner, dass es nicht gelungen sei, westdeutsche Teilsysteme wie die Max-Planck-Gesellschaft für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Ostdeutschland zu gewinnen (Mittelstraß).

(c) Individuelle Berufungsfälle

Das Hochschulpersonal-Übernahmegesetz (HPersÜG) vom 11. Juni 1992 hatte die bis zum 30. März 1994 befristete Möglichkeit eröffnet, bisherige Ost-Berliner Hochschulangehörige zu übernehmen, u.a. durch die Möglichkeit der Hausberufung (§ 2 Abs. 1). Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden seinerzeit als sog. Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben (LkbA) übernommen, andere wurden auf C2-Stellen berufen, obgleich C3 oder C4 fachlich ebenso gerechtfertigt gewesen wäre. Es wird vorgetragen, so vom Landesvorsitzenden des Hochschullehrerbundes, dass bei einer Reihe der LkbAs einer Berufung keine namhaften Gründe entgegen gestanden, sondern schlichte Einschätzungsunsicherheiten zu den vorgenommenen Eingruppierungen geführt hätten. Seit längerem jedenfalls leisteten die betreffenden KollegInnen – an der FHTW z.B. mittlerweile als „Dozenten“ geführt – die gleiche Arbeit wie die berufenen Professoren und Professorinnen. Hier sollte, so wird angeregt, eine Möglichkeit geschaffen werden, hausinterne Berufungen durchführen zu können.

(d) Die Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur der o.g. ostspezifischen Kompetenzen

Wie bereits in Bezug auf die Osteuropakompetenzen erwähnt, hat sich eine sogenannte Zweite Wissenschaftskultur im Ostteil Berlins etabliert. Sie umfasst neben den oben genannten zahlreiche weitere, insbesondere sozial- und geschichtswissenschaftliche Vereine. Diese Zweite Wissenschaftskultur werde großteils weder von den etablierten wissenschaftlichen Institutionen noch der Wissenschaftspolitik wahrgenommen. Gleiches gelte für die Fach-Com-

munities. Die Arbeit dort werde hauptsächlich ehrenamtlich geleistet (siehe detaillierter 3.2.4.). Zu sichern und zu verbessern seien deren Tätigkeit nicht zuletzt wegen der dort auf Grund der speziellen Kompetenzen betriebenen „Nischen-Arbeit“ (isda), die andernorts keinen Platz finde.

(e) Die Situation der ‚mittleren Generation‘

Eine andere Problemgruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist die sogenannte ‚mittlere Generation‘, auch „die Übersprungenen“ (Bollinger 2002). Damit sind diejenigen gemeint, die 1989/90 zwischen 30 und 45 Jahre alt waren. Charakteristisch ist für die ‚mittlere Generation‘, dass „diese Personen zu alt sind, um sich radikal neu zu qualifizieren, aber auch noch zu jung, um in den Ruhestand zu gehen“ (Kocka).⁴¹ Ihre Gesamtsituation kann wie folgt skizziert werden:

„Neben den Evaluationen von Instituten Anfang der 90er Jahre hat es auch noch eine andere Evaluation gegeben: die durch das Leben. Deren Kriterien waren und sind die Anforderungen, die heute üblicherweise an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin gestellt werden: originell und zugleich nicht völlig inkompatibel zum Mainstream soll er oder sie sein, zugleich flexibel, mobil und innovativ, im weiteren eifrig publizierend, fremdsprachig und polyzentriert, nicht zu vergessen sind Kommunikationsfähigkeit wie ein gewisses Talent für Präsentation und Projektmanagement, und schließlich möge man multitasking-fähig sowie stressstabil wirken. Davon nun, so war die landläufige Auffassung, fehle den Ost-WissenschaftlerInnen meist einiges, und das war nicht immer falsch. Allerdings: inzwischen gibt es im Osten eine Gruppe von WissenschaftlerInnen, die all diese Qualifikationen hat und es nachgewiesen hat. Das sind Angehörige der mittleren Generation, die seit zehn Jahren, ohne unterwegs einzuknicken, von einem Projekt zum nächsten geturnt sind – damals zwischen 35 und 45 Jahre alt, heute entsprechend zwischen 45 und 55. Manche konnten durch ihre Projektaktivitäten nicht habilitieren, andere konnten es, aber sie haben, wie es aussieht, ebenso wenig eine Chance auf Berufung, denn: Auch die Ostdeutschen stoßen an die ... gläserne Decke. [...]

Dafür scheint es zwei Gründe zu geben. Die Ostdeutschen gehören nicht zu den etablierten Netzwerken, und sie gehören bis heute nicht dazu, weil sie den Netzwerkern eigentümlich fremd sind. Es läuft da ein vergleichsweise simples Schema ab (ohne dass dies denjenigen, die es ablaufen lassen, bewusst sein muss): Wer nicht so ist wie wir, der/die ist anders; wer aber anders ist, könnte u.U. mal Schwierigkeiten machen oder schlicht Reibungen verursachen; wer Schwierigkeiten machen oder Reibungen verursachen könnte, muss nicht unbedingt bei uns integriert werden – jedenfalls nicht solange noch andere zur Verfügung stehen, die mit ziemlicher Sicherheit keine Schwierigkeiten machen, weil sie schon von vornherein so sind wie wir. Natürlich gibt es Gegenbeispiele, aber: dass diese zu Stande kommen, setzt eine bewusste Ausschaltung der Gegenmechanismen voraus. Diese bewusste Ausschaltung von Gegenmechanismen müsste politisch organisiert werden. Der Wissenschaftsbetrieb leistet dies nicht von allein“ (Pasternack 2001b: 138f.).

Es handelt sich hier also um Probleme der Arbeits- und Lebensumstände, die als Resultat der politischen Steuerung der Transformation, namentlich der Sicherung einer Dominanz West

⁴¹ „Für den Westen waren sie noch nicht zu alt, für den Osten waren sie zu alt. Man hat dann exerziert, was man auch im Westen predigte, ohne dem dort zu folgen“ (Mittelstraß).

und eines Ausschlusses Ost (vgl. Bollinger/Heyden 2002: 8), gesehen werden: Im Zuge der Neustrukturierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft sei ein radikaler Elitentransfer vorgenommen worden, der nicht nur in der Besetzung der jetzigen Professuren und Leitungsfunktionen, sondern auch in der näheren Zukunft in den davon abhängigen Mitarbeiterpositionen diese westdeutsche Dominanz sichern werde. Hier funktionierten Netzwerke, die im Unterschied zu den viel beschworenen Seilschaften mindestens auch noch die nächste Generation ostdeutscher Intellektueller fast durchweg ausgrenzen werde. Deswegen sei gerade hier eine politische Gegensteuerung notwendig, heißt es bei den Initiatoren von ISO (ebd.).

Hinzu kommt, dass der Mittelbau, dem die ‚mittlere Generation‘ 1989/90 angehört(e), eine zahlenmäßig sehr große Gruppe im DDR-Wissenschaftssystem war. Folgen des Umbaus mussten hier also am deutlichsten spürbar werden. Unter ihnen waren wiederum überproportional Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler betroffen. Diese sind außerhalb wissenschaftlicher Institutionen nur eingeschränkt arbeitsmarktfähig, wenn sie weiterhin wissenschaftlich tätig sein wollen. Der Staat spielt hier also als Arbeitgeber eine wichtigere Rolle als etwa für Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Zudem gehören dieser Gruppe überdurchschnittlich viele Frauen an, die so ihrer wissenschaftlichen Chancen beraubt würden (WiSoS e.V.). Der Statusaufstieg wiederum ist nur ein ausnahmsweise begehrter Ausweg aus dieser Situation, da die „sehr asymmetrischen Prozesse der Auswahl, der Bewerbung und Rekrutierung“ zu einer immanenten Bevorzugung westdeutscher Kandidaten und Kandidatinnen führten (Kocka).

Die Situation der ‚mittleren Generation‘ war Thema der Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“ am 30.11.2002 im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Veranstalter war die „Initiative Sozialwissenschaftler Ost“ (ISO), die bereits über eine u.a. von Eric Hobsbawm und Wilma und Georg Iggers unterzeichnete Anzeige in der „Frankfurter Rundschau“ auf ihre Situation aufmerksam gemacht hatte:

„Wir, die Unterzeichner, mit der deutschen Kultur und Wissenschaft verbundene Forscher und Universitätslehrer, wenden uns an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und an Verantwortliche für Wissenschaftspolitik in den deutschen Bundesländern, um diese zu schnellstmöglicher Hilfeleistung im Interesse der wenigen, sich noch in der deutschen Wissenschaftslandschaft – auf befristeten Stellen, in Vereinen oder als Privatgelehrte – behauptenden Forscherinnen und Forscher der früheren DDR zu veranlassen. Elf Jahre nach der staatlichen, von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich gewünschten, aber auf gleichberechtigter Basis erhofften Vereinigung des Landes ist die intellektuelle ‚Infrastruktur‘ in Ost- und Westdeutschland unterschiedlicher, als sie es je in der Zeit der Teilung war. Trotz Umbaus und Neugründungen von Hochschulen und anderen Einrichtungen ist in den neuen Bundesländern eine die Zivilgesellschaft tragende intellektuelle Bevölkerungsschicht kaum mehr wahrnehmbar. [...] Ohne ostdeutsche Intellektuelle in qualifizierten Berufen kann aber der in der früheren DDR sich ausbreitenden Enttäuschung über den als Anschluss empfundenen Prozess der Überstülpung westdeutscher Strukturen und Denkweisen, vor allem aber über die wirtschaftlichen Zerstörungen und damit der Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden.“ (Anzeige 2002)

Unter dem Eindruck des Transfers westdeutschen Personals nach 1990 erscheint den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der ‚mittleren Generation‘ der Stellenhorizont als geschlossen (vgl. Bollinger 2003: 52f.). Der genaue Umfang des betroffenen Personenkreises ist allerdings bislang noch nicht genau bestimmbar. Nach Angaben von ISO handele es sich um 200 bis 220 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ganz Ostdeutschland. Umgerechnet auf den Umstand, dass ca. 25-30% des gesamten DDR-Wissenschaftspotenzials in Ost-Berlin konzentriert war, hieße dies: In Berlin sind noch ca. 60 Personen wissenschaftlich tätig, deren Situation durch die spezifischen Betroffenheiten der ‚mittleren Generation‘ gekennzeichnet ist. Dieser Personenkreis überschneidet sich z.T. mit den ehemaligen WIPianern, die unterdessen nicht mehr gefördert werden. Eine genauere Untersuchung wäre hier notwendig, auch in bezug auf eine mögliche generelle strukturelle Ungleichheit zwischen Ost und West bei Stellenbesetzungen.⁴²

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass hier auch nicht unterschiedliche, sich aber teilweise überschneidende Betroffenengruppen gegeneinander ausgespielt, sondern auf politische Prioritätensetzungen Einfluss genommen werden sollte, worauf der zuständige Staatssekretär auf der Tagung im WZB hinwies:

„Wir sichern diejenigen, die im System sind. Wir bemühen uns darum, Kompetenzen, die gerade nicht im System drin sind, wieder hereinzuholen. Und wir sind dabei auch auf Druck von außen angewiesen, damit innerhalb der Politik auch eine hinreichende Akzeptanz für dieses Thema erzeugt wird. Denn angesichts der immensen Konkurrenzen zwischen den einzelnen Politikfeldern, die sich dann auch immer in Konkurrenzen zwischen den einzelnen Ressorts niederschlagen, ist nicht von vornherein davon auszugehen, dass etwa Sozial- oder Arbeitsmarktpolitiker es für ein vordringliches Problem halten, z.B. spezifisch ostdeutsche Deutungskompetenz zu sichern.“ (Pasternack 2002a)

(f) Probleme materieller Ungleichheit zwischen West und Ost

Zwei Probleme materieller Ungleichheit zwischen West und Ost wurden häufig von den Befragten genannt. Erstens wird die Ungleichheit der Rentenbezüge zwischen Ost und West abgelehnt. Die Situation ist hier so, dass noch in der DDR in den Ruhestand versetzte ProfessorInnen heute etwa 50% der Altersbezüge erhalten, die ihre gleichaltrigen KollegInnen in Westdeutschland bekommen. Noch geringer fällt es bei ProfessorInnen aus, die erst in den letzten Jahren verrentet wurden: Sie erhalten nur etwa 30% der Altersbezüge ihrer gleichaltrigen westdeutschen KollegInnen.

Zweitens existieren nach wie vor unterschiedliche Tarife im öffentlichen Dienst (BAT-West vs. BAT-Ost). Teilweise verläuft die Trennlinie zwischen unterschiedlichen Bezügen in ein und demselben Institut (Akademikerverband BRH, ver.di, IGAFa). Zwar hatte das Land

⁴² In diese Richtung zielen nämlich Vorschläge zur Einführung einer Ost-Quote von ISO, um eine dem ostdeutschen Anteil an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung angemessene Repräsentanz ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu erreichen (siehe 3.3.2.).

Berlin seinen Landesdienst frühzeitig bereits angeglichen, so dass es etwa an den Hochschulen keine Tarifunterschiede gibt. Doch in den von Bund und Ländern gemeinschaftsfinanzierten Forschungsinstituten gelten andere tarifrechtliche Regelungen. Diese stellten einen Wettbewerbsnachteil bspw. für Institute dar, die in Adlershof, also im Ostteil Berlins angesiedelt sind (IGAFA).

3.2.4. *Symbolische und Anerkennungsprobleme*

Vor dem Hintergrund des Bildes, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘, wurden im Rahmen der Befragung die innerwissenschaftlichen sozialen Beziehungen in dreierlei Richtungen problematisiert:

- (a) Eine Mehrheit der Befragten diagnostizierte eine fehlende Integration von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern West-Berliner bzw. westdeutscher Herkunft im Sinne eines Sich-Einlassens auf die spezifische Ost-Situation. Dieser Umstand behindere in der wissenschaftlichen Gemeinschaft gegenseitige, gleichberechtigte Anerkennung. Dies habe auch soziokulturelle Folgen: West-Berliner entzögen sich z.B. der Integration in das Ost-Berliner Alltagsleben. Insgesamt verzögere sich dadurch der Integrationsprozess erheblich: „Das ändert sich ganz langsam, und es ändert sich eben mit den Sozialisierungsmöglichkeiten. Im Moment sieht es so aus, als würde sich die Annäherung enorm verlangsamen. Das bedeutet auch, dass die Integration sehr viel länger dauern wird als ursprünglich angenommen. Auch bei der jetzigen Studentengeneration sieht man noch deutlich Unterschiede je nach Herkunft“ (Will).
- (b) Gleichzeitig gebe es im Westteil Berlins eine deutliche Unterrepräsentanz ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Dies sei durch die Personalpolitik der wissenschaftlichen Institutionen begründet: „Es ist so, dass die Einheit in Ostberlin stattfindet, und Westberlin ist Westberlin“ (Laitko).⁴³
- (c) Schließlich seien die Leitungspositionen in den wissenschaftlichen Institutionen überproportional mit westdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzt.⁴⁴ Ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien zudem in wissenschaftlichen Gremien und Akademien unterrepräsentiert. Daraus folgten auch für mittlerweile etablierte ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Einschränkungen in ihren Möglichkeiten der Nachwuchsförderung, dem Zugang zu exponierten Positionen allgemein und in den Möglichkeiten der Einwerbung von Fördermitteln z.B. bei der DFG.

⁴³ Obendrein würde eine Reihe personengebundener Stellen älterer ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach deren Pensionierung wegfallen (Leibniz-Sozietät).

⁴⁴ „personelle Durchmischung bei deutlicher Westdominanz in Führungspositionen“ (Leibniz-Sozietät)

Diese quantitativen Grundlagen und qualitativen Charakteristika der sozialen Beziehungen zwischen Ost und West in den etablierten Institutionen führten nun dazu, dass es kaum wissenschaftliche Projekte in Berlin gebe, an denen Ost- und West-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeinsam arbeiten würden. Zwar arbeite man zusammen in einem Institut oder Fachbereich, lebe aber unterschiedlich: „Ostdeutsche haben ein ‚zweites Gesicht‘ – man erkennt sich und kommuniziert anders miteinander“ (Will):

„Suchen Sie die Felder im sozialwissenschaftlichen Bereich, in denen es tatsächlich eine Zusammenarbeit von ost- und westdeutschen Wissenschaftlern auf regulären oder dauerhafteren Projektstellen als gemeinsame Projekte gegeben hat. Sie werden das ZZF in Potsdam (!) finden, einige wenige Projekte an der FU ... und ansonsten einige Dutzend ostdeutsche WissenschaftlerInnen, die an den Institutionen einen Job gefunden haben, vielleicht sich mit der DDR beschäftigen, aber oft genug auch nur das fortzusetzen haben – inhaltlich wie methodisch –, was die westdeutschen Kollegen und Chefs vorgeben. In anderen Institutionen, wie dem Zentrum Moderner Orient, wurden ostdeutsche Wissenschaftler zum Auf- und Ausbau benötigt, denn diese Institution ist für positiv evaluierte Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften errichtet worden, die später ‚durchmischt‘ werden sollte. Nachdem sich die Institution in der international *scientific community* etabliert hatte, wurden die ostdeutschen Mitarbeiter mit fadenscheinigen Begründungen verdrängt, so daß sich heute etwas das Zentrum Moderner Orient fast vollständig in ‚westdeutscher Hand‘ befindet. Eine ‚Werkstatt der Einheit‘ wird nur kolportiert, um die massenhafte Verdrängung ostdeutscher Wissenschaftler, bis auf wenige Alibi-Akademiker, zu kaschieren“ (ISO).

Viele ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin haben deshalb, um weiter wissenschaftlich tätig sein zu können, den Weg in die sogenannte Zweite Wissenschaftskultur gewählt.

Exkurs:

***Die Situation der Zweiten Wissenschaftskultur*⁴⁵**

Mit den personellen Umgruppierungen vollzog sich zugleich auch eine Entinstitutionalisierung von thematischen und personalen Wissenschaftszusammenhängen. Es gehört zur Geschichte der ostdeutschen Wissenschaftstransformation, dass zahlreiche AkademikerInnen dies nicht passiv geschehen ließen, sondern aktiv Ausweichstrategien entwickelten. Stefan Berger (2002) beschreibt diese Aktivitäten an Hand der DDR-Geschichtswissenschaft. Die Motivation dafür, weiterhin wissenschaftlich aktiv zu bleiben, ergibt sich wesentlich aus der oben beschriebenen Deutung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus (vgl. 3.2.1.): Nach 1989 wurde aus der DDR-Wissenschaft ein „Kuriositätenkabinett“ (Berger 2002: 1017), mit deren Personal z.B. westdeutsche Historiker nichts mehr tun haben wollten.

„Die vor 1989 zunehmende Bereitschaft einer westdeutschen Anerkennung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, der man z.T. einen hohen Grad von theoretischer und me-

⁴⁵ Nachfolgendes basiert wesentlich auf der Darstellung in Pasternack (2001d: 162ff.)

thodologischer Unabhängigkeit von politischer Gängelung bescheinigte, wich nun einer Pauschalverdammung. Zahlreiche Arbeiten zur DDR-Geschichtswissenschaft, die nach 1990 erschienen, gingen von der Grundannahme eines qualitativen Grabens aus, der die Wissenschaftssysteme beider Deutschlands trenne“ (ebd.: 1016).

Die Summe der Aktivitäten, die im Rahmen der Ausweichstrategien nach 1989 entfaltet wurden, führte zum Entstehen der sog. Zweiten Wissenschaftskultur. Nicht alle, die der Umbruch aus akademischen Beschäftigungsverhältnissen herausgeschleudert hatte, mochten sich einfach mit diesem Umstand abfinden. Sie schritten zu Vereinsgründungen: als quasi-institutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung. Zu den historisch arbeitenden Vereinen merkt Berger an: „In den Überresten der alten DDR-Geschichtswissenschaft macht es sich seit Anfang der 1990er Jahre eine alternative historische Kultur gemütlich, die, von der westlichen Universitätshistorie z.T. unbeachtet oder auch bewußt ignoriert, erhebliche Arbeit leistet“ (ebd.: 1017).

Bei dieser Arbeit falle auf, „wie verbissen sie an ihrem Selbstverständnis als Wissenschaftler festhalten“ (ebd.: 1020). Inhaltlich bemühen sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich in der Zweiten Wissenschaftskultur engagieren, wesentlich darum, einer Delegitimierung der DDR-Wissenschaft entgegen zu treten. Sie tun dies einerseits durch wissenschaftliche Arbeit, andererseits auch durch das Festhalten an traditionellen akademischen Formen, wie etwa der Festschriftkultur oder Preisausschreibungen.

Die so entstandenen Vereine fungieren ersatzweise als neue akademische Hauptgeschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können.⁴⁶ In den Vereinen wurde und wird ein reges und anhaltendes Veranstaltungs- und Publikationswesen entfaltet. Ihr Integrationsmodus funktioniert über Gemeinsamkeiten der thematischen Interessen, die Ablehnung einer Delegitimierung der DDR (was als Delegitimierung der eigenen Lebensleistungen wahrgenommen wird), die Bezugnahme auf Forschungsergebnisse der DDR-Wissenschaft (die ansonsten häufig als ‚nicht zitationsfähig‘ betrachtet werden) sowie Referenten- und Autorennetzwerke.

Freilich werden die Veranstaltungen in wie die Publikationen aus den Vereinszusammenhängen vom etablierten Wissenschaftsbetrieb nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen. Die Ausnahmen sind meist sozialwissenschaftlich tätige e.V., die stärker als geisteswissenschaftliche Zusammenschlüsse sozialtechnologisch verwertungsrelevantes Wissen zu produzieren vermögen. Zugleich weisen diese Ausnahmen auf den Umstand hin, dass sich zwei verschiedene Gruppen von Vereinen typisieren lassen:

- (a) Zum einen können die Vereine derjenigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammengefasst werden, die gleichsam abschließend abgewickelt sind, also eine Re-Integration ins etablierte akademische System kaum zu erwarten haben. Deren Vereine lassen sich als Not-Institutionalisierungen charakterisieren, da andere Institutionalisierungsformen nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus ihnen werden kaum wirkungsmächtige wissenschaftliche Strömungen, Schulen oder dergleichen hervorgehen: Sie sind soziale Rückzugsfelder aller Voraussicht nach endgültig marginalisierter Wissenschaftler. Inhaltlich beschäftigen sich diese Vereine vornehmlich mit der DDR-Ge-

⁴⁶ vgl. als erste diesbezügliche Übersicht: Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (1992); eine neuere Übersicht für den zeitgeschichtlichen Bereich enthält Mählert (2002)

schichte und aktuellen Fragestellungen politischer Analyse. Entsprechend sind dort auch die Historiker überdurchschnittlich vertreten.

Zugleich unterscheiden sich diese Zusammenschlüsse deutlich von sonst üblichen Vereinen. So sind sie etwa keine Geschichtsvereine im hergebrachten Sinne, denn in den ostdeutschen e.V. haben sich nicht Laienhistoriker und -historikerinnen zur historiographischen Freizeitgestaltung versammelt; vielmehr ist ihre Arbeit durch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft von vornherein professionalisiert. In Folge dessen erfüllen die dort entstehenden Produkte auch vielfach die herkömmlichen Standards.⁴⁷

Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung – Entinstitutionalisierung – stehen die Vereine am Ende von Berufsbiografien, Forschungsrichtungen oder -perspektiven und repräsentieren insoweit ausgelaufene bzw. auslaufende Modelle.

- (b) Zum anderen gibt es die Gruppe der in engerem Sinne sozialwissenschaftlich ausgerichteten Vereine. Sie suchen aktiv empirische Sozialforschung zu betreiben und dadurch bzw. dafür Drittmittel zu akquirieren. Ihre Mitglieder sind vielfach im mittleren Erwerbsalter. Sie nutzen die Vereinskonstruktion häufig lediglich aus pragmatischen Gründen als berufsbiografische Zwischenstation und streben ausdrücklich die Rückkehr in Universitäten oder Forschungsinstitute an. In diesem Bereich nicht erfolgreiche Vereine waren bzw. sind etwa das Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS), Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin (WiSoS) oder Institut für Sozialdatenanalyse e.V. (isda). Solche Beispiele hingen und hängen allerdings existentiell an ABM-Stellen und/oder öffentlichen Forschungsaufträgen (vgl. Kollmorgen 1995; Lohr/Simon/Sparschuh/Wilsdorf 1996).

Das Hauptproblem beider Gruppen besteht in ihrer unzulänglichen Anerkennung, sowohl hinsichtlich ihrer Akzeptanz im Wissenschaftsbetrieb und damit ihrer öffentlichen Wahrnehmung als auch im Hinblick auf ihre Förderfähigkeit aus öffentlichen Mitteln. Daraus folgen konkrete Probleme im wissenschaftlichen Alltag: Die Arbeit ist größtenteils ehrenamtlich, Publikationen bleiben oft ‚graue Literatur‘, Tagungen können aus finanziellen Gründen häufig nicht selbst veranstaltet werden, adäquate Räumlichkeiten fehlen ebenso wie sonstige für wissenschaftliches Arbeiten notwendige infrastrukturelle Bedingungen.

⁴⁷ vgl. z.B. die Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen oder die Veröffentlichungen der Berliner Alternativen Enquête-Kommission „Deutsche Zeitgeschichte“ e.V. Deren Publikationen wurden und werden denn auch gelegentlich in der Fach- und Qualitätspresse rezensiert. Auffallend ist dabei, dass diese Vereine am ehesten dann breitere Aufmerksamkeit zu erlangen vermögen, wenn sie sich in wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen kommunistischen Häretikern widmen.

Folgende Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur existieren in Berlin:⁴⁸

Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur in Berlin	Weitere genannte Vereine ⁴⁹
– Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V. – Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU)⁵⁰ – Deutsch-Russischer Austausch e.V. – Deutsch-Russisches Forum e.V. – Helle Panke e.V. – Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS – Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. – Johannes Sassenbach Gesellschaft e.V. – Gemeinschaft für Sozialökologie e.V. – Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V. Berlin – Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e.V. – Leibniz-Sozietät e.V. – Luisenstädtischer Bildungsverein e.V. – MitOst e.V. – Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – OWEN e.V. – Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk – Social Data GmbH/ isda*Institut für Sozialdatenanalyse e.V. – Verein für Angewandte Konfliktforschung e.V. – WiSoS e.V. – Verein für Wissenschaftssoziologie und Statistik – Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V.	– Arbeitskreis der Militärhistoriker in Potsdam – Arbeitskreis zur Geschichte der Berliner Universitäten – Berliner Alternatives Geschichtsforum (Fortsetzung der Alternativen Enquete-Kommission) – Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung – BISS e.V. – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien – Fortbildungsakademie der Volkssolidarität – Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung – Marxistisches Forum bei der PDS – Unabhängiges Institut für Friedensforschung

Tab. 1: Vereine der Zweiten Wissenschaftskultur in Berlin

Mehrheitlich waren die Befragten der Auffassung, der ostdeutsche Wissenschaftsumbau habe deutlich gemacht, dass die DDR-Wissenschaft, zumal die Geistes- und Sozialwissenschaften, zum großen Teil nicht als Wissenschaft im eigentlichen Sinne anerkannt werde (siehe 3.2.1.). In der Wahrnehmung der Betroffenen zeigt sich diese Nicht-Anerkennung bis heute in ihrem wissenschaftlichen Alltag: Hier werde ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ihre Lebensleistung aberkannt. Schlimmer als persönliches Unrecht seien „die Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl durch die Leichtfertigkeit, vielleicht auch Arroganz gegenüber den Leistungen ostdeutscher Wissenschaft“ (IGAFA). Ein Experte für die DDR-

⁴⁸ soweit zur Kenntnis gelangt

⁴⁹ Vereine, die bei Berger (2002) und von der Leibniz-Sozietät genannt wurden, aber im Rahmen der schriftlichen Anhörung nicht geantwortet haben bzw. deren Adressen nicht recherchierbar waren

⁵⁰ die DAMU rechnet sich selbst – mit den Begründungen, vier Universitäten zu ihren institutionellen Mitgliedern zu zählen und erfolgreiche Fördermitteleinwerbung zu betreiben – nicht der zweiten Wissenschaftskultur zu (vgl. *Berliner Morgenpost*, 12.2.2004, S. 18). Vgl. auch <http://www.damu.de/wiruberu.htm>

Wissenschaft stellte fest, dass die spezifischen DDR-Wissenschaftsbiografien generell nicht hinlänglich zur Kenntnis genommen würden. Besonders die Produktionsbedingungen wissenschaftlichen Arbeitens in der DDR würden unzureichend in Rechnung gestellt (Burrichter).⁵¹

Diese Nicht-Anerkennung zeige sich nun im wissenschaftlichen Alltag, nämlich im Verhalten insbesondere der Hochschulen bzw. einige ihrer Institute. Letztere z.B. luden ihre ehemaligen, mittlerweile berenteten Angehörigen nicht zu Jubiläen, Festveranstaltungen oder Tagungen ein. Briefe würden, statt weitergeleitet zu werden, mit dem Vermerk „Hier unbekannt“ an die Absender zurückgeschickt (was mitunter daran liegen mag, dass in den Sekretariaten tatsächlich unbekannt ist, wer früher alles zum Institut gehörte: ein Zustand, der abstellbar erscheint).⁵² Ein Beispiel für die Nicht-Anerkennung durch die etablierten wissenschaftlichen Institutionen sei darüber hinaus insbesondere die prekäre Stellung der Leibniz-Sozietät im wissenschaftlichen Leben der Stadt als dem größten Verein der Zweiten Wissenschaftskultur (und im Selbstverständnis die, neben der BBAW, zweite Wissenschaftsakademie in Berlin⁵³).

Exkurs:

Die Situation der Leibniz-Sozietät

Die Leibniz-Sozietät sieht sich als Nachfolgerin der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR. Diese wurde zusammen mit der AdW abgewickelt. Darüber, ob diese Abwicklung auch für die damalige Gelehrtensozietät korrekt war, gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Denn parallel wurde die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) gegründet, die für sich eine widersprüchliche Geschichte in Anspruch nimmt: Die BBAW sieht sich nicht in der Nachfolge der Akademie der Wissenschaften der DDR, sondern in der unmittelbaren Nachfolge der nach 1945 aufgelösten Preußischen Akademie der Wissenschaften, pflegt aber zugleich auch das Erbe

⁵¹ Einige vermuten dahinter gezielte politische Motivationen: „Es zeigt sich vielmehr deutlich, dass die gesamte Wissenschaftsgeschichte der DDR verdrängt und der einzelne Wissenschaftler totgeschwiegen werden sollen“ (VHW).

⁵² „1999 passierte es, daß sich ein ausländischer Wissenschaftler schriftlich an die Humboldt-Universität mit der Bitte wandte, über den DAAD einen Aufenthalt bei dem Professor gewährt zu bekommen, bei dem er 1994 (!) seine Diplomarbeit angefertigt hatte, um sich weiter qualifizieren zu können. Die Leiterin des Akademischen Auslandsamtes antwortete ihm, der Betreffende sei nicht im Mitarbeiterverzeichnis der HU enthalten und daher unbekannt“ (VHW).

⁵³ In Deutschland sind Akademien der Wissenschaften durch Gesetz errichtet und haben die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. In diesem Sinne ist die Leibniz-Sozietät keine Akademie. Allerdings ist der Name „Akademie“ nicht geschützt, wie daran erkennbar wird, dass es auch Evangelische Akademien, Singakademien und dergleichen gibt. Der Akademie-Anspruch der Leibniz-Sozietät wird historisch und einigungsvertraglich begründet: vgl. genauer den nachfolgenden Exkurs.

der DDR-Akademie.⁵⁴ Es gibt hier zunächst eine Differenz zwischen der rechtlichen und faktischen Situation. Darüber hinaus gibt es zwei mit Zweifeln behaftete Rechtsfragen:

- (a) die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Nichtweiterführung der AdW-Gelehrtengesellschaft durch das Land Berlin;
- (b) die Frage der Rechtmäßigkeit der Übernahme der Stiftungen, die nach 1945 der AdW-Gelehrtengesellschaft zugekommen waren, durch die BBAW.

Zu (a): Der Einigungsvertrag (EV) verfügte in Art. 38 Abs. 2 erstens, dass die Akademie „als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt“ wird, und zweitens: „Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen.“ In einem Brief an die Mitglieder der Gelehrtensozietät informierte der damalige Wissenschaftssenator im Juli 1992 über diesen Staatsvertrag und schrieb: „Eine Fortführung der Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in ihrer bisherigen Gestalt oder eine Überführung der annähernd vierhundert Mitglieder sieht der Staatsvertrag nicht vor ... Mit der Beendigung der früheren Gelehrtensozietät ist auch Ihre Mitgliedschaft erloschen.“⁵⁵

Der Hintergrund war, dass Berlin und Brandenburg unterdessen beschlossen hatten, in Gestalt der BBAW eine neue Akademie zu gründen. Dass die BBAW zwar das DDR-AdW-Vermögen übernehmen, aber dennoch nicht in Kontinuität zur AdW, sondern zur Preußischen Akademie stehen sollte, wird durch ein entsprechendes Rechtsgutachten gestützt (Thieme 1992). Ein anderes Gutachten kommt zu einer gegenteiligen Auffassung (Schneider 1991). Darin wird vertreten, dass die DDR-AdW die Preußische Akademie fortgesetzt habe, und dass die Berliner Landesregierung durch den Einigungsvertrag von 1990 verpflichtet war, landesrechtlich darüber zu entscheiden, *in welcher Form*, nicht aber *ob* die Gelehrtensozietät überhaupt weitergeführt werden sollte.

⁵⁴ Hans Schadewaldt: „Ich könnte mir vorstellen, daß Präsident Simon vielleicht gar nicht unglücklich gewesen wäre, wenn er in irgendeiner Form diese alte Akademie übernommen hätte, die er ja jetzt doch übernommen hat, da ja sowohl das Wappen als auch die anderen Symbole weiter verwendet werden“ (Podiumsdiskussion 2002: 358).

⁵⁵ dok. in: *leibniz intern* 12/2002, S. 11

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes (WPD) des Berliner Abgeordnetenhauses vom 18.7.2002 sieht den Vorgang der Auflösung der Gelehrtenengesellschaft als rechtmäßig an. Denn Art. 38 Abs. 2 EV müsse zusammen mit dessen Anlage II, Kapitel XV, Abschnitt II, Nr. 1 gewertet werden. Dort heißt es: „Folgendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik wird aufgehoben: 1. Beschluß über die weitere Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. Juni 1990 in Verbindung mit der Verordnung über die Akademie der Wissenschaften der DDR vom 27. Juni 1990.“

Hintergrund dieser Anlage ist, dass „durch die förmliche Aufhebung der Verordnung vom 27. Juni 1990 die Akademie der Wissenschaften der DDR ihren Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts verloren hat“ (WPD 2002: 6), denn dieser war der AdW erst zu diesem Zeitpunkt verliehen worden. Der Einigungsvertrag hätte, so das WPD-Gutachten, nun die Gelehrtensozietät erst einmal neu schaffen müssen, aber ein dahingehender Wille sei in den Regelungen des Einigungsvertrages nicht erkennbar. Hinsichtlich der festgeschriebenen landesrechtlichen Regelung kommt das WPD-Gutachten zu dem Schluss, dass der Landesgesetzgeber nicht insofern gebunden werden könne, als ihm nur die Entscheidung über die Form, nicht aber über die Existenz von Institutionen übertragen würde:

„Nach alledem ist festzustellen, dass Art. 38 Abs. 2 Satz 2 EV den Landesgesetzgeber dazu verpflichtet, die Konsequenzen aus der Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR durch den Einigungsvertrag zu ziehen und eine eigene landesrechtliche Entscheidung darüber zu treffen, wie mit der Gelehrtensozietät zu verfahren sei. Der jeweilige Landesgesetzgeber hat, da Wissenschaft und Forschung grundsätzlich Ländersache ist, dafür einen weiten Ermessensspielraum. Er kann daher alle hier auftauchenden Fragen, wie Rechtsform, Vermögen, personelle Ausstattung uneingeschränkt regeln“ (ebd.: 9).

Damit sei auch der Staatsvertrag über die Gründung und den Betrieb der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) vom 18.7.1992 nicht nur rechtmäßig, sondern auch eine landesrechtliche Regelung im Sinne von Art. 38 Abs. 2 EV:

„Nachdem die Akademie der Wissenschaften (...) durch den Einigungsvertrag aufgelöst worden war, konnte der Gesetzgeber ohne weiteres an die Tradition der im Jahre 1700 gegründeten Preußischen Akademie anknüpfen. (...) Die Länder Berlin und Brandenburg haben entschieden, es bei der Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR als öffentlich-rechtliche Körperschaft zu belassen, anknüpfend an die Tradition der Preußischen Akademie eine Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ‚neu zu konstituieren‘ und insoweit die Gelehrtensozietät ‚fortzuführen‘“ (ebd.: 11).

Die Leibniz-Sozietät verweist hingegen in ihrer Stellungnahme zu dem WPD-Gutachten auf die „innere Logik aller Bestimmungen des Einigungsvertrages“: Denn warum sollte eine Einrichtung landesrechtlich geregelt werden, wenn sie bereits aufgelöst worden sei? So argumentiert die Leibniz-Sozietät,

„dass die Gelehrtensozietät der AdW der DDR als Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgelöst wurde, jedoch die Auslegung dieser Bestimmung durch den Parlamentarischen Dienst, dass damit automatisch auch die Gelehrtensozietät als Vereinigung natürlicher Personen aufgelöst sei, zurückzuweisen ist. Bei dieser Auslegung hätte der Satz 2 in Artikel 38 mit dem Gebot, dass ‚landesrechtlich zu entscheiden ist, wie die Gelehrtensozietät der AdW der DDR weiterzuführen ist‘, keinen Sinn.“ (Leibniz-Sozietät 2003: 2)

Die landesrechtliche Regelung stünde daher nach wie vor aus und sei auch nicht durch den Staatsvertrag über die BBAW getroffen worden. Vielmehr sei die Leibniz-Sozietät Nachfolgerin der Preußischen Akademie. Denn die DDR-AdW und damit auch die Gelehrtenengesellschaft der AdW seien durch den SMAD-Befehl 187 in der Nachfolge der Preußischen Akademie wiedergegründet worden. Dieser Befehl könne durch den Einigungsvertrag nicht rückgängig gemacht werden, da die gemeinsame Erklärung der Vier Mächte den Vorbehalt für den Einigungsvertrag formuliere, dass dieser nicht Entscheidungen ebenjener ändern könne.

Zu (b): Der Gelehrtenengesellschaft der DDR-AdW waren seit 1945 insbesondere Nachlässe gestiftet worden, die dann ins Akademie-Archiv eingingen. Ungeklärt ist aus Sicht der Leibniz-Sozietät deren Eigentum. In der Tat mutet es merkwürdig an, wenn die BBAW einerseits nicht die Fortsetzung der DDR-AdW und ihrer Gelehrtenengesellschaft ist, dass sie andererseits aber Vermögen übernommen hat, das zweifelsohne weder den Hinterlassenschaften der Preußischen Akademie noch dem Forschungskombinat AdW (das mit seinen 24.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von der Gelehrtenengesellschaft zu trennen ist) zugerechnet werden kann. Auch das WPD-Gutachten sieht diesen Umstand als nicht abschließend geklärt. Zwar

„dürfte die BBAW grundsätzlich berechtigt sein, die Zuwendungen zu übernehmen. Entscheidend ist allerdings der Wille des Schenkers bzw. des Erblassers. Es wäre durchaus denkbar, dass eine Zuwendung allein der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Verfügung gestellt wurde. Dies müsste ggf. durch Auslegung der testamentarischen Verfügungen im Einzelfall geklärt werden“ (WPD 2002: 12).

So weit die rechtliche Situation. Ungeachtet dessen hat die Leibniz-Sozietät seit 1992 existiert (was in ihrer Sicht heißt: die Gelehrtenengesellschaft der Leibnizschen Akademie hat fortexistiert) und wissenschaftlich gearbeitet. Der Leibniz-Sozietät gehören zunächst die bis 1990 gewählten Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR an, die seinerzeit ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärten. Seit 1994 wurden in jedem Jahr neue Mitglieder zugewählt, von den gegenwärtig etwa 250 Mitgliedern wurde die Hälfte nach 1994 zugewählt. In der Mitgliederliste finden sich z.B. Ernst Engelberg, Hermann Haken, Walter Jens, Friedhart Klix, Hubert Laitko, Roswitha März, Günter Mühlpfordt, Ruth Reiher, Helga Schultz und Lothar Sprung.⁵⁶

Die Außenwirkung der wissenschaftlichen Aktivitäten der Leibniz-Sozietät ist naturgemäß begrenzt, da zwar einzelne Mitglieder als Personen, aber nicht die Sozietät als solche Ausstrahlung in die wissenschaftliche Gemeinschaft haben. Das ist kein spezifisches Problem der Leibniz-Sozietät, sondern der gesamten Zweiten Wissenschaftskultur; überdies ist in Rechnung zu stellen, dass Gelehrtenvereinigungen generell vornehmlich interne Wirkungen erzielen, indem sie ihre Mitglieder miteinander vernetzen, und externe Wirkungen typischerweise indirekt zu Stande kommen oder aber der besonderen Eloquenz des Führungspersonals geschuldet sind (wie z.Z. bei der BBAW).

⁵⁶ vgl. das vollständige Mitgliederverzeichnis unter http://www2.hu-berlin.de/leibniz-sozietaet/st_mit_a.htm (Zugriff 16.12.2003)

Was an der Leibniz-Sozietät auffällt, ist ein beträchtlicher Aktivitäts- und Publikationsumfang.⁵⁷ Von Gewicht sind dabei die dokumentarischen Bemühungen um die DDR-Akademie- und -Wissenschaftsgeschichte. Naturwissenschaftliche Aktivitäten der Sozietät kranken daran, dass der Großteil ihrer naturwissenschaftlichen Mitglieder keinen Zugang zu angemessener apparativer Ausstattung hat. Daher werden auch in der naturwissenschaftlichen Klasse vornehmlich wissenschaftstheoretische und -geschichtliche Fragen behandelt.

Das Verhältnis zwischen der BBAW und der Leibniz-Sozietät ist gespannt. Die Forderungen der Leibniz-Sozietät zielen dabei (abgesehen von den rechtlichen Meinungsverschiedenheiten) in erster Linie auf wissenschaftliche Anerkennung und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen:

„Wie lange kann es sich die Berliner Obrigkeit leisten, in ihrem Bereich zwei so große und wissenschaftlich potente Akademien wie die BBAW und die Leibniz-Sozietät nebeneinander zu haben, davon die eine halbherzig zu unterstützen (mehr ist das nicht), die andere aber, die ja die Leibnizsche Sozietät gegen die Auflösungsabsichten verteidigt und im Grunde gerettet hat, in jeder Hinsicht zu mißachten? ... Wir erwarten ... von dieser Landesregierung, dass sie Rahmenbedingungen schafft, die es gestatten, zumindest und vielleicht vorerst eine sinnvolle Wissenschaftskooperation beider Einrichtungen zu entwickeln. ... Was sich unterhalb dieses Niveaus bewegt, ist inakzeptabel und kann von uns nicht ernst genommen werden“ (Eichhorn 2003: 4).

Die BBAW wiederum sieht in der Leibniz-Sozietät einen „privatrechtlichen Idealverein“, „zu dem sich die BBAW kollegial verhält“ (Simon 1999: 14). Auffällig ist, dass sich lediglich 14 ehemalige AdW-Angehörige unter den Mitgliedern der BBAW finden (neun ordentliche, drei korrespondierende und zwei auswärtige Mitglieder der AdW).⁵⁸ Dieser Umstand wird gelegentlich zu entkrampfen versucht. So überbrachte kürzlich BBAW-Vizepräsident Paul B. Baltes bei der Festveranstaltung, die von der Leibniz-Sozietät zum 75. Geburtstag von Friedhart Klix ausgerichtet wurde, Grüße der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und ihres Präsidenten Dieter Simon und setzte fort:

„In einer gewissen Weise sind diese Grüße von der Berlin-Brandenburgischen Akademie kontrafaktisch und verwirrend, denn diese Akademie zählt Friedhart Klix nicht zu ihren Mitgliedern. ... Bedeutsam heute ist mir vor allem der persönliche Bezug zum Geburtstag eines herausragenden Gelehrten, der jedweder Berliner Akademie als Mitglied gut anstehen würde. Für mich, und auch für Dieter Simon, ist also die Tatsache, dass Friedhart Klix in den neunziger Jahren nicht als Mitglied in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften aufgenommen wurde, ein historisches Missgeschick, das einer Erklärung bedarf. Sie hängt einzig mit den politischen Unsicherheiten zusammen, die das Zusammenführen zweier politischer Systeme im Einigungsprozess mit sich brachten und diesen

⁵⁷ vgl. <http://www2.hu-berlin.de/leibniz-sozietat/publikationen.htm> (Zugriff 16.12.2003)

⁵⁸ Eines der wenigen AdW-Mitglieder, das dann auch BBAW-Mitglied wurde, Manfred Naumann, äußerte sich damit unzufrieden, indem es an seine eigenen Erfahrungen in der AdW anknüpfte: „... in der Klasse jedenfalls, in der ich Mitglied war, existierten personenbezogene informelle Netzwerke. Sie wurden durch Mitglieder geknüpft, von denen ich gern gesehen hätte, daß sie einen Platz neben mir auch in der 1993 entstandenen neuen Akademie gefunden hätten; sie hätten das Bild dieser Akademie nicht verunziert“ (Naumann 2002: 136).

gelegentlich verteuflten. Einzelne Personen erlitten dabei Schaden und erhielten nicht den wohl verdienten Ehrenplatz. Friedhart Klix gehört dazu.“ (Baltes 2003: 6f.)

Solchen Entkrampfungsversuchen stehen freilich auch gelegentliche rhetorische Zuspitzungen entgegen, etwa wenn der BBAW-Präsident zum Leibniz-Tag der BBAW 2003 ausführte:

„Es kam zur Ausrufung einer bedeutungslos gebliebenen Leibniz-Sozietät Ehemaliger, die sich vergeblich der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften bald als Konkurrent entgegenstellte, bald als Partner anzudienen suchte. Mangels bemerkenswerter Themen wob sie eifrig an der beliebten Legende von der angeblichen Verdrängung angeblicher Eliten aus dem Osten mit, eine Legende, die auch nicht dadurch an Realität gewann, daß sie am Ende noch in den Reihen des rot-roten Senats auf Glauben mit budgetären Folgen stieß.“ (Simon 2003: 2)

Schließlich wird verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass der Umgang mit dem spezifisch DDR-wissenschaftsgeschichtlichem Erbe an einzelnen Einrichtungen von mangelnder Sensibilität gekennzeichnet sei. So habe die Humboldt-Universität noch keine zureichenden Anstrengungen unternommen, um das Rudolf-Bahro-Archiv angemessen abzusichern und der Forschung zugänglich zu halten. Auch das Wolfgang-Heise-Archiv befinde sich in einer Situation, die mehr Engagement seitens der Universität verlange. Gleichzeitig sind in diesem inhaltlichen Segment der Sicherung des überkommenden Erbes aber auch aktive Aufarbeitungsanstrengungen zu verzeichnen. Beispielsweise gibt es am Standort Adlershof intensivere Bemühungen um eine Wiederaneignung der Geschichte des Geländes (vgl. Ciesla/Karlsch 2003).

3.2.5. *Einigungsbezogene Bewertungen der Berliner Wissenschaftspolitik*⁵⁹

Die diagnostizierten Probleme sind Teil der wissenschaftspolitischen Struktur Berlins. Im Rahmen der praktischen Umsetzung politischer Willenserklärungen wie etwa der propagierten ‚Werkstatt der Einheit‘ oder der Stärkung des Wissenschaftsstandortes Berlin wären diese Probleme dann auch (wissenschafts)politisch zu bearbeiten.

⁵⁹ Dieser Punkt wertet insbesondere die Antworten zu drei Fragen aus der schriftlichen Anhörung und den Experteninterviews aus: „Können Sie in drei Punkten beschreiben, was für Sie die dringlichsten Probleme der ‚Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin‘ sind?“ (schriftliche Anhörung); „Ein gängiges Bild lautet, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘. Wenn wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Blick nehmen: Was spricht dann Ihres Erachtens für diese Diagnose bzw. was spricht dagegen?“ (schriftliche Anhörung und Experteninterviews); „Können Sie sich vorstellen, dass der ‚Wissenschaftsstandort Berlin‘ von einer Lösung der genannten Probleme profitieren könnte? Wenn ja, wie?“ (Experteninterviews)

Gerade das Bild der ‚Werkstatt der Einheit‘ ist bei nahezu allen Befragten auf Unverständnis gestoßen. Vielmehr sei die Auseinandersetzung als wechselseitige Konkurrenz in Berlin am intensivsten. Dies zeige sich nicht nur an unterschiedlichen Tarifen in einer Stadt, sondern auch bei Konflikten: Bei Zusammenlegungen von Institutionen etwa „brechen wieder alte Gräben Ost/West auf. Politische Entscheidungen werden/wurden auf Seiten der Beteiligten häufig wieder zu einem Ost/West-Konflikt interpretiert, überlagern dadurch eine inhaltliche Auseinandersetzung“ (ver.di). ‚Werkstatt der Einheit‘ sei Berlin allein bei den Studierenden (Gesellschaftswissenschaftliches Forum).

Insgesamt *hätte* der Wissenschaftsstandort Berlin profitieren können (Nickel), nun aber herrsche ein deutliches Ungleichgewicht zwischen West und Ost (Leibniz-Sozietät, isda). Dieses Ungleichgewicht werde durch das Fehlen eines realistischen institutionellen Rahmens für ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verstärkt (isda). Die „zersplitterte Wissenschaftslandschaft Berlins“ (IGAFA) sei nicht in der Lage, Spitzenkräfte in der Wissenschaft anzuwerben.⁶⁰

Zudem würde sich die fortgesetzte Nicht-Wahrnehmung der Zweiten Wissenschaftskultur nachteilig auswirken: „Kenner der Szene fürchten, daß dies [das Verschwinden des Ost-Berliner Wissenschaftlermilieus – d.Verf.] zu einer geistig-kulturellen Verengung von Blickwinkel und Perspektive des wissenschaftlichen Denkens nicht nur in der Stadt führen könnte.“⁶¹ Schärfer formuliert es Stefan Bollinger, wenn er zudem Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs vermutet: „Bislang sind intellektuelle Debatten des vereinten Deutschland westdeutsche Debatten“ (2003: 51). Bei der Betrachtung der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ darf also nicht vergessen werden, dass sich hier einerseits immer auch ein Bild der Gegenwartsgesellschaft gemacht wird, andererseits dafür aber symbolische Gesten durchaus große Wirkung entfalten könnten.

Als einer von wenigen konnte in unserer Erhebung Jürgen Mittelstraß der ‚Werkstatt der Einheit‘ etwas abgewinnen: „Wenn man in der Werkstatt an die Werkbänke geht, denke ich, gibt es viel Positives zu berichten.“ Als Beispiele nannte er Projekte an der Humboldt-Universität, das ZZF Potsdam (als dem Großraum Berlin zugehörige Einrichtung) und den Standort Adlershof. Insbesondere letzterer habe sich, zusammen mit Berlin-Buch, positiv entwickelt,⁶² so dass dort inzwischen wieder so viele Menschen beschäftigt sind wie 1989 (ca. 3.500). Zudem hätten die dort neu gegründeten Einrichtungen eine gute Stellung im deutschen Wissenschaftssystem. Weitere positive Beispiele seien das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozial-

⁶⁰ eine Aussage, die in dieser Allgemeinheit gleichwohl zu hinterfragen ist: Ohne diese angeblich in Berlin nicht anwerbenden Spitzenkräfte wäre es für Berlin kaum möglich, z.B. im neuesten DFG-Forschungsranking (DFG 2003) neben der Region München den Spitzenplatz zu erlangen.

⁶¹ Frage an den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Flierl 2003)

⁶² Auch andere Befragte (die aber negativ auf die ‚Werkstatt der Einheit‘ reagierten) stützen diese positive Sichtweise.

forschung (WZB) oder das Informationszentrum Sozialwissenschaften. Dort wurden frühzeitig und aktiv ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler integriert.

Insgesamt hat Berlin neben Sachsen den Hauptanteil daran, dass ca. 50% des früheren Akademiepersonals nach wie vor in wissenschaftlichen Einrichtungen tätig sind, nämlich in Blaue-Liste-Einrichtungen, Fraunhofer-Instituten, Großforschungszentren, Max-Planck- und Landesinstituten. Vereinzelt wird auch darauf hingewiesen, dass das im übrigen durch Zielverfehlung gekennzeichnete WIP in zweierlei Hinsicht auch positive Effekte hatte: Vielen habe es die Weiterführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit ermöglicht (auch wenn am Ende nicht die politisch versprochenen festen Arbeitsplätze herausgekommen sind). Hilfreich sei es zudem für Firmengründungen gewesen, die aus WIP-Beschäftigungen heraus erfolgten (Akademikerverband im BRH).

Über aktuelle positive Entwicklungen wurden die TeilnehmerInnen des Rundtischgesprächs am 28.10.2003 durch den Wissenschaftssenator in Kenntnis gesetzt: So sei erneut für die Zeit ab 2004 die Anschlussfinanzierung der ehemals WIP-Geförderten aus dem Hochschulwissenschaftsprogramm (HWP) sichergestellt worden. Ebenso habe die Stabilität der Finanzierung der außeruniversitären Berliner Forschung durchgesetzt werden können, d.h. es konnten insbesondere auch die Potenziale abgesichert werden, die aus früheren AdW-Instituten Anfang der 90er Jahre in Fraunhofer-Gesellschaft, Blaue Liste, Helmholtz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft überführt worden waren, etwa in Adlershof oder Buch. Im Zuge der Neugestaltung der Berliner Hochschulmedizin sei der Standort Mitte der Charité gegen massiven Druck, diesen zu Gunsten der beiden West-Berliner Standorte in Steglitz und Wedding aufzugeben, gesichert worden. Nach über 10 Jahren werde derzeit die seit langem überfällige zukunftsfähige Lösung für das Institut für Anorganische Chemie Adlershof (ACA) organisiert. Auch sei die Eigenständigkeit der drei Ost-Berliner Kunsthochschulen mit ihrer spezifischen, aus der DDR kommenden Ausbildungstradition erhalten worden. Intensiv gearbeitet werde an einer Lösung für den wirtschaftlich und sozial hochprekären Ost-Berliner Stadtteil Oberschöneweide, der durch die Teil-Ansiedlung der FHTW eine neue Zukunftsperspektive erhalten soll, wobei zugleich der – ebenfalls Ost-Berliner – FHTW-Standort Karlshorst gesichert werde. Mit Teilerfolgen habe die Berliner Politik gemeinsam mit der Humboldt-Universität an einer Entwicklungsperspektive für das Museum für Naturkunde in Berlin-Mitte gewirkt. Überdies sei an einem zukunftssträchtigen Standortmanagement für den Wissenschaftsstandort Berlin-Buch gearbeitet worden – auch dies nicht zuletzt Arbeit daran zu verhindern, dass der Ost-Stadtteil Buch von der Gesamtberliner Entwicklung abgehängt werde. Schließlich habe eine finanzielle Unterstützung der Leibniz-Sozietät aus dem Berliner Landeshaushalt bewerkstelligt werden können, und es hätten einige problematische Personalentscheidungen, welche die Senatswissenschaftsverwaltung in den 90er Jahren so getroffen hatte, dass individuelle Gerechtigkeitslücken entstanden waren, bereinigt werden können (Flierl 2003).

3.2.6. Zusammenfassung

Die folgende Tabelle fasst die Problemlagen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ in Stichpunkten zusammen:

Unzulänglich genutzte Kompetenzen	Arbeits- und Lebensumstände	Symbolische und Anerkennungsprobleme
— Insiderwissen DDR/Ostdeutschland — ungleiche Verteilung von Deutungskompetenzen — Osteuropakompetenzen — marxistische Ansätze und Perspektiven — Lehrerfahrung und -orientierung — DDR-bezogene Lehre	— Geisteswissenschaftliche Zentren (GWZ) — Folgen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP) — nach HPersÜG nicht berufene DozentInnen — Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur spezifischer Kompetenzen — Situation der ‚mittleren Generation‘ — materielle Ungleichheiten zwischen West und Ost	— fehlende Integration West-Berliner WissenschaftlerInnen in das Ost-Berliner Alltagsleben — Unterrepräsentanz ostdeutscher WissenschaftlerInnen im Westteil Berlins — Unterrepräsentanz ostdeutscher WissenschaftlerInnen in Leitungsfunktionen — defizitäre Zusammenarbeit zwischen west- und ostdeutschen WissenschaftlerInnen — Situation der Zweiten Wissenschaftskultur — Situation der Leibniz-Sozietät

Tab. 2: Problemlagen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“

3.3. Optionen der Problembearbeitung

Die hier verhandelten Problemsituationen sind wesentlich politisch verursacht. In Folge dessen setzen jegliche Bearbeitungen dieser Probleme einen politischen Willen voraus. Dieser hat zugleich gegebene Rahmenbedingungen diverser Art in Rechnung zu stellen. Daher werden zunächst die Rahmenbedingungen, welche für die Bearbeitung der oben (3.2.2.-3.2.4.) beschriebenen Problemlagen relevant sind, erörtert (3.3.1.). Anschließend werden die in den Erhebungen zusammengetragenen Problemlösungsvorschläge referiert und kommentiert (3.3.2.). Zum Schluss werden Handlungsempfehlungen formuliert (3.3.3.).

3.3.1. Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen aktuellen politischen Handelns sind, soweit es um die Bearbeitung der hier zu verhandelnden Probleme geht, dreierlei: politische, finanzielle und juristische.

Die *politischen Rahmenbedingungen* sind insbesondere die Kräfteverhältnisse zwischen den relevanten Akteuren in Exekutive und Legislative sowie die Problemsensitivität in der lokalen Öffentlichkeit.

Die Berliner Landesregierung stellen SPD und PDS, letztere als Juniorpartner. Auch die Ost-West-Repräsentanz innerhalb des politischen Personals ist unausgewogen, was Folgen für die Tiefe des Verständnisses der an dieser Stelle in Rede stehenden Fragen hat. Das Ausmaß des Interesses am Zusammenführen von Ost und West in der zuvor geteilten Stadt lässt sich an der oben zitierten Koalitionsvereinbarung ablesen: Die relevanten Passagen sind erkennbar ein Kompromiss, was wiederum kaum verwundern kann. Immerhin war die SPD als Regierungspartei unter Rot-Grün bzw. in der Großen Koalition aus CDU und SPD mittragende Akteurin des städtischen Vereinigungsprozesses. Sie bewertet diesen als in wesentlichen Teilen gelungen und kann daher die nach wie vor sicht- und spürbaren Ost-West-Verwerfungen innerhalb der Stadt nicht der Gestaltung des städtischen Vereinigungsprozesses zurechnen.

Die PDS hingegen sieht in dem rot-roten Regierungsprojekt ausweislich sowohl verbaler Bekundungen wie ihres politischen Handelns ein Projekt, das „einen Wert an sich“ habe (Gysi), nämlich den des primären Nachweises von Regierungsfähigkeit. Im Verhältnis zu diesem prioritären Ziel scheint – soweit das von außen wahrnehmbar ist – die Bemühung um die Durchsetzung originär inhaltlicher politischer Anliegen sekundär zu sein. Inwieweit dies politisch rational ist, ist an dieser Stelle nicht zu bewerten: Hier interessiert lediglich, dass aus dieser Konstellation bislang ein gebremstes Interesse der PDS resultiert, sich allzu kämpferisch und konfliktorisch für Anliegen von – zum Beispiel – marginalisierten Ost-Berliner WissenschaftlerInnen zu verwenden.

Allerdings gibt es zu dieser Frage jedenfalls in der politisch interessierten Öffentlichkeit Berlins keine so verfestigten Polarisierungen mehr, dass sie noch Gegenstand öffentlicher Austragung wären. Dies ist eine deutliche Veränderung im Vergleich zur ersten Hälfte der 90er Jahre. Mittlerweile ist auch in Berlin selbst eine Nachdenklichkeit über die Ergebnisse der Wissenschaftstransformation zu spüren: Öffentlich wahrnehmbar gibt es lediglich noch zwei vereinzelte Akteure, die insofern eine dezidiert problemmentlastete Sicht pflegen, als sie die Zementierung der Ergebnisse der Ost-Berliner Wissenschaftstransformation für ausdrücklich wünschenswert halten. Dies sind die wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft, wobei sich Erstere häufig auf Letzteren bezieht – etwa als sie am 30.10.2003 im Abgeordnetenhaus-Plenum den Präsidenten mit einer Charakterisierung der Leibniz-Soziäts-Mitglieder als „Betonköpfe“ zitierte.⁶³ Im übrigen hält es die Sprecherin für

⁶³ Abgeordnetenhaus Berlin: Plenarprotokoll 15/37, S. 2957, URL: http://www.parlament-berlin.de/parlamentb.nsf/4cc620050cd4cc11c1256841004c05b8/bf45576b297d77c7c1256dd50035f261?OpenDocument#_Section2 (Zugriff: 29.12.2003)

eine „anerkannte Praxis seit der Wende“, die „alten Ost-Wissenschaftler“ nicht zu fördern (Thomsen 2003). Dies ist allerdings insoweit als eine rollengebundene Auffassung zu identifizieren, als die Abgeordnete in einer früheren Eigenschaft – sie war Pressesprecherin des seinerzeitigen Wissenschaftssenators – die Modalitäten der Ost-Berliner Wissenschaftsneuordnung aktiv zu vertreten hatte. Die Ergebnisse dessen nun nicht in Frage stellen zu lassen, lässt sich als Bestandteil der Sicherung eines individuellen positiven Selbstkonzepts interpretieren. Der Akademie-Präsident hingegen handelt aus seiner Funktion heraus rational (während er sich als Person schon frühzeitig von seiner eigenen Mitwirkung an den Neuordnungsprozessen und ihren Ergebnissen distanziert hatte⁶⁴), wenn er insbesondere Ansprüche der Leibniz-Sozietät gegen seine Akademie abzuwehren sucht und hierfür rhetorische Deutlichkeit nicht scheut:

„Es kam zur Ausrufung einer bedeutungslos gebliebenen Leibniz-Sozietät Ehemaliger, die sich vergeblich der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften bald als Konkurrent entgegenstellte, bald als Partner anzudienen suchte. Mangels bemerkenswerter Themen wob sie eifrig an der beliebten Legende von der angeblichen Verdrängung angeblicher Eliten aus dem Osten mit, eine Legende, die auch nicht dadurch an Realität gewann, daß sie am Ende noch in den Reihen des rot-roten Senats auf Glauben mit budgetären Folgen stieß.“ (Simon 2003: 2)

Für die hiesige Betrachtung ist entscheidend: Weitere einflussreiche Vertreter ähnlicher Auffassungen, die sich gegen die Reparatur vereinigungsbedingter Fehlentwicklungen in der Berliner Wissenschaft richten, sind in der Berliner Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar.

Gleichgültig nun, wie stark die Bereitschaft zur Reparatur bei politischen Akteuren und Öffentlichkeit ausgeprägt ist, blieben die extrem limitierenden *finanziellen Rahmenbedingungen*. Berlin hat einen Gesamtjahreshaushalt von etwas über 20 Milliarden Euro. Davon werden jedes Jahr regelmäßig 2 Milliarden Euro der konsumtiven Ausgaben über Neuverschuldung finanziert – das sog. Primärdefizit, also die Negativdifferenz zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben. Weitere 2 Milliarden Euro neue Schulden werden für die laufenden Zinszahlungen aufgenommen; die aktuelle Verschuldung beträgt ca. 50 Milliarden Euro, also mehr als zwei komplette Jahreshaushalte.

Dennoch gibt Berlin viel Geld für die Wissenschaft aus: 1,4 Milliarden Euro. Allerdings ist der Berliner Wissenschaftshaushalt vollständig institutionell gebunden. Das heißt: Frei verfügbare Gelder, wie sie in anderen Ländern bspw. für Projektförderungen oder anderweitige Initiativen zur Verfügung stehen, sind seit 1996 systematisch bis auf Null reduziert worden. Daraus folgt, dass Lösungen irgendeines wissenschaftspolitischen Problems allein dann betrieben werden können, wenn sie finanzneutral sind. Dem stehen öffentliche Erwartungen entgegen, die mit dem Antritt einer jeden neuen Regierung verbunden werden. Eine dieser Er-

⁶⁴ vgl. Simon (1991; 1992; 1996; 1998)

wartungen an die rot-rote Koalition war, dass jetzt einige Vorhaben umgesetzt würden, auf die man schon länger gewartet hatte, für die aber auf Grund politischer Prioritätensetzung immer vermeintlich kein Geld da gewesen sei. Im Widerspruch zu solchen Erwartungen war jedoch die bisherige haushaltspolitische Arbeit der gegenwärtigen Regierungskoalition vornehmlich durch die Gestaltung von Abbau und nicht von Aufbau geprägt. Um dies angemessen einordnen zu können, ist auf eines hinzuweisen: Die Berliner Haushaltskrise war nicht nur zufällige Begleiterscheinung der Koalitionsbildung gewesen, sondern sie war die zentrale konstitutive Bedingung dafür, dass die Koalition aus SPD und PDS in Berlin überhaupt zu Stande gekommen ist. Daher sind die finanziell extrem limitierten Rahmenbedingungen auch bereits in den zentralen Dokumente der Regierungspolitik – Koalitionsvereinbarung (2002) und „Richtlinien der Regierungspolitik“ (Senat 2002) – formuliert, und partikulare Interessen müssen vor diesem Hintergrund bewertet werden.

Dennoch bleibt die komplette institutionelle Bindung des Wissenschaftsetats eine Ungewöhnlichkeit. Sie bewirkt, dass die Berliner Wissenschaftspolitik zunächst dazu verpflichtet ist, solche Ressourcen zu sichern, die bereits vorhanden sind. Das betrifft auch die Beschäftigten, die in den Strukturen sind, etwa – um zwei andere einigungsbedingte Probleme zu nennen – das Institut für Anorganische Chemie Adlershof (ACA) oder diejenigen früheren WIPianer, die mittlerweile über das HWP III finanziert werden. Beide sind nach wie vor nur prekär abgesichert und daher permanenter Gegenstand politischer Interventionen zu ihrer Absicherung.

Die vollständige institutionelle Bindung des Wissenschaftshaushalts produziert ein faktisch nur höchst schwierig auflösbares Problem: Um etwas Neues zu tun, müsste – einen entsprechenden politischen Willen im Gesamtsenat und in den Koalitionsfraktionen des Abgeordnetenhauses vorausgesetzt – zunächst an anderer Stelle etwas bisher Finanziertes eingestellt bzw. reduziert werden. Allerdings wäre selbst dann, wenn die Finanzierung einer (Teil-) Einrichtung oder Aktivität eingestellt würde, keineswegs gesichert, dass die dadurch freigesetzten Mittel an anderer Stelle für Wissenschaftsanliegen wieder verausgabt werden könnten. Denn es bestünde grundsätzlich die Gefahr, dass die eingesparten Mittel zur Haushaltskonsolidierung herangezogen, d.h. dem Wissenschaftsetat entzogen würden. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass „Abwicklungen“ bzw. Schließungen von Einrichtungen zunächst einmal Folgekosten hervorzubringen pflegen, so dass die derart eingesparten Mittel in der Regel nicht unmittelbar frei werden.

Ebenso restriktiv wie die finanziellen sind die *juristischen Rahmenbedingungen*. Nach verbreiteter Ansicht unter Ost-Berliner WissenschaftlerInnen, die im Zuge der Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft aus gesicherter Beschäftigung herausgefallen sind, war dieser Neuordnungsprozess in juristischer Hinsicht ausgesprochen fragwürdig. Auch hieran knüpften sich Erwartungen, der rot-rote Senat würde diesbezüglich Reparaturen durchführen. Diese Erwartungen müssen gedämpft werden. Hier ist dem zuständigen Staatssekretär für

Wissenschaft im Berliner Senat zuzustimmen, der sich dazu auf dem Leibniz-Tag der Leibniz-Sozietät 2002 geäußert hatte:

„Der Senat von Berlin bewegt sich unabhängig von seiner politischen Zusammensetzung in einer bestimmten Rechtskontinuität. Politisch getroffene Entscheidungen der Vergangenheit, die bereits gerichtlich Bestand hatten oder juristisch nicht angefochten worden waren, gelten als korrekt – und zwar unabhängig davon, ob sie individuell als korrekt empfunden werden. Der Rechtsstaat hat nur zur Hälfte die Aufgabe, Gerechtigkeit in Einzelfällen zu schaffen. Die andere Hälfte seiner Aufgabe ist die überindividuelle Sicherung von Rechtsfrieden. Dazu dient wesentlich der abschließende Charakter von gerichtlichen Entscheidungen“ (Pasternack 2002: 2).

3.3.2. Empirisch erhobene Lösungsvorschläge

Wir hatten drei Problemgruppen systematisch unterschieden (vgl. 3.2.2.-3.2.4.):

- a. unzulänglich genutzte Kompetenzen,
- b. Probleme der Arbeits- und Lebensumstände,
- c. symbolische und Anerkennungsprobleme.

Diesen Problemgruppen werden nun Lösungsvorschläge, die im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens, der Experteninterviews, Dokumentenanalyse und des Rundtischgesprächs eruiert werden konnten, zugeordnet und kommentiert.

Zum Problem unzulänglich genutzter Kompetenzen

Durchgreifende Lösungen zur (Re-)Integration von ostspezifischen Kompetenzen in das Wissenschaftssystem setzen die Mobilisierung von finanziellen Mitteln voraus. Dies erscheint jedenfalls in größerem Umfang kaum organisierbar. Daneben ist es jedoch auch ohne oder mit nur geringem Mitteleinsatz möglich, zumindest Kompetenz im Sinne von Deutungsfähigkeit zu integrieren – indem Partizipation an der Deutungszuständigkeit ermöglicht wird. Mit anderen Worten: Gerade in der Zweiten Wissenschaftskultur sind Arbeitszusammenhänge vorhanden, die mit geringer Unterstützung wesentlich effektiver als bisher nutzbar sind. In diesem Sinne würde zunächst schon die *Wahrnehmung* dieser wissenschaftlichen Arbeit ein erster Schritt zur Lösung der in dieser Gruppe zusammengefassten Probleme sein. Im übrigen wäre in einer strategischen Perspektive auch zu berücksichtigen, dass der Charakter Berlins als Ost-West-Stadt eigentlich eine Ressource ist, mit der man nicht zuletzt im Ausland werben könnte (Kocka). Folgende Lösungen finden sich im einzelnen vorgeschlagen bzw. gefordert:

- Insbesondere um die Nutzung von unzulänglich genutzten Kompetenzen zu organisieren, wird vorgeschlagen, dass der Senat von Berlin ein Koordinierungsgremium beruft, das aus Vertretern des Senats, der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale zusammengesetzt ist und

sich der Aufgabe widmet, die ehrenamtlichen – und, soweit reaktivierbar, auch die brachliegenden – wissenschaftlichen Kapazitäten wirksam in das Berliner Wissenschaftssystem zu integrieren. Hierbei soll ein Maßnahmenbündel vertraglich vereinbart werden (Leibniz-Sozietät, Verband Hochschule & Wissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliches Forum, WiSoS, Burrichter).

- Eine darüber hinausgehende Forderung ist die nach Gründung einer parteiunabhängigen Stiftung, die Projekte der Zweiten Wissenschaftskultur fördert (Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition).
- Die Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO) ist zudem an themenbezogener Unterstützung interessiert, nämlich der „Förderung außeruniversitärer, zivilgesellschaftlich eingebundener Wissenschaftsstrukturen vorrangig ostdeutscher Wissenschaftler, die unmittelbar Analysen der ostdeutschen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft erstellen sowie zur DDR- und gesamtdeutschen Geschichte arbeiten“. Träger hierfür könnten nach Auffassung von ISO auch Institutionen der Politischen Bildung sein.
- Überdies könnte Berlin die besonderen Kompetenzen ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Lehre nutzen. So wird es sowohl gewünscht wie auch als Entlastungsmöglichkeit für die Hochschulen gesehen, wenn Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler problemloser, als dies heute der Fall ist, über Lehraufträge in den Lehrbetrieb der Berliner Hochschulen integriert und auch für die Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten zugelassen werden (Laitko).
- Eine deutliche Mehrheit der Befragten hat auf die besonderen Mittel-Ost-Europa-Kompetenzen ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hingewiesen. Diese könnten systematisch für die Entwicklung Berlins zu einer tatsächlichen „Ost-West-Drehscheibe“ genutzt werden.

Zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände

Was auf der Systemebene unzulänglich genutzte Kompetenzen sind, erscheint auf der Sozial- und Individualebene als Probleme der Arbeits- und Lebensumstände. Die diesbezügliche Grundlinie der Wissenschaftspolitik des Berliner Senats ist, zunächst diejenigen zu sichern, die im System sind – etwa die ehemals durch das WIP, nun im HWP Geförderten oder die Beschäftigten des Instituts für Anorganische Chemie Adlershof (ACA).⁶⁵ Dies wäre durch

⁶⁵ Der zuständige Staatssekretär für Wissenschaft im Berliner Senat erläuterte dies auf der Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“, veranstaltet am 30.11./1.12.2002 von der Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO) im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): „Wir haben das Problem, dass wir bestimmte Leute haben, die im System drin sind. Gerade in dieser Woche haben wir wieder – ich glaube, es war zum vierten oder fünften Mal in seiner Geschichte – das Institut für Anorganische Chemie in Adlershof gerettet, auch dies ein ehemaliges Akademieinstitut. Das vierte oder fünfte Mal wurde also eine Rettungsaktion veranstaltet für die mittlerweile

Bemühungen zu ergänzen, nicht im System befindliche Kompetenzen wieder hereinzuholen, indem ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als Trägern dieser Kompetenzen eine Arbeitsgrundlage gegeben würde. Genau das wird auch von den bereits erwähnten Vorschlägen zur Förderung von Projekten außerhalb des etablierten Wissenschaftsbetriebs erwartet. Folgende Lösungen finden sich im einzelnen vorgeschlagen bzw. gefordert:

- Zuvörderst geht es um die finanziell wenig aufwändige Förderung ehrenamtlicher wissenschaftlich tätiger Vereine. Darunter wird Unterstützung für Publikationstätigkeit, Tagungen, Räumlichkeiten etc. verstanden (Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition, Burrichter, Laitko).
- Zudem sollen die aus dem WIP und Nachfolgeprogrammen geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin personengebundene feste Stellen bekommen. Speziell der WIP-Rat vertritt hier den Standpunkt, zumindest die HWP-Mittel für diese Gruppe so lange zu verlängern, bis durch Zeitablauf ohnehin Verrentungen anstünden. In einem Schreiben an den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur schlug der WIP-Rat einen „kreativen Schlußstrich“ vor:

„Die Kosten für die Beschäftigung von etwa 70 Personen in der Berliner Forschungslandschaft betragen rund 4,2 Mio. Euro/Jahr. Beträge dieser Größenordnung erscheinen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen zunächst relativ hoch. Auf der anderen Seite stehen aber die sozialen Leistungen, die bei Arbeitslosigkeit gezahlt werden müssen. Wenn man weiter berücksichtigt, dass erstens die erforderlichen Mittel zeitlich degressiv sind, zweitens von den weiterbeschäftigten WIPianern wie in der Vergangenheit umfangreiche Drittmittel (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Industrie, Europäischer Regional- und Strukturfonds usw.) eingeworben werden, drittens bisher geleistete Förderung (WIP, HSP III, HWP III) und getätigte Investitionen ihren Sinn behalten und schließlich ein nicht in Geld aufzuwiegender Verlust von Know-how vermieden wird, dann wird deutlich, dass es um eine Netto-Finanzierung in Höhe von etwa 2 Mio. Euro/Jahr geht und dass der Einsatz dieser Mittel sinnvoll ist“ (WIP-Rat 2002a).

- Ähnliches wird in bezug auf individuelle Ausgrenzungsfälle gefordert. Hier haben sich mehrere ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon direkt an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewandt. Häufig können sie eindrucksvolle Referenzen ihrer wissenschaftlichen Arbeit vorweisen. Hier könnten Erleichterungen, etwa im Umgang mit Arbeitsämtern⁶⁶ oder dem Zugang zu Förderungsmöglich-

dort noch arbeitenden rund 120 Beschäftigten, es waren mal fast 300 am Anfang. Diese haben natürlich denselben Anspruch auf politische Zuwendung“ (Pasternack 2002a).

⁶⁶ „So wurde einem zeitweilig arbeitslosen Professor der Antrag auf Teilnahme an einer wissenschaftlichen Tagung in Großbritannien, zu der er als international renommierter Wissenschaftler eine Gast Einladung als Vortragender erhalten hatte, nur unter der Bedingung stattgegeben, dass sein Arbeitslosengeld gestrichen wird. Es sei darauf hingewiesen, dass Tagungen zunehmend zum Forum werden, wo Wissenschaftler neue Arbeitgeber finden können, wohingegen der vorgeschriebene Gang zum Arbeitsamt für diesen Personenkreis reine Zeitverschwendung und dazu frustrierend und entwürdigend ist.“ (VHW)

keiten, geprüft werden. Wünschenswert, aber unrealistisch erscheinen materielle Kompensationen für ungerechtfertigt erlittene Nachteile. Diesbezüglich muss die oben zitierte Position der Senatswissenschaftsverwaltung bestätigt werden: „Politisch getroffene Entscheidungen der Vergangenheit, die bereits gerichtlich Bestand hatten oder juristisch nicht angefochten worden waren, gelten als korrekt – und zwar unabhängig davon, ob sie individuell als korrekt empfunden werden“ (Pasternack 2002: 2).

- Im Hinblick auf zwischen 1992 und 1994 nach Hochschulpersonal-Übernahmegesetz (HPersÜG) übernommene Hochschulangehörige, die auf fachlich nicht adäquaten Stellen sitzen (an Fachhochschulen als sog. Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben, an anderen Hochschulen auf C2-Stellen), wird vorgeschlagen, eine Möglichkeit hausinterner Berufungen zu schaffen (Kolbe 2003). Es schaffe anhaltenden Unmut, dass es zurzeit keine Möglichkeit gebe, aus den damaligen Transformationswirren entstandenen Einstufungen zu reparieren, zumal es sich faktisch ‚lediglich‘ um eine symbolische Anerkennung handle. In der Tat scheint es sich hier um eine – überschaubare – Gerechtigkeitslücke zu handeln. Bei der personengebundenen Umwidmung von LkbA-Stellen zu C2-Professuren im Angestelltenverhältnis würden keine Mehrkosten entstehen. Bei der personengebundenen Umwidmung einer C2- in eine C3-Stelle müsste die Bewertungsspitze durch die jeweilige Hochschule aus ihrem Personaletat erwirtschaftet werden. Da das geltende Berliner Hochschulgesetz eine entsprechende Möglichkeit nicht vorsieht, wäre hier eine Gesetzesänderung erforderlich. Die Überschaubarkeit des Problems ließe es aber durchaus als möglich erscheinen, eine entsprechende befristete Regelung in die ohnehin anstehende BerlHG-Novellierung aufzunehmen.
- Eine weitere Gruppe, für die Unterstützung gefordert wird, ist die ‚mittlere Generation‘. Träger der Forderungen ist hier insbesondere die Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO), die zu diesem Thema die Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“ im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) veranstaltete. Ohne eine politische Initiative seien deren Anliegen ohne Realisierungschancen.
- Ein Vorschlag von ISO ist die Einrichtung eines Stellenpools (kw-Stellen) beim Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, aus dem zwischen Ende 30 bis Ende 50 Jahre alte Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (befristete) Stellen erhalten können. Die Stellen sollen sowohl von Universitäten als von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Anspruch genommen werden können: „Die Aufnahme in das Programm verpflichtet die Wissenschaftler, sich für die Einwerbung von Sachkosten (Reisekosten, Druckkostenzuschüsse u.dgl.m.), wie alle anderen Wissenschaftler auch, einzusetzen. Es ist lediglich an ein einmalig zu zahlendes geringes Sachmittel-Startkapital von

ca. 3.000 € pro Geförderten gedacht, was zugleich ein finanzieller Anreiz für die sich um den Wissenschaftler bewerbenden Universität/Institut darstellen soll“ (ISO).⁶⁷

- Des weiteren fordert ISO die Einführung einer ‚Ost-Quote‘ für die Personalpolitik wissenschaftlicher Institutionen sowie eine Mindestzugangsregelung für ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu westdeutschen Einrichtungen. Jürgen Kocka wies dagegen darauf hin, dass eine Kollektivlösung nicht wünschenswert sei, da sie positive Diskriminierung implizieren und auf Widerstand stoßen würde. Zu berücksichtigen ist überdies, dass der Vorschlag, eine ‚Ost-Quote‘ oder Mindestzugangsregelung für Ostdeutsche an westdeutschen bzw. West-Berliner Einrichtungen einzuführen, faktisch Forderungen nach einer Änderung des Hochschulgesetzes beinhaltet – mit der entsprechenden Notwendigkeit, dafür politische Mehrheiten zu organisieren. Auch würde eine solche ‚affirmative action‘ beträchtliche praktische Probleme aufwerfen, da sich 13 Jahre nach der Vereinigung die Zuordnungen akademischer Biografien zu Ost und West auch zunehmend verwischen. Es müsste also eine Regelung gefunden werden, die nicht nur auf regionale Herkunft, sondern auch auf generationelle Zugehörigkeit abstellt. Da es sich bei WissenschaftlerInnen nicht um eine allzu sanktionsstarke Personengruppe handelt, erscheint es als sehr unrealistisch, für eine so differenzierte und einen hohen Legitimationsaufwand erfordernde Regelung politische Mehrheiten organisieren zu können.
- Weitere Vorschläge und Forderungen benennen bestimmte Finanzierungsnotwendigkeiten, wie sie von den jeweiligen AutorInnen gesehen werden:
 - Die Mittel für die Hochschulen dürften nicht weiter zurückgefahren werden (ver.di), bzw. sollten Finanzmittel dahingehend umgesteuert werden, dass abgeschlossene Verträge durch die Berliner Landesregierung erfüllt werden können (Deutscher Hochschulverband).
 - Mittel aus dem Europäischen Strukturfond sollten stärker zur bedarfsorientierten Qualifizierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingesetzt werden (ver.di).
 - Das Land Berlin müsse stärker Übergangsfinanzierungen für Forschung-KMU gewährleisten, da die Einführung neuer Produkte häufig länger dauere als veranschlagt (ver.di).
- Für einen Teil der Zweiten Wissenschaftskultur, nämlich die als Vereine organisierten, ostdeutschen sozialwissenschaftlichen Institute, wird ein seit längerem vorliegender Vorschlag in Erinnerung gerufen: Bereits 1998 hatten Rainer Land und Rolf Reißig festgestellt, dass nach Auslaufen von spezifischen Programmen (WIP, KSPW⁶⁸, DFG-Forschungsschwerpunkte) unabhängigen ostdeutschen Instituten der Übergang zur ‚Normali-

⁶⁷ Der Vorschlag wird in ähnlicher Weise auf vom Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition, dem Gesellschaftswissenschaftlichen Forum und Hubert Laitko vertreten.

⁶⁸ Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)

tät‘ verwehrt bleibe. Diese ‚Normalität‘ bestünde für (sozialwissenschaftliche) Institute in der Bereitstellung einer Sockelfinanzierung ab 20% des Institutsbudgets. Eine ausschließliche Drittmittel- bzw. Projektfinanzierung dagegen beeinträchtigte die Arbeit stark:

„Ohne Zeit und Geld für die Entwicklung neuer Forschungsprojekte, die nur dann eine Bewilligungschance haben, wenn sie originelle Fragen auf dem aktuellen Forschungsstand bearbeiten, sind die Chancen ostdeutscher Institute gegenüber den westdeutschen Bewerbern [für Drittmittel – d. Verf.] aus mehreren Gründen schlechter, nicht zuletzt, weil die Mehrzahl der in diesem Bereich tätigen westdeutschen Institute über eine Sockelfinanzierung durch das jeweilige Bundesland verfügen und sie oft als sogenanntes ‚An-Institut‘ vom Image und der Infrastruktur einer Universität profitieren können“ (Land/Reißig 1998).

Deswegen schlagen Land/Reißig eine leistungsbezogene Sockelfinanzierung vor: Die außeruniversitären ostdeutschen Institute sollen eine Sockelfinanzierung in Höhe von 20% der eingeworbenen Projektmittel bekommen. Ein solches Vorgehen hätte den Vorteil, a priori wettbewerblich zu sein und keine zusätzlichen Evaluationen zu benötigen. Denn für das Einwerben der zu Grunde gelegten Drittmittel wurden solche Verfahren bereits durchlaufen. Diese Sockelfinanzierung sollte „neben der Finanzierung der Infrastruktur und der Projektentwicklung auch für die Kooperation mit Universitäten, die Nutzung von Ressourcen der Universitäten oder die Verbindung als An-Institut verwendet werden können“ (ebd.). Ein Fonds, der gemeinsam von Bund und Ländern getragen wird, soll dieses Vorhaben finanzieren.⁶⁹ Rainer Land hat diesen Vorschlag während des Rundtischgesprächs am 28.10.2003 in Richtung eines allgemeinen Innovationsfonds erweitert. Auch dieser soll eine Sockelfinanzierung auf Basis der eingeworbenen Mittel garantieren, nur sollen um die Mittel aus diesem Innovationsfonds sowohl etablierte als auch freie Institutionen konkurrieren.

- Viele Befragte erhoffen sich eine Lösung des Problems der ungleichen Rentenbezüge. Die Leibniz-Sozietät schlägt etwa vor, dass – solange das nur auf Bundesebene realisierbare Ziel einer Angleichung der Altersvorsorge zwischen Ost und West nicht erreicht sei – sich das Land Berlin auf mögliche Regelungen für Aufwandsentschädigungen bzw. Kostenerstattungen verständigen sollte, die pensionierte ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ihre wissenschaftlichen Arbeiten in Anspruch nehmen können. Denn die Teilnahme an Kongressen oder Archivaufenthalte scheiterten vor allem daran, dass derartige Aktivitäten aus den geringen Rentenbezügen nicht finanzierbar seien. Der Deutsche Hochschulverband, der Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) und der Akademikerverband im BRH wiederum fordern die Ost-West-Angleichung der Renten. Wenn dies – wie anzunehmen – nicht unmittelbar möglich sei, so könne das Land Berlin zumindest

⁶⁹ Dabei handelt es sich keineswegs um große Beträge. Schon 1998 stellten Land/Reißig fest: „Nach unseren derzeitigen Kenntnissen käme ein Betrag von maximal 100 TDM pro Institut und Jahr zusammen. Selbst wenn alle 14 uns bekannten Institute diese Summe ausschöpften, wäre der Gesamtbetrag – verteilt auf Bund und sechs Bundesländer – u.E. kein wirkliches Problem.“

eine Regelung der Rentenproblematik im Bundesrat anstoßen (VHW, Deutscher Hochschulverband).

- Die Leibniz-Sozietät fordert eine verstetigte Grundfinanzierung ihrer Tätigkeit. Dies erscheint aus mehreren Gründen nicht unplausibel: Zu berücksichtigen sind die oben beschriebenen rechtlichen Ungeklärtheiten, inwieweit die BBAW die Nachfolge der DDR-AdW zugleich ausschlagen und antreten kann; ebenso die Frage nach den Stiftungen, die der AdW-Gelehrten-gesellschaft zugekommen waren (und die bei aller unzulänglichen Klarheit über ihre Eigentümer selbst für den hypothetischen Fall, dass sie der Leibniz-Sozietät zugesprochen würden, von dieser nicht angemessen betreut werden könnten, weshalb auf eine abschließende rechtliche Klärung dieser Frage auch zu Gunsten einer öffentlichen Unterstützung der Leibniz-Sozietät verzichtet werden könnte). Berücksichtigungsfähig erscheint es daneben, dass die Leibniz-Sozietät nie während ihrer bisherigen Existenz über die Ressourcen verfügte, um eine gerichtliche Klärung der von ihr erhobenen Ansprüche aussichtsreich betreiben zu können. Zu bedenken ist schließlich, dass die Leibniz-Sozietät in einem inhaltlichen Segment eine absichernswerte Arbeit leistet, die so nur dort geleistet werden kann: die Sicherung von Dokumenten und deren Aufbereitung zur DDR-Akademie- und -Wissenschaftsgeschichte.

Zu symbolischen und Anerkennungsproblemen

Lösungen für symbolische und Anerkennungsprobleme der Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssten – auf Grund ihres wenig finanzintensiven Charakters – noch am ehesten umsetzbar sein, jedenfalls aus der Perspektive der Politik. Schwieriger mag sich die Mitwirkungsbereitschaft bei einzelnen Akteuren gestalten, etwa wenn es darum geht, eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen früheren und heutigen Angehörigen eines Hochschulinstituts zu organisieren. Entscheidend ist auch hier, wie eine Lösung zusammen mit den etablierten Institutionen des Berliner Wissenschaftsbetriebs gefunden werden kann, denn die Problemdiagnosen (siehe 3.2.) bezogen sich ja häufig auch auf das Verhalten der Hochschulen. Folgende Lösungen finden sich im einzelnen vorgeschlagen bzw. gefordert:

- Zu erinnern ist zunächst an den Vorschlag nach Einrichtung eines Abstimmungsgremiums, das die Re-Integration wissenschaftlicher Potenziale in das Berliner Wissenschaftssystem zum Ziel haben soll.⁷⁰ Allgemein wird von der Berliner Politik gewünscht, die In-

⁷⁰ Dazu heißt es oben: „Insbesondere um die Nutzung von unzulänglich genutzten Kompetenzen zu organisieren, wird vorgeschlagen, dass der Senat von Berlin ein Koordinierungsgremium beruft, das aus Vertretern des Senats, der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale zusammengesetzt ist und sich der Aufgabe widmet, die ehrenamtlichen – und, soweit reaktivierbar, auch die brachliegenden – wissenschaftlichen Kapazitäten wirksam in das Berliner Wissenschaftssystem zu integrieren.“

teressen der Zweiten Wissenschaftskultur gegenüber den etablierten Institutionen zu artikulieren (Laitko).

- Ein ohne finanziellen Aufwand zu realisierender Vorschlag wäre die „Emeritierung“⁷¹ in- zwischen berenteter Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen und deren nachträgliche Verabschiedung. Mit dieser symbolischen Anerkennung könnte das Land Berlin beispiel- gebend sein (Leibniz-Sozietät, Gesellschaftswissenschaftliches Forum). In der Tat verhält es sich so, dass die allerwenigsten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in den 90er Jahren wegen IM-Tätigkeit oder mangelnder fachlicher Kompetenz die Ost-Berliner Hochschulen verlassen mussten. Vielmehr wurden sie im Zuge von Stellenabbau und flä- chendeckenden Stellenneubesetzungen (etwa weil sie in Neubesetzungsverfahren nicht auf den ersten Listenplatz kamen) in den Vorruhestand genötigt oder die Arbeitslosigkeit gedrängt.⁷² Durch Zeitablauf ist ein Großteil dieser ‚durch die Umstände‘ vorzeitig aus der Hochschule ausgeschiedenen ProfessorInnen und DozentInnen im Rentenalter ange- kommen. Da die Verbindungen zur früheren Hochschule häufig vollständig gekappt sind, kam an der 60- bzw. 65-Jahres-Schwelle in der Regel auch keinerlei angemessene In- Ruhestand-Versetzung zu Stande.
- Aus der spezifischen Perspektive der sog. ‚mittleren Generation‘ heraus wird die Anre- gung formuliert, dass der Wissenschaftssenator Mitglieder der Leibniz-Sozietät, die bis- lang keine Professur haben, zu Titular-Professoren ernennt (ISO). Das Anliegen erscheint vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Schwierigkeiten ostdeutscher Sozialwissen- schaftlerInnen, im kartellierten Wissenschaftsbetrieb auf Professuren zu gelangen, durch- aus einleuchtend: Der Professorentitel ist nach wie vor mit einem hohen Sozialprestige verbunden, und im akademischen Betrieb spendet er symbolisches Kapital, das auf dem Wissenschaftsmarkt in ökonomisches Kapital umwandelbar sein kann. Für Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen kann dieses ökonomische Kapital gleichbedeutend sein mit der Chance, überhaupt weiter wissenschaftlich tätig sein zu können. Allerdings hat das Anliegen im derzeitigen Berliner Hochschulrecht keine Grundlage (vgl. BerlHG Abschn. 11 und 12). Die Möglichkeit der Berufung von Titular-Professoren und -Profes- sorinnen setzte mithin Änderungen des Hochschulrechts voraus, die auch die Möglichkeit außerhochschulischer berufungsähnlicher Qualifikationsfeststellungsverfahren (Vorschlag von ISO: die Aufnahme in die Leibniz-Sozietät) vorsehen müsste. Dafür eine politische Mehrheit gewinnen zu können erscheint unrealistisch – nicht zuletzt, da insbesondere das

⁷¹ Die traditionelle Emeritierung, d.h. Entpflichtung von HochschullehrerInnen unter Beibehaltung des Mitgliedsstatus an der Hochschule, ist eine auslaufende Regelung aus der Zeit vor dem Hochschul- rahmengesetz. Das Berliner Hochschulrecht kennt diese folglich nicht mehr. HochschullehrerInnen werden statt dessen nach den Regelungen des Beamtenrechts pensioniert.

⁷² vgl. oben unter 3.2.1. den Exkurs „Der Personalaustausch im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft“

vorgeschlagene Qualifikationsfeststellungsverfahren das Land Berlin hochschulrechtlich bundesweit extrem isolieren würde.

- Die Leibniz-Sozietät schlägt desweiteren vor, dass der Senat von Berlin eine Analyse in Auftrag geben sollte, „die an den wichtigen auf Berliner Territorium befindlichen Wissenschaftseinrichtungen die personelle Ost-West-Durchmischung und ihre Veränderung während der letzten zehn Jahre quantitativ ausweist“ und auf dieser Basis Empfehlungen einschließlich Instrumentarien zu deren Durchsetzung erarbeitet. Eine allgemeinere Forderung, deren Durchsetzung nicht weiter spezifiziert wird, ist die „Veränderung des ostfeindlichen Klimas in wissenschaftlichen Einrichtungen“ (VHW). Eine Bedingung für Maßnahmen in diese Richtung wäre die vorgeschlagene Analyse.
- Als Notwendigkeit wird es angesehen, die – sehr ungleich verteilten – Kosten des Vereinigungsprozesses bewusst zu halten und öffentlich zu diskutieren (Kocka). Hierfür könnte eine Untersuchung durchgeführt werden, die zentrale Elemente der Geschichte des Transformationsprozesses in der Berliner Wissenschaft skizziert und dabei sowohl seine positiven Ergebnisse würdigt als auch seine Defizite benennt. Eine solche Untersuchung sollte allerdings nicht allein vergangenheitsorientiert sein, sondern auf Wirkungen in Gegenwart und Zukunft zielen. So auch Jürgen Mittelstraß, der „eine erneute Betrachtung von Konzeptionen und Programmen, die nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten, bzw. eine Analyse von Folgen, die nicht beabsichtigt waren“, vorschlug (Mittelstraß 2002a: 10).⁷³
- Ein ähnlicher Vorschlag geht dahin, eine „sachlich-kritische Untersuchung und Darstellung der DDR-Wissenschaftsgeschichte unter Einbeziehung von Beteiligten“ zu ermöglichen (Gesellschaftswissenschaftliches Forum). Das könnte auch ein Projekt zur gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte sein. In diese Richtung geht auch die Forderung nach der Sicherung des spezifisch DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes, etwa des Rudolf-Bahro-Archivs und des Wolfgang-Heise-Archivs (beide derzeit an der Humboldt-Universität).
- Erwartet wird, dass der Senat von Berlin eine Erklärung zu Verlauf und Ergebnissen des Vereinigungsprozesses in der Berliner Wissenschaft verabschiedet, so etwa vom VHW: „Der Berliner Senat möge als erste Regierung der neuen Bundesländer feststellen, dass den DDR-Wissenschaftlern im Vereinigungsprozeß Unrecht geschah“. Dies erscheint nicht realistisch: Es würde zum einen eine breite politische Akzeptanz des Anliegens voraussetzen. Zum anderen müssten der Senat und die ihn tragenden politischen Kräfte eine

⁷³ Mittelstraß hatte auch direkt den Wissenschaftsrat angesprochen: Dieser „könnte ... durchaus noch einmal tätig werden, etwa so, daß er entweder selbst eine Arbeitsgruppe bildet, die der Entwicklung in den letzten 10 Jahren noch einmal, insbesondere im Blick auf eingetretene ‚Verluste‘ und unbeabsichtigte Folgen, nachgeht oder ein entsprechendes Unternehmen in Projektform (etwa getragen durch eine sozialwissenschaftliche außeruniversitäre Forschungseinrichtung) anregt“ (2002a: 10). Zur (abschlägigen) Reaktion des Wissenschaftsrates auf diese Anregung vgl. Einhüpl (2002).

gemeinsame Position zur Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftslandschaft entwickeln und formulieren können.

- Über das engere Feld der Wissenschaftsgeschichte hinaus wird es als misslich empfunden, dass die DDR-Geschichte insgesamt an den Berliner Hochschulen nur schwach verankert ist. Immerhin sei Ost-Berlin auch Hauptstadt des untergegangenen Staates gewesen, und z.B. für ausländische Studierende sei es nur schwer verständlich, an keiner der drei Universitäten ein komfortabel ausgestattetes Institut vorzufinden, das vorrangig oder ausschließlich Forschungen zur DDR betreibt und entsprechende Lehrangebote offeriert. Auch sollten Mittel für Sonderforschungsbereiche bereit gestellt werden, „in denen eine gründliche Aufarbeitung wichtiger, bislang nur unzureichend analysierter sozial-kultureller Einrichtungen der DDR erfolgen kann“ (Fritz Vilmar, ISO).

3.3.3. Handlungsempfehlungen

Die nachfolgenden Empfehlungen haben drei Adressaten:

- die Berliner Wissenschaftspolitik, d.h. den Senat von Berlin, insbesondere den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, sowie das Abgeordnetenhaus;
- die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin;
- die wissenschaftliche Gemeinschaft einschließlich der Forschungsförderorganisationen.

Tabelle 3 (siehe unten „Zusammenfassungen“) ordnet die einzelnen Empfehlungen den Adressaten zu. Die Empfehlungen sind nach ihrer inhaltlichen Zuordnung (K = Kompetenzen, A = Arbeits- und Lebensumstände, S = Symbolische und Anerkennungsprobleme) kodiert und durchnummeriert, um die Rückkopplung der resümierenden Tabellen unter „Zusammenfassungen“⁷⁴ in den Fließtext zu erleichtern.

Voraussetzungen der Empfehlungen und ihrer Umsetzung

Vorab ist auf drei grundsätzliche Punkte hinzuweisen, die vor dem Hintergrund zu berücksichtigen sind, dass die (Wissenschafts-)Politik in besonderer Weise initiativ auftreten muss, wenn einige der Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ gelöst werden sollen. Denn die meisten der Probleme sind so strukturiert, dass sie ohne politischen Anstoß keiner Lösung zugeführt werden:

⁷⁴ Tab. 3: Die Empfehlungen und ihre Adressaten; Tab. 4: Umschichtungserfordernisse im Wissenschaftshaushalt bei Umsetzung der an die Politik adressierten Empfehlungen; Tab. 5: Themen der Beratungen im Abstimmungsgremium – s. S. 93f.

(1) Wesentliche der hier verhandelten Probleme sind zwar auf die Modalitäten der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftslandschaft in den 90er Jahren zurückzuführen. Sie sind jedoch nicht durch eine Umkehrung dieses Prozesses lösbar. Unabhängig davon, ob dies in Einzelfragen politisch wünschbar, rechtlich durchführbar und finanzierbar wäre: Die negativen Effekte wären voraussichtlich größer als die positiven, da die neuen Strukturen auf Grund der unterdessen abgelaufenen Zeit eigene funktionale Qualitäten gewonnen haben.

(2) Das Handeln der Berliner Wissenschaftspolitik hat bei den hier in Rede stehenden Problemen eine doppelte Relevanz. Es ist sowohl für die Stadt Berlin und deren innere Vereinigung wichtig, wie es auch eine überlokale Bedeutung hat. Durch den Umstand, dass ca. 30% des DDR-Wissenschaftspotenzials in Berlin konzentriert waren, ist dem Land Berlin eine größere Verantwortung als anderen ostdeutschen Bundesländern zugewachsen, mit der es umgehen muss.

Die Wissenschaftspolitik der 90er Jahre hat diese Verantwortung durchaus auch wahrgenommen, indem etwa zahlreiche Institutsum- und -neugründungen politisch durchgesetzt wurden oder für vormals im WIP Geförderte auch nach Auslaufen des WIP Anschlussmöglichkeiten gesichert wurden (wenn auch mit stetig abnehmender Fallzahl). Gleichzeitig indes wurde eine Reihe von Problemen produziert bzw. deren Entstehen nicht verhindert, wenn bspw. zwölf Jahre lang für das ACA weder eine mittelfristige Finanzierungsperspektive noch eine Schließungsentscheidung zu Stande gekommen ist.

Die überlokale Bedeutung wissenschaftspolitischen Handelns in Berlin, soweit es Vereinigungsprobleme betrifft, ist vornehmlich im symbolischen Bereich angesiedelt. Die Berliner Wissenschaftspolitik muss entscheiden, ob sie gleichsam stellvertretend für die ostdeutsche Wissenschaft bestimmte Aktivitäten unternimmt, weil alle anderen ostdeutschen Ländern jedenfalls in geringerem Maße verpflichtet sind, diese zu unternehmen, da ihr Anteil an der wissenschaftlichen Erbmasse der DDR geringer war. Einige der nachfolgenden Empfehlungen müssen vor diesem Hintergrund gelesen werden.

(3) „Der Wissenschaftsstandort Berlin hat jetzt so viele Probleme, unter denen das hier diskutierte nur ein sehr kleines ist. Man muss das leider so sehen“ – so eine Interviewäußerung, die sich auf die Berliner Haushaltssituation bezog (Kocka). Dem ist nur schwer zu widersprechen. Es lässt sich allerdings auch umformulieren: Wenn ohnehin viele große Probleme zu bearbeiten sind, ließe sich durch nichts weiter als eine entsprechende Präzisierung des Handlungsprogramms auch die Lösung eines vergleichsweise kleinen Problems integrieren und gleichsam nebenher mit erledigen. Was heißt dies hinsichtlich der Berliner Haushaltslage?

Völlig unabhängig von den Problemen der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ erzwingt die Haushaltslage eine Grundsatzentscheidung über die Struktur des Berliner Wissenschaftsetats. Dieser Etat ist durch die oben beschriebene Ungewöhnlichkeit gekennzeichnet, nahezu vollständig aus gebundenen Mitteln zu bestehen (siehe 3.3.1.). Zugleich sind

auf längere Sicht neuartige Zuflüsse aus externen Finanzquellen nicht zu erwarten. In einer solchen Situation sind wissenschaftspolitische Initiativmöglichkeiten, die Ressourceneinsatz erfordern, nur dadurch zu gewinnen, dass aus bislang gebundenen Mitteln disponible Mittel werden.

Die augenblickliche Situation der Berliner Wissenschaftspolitik hinsichtlich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten ist bundesweit ausgesprochen untypisch. Denn abseits von EU-Förder- und GA-Mitteln – die fortwährend das Problem der Gegenfinanzierungen aufwerfen – kann Wissenschaftsstrukturpolitik in Berlin allein dadurch stattfinden, dass mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Einvernehmen über eine einzige Frage hergestellt wird: Welche Finanzierungen der vorhandenen Potenziale werden (a) nicht, (b) geringer, (c) stärker oder (d) vollständig gekürzt?

Profilbildungen und Innovationen unabhängig von institutionellen Egoismen sind aber allein dadurch realisierbar, dass die Wissenschaftspolitik Anreize setzen kann. Damit sie dies tun kann, wird es notwendig sein, aus dem gegebenen institutionell gebundenen Haushalt Mittel freizusetzen, um diese dann disponibel einsetzen zu können. Für die einzelnen Institutionen bedeutet dies zunächst, dass sich ohnehin zu bewältigende Kürzungen nochmals erhöhen. Jedoch entstehen für die einzelnen Institutionen damit zugleich die Chancen, durch Beteiligung an wissenschaftspolitisch initiierten Innovationen an den zu diesem Zweck verflüssigten Mitteln zu partizipieren.

Es geht also, um es praktisch zu formulieren, um die Bildung eines Innovationsfonds innerhalb des Wissenschaftshaushalts. Aus diesem ließen sich bspw. Anreize finanzieren, um die Berliner Universitäten in Einzelgebieten zu stärkerer Kooperation zu bewegen. Und in diesem Zusammenhang könnten dann auch Spezialmaßnahmen finanziert werden, die zur Lösung einiger der hier beschriebenen Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ führen.⁷⁵

Wird indes auf die Freisetzung von bislang gebundenen Mitteln des Wissenschaftsetats verzichtet, dann scheidet die Realisierung aller derjenigen nachfolgenden Empfehlungen aus, die zur Umsetzung – wenn auch in der Regel nur geringe – finanzielle Mittel benötigen (siehe unten Tab. 4).

⁷⁵ Dies wäre vergleichbar mit finanzbewehrten Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung: Bei allen Akzeptanzschwierigkeiten, die solche Maßnahmen in Zeiten angespannter öffentlicher Kassen haben, sind dennoch immer wieder einzelne Erfolge dergestalt zu verzeichnen, dass trotz Sparauflagen Umschichtungen innerhalb des verbleibenden Finanzvolumens zu Gunsten gleichstellungsfördernder Aktivitäten stattfinden.

Empfehlungen zum Problem unzulänglich genutzter Kompetenzen

Einerseits liegen bei zahlreichen Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Wissen und Forschungs-Knowhow mehr oder weniger brach – ‚mehr oder weniger‘ vornehmlich in Abhängigkeit davon, wie weit Ressourcenzugriff, etwa auf apparative Ausstattungen oder Reisemittel, benötigt wird. Andererseits wird auf Deutungskompetenz verzichtet, die genuin ostspezifisch ist: Deutungskompetenz in Bezug auf die Geschichte des sozialistischen Systems und der sozialistisch durchherrschten Gesellschaften, auf die heutige ostdeutsche Teilgesellschaft und in Bezug auf die osteuropäischen Transformationsprozesse. Dem abzu- helfen, kann – neben unten formulierten Empfehlungen zur Verbesserung von Arbeitsmög- lichkeiten – folgendes empfohlen werden:

K1. Senatsseitige Informationsoffensive zur Zweiten Wissenschaftskultur:

Grundlage für eine offensive Integration der Zweiten Wissenschaftskultur in die gesamtberli- ner Öffentlichkeit sind entsprechende Informationen. Daher wird vorgeschlagen, im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur gegenüber der Öffentlichkeit die Zweite Wissenschaftskultur als spezifischen, aber auch integrierten Bestandteil der Berliner Wissenschaftslandschaft zu dokumentieren und so der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Dies sollte auf zwei Wegen passieren:

- (a) Zum einen sollte analog zur Broschüre „Forschung in Berlin“ (Senatsverwaltung 1999), in der die öffentlich finanzierte Forschung vorgestellt wird, durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur ein entsprechendes *Kompodium zur Zweiten Wis- senschaftskultur* publiziert werden.
- (b) Zum anderen sollte in die Website www.science.berlin.de ein Webauftritt der Zweiten Wissenschaftskultur mit den Links zu den je eigenen Homepages integriert werden.
- (c) Ein solcher Web-Auftritt der Zweiten Wissenschaftskultur wiederum sollte verbunden werden mit einer *Literaturdatenbank* mit komfortablen Recherchemöglichkeiten, in der die Publikationen aus der Zweiten Wissenschaftskultur recherchiert werden können. Da- mit ließe sich das Problem, dass die dort produzierte „Graue Literatur“ unzulänglich be- kannt ist und daher im Wissenschaftsbetrieb nur eingeschränkt wahrgenommen wird, we- nigstens teilweise bearbeiten. Der finanzielle Aufwand für eine solche Lösung bliebe überschaubar, wenn lediglich die Datenbank mit entsprechender Eintrags- und Such- maske bereitgestellt und diese im übrigen mit einer Selbsteintragungsfunktion versehen wird. Für die Aktualisierung der Datenbank wären dann die Akteure der Zweiten Wissen- schaftskultur eigenverantwortlich zuständig.

K2. Initiative des Wissenschaftssenators zur Bildung eines Abstimmungsgremiums aus VertreterInnen des Senats, der Universitäten, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale:

Dieses Gremium soll sich der Aufgabe widmen, die ehrenamtlichen wissenschaftlichen Kapazitäten wirksam in das Berliner Wissenschaftssystem zu integrieren und dazu ein entsprechendes Maßnahmenbündel vertraglich vereinbaren. Selbstredend kann ein solches Gremium nur dann zu Stande kommen, wenn die genannten Akteure sich freiwillig daran beteiligen, was wiederum voraussetzt, dass sie sich davon Vorteile versprechen können. Die Wahrnehmung solcher Vorteile wird freilich um so stärker ausfallen, je nachdrücklicher sich der Wissenschaftssenator für ein solches Gremium verwendet. Aufhänger der Initiative sollten die Problemdiagnosen sein, wie sie im Zusammenhang mit dem eingangs erwähnten „10 Jahre danach“-Symposium formuliert worden waren.⁷⁶

K3. Erstellung eines Angebotskatalogs für Lehraufträge und die Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten durch nicht hauptamtlich an Hochschulen beschäftigte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:

Ein solcher Angebotskatalog sollte im Rahmen des o.g. Abstimmungsgremiums zusammengestellt werden. Da es prinzipiell auch heute schon möglich ist, nebenberuflich oder ehrenamtlich Lehraufgaben wahrzunehmen, wären im weiteren spezifische Hürden (etwa solche der Kommunikation) zu klären und auszuräumen. Die Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten ergibt sich in der Regel aus Lehraufträgen, und auch hier sollten im Rahmen des Abstimmungsgremiums etwaige Hürden benannt und ausgeräumt werden.

K4. Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR-Geschichte in Forschung und Lehre durch einen institutionell wahrnehmbaren und auf diese Weise verstetigten Ort:

Ost-Berlin war Hauptstadt der DDR gewesen, und z.B. für ausländische Studierende ist es nur schwer verständlich, an keiner der drei Universitäten ein vergleichsweise komfortabel ausgestattetes Institut vorzufinden, das vorrangig oder ausschließlich Forschungen zur DDR betreibt und entsprechende Lehrangebote offeriert. Eine Neugründung lässt die gegebene Haushaltssituation kaum zu. Angesichts dessen wird vorgeschlagen, die einzige Institution, die aus Berliner öffentlichen Mitteln in diesem Bereich mitfinanziert wird, zumindest mittel-, möglichst langfristig abzusichern: den „Forschungsverbund SED-Staat“ an der Freien Universität. Um die Akzeptanz dieser Einrichtung und ihrer Entwicklung zu stärken, müsste sie zunächst von ihrer politisch umstrittenen Gründungsgeschichte befreit werden. Hierzu sollte eine Kommission eingesetzt werden, die in Auswertung der extensiven DDR-Forschung seit 1990 und ihrer

⁷⁶ zu den möglichen Themen der Beratungen siehe die Übersicht in Tab. 5

Ergebnisse⁷⁷ eine zukunftsweisende Forschungsprogrammatik entwirft und eine interne Pluralisierung über totalitarismustheoretische Ansätze hinaus ermöglicht.

K5. Durchführung eines Kongresses, der sich der Sicherung ostdeutscher Deutungspotenziale widmet:

Dort müssten zum einen in fachlich überzeugender Weise diejenigen spezifischen Kompetenzen, die ostdeutsche WissenschaftlerInnen in fachliche und gesellschaftliche Debatten einzubringen haben, präsentiert werden. Zum anderen wären dort Strategien zu entwickeln und zu diskutieren, wie diese Deutungspotenziale gesichert werden können.

K6. Ausschreibung und regelmäßige Verleihung eines „Berliner Wolfgang-Heise-Preises für Beiträge zur Deutung sozialistischer und postsozialistischer Gesellschaften“:

Ein solcher Preis, verliehen durch den Senat von Berlin resp. den Wissenschaftssenator, hätte in der vormaligen Doppel-Frontstadt Berlin eine unmittelbare Plausibilität. Eine entsprechende Zusammensetzung der Jury böte die Chance, ein sichtbares Zeichen dafür zu setzen, dass in Berlin verschiedene Wissenschaftlermilieus miteinander kommunikationsfähig sind. Zugleich ließe sich über die Zusammensetzung der Jury eine gleichgewichtige Aufmerksamkeit gegenüber potentiellen PreisträgerInnen jeglicher fachlicher, generationeller und regionaler Herkunft herstellen.

Die vorgeschlagene Namensgebung des Preises würde nicht allein das Andenken an denjenigen Kulturphilosophen – Professor an der Humboldt-Universität – wach halten, der nach Heiner Müller der wahrscheinlich einzige DDR-Philosoph sei, der es nicht verdient habe, „in der aktuellen Inszenierung des Vergessens zu versinken“. Die Namensgebung hätte auch sowohl ironischen Witz wie tiefere Bedeutung dadurch, dass Heise ein DDR-Philosoph war, dessen Deutungen der DDR-Gesellschaft in ausgreifenden kulturgeschichtlichen und ästhetischen Entwürfen und Texten versteckt waren, die das, was zu sagen war, in der Interpretation künstlerischer Verdichtung und historischer Entgrenzung kontextualisierte.

Der Preis sollte aus Akzeptanzgründen nicht völlig undotiert, müsste aber auch nicht mit einer exorbitanten Preissumme verbunden sein. 5000 Euro wären wohl ein angemessener und realisierbarer Kompromiss zwischen den Zwängen der Haushaltslage einerseits und dem Willen, dennoch politische Zeichen zu setzen, andererseits.

K7. Ergänzung der MOE-Initiative des Berliner Senats durch einen expliziten Strang „zivilgesellschaftliche Aktivitäten“:

Ausgehend davon, dass auch internationale Kontakthanbahnung und -pflege wesentlich über personengebundene Beziehungen läuft und dass nichtstaatliche Initiativen in der Regel eine

⁷⁷ vgl. die Bilanzierung in Eppelmann et al. (2003)

höhere Flexibilität aufweisen als staatliche Apparate, sollten die Berliner MOE-Aktivitäten durch Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure gestärkt werden. Hierbei handelt es sich im übrigen um einen der typischen Bereiche, in die heute trotz Haushaltskonsolidierung Mittel investiert werden müssen, wenn morgen Effekte eintreten sollen – welche dann, sofern erfolgreich, in einer Rendite-Betrachtung die heutigen Ausgaben einnahmenseitig weit übertreffen werden.

Empfehlungen zu Problemen der Arbeits- und Lebensumstände

Eine nachträgliche Korrektur der Ergebnisse der Übernahme des Hochschulpersonals ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Gleichwohl wäre es gewiss denkbar, über ein Sonderprogramm – und damit einen anderen als den nicht begehbaren rechtlichen Weg – korrigierende Maßnahmen zu initiieren. Die desolate Haushaltssituation des Landes Berlin wird allerdings die Auflage eines zielgerichteten Programms kaum zulassen. Die Berliner Anteile an überregional finanzierten Programmen wie dem HWP hingegen sind vollständig absorbiert durch die Absicherung des Ost-Berliner Personals, das bis 1996 im Rahmen des WIP gefördert worden war. Obgleich diese Antworten nicht befriedigen können, kann auch die Politik weder außerhalb des rechtlichen noch des Haushaltsrahmens handeln. Die erste der nachfolgenden Empfehlungen formuliert, was getan werden könnte, wenn der politische Gestaltungswille so intensiv ist, dass auch größere Verteilungskonflikte nicht gescheut werden. Die weiteren Empfehlungen beziehen sich auf das, was unter weitgehender Vermeidung von Verteilungskonflikten und trotz des eng begrenzten rechtlichen und Haushaltsrahmens getan werden könnte:

A1. Einrichtung eines Stellenpools beim Wissenschaftssenator:

Unter der Voraussetzung, dass eine solche politische Problemsensitivität zu erzeugen ist, dass haushaltsinterne Umschichtungen in Höhe von minimal 2 Millionen, maximal 4 Millionen Euro möglich werden, wird die Einrichtung eines Stellenpools beim Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur empfohlen. Ein solcher Stellenpool wäre ein sehr deutlicher Beitrag zur Reparatur von Gerechtigkeitslücken, die durch die Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 90er Jahren gerissen worden waren. Aus diesem Stellenpool sollen Ost-Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zwischen 40 und 60 Jahre alt sind, befristete Stellen erhalten können. Die Verlängerung von Befristungen soll an die Einwerbung von Drittmitteln geknüpft werden. Die Stellen wären an Personen in einem wettbewerblichen Verfahren ohne institutionelle Bindung zu vergeben; gleichzeitig bestünde die Verpflichtung der StelleninhaberInnen, sich mit der Stelle an einer selbstgewählten Berliner Hochschule anzusiedeln. Der Stellenpool böte die Möglichkeit, die Realisierung mehrerer Anliegen zu bündeln: Es ließe sich damit etwas tun für die Re-Integration von Angehörigen der ,übersprunge-

nen Generation', die Sicherung ost-spezifischer Kompetenzen, die Stärkung eines neu organisierten „Forschungsverbunds DDR“ (bislang „Forschungsverbund SED-Staat“) und die Kooperation von unabhängigen sozialwissenschaftlichen Instituten und Hochschulen etwa in An-Instituts-Konstruktionen.

A2. Die Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur ost-spezifischer Kompetenzen sichern:

Dies sollte zum einen Teil breiter angelegter wissenschaftspolitischer Strategien sein. So erscheint es aus übergreifenden Gründen als unabdingbar, über einen Innovationsfond den wissenschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zurückzugewinnen, der durch die gegenwärtige fast vollständige Bindung der Mittel des Berliner Wissenschaftshaushalts nicht vorhanden ist.

Zum anderen wird – neben der oben angeregten Informationsoffensive – vorgeschlagen, eine Akkreditierungsliste der Zweiten Wissenschaftskultur beim Wissenschaftssenator zu führen, in der die entsprechenden Vereine und Institute sich eintragen lassen können. Ähnlich wie studentische Vereinigungen, die bei den jeweiligen Hochschulleitungen gemeldet sind, die Hochschulräumlichkeiten für ihre Veranstaltungen kostenfrei nutzen können, sollte es für die beim Wissenschaftssenator akkreditierten Vereine das Recht auf mietfreie Nutzung von Räumlichkeiten in öffentlich geförderten Berliner Wissenschaftseinrichtungen geben. Einzelheiten wären in dem oben vorgeschlagenen Abstimmungsgremium zu vereinbaren.

A3. Die HWP-Förderung der früheren WIPianer auch in einer etwaigen nächsten HWP-Verlängerungsrunde sicherstellen bzw. im Rahmen der Vertragsverhandlungen mit den Hochschulen die verbliebenen WIPianer final absichern:

Innerhalb der Kürzungen, die den Hochschulen auferlegt sind, müssen Prioritäten gesetzt werden. Naturgemäß begünstigen diese Prioritätensetzungen einige und schlagen zum Nachteil anderer aus. Dabei erschiene es nicht nachvollziehbar, wenn die verbliebenen und im letzten Jahrzehnt beträchtlich gebeutelten WIPianer zu denjenigen gehören sollten, die von erzwungenen Prioritätensetzungen (erneut) negativ betroffen sind. Hier sollte ein positiver Schlussstrich gezogen werden, zumal die Alterspyramide des betreffenden Personenkreises verdeutlicht, dass die Ressourcenbindung überschaubare Zeiträume umfasst.

A4. Schaffung einer befristeten gesetzlichen Regelung, um Hausberufungen für verbliebene Problemfälle der Hochschulpersonalübernahme 1992-1994 zu ermöglichen:

Für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben an Fachhochschulen, die faktisch Professorentätigkeiten ausüben, und C2-besoldete ProfessorInnen an anderen Hochschulen, die auf Grund der Unsicherheiten der Personalübernahme Anfang der 90er Jahre nicht adäquat eingruppiert wurden, sollte eine befristete Hausberufungsmöglichkeit geschaffen werden. Das Problem zeichnet sich durch Überschaubarkeit aus, und die Lösung wären nahezu kostenneutral; die Stellen könnten personengebunden sein, so dass sie sich nach dem Ausscheiden der InhaberInnen

wieder in die ursprüngliche Stellenkategorie zurückverwandeln ließen. Eine entsprechende Regelung müsste in das Berliner Hochschulgesetz eingefügt werden. Dafür könnte die ohnehin anstehende BerlHG-Novellierung genutzt werden.

A5. Weitergehende Untersuchung zur Präzisierung von Problembeschreibungen:

- (a) *zur sog. Mittleren Generation bzw. „übersprungenen Generation“:* In Berlin sind noch ca. 60 Personen wissenschaftlich tätig, deren Situation durch die spezifischen Betroffenheiten der ‚mittleren Generation‘ gekennzeichnet ist – also derjenigen, die in prekären Positionen im Wissenschaftssystem geblieben sind, denen aber ohne eigenes Verschulden die Einmündung in typische westdeutsche Karrierepfade versagt geblieben ist.
- (b) *zu Ost-West-Aspekten:* Untersuchung, inwieweit es strukturelle Ungleichheiten zwischen Ost und West bei Stellenbesetzungen gibt. Das Problem ist bislang nicht hinreichend analysiert; es gibt hierzu nur mehr oder weniger plausible Hypothesen.⁷⁸ Verbunden werden sollte eine solche Analyse mit der empirischen Erfassung der ost-west-spezifischen Besetzungen von Positionen der funktionalen Wissenschaftselite (Professuren, Institutsdirektionen, Abteilungsleitungen usw.).

Gegenstand des Untersuchungsauftrages sollte hierbei auch sein, dass eine Bedingungsanalyse und ein Handlungsprogramm entworfen werden, wie identifizierte Probleme politisch und innerwissenschaftlich bearbeitet werden könnten. Die fachlich besten Voraussetzungen für eine solche Untersuchung hat in Berlin das WZB, weshalb sich dessen Beauftragung anböte, zumal es nachdrücklich bekundet hat, an der Durchführung derartiger Studien interessiert zu sein.⁷⁹

A6. Sockelfinanzierung unabhängiger sozialwissenschaftlicher Institute:

Für einen Teil der zweiten Wissenschaftskultur, nämlich die als Vereine organisierten sozialwissenschaftlichen Institute, wird ein Programm zur Sockelfinanzierung empfohlen, um Chancengleichheit mit anderen Anbietern sozialwissenschaftlicher Forschungsleistungen herzustellen. Diese Chancengleichheit bezieht sich vornehmlich darauf, dass Projektentwicklungen finanziert werden müssen, *bevor* Projekte beantragt und dann ggf. bewilligt werden können.

Im Rahmen eines solchen Programms sollen die unabhängigen Institute eine Sockelfinanzierung in Höhe von 20% der eingeworbenen Projektmittel bekommen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass das Verfahren strikt wettbewerblich ist: Es wäre an den Erfolg auf dem Drittmittelmarkt gebunden. Es müsste auch nicht regional eingegrenzt sein, sondern könnte

⁷⁸ Systematische Ansätze liefert hier lediglich die qualitative Untersuchung von Zimmermann (2000), die das Problem in geschlechtsspezifischer Perspektive analysiert.

⁷⁹ vgl. *Berliner Zeitung*, 19.9.2003

für vergleichbar außerhalb der etablierten Wissenschaftsstrukturen agierende Institute mit West-Berliner Hintergrund ebenso zugänglich sein. Zudem würde keine zusätzliche Bewertung der Institute benötigt, da für das Einwerben der zu Grunde gelegten Drittmittel bereits solche Verfahren durchlaufen wurden.

Finanziell benötigt ein solches Programm – vor dem Hintergrund des Gesamtwissenschaftshaushalts und den zu erzielenden Effekten – vergleichsweise überschaubare Beträge: 500.000 € pro Jahr würden sicherstellen, dass zwischen 10 und 15 Institute in der beschriebenen Weise gefördert werden können. Das finanzielle Programmvolumen müsste gedeckelt sein, so dass bei etwaiger Zunahme der teilnahmeberechtigten Institute ggf. der Prozentsatz der Sockelfinanzierung unter die vorgeschlagenen 20% abzusenken wäre.

A7. Anbindungen ausgewählter unabhängiger Institute an Hochschulen in Form von An-Instituten:

Es sollte einer der Beratungsgegenstände in dem oben angeregten Abstimmungsgremium zwischen Senatsverwaltung, wissenschaftlichen Einrichtungen und Zweiter Wissenschaftskultur sein, die Bedingungen zu eruieren, welche der unabhängig operierenden Institute als An-Institute den Hochschulen assoziiert werden könnten. Kosten verursacht dies nicht, gibt aber den Instituten die Möglichkeit, am Image und der Infrastruktur (etwa Nutzung des Intra- und des Internets) der Hochschule zu partizipieren. Auch eine Integration in den Lehrbetrieb ist aus einer An-Instituts-Position leichter.

A8. Verstetigung einer Förderung der Leibniz-Sozietät:

Die Leibniz-Sozietät ist die größte Einrichtung der Zweiten Wissenschaftskultur und verfügt durch ihre Neuaufnahmen – mehr als die Hälfte ihrer heutigen Mitglieder gehörten nicht der seinerzeitigen AdW-Gelehrtengesellschaft an – über intensive personelle Verbindungen in die ‚erste Wissenschaftskultur‘. Soweit keine disponiblen Mittel im Haushalt dafür vorhanden ist, erscheint es – da die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und die Leibniz-Sozietät aus der selben Quelle stammen, nämlich der Preußischen resp. DDR-Akademie – sachlich richtig, von den fünf Millionen Euro, die Berlin zum Acht-Millionen-Euro-Etat der BBAW beiträgt, die vergleichsweise bescheidene Summe von 30.000 € für die Schließung einer einigungsbedingten Gerechtigkeitslücke zu verwenden.⁸⁰ Inhaltlicher Zweck der Förderung sollte es sein, das zu sichern, was nur durch eine Unterstützung der Leibniz-Sozietät zu sichern ist: die auf authentischer Innenkenntnis beruhende Dokumentation und analytische Aufbereitung von DDR-Akademie- und -Wissenschaftsgeschichte.

⁸⁰ Durch die Brandenburger Mitfinanzierung der Akademie und die dann automatische Zuschussminderung auch durch das Land Brandenburg ergäbe sich ein Realverlust von ca. 50.000 € für die BBAW.

A9. Synchronisierung von Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung, um Forschungsunternehmen in der Anlaufphase eine Finanzierung zu sichern, die den Markterfolg nicht durch zeitweilige Unterkapitalisierung verhindert:

Diese Empfehlung wird vor dem Hintergrund gegeben, dass die Ausgründung von Forschungsunternehmen für Ost-Berliner WissenschaftlerInnen häufig eine naheliegende Möglichkeit der gleichzeitigen Knowhow-Anwendung und Existenzsicherung ist, dass die Einführung neuer Produkte häufig länger dauert als in bisherigen Förderprogrammen veranschlagt, und dass erfolversprechende unternehmerische Aktivitäten nicht an fehlenden Überbrückungsfinanzierungen scheitern sollten.

Empfehlungen zu symbolischen und Anerkennungsproblemen

Symbolische und Anerkennungsprobleme der Ost-Berliner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssten – auf Grund ihres weniger finanzintensiven Charakters – noch am ehesten umsetzbar sein, jedenfalls aus der Perspektive der Politik. Schwieriger mag sich die Mitwirkungsbereitschaft bei einzelnen Akteuren gestalten, etwa wenn es darum geht, eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen früheren und heutigen Angehörigen eines Hochschulinstituts zu organisieren. Hier wird eine moderierende Funktion der Senatswissenschaftsverwaltung von Nöten sein. Empfohlen wird:

S1. Nachträgliche Verabschiedung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die neuordnungsbedingt vorzeitig aus dem Hochschulleben ausgeschieden sind:

Die allerwenigsten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer haben in den 90er Jahren wegen IM-Tätigkeit oder mangelnder fachlicher Kompetenz die Ost-Berliner Hochschulen verlassen. Vielmehr wurden sie im Zuge von Stellenabbau und flächendeckenden Stellenneubesetzungen (etwa weil sie in Neubesetzungsverfahren nicht auf den ersten, sondern ‚nur‘ auf den zweiten Listenplatz kamen) in den Vorruhestand genötigt oder in die Arbeitslosigkeit entlassen. Durch Zeitablauf ist ein Großteil dieser ‚durch die Umstände‘ vorzeitig aus der Hochschule ausgeschiedenen ProfessorInnen und DozentInnen im Rentenalter angekommen. Da die Verbindungen zur früheren Hochschule häufig vollständig gekappt sind, kam an der 60- bzw. 65-Jahres-Schwelle in der Regel auch keinerlei angemessene In-Ruhestands-Versetzung zu Stande. Dies sollte der Wissenschaftssenator durch eine entsprechende Veranstaltung symbolisch nachholen.

S2. Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Berliner Hochschulen und ihren früheren Angehörigen, die im Zuge der 90er-Jahre-Neuordnung die Hochschulen verlassen mussten:

Eine Reihe von Hochschulen bzw. Hochschulinstituten hat noch nicht (wieder) zu einem entkrampften Umgang und Kontakt mit ihren früheren Angehörigen gefunden. Da der größte

Teil des heute an den Hochschulen tätigen Personals die seinerzeitigen Entwicklungen nicht mitgestaltet hat, entspringt die Kontaktlosigkeit häufig schlichter Unkenntnis, nicht zuletzt Unkenntnis darüber, dass der Vorruhestand in den 90er Jahren großteils den Stellenreduzierungen geschuldet war. Hier knüpft die Anregung an, seitens der Institute und Fachbereiche den Kontakt zu früheren Angehörigen zu suchen. Diese sollten genauso wie andere, in Folge ‚normaler‘ Pensionierung im Ruhestand befindliche HochschullehrerInnen auch in das Instituts- bzw. Fachbereichsleben einbezogen werden. Insbesondere Einladungen zu Tagungen und akademischen Festakten sollten selbstverständlich sein. Nahe läge auch die Einbindung in historiografische Aktivitäten zur Hochschul- bzw. Institutsgeschichte. Keine Probleme sollte es verursachen, dass frühere, heute verrentete Institutsangehörige über das Institut von außen kontaktiert werden können, also eingehende Briefe und Telefonate an sie weitergeleitet werden. Ebenso wäre es eine angemessene Geste, wenn die früheren Angehörigen Instituts-eMail-Adressen erhalten können.

S3. Sicherung des spezifisch DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes:

- (a) *Erarbeitung einer Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte:* Ein solches Projekt erscheint insofern als naheliegend, als der heutige Charakter Berlins als hochverdichteter Wissenschaftsstandort vornehmlich aus der Parallel-Entwicklung West- und Ost-Berlins resultiert. Zugleich könnten damit die immanenten Grenzen rein institutionell ausgerichteter Universitätshistoriografie – durchaus auch exemplarisch – aufgebrochen werden. Der Umstand, dass es an der Humboldt-Universität eine Professur für Universitätsgeschichte gibt, könnte ein solches Projekt zusätzlich befördern.
- (b) *Erhalt und Sicherung von Archiven:* Dieser Vorschlag zielt vorrangig darauf, das Rudolf-Bahro-Archiv und das Wolfgang-Heise-Archiv, beide derzeit an der Humboldt-Universität, langfristig abzusichern. In Zeiten von Einsparungen benötigen solche Projekte ausdrückliche Protektion, um nicht gleichsam ‚aus Versehen‘, nämlich auf Grund einer im Vergleich zu anderen Anliegen schwachen Lobby, in den Kürzungsstrudel zu geraten. Gegebenenfalls erscheint auch eine Übernahme der beiden Archive durch das Archiv der BBAW als Option, um die sachgerechte Sicherung, Aufbereitung und Bereitstellung zu gewährleisten.

S4. Wissenschaftliche Dokumentation und Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren:

Die als Bestandteil der ostdeutschen Wissenschaftstransformation sich vollziehende Neuordnung in Ost-Berlin war sowohl in struktureller, inhaltlicher wie personeller Hinsicht ein Umgestaltungsvorgang, für den es kaum einen adäquaten Vergleichsfall gibt. Dieser Prozess ist bislang nur in Einzelaspekten bzw. in Bezug auf einzelne Institutionen beschrieben und analysiert worden. Es erscheint dem Ziel, die innere Einheit der Stadt auch auf die verschiedenen

Wissenschaftltermilieus zu erstrecken, außerordentlich dienlich, eine entsprechende Gesamtdokumentation und -analyse zu erarbeiten. Eine solche Untersuchung sollte unter Anhörung aller Beteiligten zu Stande kommen, die zentralen Elemente der Geschichte des Transformationsprozesses in der Berliner Wissenschaft skizzieren und dabei mit Hilfe einer präzisen Kosten-Nutzen-Betrachtung sowohl die positiven Ergebnisse würdigen wie auch die Defizite benennen. Im Rahmen des o.g. Abstimmungsgremiums könnte geklärt werden, wer die Initiative für eine solche Analyse übernimmt bzw. ggf. einen entsprechenden Auftrag erteilt.

Zusammenfassungen

Nachfolgend werden die unter 3.3.3. entwickelten Empfehlungen in Stichworten zusammengefasst und ihren jeweiligen Adressaten zugeordnet. Einzelne Empfehlungen richten sich an mehrere Adressaten und sind dementsprechend mehrfach verzeichnet.

Empfehlungs-adressaten	Problemgruppen		
	unzulänglich genutzte Kompetenzen	Arbeits- und Lebensumstände	symbolische und Anerkennungsprobleme
Politik	K1. Informationsoffensive zur Zweiten Wissenschaftskultur: • Kompendium zur Zweiten Wissenschaftskultur, • integrierter Webauftritt bei www.science.berlin.de, • Literaturdatenbank K2. Abstimmungsgremium zwischen etablierten Institutionen und Zweiter Wissenschaftskultur K4. Institutionelle Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre K6. Ausschreibung eines Preises für Beiträge zur Deutung sozialistischer und post-sozialistischer Gesellschaften K7. Ergänzung der Berliner MOE-Initiative um Strang „Zivilgesellschaftliche Aktivitäten“	A1. Stellenpool beim Wissenschaftssenator A2. Zweite Wissenschaftskultur als Infrastruktur spezifischer Kompetenzen sichern: • Innovationsfond • Akkreditierung beim Wissenschaftssenator mit Recht zur Ressourcennutzung A3. Förderung der ehemaligen WIPianer final sichern A4. Befristete gesetzliche Regelung zu Hausberufungen für verbliebene Problemfälle der Hochschulpersonalübernahme 1992-1994 A5. Untersuchungsauftrag: • zur ‚mittleren Generation‘ • zu Ost-West-Aspekten (Stellenbesetzungen, Elitenverteilung) A6. Programm zur drittmittelabhängigen Sockelfinanzierung unabhängiger sozialwissenschaftlicher Institute A8. Verstetigung einer Förderung der Leibniz-Sozietät A9. Synchronisierung von Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung bzgl. ausgegründeter Forschungsunternehmen	S1. Nachträgliche Verabschiedung von Ost-Berliner Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern in den Ruhestand S3. Ggf. politische Initiativen zur Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes: • Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, • Bahro- und Heise-Archiv an der HU S4. Ggf. Untersuchungsauftrag: Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren
Hochschulen und Forschungsinstitute	K2. Abstimmungsgremium zwischen etablierten Institutionen und Zweiter Wissenschaftskultur K3. Angebotskatalog für Lehraufträge und Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten durch nicht hauptamtlich tätige WissenschaftlerInnen K4. Institutionelle Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre	A7. An-Instituts-Lösungen für ausgewählte Institute der Zweiten Wissenschaftskultur	S2. Neugestaltung der Beziehungen zwischen Ost-Berliner Hochschulen und ihren früheren Angehörigen S3. Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes: • Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, • Bahro- und Heise-Archiv an der HU S4. Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren
Wissenschaftliche Gemeinschaft und Forschungsförderer	K5. Kongress zur Sicherung ostdeutscher Deutungspotenziale		S3. Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes: • Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, S4. Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren

Tab. 3: Übersicht: Die Empfehlungen und ihre Adressaten

Tab. 4 sortiert die an die Politik adressierten Empfehlungen danach, wie weit ihre Umsetzung den Einsatz bzw. eine Umschichtung von Haushaltsmitteln erfordern würde:

hoch	mittel	gering	keine
A1. Stellenpool beim Wissenschaftssenator A2. Innovationsfond A6. Programm zur drittmittelabhängigen Sockelfinanzierung unabhängiger sozialwissenschaftlicher Institute	A5. Untersuchungsauftrag: - zur ‚mittleren Generation‘ - zu Ost-West-Aspekten (Stellenbesetzungen, Elitenverteilung) S4. Ggf. Untersuchungsauftrag: Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren A8. Verstärkung einer Förderung der Leibniz-Sozietät	K1. Informationsoffensive zur Zweiten Wissenschaftskultur: - Kompodium zur Zweiten Wissenschaftskultur, - integrierter Webaufttritt bei www.science.berlin.de, - Literaturdatenbank K6. Ausschreibung eines Preises für Beiträge zur Deutung sozialistischer und postsozialistischer Gesellschaften A9. Synchronisierung von Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung bzgl. ausgegründeter Forschungsunternehmen	S1. Nachträgliche Verabschiedung von Ost-Berliner Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern in den Ruhestand A2. Akkreditierung von Einrichtungen der Zweiten Wissenschaftskultur beim Wissenschaftssenator mit Recht zur Ressourcennutzung A3. politische Initiative zur finalen Sicherung der Förderung der ehemaligen WIPianer A4. Befristete gesetzliche Regelung zu Hausberufungen für verbliebene Problemfälle der Hochschulpersonalübernahme 1992-1994 K2. Abstimmungsgremium zwischen etablierten Institutionen und Zweiter Wissenschaftskultur K4. politische Initiative zur institutionellen Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre S3. Ggf. politische Initiativen zur Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes: - Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, - Bahro- und Heise-Archiv an der HU K7. Ergänzung der Berliner MOE-Initiative um Strang „Zivilgesellschaftliche Aktivitäten“

Tab. 4: Umschichtungserfordernisse im Wissenschaftshaushalt bei Umsetzung der der an die Politik adressierten Empfehlungen

Tab. 5 fasst die Gegenstände zusammen, die in dem vorgeschlagenen Abstimmungsgremium aus Vertretern des Senats, der Universitäten, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der ehrenamtlich organisierten Wissenschaftspotenziale behandelt werden sollten:

unzulänglich genutzte Kompetenzen	Arbeits- und Lebensumstände	symbolische und Anerkennungsprobleme
K4. Institutionelle Sicherung der systematischen Befassung mit der DDR in Forschung und Lehre K3. Angebotskatalog für Lehraufträge und Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten durch nicht hauptamtlich tätige WissenschaftlerInnen	A1. Stellenpool beim Wissenschaftssenator A2. Akkreditierung von Einrichtungen der Zweiten Wissenschaftskultur beim Wissenschaftssenator mit Recht zur Ressourcennutzung A3. Förderung der ehemaligen WIPianer final sichern A7. An-Instituts-Lösungen für ausgewählte Institute der Zweiten Wissenschaftskultur	S4. Analyse der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaft in den 1990er Jahren S3. Sicherung des DDR-wissenschaftsgeschichtlichen Erbes: - Gesamtberliner Nachkriegs-Wissenschaftsgeschichte, - Bahro- und Heise-Archiv an der HU S2. Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Ost-Berliner Hochschulen und ihren früheren Angehörigen

Tab. 5: Themen der Beratungen im Abstimmungsgremium

4. Annotierte Bibliografie: Wissenschaftstransformation in Ost-Berlin 1989 ff.

Vorbemerkung: Die Bibliografie erfasst *ausschließlich selbstständige* Publikationen: Monografien, Sammelbände, Broschüren, ggf. auch komplette Zeitschriften-Nummern, sofern diese einen hier interessierenden thematischen Schwerpunkt haben, daneben auch unveröffentlichte Graduierungsarbeiten. Die Bibliografie verzichtet also darauf, einzelne Artikel aus Zeitschriften oder Sammelbänden zu verzeichnen – dies wäre zum einen schnell uferlos geworden; zum anderen lassen sich unselbstständig erschienene Titel größtenteils und vergleichsweise aufwandsarm über die Anmerkungsapparate bzw. Literaturverzeichnisse der selbstständigen Titel erschließen. Thematisch beschränkt sich die Bibliografie auf Veröffentlichungen zu den Entwicklungen *seit* 1989. Daraus folgt, dass Titel zur Berliner DDR-Wissenschaftsgeschichte *bis* 1989 nur dann aufgenommen sind, wenn deren Darstellungen auch die Zeit nach 1989 in einem relevanten Umfang berücksichtigen.

[1] Achinger, Gertrud: *Kuratel und Fürsorge. Studien- und Lebensbedingungen afrikanischer Studierender in Leipzig und Ostberlin vor und nach der Wende* (Auszeit 3-4/1993). Hrsg. vom World University Service, Wiesbaden 1993. 147 S.

Die Studie untersucht Lebens- und Studienbedingungen afrikanischer Studierender in der DDR und nach 1990 in Ostdeutschland. Detailliert wurden über Befragungen nahezu alle denkbaren Aspekte, die in diesem Zusammenhang relevant sind, erhoben.

[2] Adler, Helga: *Fallstudie zum beruflichen Entscheidungsverhalten von WissenschaftlerInnen auf ABM-Stellen in den neuen Bundesländern am Beispiel von Ost-Berlin*. Hrsg. vom Förderkreis demokratischer Wissenschaftler und WissenschaftlerInnen e.V./Netzwerk Wissenschaft. Unter Mitarbeit von Klaus Labsch, Helder Lourenco, Christian Stappenbeck. Berlin 1992. 32 S.

Der sozialpolitische Zwang, die Massenarbeitslosigkeit durch staatliche Arbeitsförderungsmaßnahmen abzufedern, führte zu einer relativen Großzügigkeit bei der Vergabe von ABM-Projekten u.a. im Wissenschaftsbereich. Infolgedessen befanden sich zahlreiche Wissenschaftler in solcherart finanzierten Wartestellungen. Die AutorInnen untersuchen nach ein- bis anderthalbjähriger Laufzeit der ABM-Projekte, wieweit diese tatsächlich greifen und den unter DDR-Bedingungen sozialisierten Wissenschaftlern eine reale Chance bieten (bzw. als solche angenommen werden), sich in das neue Wissenschaftssystem einzubringen, die dazu nötigen Kenntnisse zu erwerben und ein flexibles arbeitsmarktgerechtes Entscheidungsverhalten zu entwickeln. In diesem Zusammenhang werden auch berufliche Umorientierungen untersucht.

[3] Adler, Helga: *Zum beruflichen Entscheidungsverhalten von WissenschaftlerInnen auf ABM-Stellen in den neuen Bundesländern am Beispiel von Ost-Berlin*. Hrsg. von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern KSPW. Unter Mitarbeit von Klaus Labsch, Helder Lourenco, Christian Stappenbeck. Halle 1992. 39 S.

Inhaltlich identisch mit der voranstehenden Studie.

[4] Adler, Henri/Lischka, Irene: *Hochschulzugang im Raum Berlin/Brandenburg* (Projektberichte 5/1991). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1991. 53 S + Anhang.

Im ersten Teil wird die Studienbeteiligung, der Zugang nach Bildungswegen und die Bewerbung nach Wissenschaftszweigen/Fächergruppen im Land Brandenburg und in Berlin sowie nach Kreisen und Regionen des Landes Brandenburg für 1990 untersucht. Der zweite Teil enthält eine Vorausschätzung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahl im Land Brandenburg und Berlin sowie nach den Regionen des Landes Brandenburg bis zum Jahre 2010. Der Bericht endet mit einem Anhang statistischer Tabellen und Karten.

[5] Adolph, Katrin (Bearb.): **Habilitandinnen an der Humboldt-Universität. Ergebnisse einer Umfrage** (Schriftenreihe der Frauenbeauftragten der Humboldt-Universität zu Berlin Bd. 4). Berlin 2001. 48 S. + 10 S. Anhang.

Die Umfrage dokumentiert die Arbeitssituation von Habilitandinnen an der Humboldt-Universität. Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist dabei die Feststellung, dass der Frauenanteil an Habilitationen sehr gering ist und damit gleichzeitig eine Ursache dafür darstellt, dass so wenige Frauen auf eine Professur berufen werden (wobei bereits mangelnde Chancengleichheit auf den der Habilitation vorhergehenden Stufen eine wesentliche Rolle spielt). Daher ist es von Interesse, mit welcher Motivation und unter welchen Bedingungen Frauen an der Humboldt-Universität an ihrer Habilitation arbeiten, ob sie mit einem erfolgreichen Abschluss rechnen und wie sie ihre späteren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt einschätzen. Die Studie basiert auf einem Rücklauf von 61 Fragebögen.

[6] Akademie der Wissenschaften zu Berlin/The Academy of Sciences and Technology in Berlin (Hg.): **Jahrbuch/Yearbook 1990-1992**. de Gruyter, Berlin/New York 1993. 813 S.

In West-Berlin war 1987 eine Akademie der Wissenschaften gegründet und 1990 wieder aufgelöst worden. Das (letzte) Jahrbuch der Akademie dokumentiert den Abwicklungszeitraum. Im hiesigen Kontext beansprucht diese zunächst rein Westberliner Angelegenheit Aufmerksamkeit insofern, als die verbleibenden Arbeitsgruppen der Akademie sowie ihre sächlichen und personellen Mittel auf die neuzugründende Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) zu übertragen waren und der Band Stellungnahmen aus der aufzulösenden bzw. in Abwicklung befindlichen Akademie zur BBAW und ihrem Gründungskonzept enthält.

[7] Albert, Kati: **Zur Selbst- und Fremdwahrnehmung ost- und westdeutscher Studenten/innen an der Humboldt-Universität zu Berlin**. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II. Berlin 1998, 178 S.

Die Dissertation untersucht das Wechselverhältnis zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung ost- und westdeutscher Studenten an der Humboldt-Universität zu Berlin. Hierbei werden die durch eine breite Methodenbasis erhobenen Daten deskriptiv und komparativ ausgewertet und anschließend diskutiert.

[8] Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit (Hg.): **Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit** (=hochschule ost special). Leipzig 1991. 24 S.

Dokumentation der die Fink-Entlassung betreffenden Briefe der Gauck-Behörde, Finks Erklärung dazu, die entsprechenden Beschlüsse der Gremien der Humboldt-Universität sowie Auszüge aus einer diesbezüglich durchgeführten Podiumsdiskussion in der Humboldt-Uni am 28.11.1991 (u.a. mit Rudolf Bahro, Christop Hein, Stephan Heym, Jens Reich, Walter Romberg, Christa Wolf).

[9] Aulerich, Gudrun/Döbbeling, Karin: **Als Ossi an der Freien Universität. Eine vergleichende Befragung von Erstsemesterstudenten aus alten und neuen Bundesländern an der Freien Universität Berlin**. Hrsg. vom Projekt Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte der Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin 1991. 18 S.

Die Untersuchung beschäftigt sich mit den Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in der DDR erworben hatten und sich zum Wintersemester 1990/91 an der Freien Universität Berlin einschrieben. Die Autoren fragen nach Spezifika dieser Gruppe, den Motiven für die Wahl einer westdeutschen Universität und dem Erleben des Studienbeginns an einer Massenuniversität. Zudem sollen zukünftige Anforderungen an die Studienberatung für die Arbeit mit Bildungspendlern eruiert werden.

[10] Aulerich, Gudrun/Döbbeling, Karin: **„Da frag ich doch mal lieber drüben nach!“. Eine Analyse schriftlicher Anfragen junger DDR-Bürger an Westberliner Studienberatungsstellen der Technischen Universität und der Freien Universität im Zeitraum zwischen Grenzöffnung (November 1989) und Sommer 1990**. Hrsg. vom Projekt Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte der Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin 1991. 31 S.

Eine im Rahmen des Projekts Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte durchgeführte Briefanalyse bezog insgesamt 424 schriftliche Anfragen ein, die junge Leute aus der ehemaligen DDR vom Winter 1989 bis Sommer 1990 an die Allgemeinen Studienberatungsstellen der Technischen Universität und der Freien Universität in West-Berlin schickten. Die Durchsicht dieser Briefe nach einem Raster mit sozialdemographischen und bildungssoziologischen Merkmalen sollte zu Einsichten in die gruppenspezifische Bewältigung des Umgestaltungsprozesses im Bildungssystem beitragen. Die Inhalte der Anfragen markierten das damalige Informations- und Beratungsdefizit der jungen Leute aus der ehemaligen DDR und wiesen auf entsprechenden Handlungsbedarf von Beratungsstellen hin.

[11] BAAG Berlin, Adlershof Aufbaugesellschaft mbH (Hg.): **Straßen, Plätze Parks. Der öffentliche Raum in der Wissenschaftsstadt**. Berlin 1999. 71 S.

Mit dem Ende der DDR wandelte sich das frühere Akademie-Gelände in Berlin-Adlershof von einem geschlossenen Raum zu einem öffentlich zugänglichen Gelände, wurde ein neuer Stadtteil und damit erstmalig in einen städtischen Bezug gesetzt. Die damit notwendige Neukonzeption Adlershofs wendete sich bewußt gegen die üblichen Konzepte der sog. Parks und versuchte, einen kompakten Stadtkörper zu organisieren, in welchem ein Technologiepark, ein Medienpark, ein Universitätscampus und ein Wohnpark optimal zusammengefügt werden. Dabei bildet der öffentliche Raum als traditioneller Ort der städtischen Interaktion das Grundgerüst des neuen Stadtteils, prägt also entscheidend das Erscheinungsbild Adlershofs. Die Broschüre sucht das Bild der bisherigen Planung und Gestaltung des öffentlichen Raums, d.h. der Straßen, Plätze und Parks, zu vermitteln.

[12] BBB Biomedizinischer Forschungscampus Berlin-Buch GmbH (Hg.): **Wissenschaft und Kunst auf dem Campus Berlin-Buch**. Berlin 2000. 111 S.

Die Publikation gibt einen Einblick sowohl in die Geschichte als auch die aktuelle Entwicklung des mehr als hundert-jährigen Wissenschaftsstandorts Berlin-Buch, an welchem heute mehr als 5500 WissenschaftlerInnen, ÄrztInnen und sonstige MitarbeiterInnen beschäftigt sind. Die mit zahlreichen Abbildungen versehene Broschüre widmet sich dabei jedoch nicht nur der Vorstellung der einzelnen wissenschaftlichen Institutionen, sondern auch der anspruchsvollen künstlerischen Ausgestaltung des Campus Berlin-Buch.

[13] Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): **Jahrbuch 1992/93**. Akademie Verlag, Berlin 1994. 380 S.

Der Band dokumentiert die Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die institutionelle Struktur und die Arbeit im Berichtsjahr. Der Dokumentenanhang umfaßt Gesetze und Satzungen.

[14] Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): **Jahrbuch 1994**. Akademie Verlag, Berlin 1995. 533 S.

Der Band dokumentiert das Jahr der institutionellen Konsolidierung und zugleich das erste Jahr mit vollem Arbeitsprogramm der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Im hiesigen Zusammenhang interessiert desweiteren der ausführliche Bericht einer bei der Akademie gebildeten Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, die sich insbesondere der Untersuchung der kognitiven Dimension des soeben stattgefundenen bzw. noch stattfindenden Umbruchs in der ostdeutschen Wissenschaft widmen möchte.

[15] Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): **Akademienvorhaben**. Berlin 1995. 72 S.

Vorstellung aller bei der BBAW angesiedelten Akademienvorhaben.

[16] Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): **Jahrbuch 1995**. Akademie Verlag, Berlin 1996. 558 S.

Der Band enthält u.a. einen Bericht der der Akademie arbeitenden Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung und einen Artikel vom Archivleiter Wolfgang Knobloch: „Das Akademiearchiv - Grundzüge seiner Entwicklung“.

[17] Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): **Jahrbuch 1996**. Akademie Verlag, Berlin 1997. 454 S.

Das Jahrbuch enthält neben den üblichen Dokumentationen auch einen Bericht der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Wissenschaft und Wiedervereinigung. Im Gegensatz zu vorhergehenden Schwerpunkten der Arbeitsgruppen-Tätigkeit seien 1996 die Entwicklungen der unmittelbar zurückliegenden fünf Jahre in den Mittelpunkt der Forschungsarbeit gestellt worden.

[18] Berliner Akademie für Information (Hg.): **Fachinformation in Berlin. Informationsangebote der regionalen Fachinformationseinrichtungen. Mit einem Anhang über die Fachinformationseinrichtungen in Berlin (Ost)**. 4., vollst. neu bearb. Auflage. Berlin 1990. 321 + 36 S.

Der Anhang wird eingeleitet mit einer Überblicksdarstellung der Fachinformationssysteme in der DDR. Im Anschluß finden sich ausgewählte Informations- und Dokumentationseinrichtungen in Ost-Berlin vorgestellt: jeweils mit Charakterisierung, Sachgebieten und Nennung eigener Informationsdienste.

[19] Bielka, Heinz: **Beiträge zur Geschichte der medizinisch-biologischen Institute Berlin-Buch 1930 - 1995**. Hrsg. vom Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin Berlin-Buch, Berlin²1995. 136 S.

Die Entwicklung des Bucher Campus begann 1930 mit der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung. In der DDR beherbergte er bedeutende Akademieinstitute. Nach Evaluierung, Akademieauflösung und daraus folgender Umstrukturierung sind nun auf dem Gelände das Max-Delbrück-Centrum, zwei große Kliniken und 15 biotechnologisch orientierte Firmen angesiedelt.

[20] Bielka, Heinz: ***Die Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch. Beiträge zur Geschichte.*** Hrsg. von Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin. Springer-Verlag, Berlin 1997. 207 S.

Das Buch beschreibt Wurzeln und wichtige Etappen der Grundlagenforschung und klinischen Forschung in Berlin-Buch, beginnend mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1930. Den größten Raum der Darstellung nehmen die Jahre nach 1945 ein; 1972 waren in Buch drei Zentralinstitute der Akademie der Wissenschaften gebildet worden: ZI für Molekularbiologie, für Krebsforschung und für Herz-Kreislaufforschung. Gleichfalls Behandlung erfährt die nach-1990er Entwicklung, insbesondere die des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin (MDC). Der Verfasser stützt sich dabei auf persönliche Erinnerungen und Aufzeichnungen nach mehr als vierzigjähriger Tätigkeit in den Bucher Instituten, auf Archivmaterialien, Dokumente von Zeitzeugen und Literaturrecherchen. Ergänzt werden die Beschreibungen durch Kopien von Originaldokumenten. Mit Personen- und Sachregister.

[21] Bielka, Heinz: ***Geschichte der medizinisch-biologischen Institute Berlin-Buch.*** Springer Verlag, Berlin u.a., 2. erw. Aufl. 2002. 259 S.

Die Bucher biologisch-medizinischen Institute haben sich als Einrichtungen verschiedener wissenschaftlicher Gesellschaften und Akademien von 1930 an bis zur Gegenwart unter sehr verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt. Ihre Geschichte ist daher ein Spiegel der Geschichte medizinischer Wissenschaften in verschiedenen historischen Epochen Deutschlands. Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde in Buch mit dem Bau großer Krankenstationen begonnen, welche sich noch vor dem Ersten Weltkrieg zur größten „Krankenhausstadt“ Deutschlands entwickelten. Diese Bucher Krankenanstalten mit ihren psychiatrischen Kliniken waren 1928 für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Anlaß, in unmittelbarer Nähe einen Neubau für das Institut für Hirnforschung zu errichten, welches nach seiner Fertigstellung 1930 das modernste seiner Art war. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin im ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institut ein Institut für Medizin und Biologie, das sich ebenfalls in Einheit von Grundlagenforschung und Klinik zu einem international bekannten Zentrum der Krebs- und Herz-Kreislaufforschung entwickelte. 1992 wurde in Berlin-Buch das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) als Einrichtung der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren gegründet, dessen Ziel es ist, in der Einheit von Grundlagenforschung und klinischer Forschung unter Anwendung moderner Erkenntnisse und Methoden der Zell- und Molekularbiologie Verfahren für Diagnostik, Therapie und Prävention zu entwickeln, wobei auch hier Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen sowie neurobiologische Fragestellungen im Vordergrund stehen. Der Verfasser stützt sich bei seiner Darstellung neben Archivmaterialien und Dokumenten von Zeitzeugen auch auf persönliche Erinnerung und Aufzeichnungen nach mehr als vierzigjähriger Tätigkeit in den Bucher Instituten sowie auf Überlieferungen bekannter Wissenschaftler der vorausgegangenen Generationen. Abgerundet wird die Darstellung durch den Abdruck wichtiger Dokumente.

[22] Bielka, Heinz/Ganten, Detlef (Hg.): ***Festschrift anlässlich der Gründung des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin (MDC) 1992 in Berlin-Buch. Symposium Wissenschaftsgeschichte und Molekulare Medizin in Berlin-Buch am 16. Oktober 1992 und Eröffnungsfeier mit Festakt am 7. Dezember 1992.*** Berlin 1993. 129 S.

Die in unserem Kontext interessierenden Kolloquiumsbeiträge lassen die "Geschichte der Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch" (Heinz Bielka) und die "Probleme bei der Bildung eines Forschungsinstituts nach der deutschen Vereinigung am Beispiel des MDC" (Marion Bimmler) Revue passieren. Die Dokumentation des Gründungsfestaktes besteht aus zahlreichen Ansprachen und Grußworten Wissenschaftspolitikern.

[23] Bierwagen, Marion (Hg.): ***Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin. Wiedereröffnung am 2. März 1994. Dokumentation.*** Berlin/Frankfurt a.M. 1994.

[24] Bollinger, Stefan/Ulrich van der Heyden (Hg.): ***Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*** (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.“ Berlin Bd. 24). trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 2002. 262 S.

Der Band enthält folgende Beiträge: „Wider die geistige Ödnis“ (Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden), „Die Übersprungenen“ (Stefan Bollinger), „Revolutionsoffer, Kolonialisierungsverluste, Modernisierungsverlierer? Die Vielschichtigkeit eines Systemwechsels. Anmerkungen zum Elitenwechsel nach der Wende 1989/90“ (Stefan Bollinger), „Über 50 Jahre ostdeutscher Eliten-Entwicklung seit 1945. Einige Thesen“ (Helmut Steiner), „Wie die Afrikawissenschaft in Ostdeutschland durch eine ‚späte Abwicklung‘ beseitigt wurde“ (Ulrich van der Heyden), „Autonome Erneuerung der Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität. Ein gescheiterter Versuch“ (Fritz Vilmar im Gespräch mit Heinz Niemann), „Für Innovationen keine Chance – Einige Bemerkungen zur ‚Abwicklung‘ der ostdeutschen Sozialwissenschaften im deutschen Einigungsprozeß“ (Wolfgang Dümcke), „Im falschen Land geboren, studiert, gelehrt, geforscht. Impressionen über die Zerstörung einer Elite“ (Stefan Bollinger), „Wie 68 Historiker der Berliner Humboldt-Universität ihren Job verloren“ (Ingrid Matschenz), „... Abwicklung ... Kündigung ... Deklassierung“ (Interview mit Ulrich Busch), „Die Rolle der Sozialwissenschaften im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung“ (Helmut Stei-

ner) und „Was ist zu tun? – Möglichkeiten der Re-Integration ostdeutscher Geisteswissenschaftler“ (Ulrich van der Heyden).

[25] Böttcher-Ilal, Tatjana: *Identitäten im Umbruch. Eine empirische Untersuchung zu Voraussetzungen der sozialen Interaktion zwischen ost- und westdeutschen Professoren an der Humboldt-Universität zu Berlin*. Dissertation. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II der Humboldt-Universität, Berlin 1998, 146 S.

Die Arbeit untersucht den Zusammenhang zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung und der sozialen Interaktion zwischen ost- und westdeutschen Professoren an der Humboldt-Universität zu Berlin in der 90er Jahren. Die Autorin kommt u.a. einerseits zu dem Ergebnis, daß ost- und westdeutsche Professoren die jeweilige Fremdgruppe vor allem in bezug auf das Diskussionsverhalten, den Umgang mit Studenten und den Umgang mit dem Karrierebegriff unterschiedlich wahrnehmen. Andererseits ließen sich auch Gemeinsamkeiten bei der Wahrnehmung der Fremdgruppe identifizieren. Das betraf die überwiegend positive Bewertung der Fremdgruppe einerseits und den Vorwurf mangelnden Wissens, Interesses und distanzierten Verhaltens gegenüber der Fremdgruppe andererseits.

[26] Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V. (Hg.): *Novellierung von Hochschulgesetzen? Vorschläge aus der linken Ecke von Berlin und Brandenburg* (=Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte 2/1994). Potsdam 1994. 146 S.

Die Broschüre enthält einen Beitrag von Ingolf Schulz zu "Möglichkeiten zur Verbesserung der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen des Landes Brandenburg" sowie Beiträge der PDS-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses zu einem neuen Berliner Hochschulgesetz inklusive eines eigenen Gesetzesvorschlages, der synoptisch mit dem geltenden BerlHG veröffentlicht wird.

[27] Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun: *Hochschullandschaft Berlin*. Teil 1: *Fachhochschulen*. In Zusammenarbeit mit Dirk Lewin. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1992. 31 S.

Studie im Auftrag der Hochschulstrukturkommission des Landes Berlin, Arbeitsgruppe Fachhochschulen.

[28] Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun/Schreiber, G.: *Studiengänge im Berliner Raum. Ein Vergleich* (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB. Berlin [DDR] 1990. 8 S.

[29] Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler BdWi (Hg.): *Ostfront* (=Forum Wissenschaft 1/1991). Marburg 1991. 70 S.

Das Schwerpunktthema umfaßt fünf Beiträge, davon vier zur Berliner Humboldt-Universität: einen Standardbrief des Rektors der Humboldt-Universität an abgewinkelte WissenschaftlerInnen, einen Brief des BdWi an den Berliner Wissenschaftssenator zur Abwicklung von früheren ML-Lehrkräften, einen „Aufruf des Hochschulpolitischen Rats der Humboldt-Universität“, „Grundsätze, Ziele, Verfahren und Maßnahmen zur Erneuerung der Humboldt-Universität zu Berlin“, schließlich ein Artikel von Frank Baier: „Macht Euch keine Gedanken...“ Aktionen gegen Abwicklung. Das Exempel Martin-Luther-Universität“ in Halle/S.

[30] Bündnis 90 (Hg.): *Hochschule im Umbruch* (=Bündnis 2000. Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte 23/1.11.1991). Berlin 1991. 20 S.

Der thematische Schwerpunkt des Heftes bringt u.a. drei Beiträge zu Berlin: "Kahlschlag oder selbstbestimmte Erneuerung? Ziele und Wege der Hochschulpolitik der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus" (Marlis Dürkop/ Hans-Jürgen Fischbeck), "Männerlisten für die Humboldt-Uni?" (Sibyll Klotz), "Thesen zur Entwicklung der Humboldt-Universität" (Heinrich Fink).

[31] Dathe, Heinrich: *Lebenserinnerungen eines leidenschaftlichen Tiergärtners*. Hrsg. von Falk Dathe, Holger H. Dathe und Almut Fuchs, geb. Dathe. Koehler & Amelang, München/Berlin 2001. 319 S. € 19,90. Im Buchhandel.

In der vorliegenden Publikation sind die „Lebenserinnerungen“, einige Aufsätze über den „Alltag eines Zoodirektors“ sowie eine Auswahl der beliebtesten „Erlebnisse mit Tieren“ des leidenschaftlichen Zoologen, Tierpsychologen, Gründers und langjährigen Direktors des Berliner Tierparks Heinrich Dathe in einem Band zusammengefasst. Das Buch, das größtenteils die Zeit bis kurz nach der Eröffnung des Tierparks 1955 behandelt (nämlich mit den überlieferten Aufzeichnungen, die hier unter dem Titel „Lebenserinnerungen“ den größten Teil des Buches füllen), stellt die erste ausführliche Beschreibung der Tierparkjahre Dathes dar und gibt Auskunft über Herkunft, Bildungsweg, politische Haltung und persönliche Entwicklung. Dathe war neben und im Rahmen seiner Tätigkeit als Tierparkdirektor seit 1958 auch Leiter der „Zoologischen Forschungsstelle im Berliner Tierpark“ der AdW, von 1973 bis 1990 der „Forschungsstelle für Wirbeltierforschung“, gab die Fachzeitschriften „Der Zoologische Garten (Neue Folge)“, „Beiträge

zur Vogelkunde“ und „Nyctalus“ (Zeitschrift für Fledermauskunde) heraus, nahm seit 1951 an der Universität Leipzig und ab 1964 an der Humboldt-Universität Lehraufträge wahr und wurde 1974 zum Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina gewählt. Während ihm 1990 die Österreichische Akademie der Wissenschaften die Konrad-Lorenz-Medaille verlieh, entzog der Berliner Senat im gleichen Jahr dem 80jährigen Dathe das Wohnrecht in seiner Dienstwohnung im Tierpark. Im Januar 1991 verstarb Dathe.

[32] Daxner, Michael: *Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt Berlin. Festrede 27.5.1993* (Öffentliche Vorlesungen H. 36). Hrsg. von der Präsidentin der Humboldt-Universität. Berlin 1994. 24 S.

Die Rede wurde (was aus dem Heft nicht hervorgeht) aus Anlaß der verspäteten Verabschiedung des Altrektors Heinrich Fink (nach Daxner ein "Gestriger" nicht und kein "Heutiger") gehalten. Sie reflektiert den Übergang der Humboldt-Universität in das neue System und ihr Werden zur "zweiten Humboldt-Universität".

[33] Deutscher Bundestag (Hg.): *Drucksache 14/6694. Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (I. Ausschuss) zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Heinrich Fink gemäß § 44b Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) (Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik)*. Bundesanzeiger, Bonn 2001. 22 S.

Der Theologieprofessor Heinrich Fink wurde im April 1990 der erste nach Jahrzehnten wieder frei gewählte Rektor der Humboldt-Universität Berlin. In seiner kurzen Amtszeit war Fink eine so populäre wie streitbare und umstrittene Figur. Grundlage seiner fristlosen Kündigung durch den Berliner Senat waren Vorwürfe einer langjährigen Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit. Fink wurde 1998 als parteiloser Kandidat Mitglied der Bundestagsfraktion der PDS. Anfang 1999 hatte der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Bundestages begonnen, die mutmaßliche Stasi-Verstrickung des Abgeordneten zu überprüfen. Die Drucksache des Bundestages gibt einen Überblick über die diesbezügliche Arbeit des Immunitätsausschusses und anderer Institutionen und beinhaltet neben Unterlagen des MfS zur Sache die Feststellungen des Ausschusses sowie die Stellungnahme des Abgeordneten Fink.

[34] Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (Hg.): *Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung*. Berlin 1994. 40 S.

Bei dieser Broschüre handelt es sich um eine Festschrift anläßlich der Wiedereröffnung der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin des Instituts für Internationale Pädagogische Forschung am 2. März 1994. Im hiesigen Kontext sind folgende Beiträge von Interesse: „Auf dem Weg zu neuen Ufern. Bibliotheken der ehemaligen DDR im Umbruch“ (Paul Raabe), „Ausblick“ (Wolfgang Mitter), „Zum Inhalts- und Raumkonzept der BBF“ (Marion Bierwagen), „Auf der Suche nach einem neuen Domizil“ (Robert K. Jopp) und „Institutsgründung als Lebensarbeit“ (Christoph Führ).

[35] Domdey, Karl Heinz: *10 Jahre Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik* (IWVWW) e.V. 1991–2001 (Berichte Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik H. 113), hrsg. vom Forschungsinstitut der IWVWW, Berlin 2001, 86 S.

Bilanzierung der Tätigkeit des Instituts, das die Arbeit des früheren Weltwirtschaftslehrstuhls an der Humboldt-Universität fortführt.

[36] Eckert, Joachim: *Personelle und inhaltliche Transformationsprozesse nach Systemwechsel. Eine vergleichende Untersuchung zwischen der Restitution der Göttinger Universität nach 1945 und der Entwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin im Zuge der deutschen Vereinigung*. Diplomarbeit. Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. Berlin 1991. 87 S.

Ausgehend vom Begriff der „Modernisierung als schöpferischer Zerstörung“ (Zapf) kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß die westdeutschen Hochschulen nach 1945 nicht modernisiert worden seien, dagegen die Humboldt-Universität im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses gründlich modernisiert werde. Insofern könne die Restitution der westdeutschen Hochschulen nach 1945 nicht als Maßstab für die Erneuerung der ehemaligen DDR-Hochschulen herangezogen werden.

[37] Europäisches Bürgerforum (Hg.): *Die Entlassung des Rektors der Humboldt-Universität zu Berlin, Professor Heinrich Fink. Bericht über den Besuch der internationalen Delegation von Parlamentariern und Universitätsvertretern*. Berlin 1992. 40 S.

Eine internationale Delegation hatte nach der fristlosen Kündigung des Humboldt-Rektors Fink wegen des Vorwurfs einer informellen Mitarbeit beim MfS zahlreiche Gespräche mit politisch Verantwortlichen und Insidern in Berlin geführt. Auf einer Pressekonferenz stellte die Gruppe ihre Rechercheergebnisse vor.

[38] Expertenkommission zur Neustrukturierung der Hochschulmedizin in Berlin: *[Arbeitsbericht.]* o.O. (Berlin) o.J. (1993). 56 S. + Anhang.

Der hier vorliegende Bericht fußt auf dem Auftrag des politischen Senats der Stadt Berlin an eine Expertenkommission aus Angehörigen der Klinika und externen Sachverständigen, im Hinblick auf die Herstellung eines fachlich und wissenschaftlich sinnvollen sowie in den Kosten vertretbaren arbeitsteiligen Verbundsystems der drei Berliner Universitätsklinika (Charité, Universitätsklinik Rudolf Virchow und Universitätsklinik Steglitz) die vorhandene Fächerstruktur zu prüfen. Die Kommission stellt in diesem Papier die übergreifenden Strukturfragen, die Grundmodelle, das Sonderproblem Zahnmedizin, die Fächerstruktur der Humanmedizin, sinnvolle Entscheidungsstrukturen, die Rahmenbedingungen sowie einen Zeitrahmen und die Realisierungsmöglichkeiten dar. Im Anhang findet sich das zugrunde gelegte statistische Material.

[39] Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW) (Hg.): *FHTW Berlin. Festschrift 1999. 5 Jahre Kuratorialhochschule, 50 Jahre Ingenieurausbildung, 125 Jahre Textil- und Modeausbildung.* Berlin 1999. 130 S.

Am 1. April 1994 wurde die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft aus der Obhut der Technischen Fachhochschule in die akademische Selbständigkeit entlassen. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der FHTW erschien die vorliegende Festschrift, gegliedert in folgende Kapitel: „Die Aufbaujahre 1994 bis 1999“, „Die Gründungsjahre 1991 bis 1994“ und ein vom Archivar der FHTW, Jochen Eckhardt, verfaßtes Kapitel mit dem Titel „Die historischen Wurzeln der FHTW Berlin“. Dieses Kapitel behandelt in Unterabschnitten die Themen „Von der Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik Berlin zur Ingenieurhochschule Berlin“, „Von der Fachhochschule für Dekomponieren, Komponieren und Musterzeichnen zur Sektion Bekleidungstechnik der Ingenieurhochschule Berlin“, „Der Campus Karlshorst und die Hochschule für Ökonomie“ sowie „Der Campus Blankenburg und die Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg“.

[40] Felsch, U.: *Haupttendenzen der historischen Entwicklung der agrarwissenschaftlichen Ausbildung in Berlin, unter besonderer Berücksichtigung des Entwicklungszeitraumes von 1989 bis 1993 (1.10.1993).* Diplomarbeit. FB Agrar- und Gartenbauwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1994.

[41] Forschungsverbund Berlin e.V. (Hg.): *Forschungsverbund Berlin e.V. 1992 – 2002.* o.O. [Berlin] 2002. 108 S. Mit CD-ROM.

1992 wurden im Ostteil Berlins acht außeruniversitäre naturwissenschaftliche Forschungsinstitute neu gegründet, welche sich unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit im Rahmen des Forschungsverbundes Berlin e.V. zusammenschlossen. Der Forschungsverbund nimmt alle administrativen Aufgaben für die Mitgliedsinstitute wahr. Sie werden im Rahmen im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern finanziert und sind Mitglieder der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. In ihren je verschiedenen Forschungsgebieten verbinden diese Institute dabei Grundlagenforschung mit Fragen der angewandten Forschung. Neben einer engen Kooperation der Institute mit den Berliner Hochschulen besteht im wachsenden Umfang eine Zusammenarbeit mit Industrie- und Wirtschaftsunternehmen, welche es den Instituten ermöglichte, durch Drittmittelinwerbung momentan 280 zusätzliche Arbeitsplätze in Berlin bereitzustellen. Dabei stellt der Forschungsverbund Berlin mit 1100 Beschäftigten heute den größten außeruniversitären Arbeitgeber im Forschungsbereich in Berlin und den neuen Ländern dar. Das zehnjährige Bestehen nahm der Forschungsverbund zum Anlaß, sich einer breiteren Öffentlichkeit durch Vorträge, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen vorzustellen. In der Broschüre stellen sich die Institute im Einzelnen vor, erläutern ihr jeweiliges Forschungsprofil und präsentieren ausgewählte Forschungsergebnisse. Zudem wird das Modell einer dezentral angelegten und die wissenschaftliche Autonomie eines jeden einzelnen Instituts fördernden Forschungsorganisation näher beleuchtet werden. Präsentiert wird damit auch eine Erfolgsgeschichte hinsichtlich der Sicherung wissenschaftlicher Potenziale, die aus der DDR überkommen waren.

[42] Forschungsverbund Berlin e.V. (Hg.): *verbund journal, Nr. 49/50, Januar 2002,* Berlin 2002. 36 S. Kostenlos bei: Forschungsverbund Berlin e.V., Öffentlichkeitsarbeit, Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin, fabich@fv-berlin.de.

Das Heft gibt Einblick in die Arbeitsweise, Themen und Ergebnisse der einzelnen Institute des Forschungsverbundes; Anlass ist das zehnjährige Bestehen des Verbundes: „Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie (FMP): Brücke zwischen Universität und Industrie“ (Walter Rosenthal), „Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik (WIAS): Fundamental und innovativ“ (J. Sprekels), „Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB): Ein ökosystemar angelegtes Konzept“ (Christian Steinberg), „Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik (PDI): Intelligente Materialintegration.“ (Klaus H. Ploog), „Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektro-

skopie (MBI): High-Tech durch Laserlicht“ (Ingolf V. Hertel/Wolfgang Sander/Thomas Elsässer), „Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW): Der Artenvielfalt verpflichtet“ (Heribert Hofer), „Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH): Innovation mit Mikrowellen und Licht“ (Günther Tränkle) und „Institut für Kristallzüchtung (IKZ): Vom Schmuckstein zum Laser“ (Winfried Schröder). Eingeleitet wird die Broschüre mit einem Text „10 Jahre Forschungsverbund Berlin“ von Thomas Elsässer und Falk Fabich; beigelegt ist eine CD-ROM.

[43] Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (Hg.): **Erfolg im Osten. 10 Jahre Fraunhofer-Gesellschaft in den neuen Bundesländern**, München 2002. 12 S.

1991 nahm die Fraunhofer-Gesellschaft 19 Institute und Einrichtungen aus den ostdeutschen Bundesländern auf, was sich heute als weitgehend erfolgreiche und problemlose Integration darstellt. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums dieses Vorgangs wird in der vorliegenden Broschüre auf die Leistungen der vergangenen Jahre zurückgeblickt und werden Perspektiven für die weitere Entwicklung aufgezeigt. Unter anderem mit einem Interview mit Max Syrbe, dem Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft von 1983 bis 1993.

[44] Freie Universität Berlin (Hg.): **Hochschultag 26. Januar 1990, Freie Universität Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin** (Dokumentationsreihe der Freien Universität Berlin H. 16). Berlin 1990. 49 S.

Die FU hatte die HUB zu einem gemeinsamen Hochschultag eingeladen. Während der Eröffnungsveranstaltung kam es zu Störaktionen von Westberliner studentischen Gruppen, die damit gegen eine "Vereinnahmung der Humboldt-Universität", einer "Selbstdarstellung des FU-Präsidenten" und der "Hinwegtäuschung über die defizitären FU-Studienbedingungen" protestieren wollten. Die Störungen führten zum Abbruch der Eröffnungsveranstaltung. Die Broschüre dokumentiert Erklärungen zu deren eklatarischem Verlauf von FU-Präsident und Organisationsgruppe sowie die Ansprachen, die auf dieser Veranstaltung hatten gehalten werden sollen: von FU-Prof. Christoph Müller, FU-Präsident D. Heckelmann, HU-Rektor D. Hass, Susan Arndt, der Vertreterin des HUB-StuRa, die gleichfalls kritische Worte zur Form der Veranstaltung findet, und den Festvortrag des Ostberliner Philosophen Karl-Friedrich Wessel zum "Selbstverständnis eines Berliner Hochschule in den 90er Jahren".

[45] Freie Universität Berlin, Fachbereich Veterinärmedizin (Hg.): **Der Fachbereich Veterinärmedizin an der Freien Universität Berlin**. Berlin o.J. [1998]. 114 S.

Diese Schrift interessiert hier vornehmlich deshalb, weil mit der Vorstellung des Fachbereichs und seiner Geschichte zugleich eine Ost-West-Berliner Trennungs- und Vereinigungsgeschichte dokumentiert wird: Der heutige FU-Fachbereich ging ursprünglich aus einer 1950 von ehemals Ostberliner Studierenden gegründeten „Notgemeinschaft für Veterinärmediziner“ hervor und ist nunmehr Ergebnis der 1992 erfolgten Fusion der veterinärmedizinischen Einrichtungen von Humboldt-Universität und Freier Universität im Verbund letzterer.

[46] Freie Universität/Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): **Vorschläge von FU und HUB zur Neustrukturierung der Hochschulmedizin**. Berlin 1993. 13 S. + Anhang.

Da beide Universitäten über medizinische Fakultäten verfügen und Doppelungen bei den knappen Etats der Stadt Berlin vermieden werden sollten, erhielt eine Expertenkommission vom politischen Senat den Auftrag, ein Votum zur Neustrukturierung der Hochschulmedizin abzugeben. Daran anschließend nahmen die Universitäten ihr Recht wahr, dazu Stellung zu nehmen und eigene Vorschläge zu unterbreiten. Im vorliegenden Papier sind die Ergebnisse zusammengefaßt. Es werden die Rahmenbedingungen, die Varianten und die entscheidungsbedürftigen Dissenspunkte erörtert. In den Anlagen findet sich Datenmaterial zum Personalbestand.

[47] Gerhardt, Volker (Hg.): **Eine angeschlagene These. Die 11. Feuerbachthese von Karl Marx als Leitspruch für eine erneuerte Humboldt-Universität zu Berlin?** Akademie-Verlag, Berlin 1996. 313 S.

Der Band dokumentiert ein ost-west-deutsches Philosophengespräch, geführt in Form einer Ringvorlesung 1994/95, mit dem die bis dahin hochemotional aufgeladene Debatte um die 11. Feuerbach-These im Foyer der Humboldt-Universität auf die gegenstandsangemessene Ebene gebracht worden war. AutorInnen: Volker Gerhardt, Gerd Irritz, Christian Möckel, Herfried Münkler, Herbert Schnädelbach, Richard Schröder, Oswald Schwemmer, Guntolf Herzberg, Bernd Henningsen, Hans Wagner, Hans-Christoph Rauh, Jaqueline Karl.

[48] Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, Landesverband Berlin (Hg.): **Entwicklung der Studiennachfrage in Berlin und Brandenburg. Beiträge eines Kolloquiums der GEW Berlin vom Februar 1994**. Berlin 1995. 40 S.

Die Beiträge der Expertinnen und Experten sollen Impulse für eine offene Diskussion über die unterschiedlichen Interessen und Auffassungen in der Berlin-Brandenburgischen Hochschulplanung geben. Neben einem Vorwort von Larissa Klinzing sind u.a. folgende relevante Einzelbeiträge enthalten: "Bisherige und künftige Entwicklung der Studienanfängerzahlen - insbesondere in Berlin und Brandenburg" (Irene Lischka) und "Studienwahl der Abiturienten aus Brandenburg und Berlin" (Christoph Heine).

[49] Groen, Adriaan in 't: *Nach dem Fall der Mauer. Transformationsprozesse an mitteleuropäischen Universitäten. Beobachtungen auf einer Studienreise. Akteure, Motive und Schauplätze, Winter 1996 - 1997*. Deutsch und niederländisch. Hrsg. von Vossiuspers AUP, Groep Institutionele Ontwikkelung, Universiteit van Amsterdam, Amsterdam 1997. 123+126 S.

Der Autor weilte an den Universitäten (Ost-)Berlin, Budapest und Prag zu Studienaufenthalten und beschreibt zunächst seine jeweiligen Beobachtungen, um sie sodann miteinander zu vergleichen.

[50] Haeberle, Erwin J.: *Berlin und die internationale Sexualwissenschaft. Magnus-Hirschfeld-Kolloquium. Einführungsvortrag. 14. Mai 1993*. Hrsg. von der Präsidentin der Humboldt-Universität. Berlin 1993. 31 S.

Vor dem Hintergrund der Debatten um die Neubegründung des alten Magnus-Hirschfeld-Instituts an der Humboldt-Universität wurde das Magnus-Hirschfeld-Kolloquium inauguriert. Haeberle sprach u.a. über "Die künftige Rolle eines Berliner Instituts".

[51] Hanau, Peter: *Die Rechtsstellung der unbefristet angestellten Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus der Hochschulen im Beitrittsgebiet. Rechtsgutachten, der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin erstattet*. Köln 1992. 55 S.

Das Gutachten behandelt vornehmlich den Kündigungstatbestand des Einigungsvertrages Anl. I Kapitel 19 A Abschnitt III Nr. 1 Abs. 4. Darüberhinaus wird die spezifische landesrechtliche Situation in Berlin diskutiert.

[52] Harre, Elke/Borchert, Konstanze: *Frauenförderung im Hochschulbereich von Berlin und Brandenburg. Eine vergleichende Untersuchung*, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1996. 80 S.

[53] Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Uniregio Berlin-Brandenburg? Perspektiven einer Wissenschaftsregion. Dokumentation zweier Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung in der Reihe „Berliner Hochschuldebatten“. In Zusammenarbeit mit „Kant 64“ und „Gähnende Lehre“* (Reihe „Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung“: Nr. 17). Berlin 2002. 40 S.

Die seit 1999 veranstalteten Berliner Hochschuldebatten suchen als kontinuierliches Dialogforum den Brückenschlag zwischen globalen Themen der Modernisierung des Bildungs- und Wissenschaftssystems und den speziellen Problemen der Wissenschaftsregion Berlin. Dabei kommt nicht allein die Politik zu Wort, sondern auch die Studierenden, hier vertreten durch die beiden studentischen Initiativgruppen „Kant 64“ und „Gähnende Lehre“. Die zwei in dieser Publikation dokumentierten Veranstaltungen geben einen Einblick in die aktuellen hochschul- und wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Wissenschaftsregion Berlin. Die Beiträge im einzelnen: „UniRegio Berlin-Brandenburg? Perspektiven einer Wissenschaftsregion“ (Andreas Poltermann/Andreas Kahler), „Wozu braucht Berlin drei Universitäten? Podiumsdiskussion“ und „UniRegio? Die Konsequenzen aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Hochschulregion Berlin. Podiumsdiskussion“.

[54] Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin, Rektorat (Hg.): *Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin. Über uns*. Berlin 1994. 62 S.

Die Broschüre vermittelt neben einem Abriss der Geschichte der Hochschule einen Einblick in die Aktivitäten ihrer verschiedenen Abteilungen. Mit zahlreichen Photographien.

[55] Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin (Hg.): *Einblicke. insight*. Berlin 2000. 55 S. + CD.

Anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens veröffentlicht die Hochschule in dieser Broschüre einen Essay von Christine Lemke-Matwey (in englisch und deutsch). Als Grundlage dient der Autorin die wechselvolle Geschichte der berühmten Musikhochschule. Neben einer CD mit Aufnahmen verschiedener Preisträger des Hanns-Eisler-Preises für Komposition und Interpretation zeitgenössischer Musik befinden sich in der Broschüre weitere Beihefte, so auch nähere Informationen zu Studienvoraussetzungen, zum Studienablauf und zu den einzelnen Studiengängen.

[56] HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg (Hg.): *HoF-Berichte Sonderheft 2000 [gewidmet Gertraude Buck-Bechler anlässlich ihrer Verabschiedung in den Ruhestand]*, Wittenberg 2000, 24 S.

Das Sonderheft ist aus Anlass der Beendigung ihrer beruflichen Tätigkeit Gertraude Buck-Bechler, Professorin für Hochschuldidaktik, gewidmet. Bis 1990 am Ost-Berliner Zentralinstitut für Hochschulbildung tätig, hielten die politischen Entwicklungen der letzten zehn Jahre noch eine besondere Herausforderung bereit: In einer Zeit, in der es sehr leicht war, eine Einrichtung zu schließen, außerordentlich schwer hingegen, etwas Neues zu eröffnen, stand zu sichern, dass es auch in Ostdeutschland weiterhin Forschung über Hochschulen geben wird. Daran, dass dies gelang, hat Buck-Bechler entscheidenden Anteil. Vom (Ost-)Berliner Zentralinstitut für Hochschulbildung über die "Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst" (1991-1996) bis hin zu HoF Wittenberg (seit 1996) zog sich die Spur. HoF Wittenberg hat aus Anlaß der Verabschiedung Buck-Bechlers dieses Sonderheft seiner Institutszeitung herausgegeben,

das Beiträge von Kollegen und Mitstreitern enthält: Carl-Hellmut Wagemann (Berlin) fragt "Wie wurde und wie wird eigentlich studiert?" Siegfried Kiel (Halle/S.) schreibt über "Die hochschulpädagogische Qualifizierung von Lehrkräften in der DDR im Spannungsfeld von Reglementierung und Offenheit". Gerd Köhler (GEW-Hauptvorstand, Frankfurt a.M.) dankt "G. Buck-Bechler für andauerndes Gespräch über Hochschulen in Deutschland". Hans-Dieter Schaefer (Berlin) kommentiert "Ein paar tausend Greencards und mehr". Jan-Hendrik Olbertz (Halle-Wittenberg) schreibt über "G. Buck-Bechler und die Deutsche Gesellschaft für akademische Bildung e.v." und Ulrich Teichler (Kassel) schließlich zu "Hochschulforschung unter transitorischen Bedingungen". Die Bibliothek des Instituts hat eine abschließend dokumentierte Bibliografie des Schrifttums Buck-Bechlers zusammen gestellt.

[57] Hosang, Maik (Red.): **Rudolf Bahro. Ein Leben und eine Philosophie für die Zukunft von Mensch und Erde. Texte von und zu ihm zur Ausstellung in der Humboldt-Universität zu Berlin aus Anlaß seines 65. Geburtstages.** Berlin 2000. 40 S.

Die vorliegende Broschüre vereinigt folgende Texte: „Ein solcher will geliebt sein...“ (Rudolf Bahro), „Eine freie Assoziation autonomer Subjekte“ (Rudolf Bahro), „Rudolf Bahro – eine biographische Skizze“ (Guntolf Herzberg/Kurt Seifert), „Konzeption eines Instituts für Sozialökologie an der Humboldt-Universität zu Berlin“ (Rudolf Bahro), „Rudolf Bahro und die integrale Perspektive. Erinnerungen und Ausblick“ (Maik Hosang), „Integral Conversations“ (Alan Combs), „Die Idee des Homo integralis – oder ob wir eine neue Politeia stiften können“ (Rudolf Bahro), „Gedanken zu Rudolf Bahro“ von Alan Combs, Johan Galtung, Reinhard Loske, Dieter Steiner, Kurt Biedenkopf und Ernst Ulrich von Weizsäcker.

[58] Hübner, Peter (Hg.): **Lehrerbildung im vereinigten Deutschland. Referate eines Colloquiums zu Fragen der Gestaltung der zukünftigen Lehrerbildung** (Europäische Hochschulschriften Reihe XI Bd. 591). Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 1994. 160 S.

Die in diesem Band vereinten Texte zu Fragen der Lehrerbildung im vereinigten Deutschland sind das Ergebnis eines mehrsemestrigen Kolloquiums, das in der Zeit vom Herbst 1990 bis zum Herbst 1992 von WissenschaftlerInnen aus der ehemaligen Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und einigen mit der Lehrerbildung befaßten Erziehungswissenschaftlern der Freien Universität Berlin abgehalten worden war. Dabei stehen Unterschiede und ungelöste Strukturprobleme beider deutschen Systeme der Lehrerausbildung im Mittelpunkt. Folgende Artikel sind im hiesigen Kontext von Interesse: „Die Anfänge der ordentlichen Lehrausbildung in Berlin nach 1945 und die Gründung der Freien Universität“ (Sören Schuppan), „Lehrerbildung zwischen Wissenschaftsorientierung und Berufsbezogenheit. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme“ (Herbert Flach), „Lehrerausbildung in der DDR aus Sicht von Lehrerstudenten. Probleme. Vergleiche. Positionen“ (Joachim Lück/Gustav-Wilhelm Bathke), „Probleme der Lehrerbildung in Berlin“ (Peter Hübner), „Die Rolle der fachwissenschaftlichen Ausbildung in der Lehrerausbildung“ (Helmut Fischler) sowie „Lehrstücke aus der DDR. Oder: Über die vergeblichen Mühen normativer Didaktik“ (Gerd Heursen).

[59] Humboldt-Universität, der Rektor (Hg.): **Akademischer Festakt der Humboldt-Universität zu Berlin zur Begrüßung der neuimmatrikulierten Studentinnen und Studenten und zum Beginn des ersten Studienjahres nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in Anwesenheit des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, 17. Oktober 1990, Deutsche Staatsoper Berlin.** Berlin 1990. 48 S.

Bei diesem Festakt sprach zur Begrüßung Rektor Heinrich Fink; Grußworte überbrachten A. Wróblewski, Rektor der Universität Warschau, G. Krimpas, Dekan der Juristisch-Ökonomischen und Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Athen, H.-R. Laurien, K. Weiß, W. Ullmann und die Sprecherin des Studentenrates C. Ritter. Den Festvortrag hielt E. Chargaff (Biochemiker aus den USA) zum Thema "Betrachtungen zur Wandlung des Begriffs Universität". Am Ende des Heftes ist ein Interview des Deutschlandsenders Kultur mit v. Weizsäcker, Fink und Laurien abgedruckt.

[60] Humboldt-Universität, der Rektor (Hg.): **Akademischer Festakt der Humboldt-Universität zu Berlin zur Begrüßung der neuimmatrikulierten Studentinnen und Studenten zum Beginn des Studienjahres 1991/92, 25. November 1991, Komische Oper Berlin.** Berlin 1991. 47 S.

Nach der Begrüßung durch den Rektor H. Fink hielten die Studentenratsvertreterin D. Krösin, der Staatssekretärin in der Senatsverwaltung St. Schnoor, der ehemalige Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und Ehrendoktor der Humboldt-Universität P. Potter sowie J. Reich Ansprachen. Den Festvortrag hielt E. Wiesel: "Den neuimmatrikulierten Studenten gewidmete Gedanken". Wiesel ursprünglich vorgesehener Vortragstext "Die Gefahren des Fanatismus" ist am Ende der Broschüre abgedruckt.

[61] Humboldt-Universität zu Berlin, die Präsidentin (Hg.): **Rechenschaftsbericht der Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin 1992 bis 1995, vorgelegt dem Konzil im Januar 1996.** Berlin 1996. 191 S.

[62] Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote (Hg.): **Berufsverbot für Prof. Dr. sc. Kurt Franke. Eine Dokumentation.** o.O. (Berlin), o.J. (1992). o.S. (32 S.).

Auf 32 Seiten dokumentiert die Initiative den Fall des Berliner Chirurgen und Wissenschaftlers Franke als "ein Beispiel für tausendfach praktiziertes Vorgehen gegen Bürger der DDR, die den Machtausübenden im vereinten Deutschland nicht in den Streifen passen". Dossierartig finden sich Zeitungsberichte, Briefwechsel und eine Chronologie des Falls zusammengestellt.

[63] Humboldt-Universität zu Berlin, der Präsident (Hg.): **Frauen an der Humboldt-Universität 1908-1998. Vorträge anlässlich der Festveranstaltung 90 Jahre Frauen an der Berliner Universität 9. Dezember 1998** (Reihe Öffentliche Vorlesungen, H. 99). Berlin 1999. 91 S.

Anlässlich des 90jährigen Jubiläums der Immatrikulation von Frauen an der Humboldt-Universität zu Berlin fand im Dezember 1998 eine Festveranstaltung statt. In den in der Broschüre veröffentlichten Redebeiträgen wurde eine Rückschau auf die widersprüchliche Entwicklung der Integration von Frauen in den akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb in den vergangenen neun Jahrzehnten gehalten. Zwei der Vorträge seien herausgehoben: "Emanzipation und Anpassung. 1949-1989. Zwischen staatlicher Frauenförderung und kulturellen Barrieren" (Ulla Ruschhaupt) und "Die Zeit nach 1989. Neuer Aufbruch - wohin?" (Marianne Kriszio).

[64] Humboldt-Universität zu Berlin, der Präsident (Hg.): **Das Wolfgang-Heise-Archiv Interview Plädoyers für seine Zukunft** (Reihe Öffentliche Vorlesungen, H. 98). Berlin 1999. 54 S.

Das Heft dokumentiert die Vorträge anlässlich der Gemeinschaftsveranstaltung "Treffpunkt Geschichte" des Seminars für Ästhetik an der Humboldt-Universität und der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 1998: "Kultur - Politik - Philosophie. Leben zwischen Realität und Opposition" (Wolfgang Thierse), "Wolfgang Heise und einige Quellen seines Denkens. Ein marxistischer Denker und seine Lektüre(n)" (Renate Reschke), "Kunst kann nicht lügen. Wolfgang Heises eigenwillige Ästhetik" (Achim Trebeß) und "Ohne den Nachlaß geht es nicht ... Über die Zukunft des Wolfgang-Heise-Archivs" (Claudia Salchow).

[65] Humboldt-Universität zu Berlin, Internationale Angelegenheiten (Hg.): **15 Jahre Erasmus. Ein Mobilitätsprogramm im Rückblick.** Berlin 2002. 54 S.

1987 wurde das europäische Mobilitätsprogramm ERASMUS etabliert, an welchem im akademischen Jahr 2002/03 bereits der einmillionste Studierende aus den förderungsberechtigten Ländern partizipieren wird. Seit ihrer Beteiligung an diesem Programm 1991/92 hat die Humboldt-Universität ca. 4000 Studierende an eine der derzeit rund 250 Partnerhochschulen entsandt und konnte etwa ebenso viele internationale Studenten im Rahmen dieses Programmes als Gäste begrüßen. Auf einige ausgewählte Aspekte der ERASMUS- und SOKRATES-Aktivitäten an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1991/92, eingebettet in einige statistische Übersichten der ERASMUS-Mobilität im bundesweiten und Berliner Vergleich, wird in dieser Publikation zurückgeblickt.

[66] Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof e.V. (Hg.): **Zehn Jahre Forschung – Rückblick und Ausblick. Jahrbuch 2001.** Berlin 2002. 128 S.

Das Jahrbuch der Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof e.V. (IGAFA) versucht nicht, eine vollständige Leistungsbilanz der 12 IGAFA-Mitgliedsinstitute zu geben, sondern einen Überblick über die herausragendsten Ereignisse der letzten 10 Jahre und die Vorzüge der hohen Konzentration von Forschungseinrichtungen am Standort Berlin-Adlershof zu gewähren. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem folgende Beiträge: „Nach oben durchgestartet. Adlershof nach zehn Jahren Aufbauarbeit“ (Peter Strunk), „Forschung in Adlershof – Profil und Strategien für die Zukunft“ (Ingolf Hertel), „Außeruniversitäre Forschung in Adlershof – die IGAFA e.V.“ (Ursula Westphal) und „Konzept für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin-Adlershof“.

[67] Interessengemeinschaft Bucher Chronik (Hg.): **Aus einhundert Jahren Bucher Geschichte 1898-1998.** o.O. [Berlin] 1998. 166 S.

In dem Band werden unter anderem die Geschichte der Bucher Krankenanstalten, der medizinisch-biologischen Forschungsinstitute und des heutigen Biomedizinischen Forschungscampus beschrieben.

[68] Karau, Gisela: **Die „Affäre“ Heinrich Fink.** Spotless-Verlag, Berlin 1992. 99 S.

Von Sympathie für H. Fink getragene Darstellung der Vorgänge um die fristlose Kündigung des Humboldt-Rektors wegen des Vorwurfs einer Inoffiziellen Mitarbeit beim MfS.

[69] Klemm, Volker: **Von der Königlichen Akademie des Landbaus in Möglin zur Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.** Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998. 212 S.

Das Buch veranschaulicht in Wort und Bild die 200jährige Geschichte der heutigen Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät. Die Kapitel „Wiederaufbau nach 1945 - die gespaltene Fakultät (1945 bis 1990)“ und „Die Fusion - Wiedervereinigung der Fakultät (1990 bis 1997)“ gehen auf die jüngste Geschichte und die gegenwärtigen Probleme der Fakultät ein. Im Anhang befindet sich ein umfangreiches Verzeichnis mit Kurzbiografien von Personen, die zu dieser Einrichtung und ihren Vorläufern eine direkte Beziehung in Forschung und Lehre besaßen.

[70] Klinkmann, Host/Herbert Wöltge (Hg.): **1992 - Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992** (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät Bd. 2). Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1999. 292 S.

Zum 300jährigen Akademiejubiläum liegt hiermit ein Dokumentenband vor, der einerseits statistische Übersichten enthält, andererseits 79 zum größten Teil erstmals veröffentlichte Dokumente aus dem Jahr 1992. Die Materialien setzen Ende 1991 ein und dokumentieren die Entwicklung der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR bis zum Sommer 1992, ihre Behandlung durch die Politik in Berlin und ihren Übergang in die Leibniz-Sozietät.

[71] Klinzing, Klaus (Hg.): **Der universitäre Akademische Mittelbau. Arbeitsaufgaben – Beschäftigungsverhältnisse - Arbeitsbedingungen. Zur Situation an Berliner Universitäten** (Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin H. 9). Berlin 1996. 137 S.

Beiträge unter anderem zu "Der halbierte Mittelbau. Bilanz fünf Jahre nach der Vereinigung" (Doris Scherer), "Personalkapazitäten an deutschen Universitäten im Vergleich West - Ost. Bemerkungen zu den Strukturwandlungen im Erneuerungsprozeß" (Hansgünther Meyer), "Der Akademische Mittelbau an der Humboldt-Universität Berlin im Transformationsprozeß. Ergebnisse einer Fallstudie 1994" (K. Klinzing, Petra Böhme, Frank Richter).

[72] Konferenz der Berliner Asten und StudentInnenräte (Hg.): **Berlin - Kopfstadt der BRD. Ein Diskussionsreader - Wissenschaft in Berlin**. Berlin 1991. 28 S.

Enthält u.a. Darstellungen aus studentischer Sicht zum Studium in der DDR, zur Musikhochschule "Hanns Eisler" und zur Ost-Berliner Kunsthochschule sowie aus dem Institut für Lehrerbildung und der Hochschule für Ökonomie zur Abwicklung.

[73] Kriszio, Marianne: **Bericht der zentralen Frauenbeauftragten der Humboldt-Universität zu Berlin 1993 - 1996**. Berlin 1997. 187 S.

Dem Umstand, daß dieser Bericht keinen Vorgänger hatte, wird durch einen einleitenden achtseitigen "Bericht der Initiativgruppe 'Humboldt-Frauen' über ihre Tätigkeit von 1989 - 1993" Rechnung getragen. Diesem wiederum ist eine fünfseitige "Vorbemerkung zur Situation von Wissenschaftlerinnen und zum Verständnis von Frauenförderung an der Humboldt-Universität vor 1989" vorangestellt. Der eigentliche Bericht der Frauenbeauftragten schildert in Prosa wie mit umfangreichen Tabellen die Umgestaltung der Humboldt-Universität aus frauenspezifischer Perspektive. Weitere Aktivitäten zur Frauenförderung und Frauenforschung sind im Anhang dokumentiert.

[74] Kuczynski, Rita: **Mauerblume. Mein Leben an der Grenze**. Claassen Verlag, München 1999, 317 S.

Die Autobiografie von Rita Kuczynski, früher verheiratet mit Thomas Kuczynski und damit Schwiegertochter von Jürgen Kuczynski, ist von politischen Ereignissen im geteilten Berlin geprägt. Beschreibungen ihres Philosophiestudiums, der anschließenden Tätigkeit am Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften in Berlin sowie der heiratsbedingten Integration in den als „rote Aristokratie“ empfunden Familienverband der Kuczynskis schließen sich solche zur Bewältigung des Umbruchs nach 1989 an, in deren Verlauf die Autorin zur Schriftstellerin wird.

[75] KulturInitiative '89 in Verb. m. d. Institut für Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): **Geschlechterverhältnisse. Sexualität** (Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung H. 31). Berlin 1992. 418 S.

Der Band dokumentiert u.a. auf 75 S. "Initiativen zum Aufbau von Geschlechter- und Sexualforschung an der Humboldt-Universität". Desweiteren werden das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (Gabriele Jähnert) und das Projekt Homo'Studien (Bert Thinius), beide an der Berliner Humboldt-Universität, vorgestellt.

[76] Kunsthochschule Berlin-Weißensee, Hochschule für Gestaltung (Hg.): **Kunsthochschule Berlin-Weißensee**. Berlin o.J. [1996]. 127 S.

Diese anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Kunsthochschule vorgelegt Publikation vermittelt ein Eindruck in die aktuelle Lehre in den verschiedenen Fachbereichen. Dabei sollen die Facetten der individuellen künstlerischen und pädagogischen Konzepte der an der Hochschule arbeitenden Lehrkräfte deutlich gemacht werden. Mit zahlreichen Abbildungen.

[77] Küpper, Mechthild: **Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform**. Rotbuch Verlag, o.O. 1993. 155 S.

Die Autorin hat den widersprüchlichen Prozeß der Umgestaltung der Berliner Humboldt-Universität seit 1989 als Journalistin verfolgt. Ihre Darstellung ist eine politische Geschichte der diesbezüglichen Entwicklungen, getragen von einem Grundgestus der Sympathie, der Skepsis und Kritik nicht ausschließt. Die zeitliche Perspektive reicht bis ins Jahr 1993. Am Schluß eine 24seitige Chronik der Ereignisse

[78] Landeshochschulstrukturkommission Berlin: **Stellungnahmen und Empfehlungen zu Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen**. Berlin 1992. 434 S.

[79] Leibniz-Sozietät e.V. (Hg.): **Mitgliederverzeichnis 2002**. Berlin 2002. 26 S.

Die Leibniz-Sozietät ist eine freie Vereinigung von Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaftlern. Sie steht in der Tradition der von Leibniz 1700 gegründeten Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften, mit der sie historisch durch die über Jahrhunderte ununterbrochene Auswahl ihrer Mitglieder und deren wissenschaftliches Wirken verknüpft ist. Die Sozietät, die sich im Jahre 1993 als eingetragener Verein konstituierte, baut auf eigenständigen Forschungen ihrer Mitglieder auf und bietet ihnen ein Forum für Publizität und Diskussion. Im Plenum, in den Klassen und Arbeitsgruppen pflegen ihre Mitglieder und Gäste besonders den interdisziplinären Kurs und die Erörterung aktueller Grundprobleme von Wissenschaft und Gesellschaft. Durch diese Tätigkeiten möchte die Sozietät einen angemessenen Beitrag zum geistigen Leben unserer Zeit leisten.

[80] Maleck, Bernhard/Fink, Heinrich: **Sich der Verantwortung stellen**. Dietz Verlag, Berlin 1992. 128 S.

Interview mit Heinrich Fink, erster nach dem Herbst 1989 frei gewählter Rektor der Humboldt-Universität.

[81] Matschenz, Ingrid/Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika/Striegnitz, Sonja (Hg.): **Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin**. Maas Verlag, Berlin 1996. 200 S.

Der Band enthält eine Chronik der Entwicklung des Berliner Instituts von September 1989 bis März 1994, eine Liste der 1989 an der Sektion Geschichte tätig gewesen WissenschaftlerInnen (mit der Angabe des Zeitpunkts ihres Tätigkeitsendes), ein Verzeichnis der Publikationen dieser MitarbeiterInnen (in Auswahl) 1990 - 1994, einen resümierenden Beitrag von Kurt Pätzold zur "Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik in der Retrospektive" sowie - als zentralen Bestandteil des Bandes - eine Sammlung von 44 Dokumenten (z.T. in Ausschnitten).

[82] Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin MDC (Hg.): **Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC). Buchreport**. Berlin 1992. 40 S.

Vorstellung der einzelnen Forschungsschwerpunkte des MDC und eine Interview mit dem Gründungsdirektor Detlev Ganten: "Ein Campus ohne Barrieren. Ein neues und international beispielgebendes Konzept bestimmt die wissenschaftliche Arbeit des Max-Delbrück-Centrums".

[83] Meier, Artur: **Liebesglück und Wissenslust. Ein (un)ordentliches Leben in dreieinhalb Deutschlands** (Reihe Autobiographien Bd. 6). trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2002. 396 S. € 22,80. Im Buchhandel.

Artur Meier, geboren 1932 in Berlin, schloß 1954 sein Magisterstudium in Geschichte ab, erlangte an der Humboldt-Universität 1964 den Doktorgrad in Geschichte und 1970 in Soziologie. Er arbeitete zwischen 1953 und 1970 als Lehrer, Direktor und Leiter an diversen Hochschulen und Instituten für Erwachsenenbildung. Ab 1970 arbeitete er als Forscher, Lektor und Professor für Erziehungswissenschaften an der Humboldt-Universität, ab 1976 war er Professor für Erziehungssoziologie und soziologische Theorie. Er gehört zu den DDR-SoziologInnen, die nach 1990 kein Opfer der Abwicklungen wurden. Mit dieser Publikation legt der „Busomane“ (S. 14) Artur Meier seine Autobiografie vor, eine Autobiografie, in der nicht nur „persönliche und zeithistorische Stationen bemerkenswert stark zusammen“ fallen, sondern auch Zeugnisse „von einem genußvollen Dasein mit reichen sexuellen Freuden ebenso wie von der Liebe zur Wissenschaft und der Lust an ihrer öffentlichen Darbietung“ ausführlichst abgelegt werden (Verlagsanzeige). Neben Schilderungen zahlreicher Erlebnisse von ausgesuchter Belanglosigkeit und privater Episoden, die – jedenfalls für einen Soziologen von gewissem Renommè – irritierend plump dargestellt werden und zurückhaltend als sexistisch gekennzeichnet werden können, finden sich auch aufschlussreiche Passagen über den DDR-Hochschulbetrieb und die ostdeutsche Hochschultransformation nach 1990.

[84] Mehls, Eckart: **Unzumutbar. Ein Leben in der DDR**. GNN Verlag, Schkeuditz 1998, 366 S.

Der Autor, bis zu seiner Entlassung 1993 Professor für neuere Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität Berlin, legt mit diesem Buch eine Autobiografie vor. Der Titel spielt einerseits auf die „Unzumutbarkeit“ seiner Person an, die Grundlage seiner Entlassung durch die damalige Universitätspräsidentin war. Andererseits verweist der Autor auf die seines Erachtens „unzumutbaren“ Säuberungen seiner früheren Arbeitsstelle als Bestandteil des Machtwechsels an der Humboldt-Universität.

[85] Menger, Karola (Text) u.a.: **Wista Berlin. Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof.** Photonikzentrum, Umweltzentrum, Wista-Business-Center, Informatikzentrum Berlin. English Version (Die Neuen Architekturführer Nr. 10). Stadtwandel Verlag Daniel Fuhrhop, Berlin 1999. 47 S.

Der Führer gibt einen Einblick in die Architektur der neuen Gebäude am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof. Mit zahlreichen Photographien.

[86] Mierau, Fritz: **Mein russisches Jahrhundert. Autobiographie.** Edition Nautilus, Hamburg 2002. 316 S. € 19,90. Im Buchhandel.

Mit dieser Autobiografie legt der 1934 geborene Fritz Mierau, der als einer der bedeutendsten ostdeutschen Slawisten und Dolmetscher der russischen Moderne gilt, seine Lebenserinnerungen vor. Für mehr als 100 Bücher zeichnete er sich als Autor, Herausgeber oder Übersetzer verantwortlich und brachte mit den Werken von Mandelstam, Babel, Makowski u.v.a. eine lebendig gebliebene und provokative Literatur nach Deutschland. Auch sein persönliches Leben war von dem Streben nach Eigenständigkeit geprägt: 1957 trat er aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus, 1962 verließ er die Humboldt-Universität, 1980 kündigte er der Akademie der Wissenschaften und verzichtete damit erneut auf ein festes Einkommen. So fand sein wissenschaftliches Leben oft außerhalb der offiziellen Bahnen, ohne Parteibuch und Universitätskarriere, statt dessen mit Begeisterung und der Unterstützung seiner Frau Sieglinde statt. Auch nach dem Umbruch 1989 blieb der Philologe höchst aktiv und edierte unter anderem die Schriften des 1937 ermordeten Religionsphilosophen Pawel Florenskis und des russophilen deutschen Anarchisten Franz Jung. Naturgemäß spielte sich ein Großteil seines Lebens in Gestalt von Reisen durch die Sowjetunion bzw. Russland ab. Lebendig wird bei deren Schilderungen wie bei der Darstellung des slawistischen Wissenschafts- und Editionsbetriebs in der DDR ein wichtiges Kapitel des Wissenschafts- und Kulturkontakts zwischen Deutschland/DDR und Russland/Sowjetunion.

[87] Mittenzwei, Werner: **Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000.** Verlag Faber & Faber, Leipzig 2001. 590 S.

Der Haupttitel verspricht mehr, als der Band einlöst, wird freilich auch sofort durch den Untertitel korrigiert. Gleichwohl ist die Darstellung nicht allein in literaturgeschichtlicher Perspektive aufschlussreich, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur allgemeinen Intelligenzgeschichte der DDR und zu ihrer Wissenschaftsgeschichte. Da literarische Kontroversen in der DDR immer auch literaturwissenschaftliche Debatten einschlossen – und der Autor in sie involviert war –, finden letztere sich ausführlich berücksichtigt. Zudem weitet sich der Blick auf die gesamte, insbesondere wissenschaftliche Elite der DDR, sobald der Autor die 90er Jahre erreicht. Dann geht es auch um die Akademie der Wissenschaften und um die Auseinandersetzungen, wer die intellektuelle Deutungshoheit über die DDR-Geschichte erlangt.

[88] Nickel, Astrid (ed.): **Campus Berlin-Buch. Research – Clinics – Companies.** BBB Management GmbH Campus Berlin-Buch, Berlin 2001. 43 S.

Der englischsprachige Prospekt stellt in kurzer Form nicht nur die in Berlin-Buch angesiedelten Forschungseinrichtungen und Kliniken vor, sondern erlaubt auch einen Einblick in die Aktivitäten der angeschlossenen Institute und Unternehmen.

[89] Nordemann, Wilhelm: **Die Regelung der Übernahme und der Weiterbeschäftigung nach dem Gesetz über die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Hochschulen im Ostteil Berlins in Rechtsverhältnisse nach dem Berliner Hochschulgesetz (Hochschulpersonal-Übernahmegesetz). Rechtsgutachten für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB (Landesverband Berlin).** Unter Mitarb. v. Klaus vom Brocke/Gandolf Heß. Berlin 1992. 47 S.

[90] Pasternack, Peer: **„Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989 - 1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin** (Wittenberger Hochschulforschung). Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999. 423 S.

Eingangs kennzeichnet der Autor den Begriff der „demokratischen Erneuerung“ als politisches Leitmotiv der ostdeutschen Hochschultransformation 1989ff., konstatiert Skepsis bei Akteuren und Beobachtern, inwiefern der reale Prozeß dem so formulierten Anspruch gerecht worden sei und untersucht anhand zweier Fallbeispiele – Berliner Humboldt- und Leipziger Universität – die demokratische Qualität des Prozesses. Die herausgearbeiteten Entwicklungen werden sodann einer – über die beiden Fallbeispiele hinauszielenden – eingehenden Erörterung unterzogen, um schließlich in die Formulierung der Formationsregeln der Erneuerungsdebatte und des zentralen politischen Konflikts der ostdeutschen Hochschultransformation zu münden: „Hielten es die einen für eine unerläßliche Bedingung der Herstellung demokratischer Hochschulverhältnisse, das demokratische Ziel mit demokratischen Verfahren zu erreichen, so sahen die anderen mit genau diesen demokratischen Verfahren das demokratische Ziel gefährdet. Ungleiche Verteilungen der Sanktionspotentiale zwischen staatlichen Administrationen und Hochschulen bewirkten, daß die Träger der Position,

demokratische Ziele bräuchten auch demokratische Verfahren, nicht dominierender zu werden vermochten. Die an der Humboldt-Universität seinerzeit stärker als andernorts ausgeprägte Partizipationsneigung und Konfliktbereitschaft wiederum bewirkte, daß die Auffassung, demokratische Ziele seien vorzugsweise mit demokratischen Verfahren zu erreichen, trotz ihrer relativen Schwäche permanent präsent war und in geringerem Maße ignoriert werden konnte als an der Universität Leipzig.“

[91] PDS Berlin, Fraktion im Abgeordnetenhaus (Hg.): ***Zum Umgang mit der Geschichte der DDR, einschließlich der des MfS. Die Erfahrungen der Fraktion der PDS im Abgeordnetenhaus von Berlin. Dokumentation.*** Dezember 1992. o.S.

Die Publikation thematisiert weniger "einschließlich" als nahezu ausschließlich den Umgang mit dem MfS. Die prominenten Berliner IM-Fälle waren i.d.R. solche aus dem akademischen Bereich. Der Band dokumentiert die diversen Erklärungen, die auf entsprechende Enthüllungen folgten.

[92] PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hg.): ***Arbeitslosigkeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Berlin. Protokoll einer Anhörung.*** Berlin o.J. [1994]. 60 S.

Die Broschüre dokumentiert die Beiträge einer am 1.11.1994 durchgeführten Anhörung: "Liquidierung der Humboldt-Historiker" (Siegfried Prokop), "WIP - eine (un)endliche Geschichte" (Martin Holtzhauer), "Erwerbslosigkeit von WissenschaftlerInnen nach fünf Jahren deutscher Einheit" (Gisela Petruschka), "Zur strukturellen Benachteiligung der Arbeitslosen aus dem Wissenschaftsbereich" (Larissa Klinzing), "Zur Situation von erwerbslosen WissenschaftlerInnen in Berlin" (Norbert Konkol), "Arbeitslosigkeit von Medizinern - und die Charité" (Thomas Porstmann), "WissenschaftlerInnen-Arbeitslosigkeit im Land Berlin" (Jochen Gläser, Charles Melis, Werner Meske), "Erwerbslosigkeit von WissenschaftlerInnen" (Frank Lansnicker, Thomas Schwirtzek), "Bereich Wissenschaft und Forschung" (Rolf Heger), "Frauen an Berliner Hochschulen" (Helga Engel).

[93] PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hg.): ***Berliner Universitätsmedizinergesetz. Eine Bilanz 1994 – 2000. Reader zur Fachtagung der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus am 24. November 2000.*** o.O., o.J. [Berlin 2000].

Wie die gesamte Berliner Hochschullandschaft, so hat sich auch die dortige Universitätsmedizin in den 1990er Jahren rasant und keineswegs konfliktfrei entwickelt. Maßgebend für die Ausrichtung und Struktur der Universitätsklinik und medizinischen Fakultäten war das Universitätsmedizinergesetz, das 1995 in Kraft trat. Dessen Wirkungen in den ersten fünf Jahren seiner Geltung waren Gegenstand einer Veranstaltung, die sich zugleich bemühte, die Politik der Großen Koalition im Bereich der Hochschulmedizin kritisch zu bilanzieren. Der Reader enthält Dokumente, die einen Einblick in die Entstehung, Verabschiedung und Debatte um das Gesetz im Berliner Abgeordnetenhaus gewähren.

[94] Petruschka, Gisela: ***Kontinuität oder Bruch bei Wissenschaftsfusionen? Wissenschaft und Politik in Berlin und Brandenburg*** (=Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte 5/1994). Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V. Potsdam 1994. 74 S.

Die Autorin behandelt in dieser Studie "einige Szenarien des Konfliktes zwischen Wissenschaft und Politik in der Hauptstadt Berlin und im Land Brandenburg". Im einzelnen: Antinomien der Hochschulpolitik Berlins; Möglichkeiten wissenschaftlicher, politischer und moralischer Verluste bei Wissenschaftsfusionen; offene Fragen zur Fusion der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Wissenschaft; schließlich wird die Arbeit der Wissenschaftsausschüsse der Landesparlamente von Berlin und Brandenburg verglichen. Im Anhang finden sich zwei parlamentarische Anfragen zur Wissenschaftskooperation beider Länder dokumentiert und eine umfangreiche Auswahlbibliografie zur Berliner und brandenburgischen Wissenschaftspolitik.

[95] Phönix-Projektgruppe: ***Phönix im Sturzflug. Wissenschaftlicher Umbruch und Strukturwandel an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1989. Studentisches Projektstudium an der Humboldt-Universität, 1998/1999.*** Berlin 1999. 67 S. URL: www.amor.rz.hu-berlin/~h0444x/bn/info.html

Im Frühjahr 1997 initiierten 10 Studenten der Humboldt-Universität eine Projektgruppe, die sich intensiv mit dem Strukturwandel ihrer Universität seit 1989 auseinandersetzte, nicht zuletzt um die aktuelle Situation der Hochschulpolitik besser verstehen und zudem Kontingenzen in der damaligen Entwicklung aufzeigen zu können. Die Projektgruppe setzte sich aus Studierenden der Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Germanistik, Geschichte, Kulturwissenschaft und Philosophie zusammen und bestand paritätisch aus Ost- und Westdeutschen. Die Ergebnisse der Untersuchung basieren zum großen Teil auf der Auswertung problemorientierter Interviews, die es ermöglichten, die Umstrukturierung und Umgestaltung der Humboldt-Universität aus der Sicht der Beteiligten nachzuzeichnen. Der Inhalt: „Verzeichnis der Veröffentlichung aus dem Projekt“, „Phönix-Projektgruppe: ‚Phönix im Sturzflug...‘?“, „Abstracts der Beiträge“, „Fremde Neue Welt. Erfahrungen von Fremdheit an der Humboldt-Universität“ (Jörg Nicht/Thomas Möbius).

[96] Plötz, Werner/DIB Deutsche Informations Börse AG (Hg.): ***Who's Who der Wissenschaft in Berlin. 300 Top-Wissenschaftler im Porträt.*** DIB-Verlag, Berlin 2002. 160 S.

Mit dem Who's Who der Wissenschaften in Berlin soll der Zugang zu den führenden Köpfen der Berliner Forschung erleichtert werden, die in 300 Kurzporträts vorgestellt werden. Das Buch stellt dabei Wissenschaftler aus acht Bereichen vor: Lebenswissenschaften, Molekulare und Klinische Medizin, Umweltforschung und Geowissenschaften, Optische Technologien und Mikrosystemtechnik, Informatik und Mathematik, Verkehrs- und Weltraumforschung, Architektur, Material- und Strukturforschung, Produktionstechnik und Maschinenbau, kultureller und sozialer Wandel. Darüber hinaus verzeichnet die Publikation die Adressen von 90 Berliner Forschungseinrichtungen.

[97] **Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation** (=UTOPIE kreativ Januar 1992). Berlin 1992. 189 S.

Die wesentlichen Dokumente (Kündigungsschreiben, öffentliche Erklärungen der Verfahrensbeteiligten, Dokumentation einer Podiumsdiskussion usw.) zu den Vorgängen um die fristlose Kündigung des Humboldt-Rektors Fink wegen des Vorwurfs einer Inoffiziellen Mitarbeit beim MfS sind neben zahlreichen Solidaritätsschreiben an Heinrich Fink in diesem Heft zusammengestellt. Größtenteils im Faksimile.

[98] Preuss-Lausitz, Ulf (Hg.): **Pädagogik zwischen Reform und Umbruch. Aktuelle Probleme der Erziehungswissenschaften in den alten und neuen Bundesländern. Ergebnisse einer gemeinsamen Ringvorlesung von Humboldt-Universität und Technischer Universität im WS 1990/91** (TUB-Dokumentation Weiterbildung H. 27). Berlin 1991. 152 S.

Der Band weckt im hiesigen Kontext Interesse weniger seiner Beiträge als vielmehr seiner Entstehungsgeschichte wegen. Im Frühjahr 1990 war die hier dokumentierte gemeinsame Ringsvorlesung der pädagogischen Fachbereiche an TU und HU Berlin verabredet worden. Als sie dann startete, wurde gerade die DDR aufgelöst und kurz darauf die Abwicklungsentscheidung verkündet. Damit erhielt die ursprünglich dem gegenseitigen Kennenlernen gewidmete Vorlesungsreihe eine "gewisse Eingeleisigkeit" (Preuss-Lausitz). Infolgedessen fehlt auch eine Reihe von Beiträgen Ostberliner Autoren, die sich frustriert oder/und resigniert in den Vorruhestand zurückgezogen hatten und auf eine Beteiligung an der Dokumentation verzichteten, obgleich die meisten Veranstaltungen so durchgeführt worden waren, daß zum selben Thema jeweils ein West- und ein Ost-Kollege sprachen.

[99] Raiser, Thomas: **Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989-1994** (Berliner Juristische Universitätschriften/Grundlagen des Rechts Bd. 9). Berlin Verlag Arno Spitz/Nomos Verlagsgesellschaft, Berlin/Baden-Baden 1998. 156 S. + Anh.

Auf der Grundlage von Interviews mit beteiligten Akteuren (soweit sie noch an der Universität tätig sind), Akten und Personalstatistiken der Universitätsverwaltung hat der Autor, Rechtssoziologe an der HUB, auf Wunsch der HUB-Präsidentin Marlis Dürkop den Umbau der Universität untersucht. Dabei konzentriert er sich auf die unmittelbar das Personal betreffenden Prozesse. Würdigung erfahren die anfänglichen Versuche der Selbsterneuerung, die jedoch als strukturell aussichtslos bewertet werden. Mit großem Aufwand sind Statistiken zusammengestellt worden, wobei der Autor an Grenzen stieß, die sich aus der prozeßbegleitend unsystematischen und uneinheitlichen Datenerfassung ergaben.

[100] Rapoport, Samuel Mitja (Hg.): **Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät** (Bd. 20, Jahrgang 1998 Heft 1). Trafo Verlag, Berlin 1998. 129 S.

Im hiesigen Kontext ist auf folgende Beiträge dieses Heftes hinzuweisen: „Erträgliche Bilanz. Anmerkungen zu 'Wissenschaft und Wiedervereinigung' (Reinhard Mocek), „Gedanken beim Lesen der Studien und Materialien der Arbeitsgruppe 'Wissenschaft und Wiedervereinigung' der Berlin-Brandenburger Akademie der Wissenschaften“ (Wolfgang Schirmer), „Die Tränen der Sieger. Wissenschaft und Wiedervereinigung – eine kritisch Bilanz“ (Helmut Steiner), „Nicht so gewollt“ (Hermann Klenner).

[101] Seifert, Gottfried/Joachim Sobottka: **Denkschrift des WIP-Rates Berlin. Für die Integration des ehemals im Wissenschaftler-Integrationsprogramm geförderten Forschungspersonals in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft**. Berlin 2002. 9 S.+Anlagen.

Das „Wissenschaftler-Integrationsprogramm“ (WIP) entstand auf Initiative des Wissenschaftsrates im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms mit dem Ziel, positiv evaluiertes Forschungspersonal aus den DDR-Akademien dauerhaft zu erhalten und damit die Forschung und Lehre an den Hochschulen der ostdeutschen Bundesländer zu stärken. Das Programm lief Ende 1996 aus, ohne daß ein Großteil der 1700 Wissenschaftler, die daran teilnahmen, eine dauerhafte Beschäftigung gefunden hatte. Über weitere Sonderprogramme wurden zahlreiche (allerdings nicht alle) Wissenschaftler weiterbeschäftigt, wobei Befristungen ihre Situation als prekär verstetigten. Die vorliegende Denkschrift möchte Politiker im Bund und im Land Berlin gewinnen, sich aktiv für die noch wissenschaftlich aktiven Teilnehmer des WIPs einzusetzen. Ergänzt wird diese Denkschrift durch drei Anlagen, welche zeitgenössische Äußerungen zum WIP, eine Chronik des WIP sowie Ergebnisse einer Umfrage zur Situation der ehemals WIP-Geförderten in Berlin dokumentieren.

[102] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hg.): **Johannisthal - Adlershof. Technologie- und Wissenschaftsstadt.** Berlin 1994. 80 S.

Die Publikation dokumentiert die Entwicklung der Planungsziele, das kooperative städtebauliche Gutachterverfahren und die von verschiedenen Beteiligten prognostizierten Zukunftsperspektiven für Johannisthal-Adlershof.

[103] Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung Berlin (Hg.): **Zwei Jahre Wissenschaftspolitik für Berlin. Bilanz und Perspektiven.** Berlin 1993. 13 S.

Übersichtliche und durchgehend positiv konnotierte Darstellung der Gesetzgebung, Hochschulstrukturplanung, Studienstrukturreform sowie des Umbaus der Ostberliner Hochschulen und außeruniversitären Forschung.

[104] Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung Berlin (Hg.): **Bilanz in der Wissenschaftspolitik zur Halbzeit der Legislaturperiode.** Berlin 1993. 13 S.

Übersichtliche und durchgehend positiv konnotierte Darstellung der Gesetzgebung, Hochschulstrukturplanung, Studienstrukturreform sowie des Umbaus der Ostberliner Hochschulen und außeruniversitären Forschung.

[105] Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung Berlin (Hg.): **Berliner Hochschulstrukturplan 1993.** Berlin 1993. 186 S.

Der Plan beruht "im wesentlichen" auf den Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission unter Jürgen Mittelstraß, die diese am 16.12.1992 vorgelegt hatte.

[106] Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung (Hg.): **Forschungsbericht 1994. Stand und Perspektiven der öffentlich finanzierten Forschung in Berlin.** Berlin 1994. 160 S.

Darstellungen zur Hochschul- und außerhochschulischer Forschung, zur Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, zu Einrichtungen zur Pflege der Wissenschaftsbeziehungen, zur Infrastruktur für die Wissenschaft, Überlegungen zur Profilierung der Berliner Forschungslandschaft, zur Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, zu Instrumenten der Förderung, Forschung im europäischen Rahmen, zum Forschungsbudget sowie im Anhang Übersichtsdarstellungen.

[107] SFB/Radio3, NDR, SFB, ORB (Hg.): **50 Jahre Hochschule für Musik „Hanns Eisler“. Musikausbildung in Berlin. FIGARO!!-Dokumentation. Eine Radio-Schwerpunktwoche vom 30. Oktober bis 3. November 2000. Mo – Fr. 12.10 – 14.00 Uhr auf UKW 96,3 (FIGARO!!-Dokumentationsreihe).** o.O., o.J. [Berlin 2000]. 76 S.

Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Musikhochschule „Hanns Eisler“, die heute bundesweit als eine der renommiertesten gilt, diskutierten Musiker und Pädagogen in fünf Gesprächen über die Musikausbildung in Berlin, wobei die Geschichte, die heutigen Aufgaben und Bedingungen der Hochschule im Mittelpunkt stehen. Zudem wird über die Institutionen der musikalischen Hochbegabtenförderung in Berlin (Julius Stern Institut und „Carl Philipp Emanuel Bach“-Gymnasium), über Vorstellungen und Realität des Berufes Musiker, über musikalische Breitenbildung sowie über das Verhältnis von Jugend und Musik wie Versuche, den Jugendlichen klassische Musik näher zu bringen, debattiert.

[108] SFB/Radiokultur 92.4 (Hg.): **100 Tage Thomas Flierl. Klassik Plus!! Dokumentation. Eine Radio-Schwerpunktwoche vom 22. bis 26. April 2002. Mo. – Fr. 9.05 – 12.00 Uhr auf UKW 92,4.** o.O., o.J. [Berlin 2002]. 71 S. Bezug bei: Sender Freies Berlin/Radiokultur 92.4, 14046 Berlin.

In den zurückliegenden zwölf Jahren hatte Berlin sechs verschiedenen Kultursenatoren, drei davon allein in den beiden letzten Jahren. Dieses war dem SFB Anlass, die Bemühungen des neuen Senators Thomas Flierl nach hunderttägiger Amtszeit in fünf Radio-Diskussionsrunden einer Bilanzierung zu unterwerfen. Dabei kommen Wissenschaftler, Journalisten, Kulturschaffende, Kulturmanager, Politiker und der Senator selbst zu Wort. Da Flierl nicht allein Kultur-, sondern auch Wissenschaftssenator ist, geht es auch um die Berliner Hochschulen und Wissenschaftspolitik. In diesem Kontext ist die dritte hier protokollierte Diskussionsrunde mit Peter Gaehtgens (Präsident der FU Berlin), Peer Pasterneck (Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung) und Uwe Schlicht (Bildungsredakteur des „Tagesspiegel“) von besonderem Interesse.

[109] Sieber, Malte/Freytag, Ronald: **Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89.** Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1993. 306 S.

Die Autoren – beide Mitbegründer und gewählte Sprecher des Studentenrates der Berliner Humboldt-Universität – analysieren die Zusammenhänge zwischen den sich überstürzenden politischen Entwicklungen im Sommer/Herbst 1989 und dem sich entfaltenden demokratischen Aufbruch der DDR-Studenten. Die zeitliche Perspektive reicht dabei bis zum Jahre 1992. Darüber hinaus zeigen sie, z.T. am eigenen Beispiel, den Mechanismus von Erziehung und Anpassung im "sozialistischen Bildungssystem" und seine Folgen für die künftigen Studenten. Sie dokumentieren die Geschichte des Studentenrates der Humboldt-Universität und ziehen zum Vergleich regelmäßig die Leipziger Ent-

wicklungen heran. Anhand von Dokumenten aus der Gauck-Behörde belegen die Autoren den Versuch des MfS, auf die Berliner studentische Bewegung im Herbst 1989 Einfluß zu nehmen. Mit Dokumententeil: "Ausgewählte Dokumente zur ostdeutschen Studentenbewegung 1989 bis 1991".

[110] Simon, Dieter: *Akademie der Wissenschaften. Das Berliner Projekt. Ein Brevier*. Hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1999. 179 S.

Dieses Brevier ist ein persönliches Resümee der Erfahrungen des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften mit der Idee, der Verfassung, dem Leben und der Arbeitsweise der Akademie. Der Versuch, die Vorzüge, Schwierigkeiten und Chancen dieser wissenschaftlichen Organisation und ihrer Organe, ihrer Administration, ihrer Mitglieder- und Mitarbeiterstrukturen zu beschreiben, verfolgt den Zweck, eine praktische Grundlage für ihre weitere Entwicklung und ihren gezielten Aufbau zu schaffen.

[111] Spitzer, Gabriele (Hg.): *Die Staatsbibliothek Unter den Linden. Ein Kolloquium in der Staatsbibliothek zu Berlin am 11. Juni 1997* (=Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliografie Sonderheft 69). Verlag Klostermann, Frankfurt/Main 1997. 93 S.

Das Heft dokumentiert ein Kolloquium der Historischen Kommission zu Berlin und des Vereins der Freunde der Staatsbibliothek zu Berlin, in dessen Mittelpunkt die Staatsbibliothek stand. Es wurden deren kultur-, bau- und wissenschaftshistorische Bedeutung und ihre Aufgaben für die Zukunft erörtert. U.a. folgende Artikel: „Die Staatsbibliothek - größter historischer Gebäudekomplex in Berlin-Mitte. Ein Zustandsbericht“ (Florian Mausbach), „Die Entwicklung der Staatsbibliothek zu Berlin nach ihrer Vereinigung“ (Antonius Jammers), „Die Staatsbibliothek und ihre Bedeutung für die Wissenschaftsorganisation in Berlin“ (Martin Fontius) sowie „Die Staatsbibliothek Unter den Linden als Bestandteil der Hauptstadtplanung“ (Hans Stimmann).

[112] Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz (Hg.): *Jetzt wächst zusammen... Eine Bibliothek überwindet die Teilung* (Ausstellungskataloge Neue Folge Bd. 3). Berlin 1991. 77 S.

Katalog zu der gleichnamigen Ausstellung vom 11.11.1991 bis 11.1.1992 mit Darstellung der Geschichte, Vereinigungsaufgaben und neuesten Aktivitäten der "Bibliothek in zwei Häusern".

[113] Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz, der Generalsekretär (Hg.): *Berichte zur Geschichte der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin* (Beiträge aus der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz Bd. 4). In Kommission Dr. Ludwig Reichert Verlag Wiesbaden, Berlin 1996. 248 S.

Der Band enthält zunächst den Mehrjahresbericht 1986-1991 der Deutschen Staatsbibliothek, mithin den letzten derjenigen Institution, die als zentrale wissenschaftliche Bibliothek eine herausragende Stellung im Bibliotheksgefüge der DDR einnahm. Zum 1.1.1992 wurde sie mit der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz vereinigt. Die letzten Jahre der DDR und der Umbruch 1989/90 finden sich in ihren Auswirkungen auf die Staatsbibliothek verhandelt, schließlich die Entwicklung bis zur Zusammenführung beider Staatsbibliotheken. Sodann enthält die Publikation eine eigenständige Abhandlung über die Baugeschichte des Hauses Unter den Linden der Jahre 1945 bis 1989 von Horst Kunze, Generaldirektor von 1950 bis 1976. Zur Illustration wurde ergänzend eine fünfzigseitige Fotodokumentation angefügt, welche die bauliche Entwicklung des Gebäudes Unter den Linden von den Zerstörungen im 2. Weltkrieg bis heute veranschaulicht.

[114] Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz (Hg.): *Schätze wieder vereint. Die Zusammenführung der historischen Sonderabteilungen der Staatsbibliothek zu Berlin* (Beiträge aus der Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz Bd. 9). Red. Ralf Breslau. Ludwig Reichert Verlag, Wiesbaden 1999. 172 S.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war nur ein zweigeteilter Wiederaufbau der stark in Mitleidenschaft gezogenen Berliner Staatsbibliothek möglich. Geteilt wurden dadurch nicht nur der umfangreiche historische Druckschriftenbestand der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek, sondern auch die Sondersammlungen der Handschriftenabteilung, Musikabteilung, Kartenabteilung und Orient- bzw. Ostasienabteilung. Mit der Wiedervereinigung ergab sich die Möglichkeit einer Integration der getrennten Sammlungsteile. Trotz erheblicher, insbesondere baulicher Schwierigkeiten wurde 1995 beschlossen, unter Inkaufnahme zahlreicher Provisorien die Sonderabteilungen bestandsmäßig wiederzuvereinen. Im Jahre 1997 konnten so die seit über 50 Jahren getrennten Sondersammlungen wieder vereint zugänglich gemacht werden. Anlässlich dieses Ereignisses fanden in den Jahren 1997/98 drei Veranstaltungen statt. Auf diesen Veranstaltungen präsentierten die Abteilungen jeweils in kleinen Ausstellungen einmalige Spitzenstücke aus ihren Sammlungen. Der vorliegende Sammelband dokumentiert die zu diesen Anlässen gehaltenen Ansprachen, unter anderem: „Die Musikabteilung – Stationen ihrer Geschichte“ (Helmut Hell), „Autographen und Musikforschung“ (Martin Staehlin), „Zeitungen – Geschichte – Zeitgeschichte“ (Peter Steinbach), „Zeitungsabteilung – Nahrung des Geistes im Getreidespeicher“ (Joachim Zeller), „Die Wiedervereinigung der Handschriftenabteilung“ (Tilo Brandis), „Die Vereinigung der Orientabteilung“ (Karl Schubarth-Engelschall) und „Die Zusammenführung der Raka-Bestände in der Abteilung Historische Drucke“ (Jutta Fliege).

[115] Stein, Monika (Hg.): **Berlin - Brandenburg. Perspektiven für Frauen an Hochschulen. Dokumentation der Gemeinsamen Jahrestagung der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen am 26. April 1996 in Potsdam** (Frauen-Prisma. Wissenschaftliche Beiträge zur Frauenforschung H. 4). Hrsg. von der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Potsdam. Potsdam 1996. 91 S.

Die ostspezifischen Hauptbeiträge sind: "Probleme und Forderungen zur Frauenpolitik an Hochschulen in Brandenburg" (M. Stein) sowie "Erfolge und Grenzen der Frauenpolitik an Hochschulen in Berlin" (Marianne Kriszio). Desweiteren wird ein Hearing dokumentiert, an dem sich VertreterInnen der Ministerien, der Parlamente und der Landesrektorenkonferenz und die Teilnehmerinnen der Tagung beteiligt hatten.

[116] Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): **10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposions von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus**. Essen 2002. 132 S.

Die im hiesigen Kontext interessierenden Beiträge des Bandes sind: „Der Erneuerungsprozeß – Stärken und Schwächen“ (Manfred Erhardt), „Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik“ (Jürgen Mittelstraß), „Die Wiedervereinigung vorausdenken. Die Neugestaltung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Prinzipien und Ergebnisse“ (Wilhelm Krull), „Ein existentieller Durchgriff. Die Neugestaltung in den Biowissenschaften“ (Jens Reich), „Konsolidiert, aber nicht etabliert. Die Neugestaltung in den Geisteswissenschaften“ (Manfred Bierwisch), „Ziele verwirklicht“ (Erich Thies), „Gemeinsame Strukturen finden. Der ‚Masterplan‘ zu Beginn der 90er Jahre“ (Manfred Erhardt), „Konkurrieren und sich ergänzen. Drei Universitäten in einer Stadt“ (Richard Schröder), „Verschiedene Verletzungen. Die Humboldt-Universität: Elite oder Masse?“ (Hans Meyer), „Chancen genutzt. Der Aufbau einer Fachhochschule in Ost-Berlin“ (Dieter Markus), „Wettbewerb statt Demontage. Wenn ich einen Wunsch frei hätte...“ (Uwe Schlicht), „Integration gelungen“ (Max Kaase), „Das Märchen von Berlin. Wie reagiert die Hochschul- und Wissenschaftspolitik?“ (Dieter Simon).

[117] Studentenrat der HUB (Hg.): **Knall und Fall. neujahrsinfo des studentenrates**, Berlin 1991. 10 S.

Nach der Abwicklungsentscheidung des Berliner Senats kam es zu größeren Protestaktionen von Studierenden der Humboldt-Universität. Das Heft stellt diese dar und versucht, die aus den Jahreswechselferien zurückkehrenden KommilitonInnen für weitere Aktionen zu mobilisieren.

[118] StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.): **1989-1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach** (UnAufgefordert. Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität November 1999). Berlin 1999. 43 S.

Unter dem Titel "Zehn Jahre Wende" widmen sich mehrere Artikel dieser Ausgabe einerseits den Ereignissen während des Herbstes 1989 und andererseits der aktuellen Situation an der Humboldt-Universität: "Wir waren keine Revolutionäre. Vor zehn Jahren wurde an der Humboldt-Universität ein Studentenrat gegründet" (Jens Schley), "Die Uni zusperren für den Umsturz. In der Tschechoslowakei begann die Wende mit einem Studentenstreik" (Christian Domnitz), "Wer war 'Oskar'? Eine Reise durch die DDR-Topographie des Hauptgebäudes" (Ulrike Richter/Jens Schley), "Faule Osis. Arrogante Wessis. Die Einheitswerkstatt Humboldt-Uni steht zehn Jahre nach der Wende noch am Anfang" (Jens Schley/Simone Schamann), "Humboldt Ost. Fehlende Partnerschaft" (Hans-Dieter Burkhardt), "Humboldt West. Neuankömmling als Störenfried" (Heinz-Elmar Tenorth) und "Ein Gefühl der Zurücksetzung. Was bleibt im öffentlichen Interesse nach zehn Jahren gewendeter Humboldt-Universität" (Ralph Bollmann).

[119] Ursprung, Heinrich: **Gutachten über die Möglichkeiten der zukünftigen Gestaltung der wissenschaftlichen Landschaft im Raum Berlin unter Berücksichtigung bestehender Strukturen und ihrer möglichen Neuordnung im universitären und außeruniversitären Bereich**. Zürich 1990. 17 S.

Gestützt auf mehrere Hearings gibt der von der Berliner Wissenschaftssenatorin beauftragte Zürcher Professor Heinrich Ursprung Empfehlungen zum Universitätssystem, zum Fachhochschulsystem, zu den anderen universitären Institutionen und zu deren Zusammenarbeit und Koordinierung.

[120] Verein Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin, der Vorstand (Hg.): **Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin. Jahresbericht 2000**. Berlin o.J. [2001]. 276 S.

Die aus dem Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung (ZAS), dem Zentrum für Literaturforschung (ZfL) und dem Zentrum Moderner Orient bestehenden Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin legen hiermit den Jahresbericht für das Jahr 2000 vor, ein Jahr, welches durch den Abschluß der ersten fünfjährigen Projektlaufzeit als auch durch die Bemühungen um eine endgültige Besetzung der Direktorenstellen für ZMO und ZAS gekennzeichnet war. Jedes der drei Zentren weist dabei in gesonderten Kapitel folgende Aspekte aus: Schwerpunkte und Mitarbeiter, Forschungsprojekte, Arbeitsformen, Bibliothek sowie Publikationen, Vorträge und Lehrtätig-

keit. Die GWZ waren ursprünglich unter anderem geschaffen worden, um geisteswissenschaftliches Personal aus der DDR-Akademie der Wissenschaften für die Wissenschaft zu sichern.

[121] Völker, Klaus (Hg.): *Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin. Ein Querschnitt durch Geschichte und Ausbildungspraxis*. Hentrich & Hentrich, Berlin 2000. 240 S.

1994 war bei Edition Hentrich ein gleichnamiger Titel erschienen. Aus Anlass des 100. Geburtstages von Ernst Busch, des 50. Jahrestages der Schauspielschulgründung und des 20. Jahrestages der Namensgebung „Ernst Busch“ ist das Manuskript gründlich erweitert worden. Zudem finden sich – neben denen aus dem alten Band – zahlreiche neue Fotos von Roger Melis. Einleitend eine ausführliche Darstellung der Hochschule, sodann werden die einzelnen Abteilungen der Hochschule (Schauspiel, Regie und Puppenspielkunst) vorgestellt. Die Artikel gehen durchgehend und tief auslotend auf Geschichte und Ausbildungsspezifika ein. Abschließend werden sämtliche Reden des Rektors K. Völker zu den Im- und Exmatrikulationsfeiern von 1996 bis 2000 dokumentiert.

[122] Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin (Hg.): *Wirtschafts- und Wissenschaftspark Berlin-Adlershof/Johannisthal. Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft* (Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin H. 4). Berlin 1993. 163 S.

Mit Beiträgen u.a. zur "Entstehung einer integrierten Landschaft aus Wirtschaft und Wissenschaft in Berlin-Adlershof/Johannisthal" (Busch/Thimm), zu "Durch ABM-Förderung zum Technologie- und Wissenschaftsstandort Adlershof" (P. Knieß), "Untersuchungsergebnisse zur Entwicklung eines Forschungs- und Technologieparks Berlin-Adlershof" (R. Stahlhofen), "Die Interessengemeinschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof (IGAFA)" (Hertel/Jähnichen/Lücke), "Das Innovations- und Gründerzentrum (IGZ), ein Instrument der Wirtschaftsförderung im Forschungs- und Technologiepark Adlershof" (G. Raetz), "Innovationsförderung und Unterstützung des Technologietransfers" (K. Däumichen), "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Forschung und Entwicklung - eine neue Art der Forschungsförderung" (E. Brink) sowie zu einzelnen in Adlershof angesiedelten Instituten.

[123] Wolff, Christian W. (Hg.): *Wandel in Deutschland – Prozeß oder Abrechnung? Ein Ausschnitt aus dem Leben an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1989*. Europäisches Centrum für Innovationen ECI, Weimar 1997. 256 S.

Der Hg. hatte als Bundesbürger 1988 eine außerplanmäßige Aspirantur an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin begonnen und war dort 1990 zum Dr. oec. promoviert worden. Sechs Jahre später suchte er die HUB nochmals auf und fand bei den Wirtschaftswissenschaftlern kaum noch altes Personal vor. Daraufhin wollte er die Spuren der Vereinigungsaktivitäten dokumentieren. Er gewann fünf frühere Professoren (nicht nur aus den Wirtschaftswissenschaften) dafür, ihre Erfahrungen der letzten Jahre aufzuschreiben. Der Mediziner Friedhelm Dietze berichtet über "Krankenpflege im universitären Aufbruch. In der Wende als historisches Erfordernis erkannt und dennoch abgewickelt". Der Ökonom Erhard Gensel fragt: "Aufrechter Gang nicht erwünscht?? oder - Wer kriecht, kann nicht stolpern!!" Gerhard Gerber, Biochemiker an der Charité, schreibt unter dem Titel "Überführt & (trotzdem) abgewickelt - Lebens- und Schaffens-'Abriß', 1990-1996". Peter Müller, Agrarpädagoge und lange Jahre in der Universitätsverwaltung tätig, resümiert: "Aktive leben gefährlich". Der Chemiker Günter Westphal nannte seinen Bericht "Ein Alt-Humboldtianer berichtet".

[124] Wolpert, Karin/Lorenz, Eberhard: *Kennzahlen von Hochschuleinrichtungen des Raumes Berlin-Brandenburg* (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB. Berlin [DDR] 1990. 15 S.

[125] Wolter, Werner: *Hochschulzugang und Studierende in der Region Berlin-Brandenburg* (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB. Berlin [DDR] 1990. 12 S.

[126] Zentralinstitut für Hochschulbildung ZHB (Hg.): *Hochschullandschaft Berlin. Leistungs- und Ressourcenentwicklung Ost-Berliner Hoch- und Fachschulen*. Berlin (DDR) 1990. Insgesamt 103 S.

Literaturverzeichnis

- Abbott, Alison (1999): Tough measures bring a scarred back to the world stage, in: *Nature* 401 (1999), S. 635-639.
- Anzeige [o.T.] in: *Frankfurter Rundschau*, 11.9.2002, S.11.
- Baltes, Paul B. (2003): Grußworte und Laudatio für Friedhart Klix, in: *Leibniz intern* Nr. 16/15.1.2003, S. 6f.
- Barkleit, Gerhard (Hg.) (1993): Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation, Hellerau-Verlag, Dresden.
- Berg, Gunnar/Hans-Hermann Hartwich (Hg.) (1994): Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Montagsvorträge zur Geschichte der Universität in Halle, Leske + Budrich, Opladen.
- Berger, Stefan (2002): Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 11/2002, S. 1016-1034.
- BerlinStudie (2000) = Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei (Hg.): Die BerlinStudie. Strategien für die Stadt, Regioverlag, Berlin.
- Bierwisch, Manfred (1998): Wissenschaften im Vereinigungsprozeß. Versuch einer Bilanz, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung*, Berlin, S. 485-507.
- Bimmler, Marion (1997): Außeruniversitäre Forschung. Zwischenbilanz am Beispiel des Forschungsstandortes Berlin-Buch, in: *hochschule ost* 2/1997, S. 103-115.
- Bollinger, Stefan (2002): Die Übersprungenen, in: ders./U. v. d. Heyden (Hg.), *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*, Berlin, S. 11-13.
- (2003): Grundsatzentscheidung gegen Intellektuelle. Deutschland braucht die ostdeutschen SozialwissenschaftlerInnen, in: *Forum Wissenschaft* 1/2003, S. 51-55.
- /Ulrich van der Heyden (Hg.) (2002): *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*, trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin.
- /—/Mario Keßler (2000): Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 195-203.
- Böttcher, Hans Richard (Bearb.) (1994): Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beiträge zur Tagung „Unrecht und Aufarbeitung“ am 19. und 20.6.1992, hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig.
- Böttcher-Ilal, Tatjana (1998): Identitäten im Umbruch. Eine empirische Untersuchung zu Voraussetzungen der sozialen Interaktion zwischen ost- und westdeutschen Professoren an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II Berlin, unveröff.
- Brentjes, Sonja/Peer Pasternack (1994): Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost* 4/1994, S. 28-43.
- Bretschneider, Falk/Peer Pasternack (Hg.) (1999): *Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen*, Leipzig.
- Buck-Bechler, Getraude/Heidrun Jahn (1992): Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Situationsbericht, Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin.
- /— (Hg.) (1994): *Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) (1997): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1995): „Besser als befürchtet – schlechter als erhofft“. Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost* 2/1995, S. 107-121.
- (1997): Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg.
- (2000): Wissenschaftlerinnen – Stiefkinder der ostdeutschen Hochschulerneuerung?, in: Beate Krais (Hg.), *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt*, Frankfurt/New York, S. 171-194.
- Bürklin, Wilhelm/Hilke Rebenstorf (Hg.) (1997): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Leske + Budrich, Opladen.
- Ciesla, Burghard/Rainer Karlsch (2003): „Traditionslinien“. Kontinuität und Brüche in der jüngeren Adlershofer Geschichte/Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: *Adlershof Aktuell* Jan./Febr. 2003, S. 6; März 2003, S. 13; April 2003, S. 11.

- Dahlke, Ernst/Holger Becker/Bernd Bludau (Hg.) (1991): Abwicklung von Einrichtungen der Wissenschaft und des Hochschulwesens der ehemaligen DDR. Eine Dokumentation. Berlin.
- Daxner, Michael (1992): [Schreiben] An das Abgeordnetenhaus von Berlin, Ausschuß für Wissenschaft und Forschung. Oldenburg, 29.4.1992, unveröff.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.) (1994): Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Wissenschaftliches Symposium am 23. und 24. März in Halle (Saale), Halle/S.
- DFG = Deutsche Forschungsgemeinschaft (2003): Förder-Ranking 2003. Institutionen – Regionen – Netzwerke. DFG-Bewilligungen und weitere Basisdaten öffentlich geförderter Forschung, Bonn (URL: www.dfg.de/ranking).
- Eichhorn, Wolfgang (2003): Bericht des Präsidiums [der Leibniz-Sozietät] an die Geschäftssitzung. Auszüge, in: *Leibniz intern* Nr. 17/5.4.2003, S. 3-5.
- Einführung (2001), in: Jahresbericht 2001 der Geisteswissenschaftlichen Zentren Berlin, hrsg. vom Vorstand des Vereins Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin, Berlin, S. 9-13.
- Einhäupl, Karl Max (2002): Antwort des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates auf eine Anfrage von „Leibniz Intern“, Köln, 5.12.2002, dok. in: *Leibniz Intern* 16/15.1.2003, S. 11.
- Eppelmann, Rainer/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hg.) (2003): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn.
- Flemming, Bert (1995): Bericht über die Arbeit des Ehrenausschusses, in: *Humboldt Universität* 8-1994/95, 9.6.1995, S. 3.
- Flierl, Thomas (Interview) (2003): Mit Sympathie, aber ohne Aussicht auf Förderung. Ost-West-Kommission in der Warteschleife. Interview mit dem Berliner Wissenschaftssenator, in: *Leibniz intern* 19/2003, S. 17.
- (2003a): Begrüßungsworte an die TeilnehmerInnen des Rundtischgesprächs „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“, Berlin, 28.10.2003, unveröff.
- Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler/Netzwerk Wissenschaft (Hg.) (1992): Informationen über Vereine und Projekte, Berlin.
- Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (Hg.) (2002): Erfolg im Osten. 10 Jahre Fraunhofer-Gesellschaft in den neuen Bundesländern, München.
- Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (1993): Unfrieden in Deutschland 2. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin.
- Gesetz über die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Hochschulen im Ostteil Berlins in Rechtsverhältnisse nach dem Berliner Hochschulgesetz (Hochschulpersonal-Übernahmegesetz – HPersÜG), in: *Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin*, 48. Jg. Nr. 27, 20.6.1991, S. 191.
- Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes. Vom 18. Juli 1991, in: *Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin*, 47. Jg. Nr. 33, 26.7.1991, S. 176-178.
- GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.) (1995): Projekte und Leistungen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms. Vorgestellt anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des WIP-Rates „WIP – Leistungen und Perspektiven“ am 5. Dezember 1995 im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin, Frankfurt a.M.
- Gilbert, Lutz (2000): Zu Arno Hecht: „Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländern“, hso 1-2/2000, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 307-309.
- Gräfe, Sebastian/Peer Pasternack (Hg.) (2001): Abweichungen. Nachrichten aus der ostdeutschen Gesellschaft, Leipzig.
- Hall, Karl-Heinrich (1994): Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung, in: R. Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a.M./New York, S. 165-189.
- Hecht, Arno (2000): Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 210-221.
- (2002): Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Verlag Faber & Faber, Leipzig.
- Heyden, Ulrich van der (2001): Standpunkte, Hintergründe und Diskussionen zum Für und Wider der Beseitigung der Afrikawissenschaften aus der DDR, in: *hochschule ost* 1/2001, S. 171-200.
- (2002): Was ist zu tun? Möglichkeiten der Re-Integration ostdeutscher Geisteswissenschaftler, in: St. Bollinger/U. v. d. Heyden (Hg.), *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*, Berlin, S. 245-253.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (1991): Streitsache: „Abwicklung“ in Ostdeutschland, Deutscher Instituts-Verlag, Köln.
- (Hg.) (1992): Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Deutscher Instituts-Verlag, Köln.
- KAI e.V. (Hg.) (1995): KAI-AdW. Entwicklung einer Abwicklung. 3.10.1990 bis 31.12.1993, Akademie Verlag, Berlin.
- Kaschuba, Wolfgang (1993): Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993, S. 49.

- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin, S. 255-301.
- Kehm, Barbara M./Peer Pasternack (2001): Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels, Beltz Verlag, Weinheim/Basel.
- Koalitionsvereinbarung (2002) = Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001-2006, Berlin.
- Kocka, Jürgen (1998): Einleitung, in: ders./R. Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung, Berlin, S. 7-19.
- (Hg.) (2002): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, hrsg. unt. Mitarb. v. Peter Nötzoldt und Peter Th. Walter, Akademie-Verlag, Berlin.
- /Renate Mayntz (Hg.) (1998): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Akademie-Verlag, Berlin.
- Köhler, Gerd (Hg.) (1991): Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost. Teil 1: Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen. April 1991 Zwischenbericht. Teil 2: Überführung und Abwicklung von Hochschuleinrichtungen (ohne Zentraleinrichtungen wie Sport, Sprachen usw.). Mai 1991 Zwischenbericht. Zusammengest. und bearb. von Matthias N. Winter, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt a.M.
- Kolbe, Peter (2003): Schreiben an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, 14.6.2003, unveröff.
- Kollmorgen, Raj (1995): Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern, in: *hochschule ost* 5-6/1995, S. 9-23.
- Kreckel, Reinhard (1995): Soziologie an den ostdeutschen Universitäten. Abbau und Neubeginn, in: B. Schäfers (Hg.), Soziologie in Deutschland, Opladen, S. 219-236.
- Krull, Wilhelm (1994): Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: R. Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben, Frankfurt a.M./New York, S. 205-225.
- Küpper, Mechthild (1993): Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform. Rotbuch Verlag, o.O.
- Land, Rainer/Rolf Reißig (1998): Rundbrief an die betroffenen ostdeutschen Institute vom 23.11.98, unveröff.
- Lang, Sabine/Birgit Sauer (Hg.) (1997): Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin, Frankfurt a.M./New York.
- Leibniz-Sozietät (2003): Gelehrtensozietät wurde durch Einigungsvertrag nicht aufgelöst. Präsidium der Leibniz-Sozietät zum Gutachten zu Art. 38 (2) EV, in: *Leibniz intern* 16, S. 2.
- Lewin, Dirk (1997): Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- Lohr, K./D. Simon/V. Sparschuh/St. Wilsdorf (1996): Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem „freien Markt“? Chancen und Risiken neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 2/1996, S. 100-121.
- Lommatzsch, Klaus (Interview) (1992): Ein Schritt zur inneren Erneuerung. Interview mit dem Vorsitzenden der Anhörungskommission, in: *Humboldt Universität* 2-1992/93, 9.12.1992, S. 6.
- (1992a): Übersicht über die Tätigkeit der Anhörungskommission der Humboldt-Universität zu Berlin (14. Juli 1992), in: *Humboldt Universität* 2-1992/93, 9.12.1992, S. 6.
- Mählert, Ulrich (2002) (Hg.): Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Ch. Links Verlag, Berlin.
- Matschenz, Ingrid/Kurt Pätzold/Erika Schwarz/Sonja Striegnitz (Hg.) (1996): Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Maas Verlag, Berlin.
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.) (2003): Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern, München.
- Mayntz, Renate (Hg.) (1994): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a. M./New York.
- (1994a): Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: dies. (Hg.), Aufbruch und Reform von oben, Frankfurt a.M./New York, S. 283-312.
- (1994b): Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992, unter Mitarbeit von Hans-Georg Wolf, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York.
- Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus, TU Dresden (Hg.) (1997): Von der Akademie zur Fakultät, Dresden.

- Meske, Werner (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- (2001): Wissenschaft in Ostdeutschland. Eine ambivalente Zwischenbilanz des deutsch-deutschen Einigungsprozesses nach 10 Jahren, in: F. Bretschneider/G. Köhler (Hg.), *Autonomie oder Anpassung? Die Dokumentation der 20. GEW-Sommerschule*, Frankfurt a.M./Paris, S. 249-274.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Meyer, Hans Joachim (1990): Reden zur Hochschulpolitik, hrsg. vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Berlin.
- (1993): Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 296-298.
- (o.J. [1994]): Die Hochschulen in den neuen Ländern. Eine problemorientierte Bilanz, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden.
- (1997): Erneuern und Bewahren. Reden, Aufsätze und Pressebeiträge zur Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Teil I: 1990 bis 1993. Teil II: 1994 bis 1996, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.
- Mittelstraß, Jürgen (1993): Turning the Tables. Über den beispiellosen Umbau eines Wissenschaftssystems, in: *Berlinische Monatsschrift* 11/1993, S. 18-30.
- (2002): Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?, in: *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* (Hg.), *10 Jahre danach*, Essen, S. 29-32.
- (2002a) (Interview): „Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen ...“, in: *Leibniz intern* Nr. 12, 30.4.2002, S. 10f.
- Muszynski, Bernhard (Hg.) (1993): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft, Leske + Budrich, Opladen.
- Nature (1994) = German academics find career boost in east, in: *Nature* 370 (1994), S. 240.
- Naumann, Manfred (2002): Kommentar zum Beitrag von Peter Th. Walther, in: J. Kocka (Hg.), *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990*, Berlin, S. 133-137.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993, in: Renate Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a. M., S. 33-60.
- Neie, Thomas (1996): Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 – 1993, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 133-148.
- (1997): Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulerneuerung, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 247-255.
- Nowak, Kurt (1991): Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, S. 371-381.
- Olbertz, Jan (1992): Standpunkte zur Personalerneuerung, in: G. Buck-Bechler/H. Jahn, *Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern*, Berlin, 28f.
- Ordnung der Anhörungskommission der Humboldt-Universität zu Berlin, o.J. [1991], S. 0, unveröff.
- Ostdeutsches Memorandum (1993), dokumentiert in: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde: *Unfrieden in Deutschland 2. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet*, Berlin, S. 10.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1993): IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig.
- (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Universitätsverlag Leipzig, Leipzig.
- (1996a): Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: *Deutschland Archiv* 3/1996, S. 371-380.
- (1996b): Osthochschulen. Eine Wegbeschreibung mit kurzweiligen Abschweifungen, in: *Prokla* 104=3/1996, S. 357-369.
- (1997): Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990-1997, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 214-246.
- (1997a): Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989, in: *hochschule ost* 2/1997, S. 116-143.
- (Hg.) (1998): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (= *hochschule ost special*), Leipzig.
- (1998a): Demokratische Erneuerung und Kolonialisierung. Prüfung zweier Klischees, in: A. Söllner/R. Walckenhaus (Hg.), *Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern*, Opladen/Wiesbaden, S. 146-173.
- (1999): Die demokratische Qualität der demokratischen Erneuerung. Humboldt-Universität zu Berlin und (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989-1995, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 2, S. 95-120.

- (1999a): Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliografie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- (1999b): „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.
- (1999c): Der Umbau des ostdeutschen Hochschulsystems 1989ff. Literaturfeld und Forschungsstand, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 2, S. 231-237.
- (2001): Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster, in: ders. (Hg.), *DDR-bezogene Hochschulforschung*, Weinheim/Basel, S. 219-238.
- (Hg.) (2001a): *DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel.
- (2001b): Innerdeutsche Beziehungen. Ost und West an den Ost-Hochschulen, in: S. Gräfe/P. Pasternack (Hg.), *Abweichungen. Nachrichten aus der ostdeutschen Gesellschaft*, Leipzig, S. 114-143.
- (2001c): Der ostdeutsche Transformationsfall. Hochschulerneuerung als Geschichte einer Komplexitätsreduktion, in: B. M. Kehm/P. Pasternack, *Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem*, Weinheim/Basel, S. 33-64.
- (2001d): Von Organen zu Diskussionsangebotsunterbreitern. Die geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschriftenlandschaft in der DDR und in Ostdeutschland nach 1989, in: ders. (Hg.), *DDR-bezogene Hochschulforschung*, Weinheim/Basel, S. 141-180.
- (2001e): Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990 – 2000. Unter Mitarb. v. A. Glück, J. Hüttmann, D. Lewin, S. Schmid und K. Schulze. HoF Wittenberg, Wittenberg.
- (2002): Grußwort zum Leibniz-Tag, in: *Leibniz intern* Nr. 14, 15.8.2002, S. 1-2.
- (2002a): Tagung „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“, veranstaltet am 30.11./1.12.2002 von der Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO) im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), Wortprotokoll, unveröff.
- (2004): Wozu die DDR lehren?, in: J. Hüttmann/U. Mählert/P. Pasternack (Hg.), *DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Hochschullehre, Unterricht und politischer Bildung* [im Ersch.].
- Pfeiffer, Christian (1999): Untertanengeist zählte mehr als Individualität, URL: <http://home.t-online.de/Gplatzdasch/nd04.htm> (Zugriff: 24.2.2003).
- Phönix-Projektgruppe (1999): Phönix im Sturzflug. Wissenschaftlicher Umbruch und Strukturwandel an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1989. Studentisches Projektforum an der Humboldt-Universität, 1998/1999, Berlin, URL: <http://www.amor.rz.hu-berlin/~h0444xbn/info.html>
- Podiumsdiskussion (2002) = Vergangenheit und Zukunft der Wissenschaftsakademie. Ein Blick ins 21. Jahrhundert, in: J. Kocka (Hg.), *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990*, Berlin, S. 341-361.
- Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation (= *Utopie kreativ* Januar 1992), Berlin 1992.
- Post, Alfred (Hg.) (2002): Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Symposium am 1. November 2001, Dresden.
- Raiser, Thomas (1998): Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989-1994, Berlin Verlag Arno Spitz/Nomos Verlag, Berlin/Baden-Baden.
- Reinschke, Kurt (1992) (Interview): Selbsterneuerung ist unvorstellbar, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.), *Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel*, Köln, S. 68-77.
- Richter, Edelbert/Joachim Wipperfurth (o.J. [1992]): Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern, o.O. [Strasbourg].
- Rüttgers, Jürgen (1996): Fünf Jahre deutsche Einheit: Die blühenden Landschaften sind im überall im Kommen, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 182-186.
- Schäfers, Bernhard (Hg.) (1995): *Soziologie in Deutschland*, Leske + Budrich, Opladen.
- Schimank, Uwe (1994): Die Rolle der Westdeutschen Rektorenkonferenz/Hochschulrektorenkonferenz bei der Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen, in: R. Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a.M./New York, S. 259-281.
- Schlögel, Karl (2003): Wie man einen Plan erfüllt und dabei die Geschichte entsorgt. Die Ausstellung „Berlin-Moskau“ als Lehrstück der neuen deutsch-russischen Kulturbegegnungen, in: *F.A.Z.*, 21.10.2003, S. 39.
- Schluchter, Wolfgang (1993): Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, Teil 2, in: *hochschule ost* 9/1993, S. 5-18.
- (1996): Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.
- Schneider, Hans-Peter (1991): Die Akademie der Wissenschaften als Gelehrtensozietät. Rechtliche Bemerkungen zu einem politischen Thema, hrsg. von der Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Schramm, Hilde (Hg.) (1993): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, BasisDruck Verlag, Berlin.
- Senat von Berlin (2002): Richtlinien der Regierungspolitik, URL: <http://www.berlin.de/rbmskzl/landesregierung/richtlinien/index.html> [Zugriff: 12.12.2003].
- (o.J. [2003]): Positionspapier zur Zusammenarbeit des Landes Berlin mit Mittel- und Osteuropa. Grundsätze und Schwerpunkte, URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbm-skzl/europareferat/52.pdf> [Zugriff: 3.12.2003].
- Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin (Hg.) (1999): Forschung in Berlin. Politik Potenziale Projekte, Berlin.
- Simon, Dieter (1991): Evaluationssplitter, in: *Rechtshistorisches Journal* Bd. 10, Frankfurt a.M. 1991.
- (Interview) (1992): „Nackte Verzweiflung“. Dieter Simon, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, sieht Trümmer in der Forschungslandschaft, in: *Wochenpost* 27/1992, S. 26.
- (1996): Westliche Theorie – östliche Realität. Zur Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft im wiedervereinigten Deutschland, in: G. Köhler/A. Köpke (Hg.), „Wissenschaft als Beruf“. Die Dokumentation der 15. GEW-Sommerschule '95, Frankfurt a.M., S. 207-216.
- (1998): Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, Berlin, S. 509-523.
- (1999): Akademie der Wissenschaften. Das Berliner Projekt. Ein Brevier, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin.
- (2003): De mortuis nihil nisi bene, URL: <http://www.bbaw.de/termine/2003/06/bericht.html> [Zugriff: 27.8.2003]
- Söllner, Alfons/Ralf Walkenhaus (Hg.) (1998): Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden.
- Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern – eine Zwischenbilanz, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 308-310 und 6/1993, S. 387.
- Standke, Klaus-Heinrich (2002): Die Berliner MOE-Kompetenz. „Die Mittel- und Osteuropakompetenz der Stadt Berlin – Chancen und Herausforderungen“. Tagungsbericht, URL: <http://www.berlinews.de/archiv-2002/1773.shtml>
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.) (2002): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus, Essen.
- StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.) (1999): 1989-1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach (=UnAufgefordert. Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität Nr. 106/November 1999), Berlin.
- StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90 /Jan. '91 in Leipzig. hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten, seilschaften verlag leipzig, Leipzig 1991.
- StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.) (1991a): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Textsammlung. Unkommentiert, Leipzig.
- Thieme, Werner (1992): Fortbestand und Erneuerung der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Carl Heymanns Verlag, Köln/Berlin/Bonn/München.
- Thomsen, Jan (2003): CDU wirft Kultursenator Klientelpolitik vor, in: *Berliner Zeitung*, 20.9.2003
- Universität Potsdam, Rektorat (Hg.) (1995): Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam, Potsdam.
- Universität Rostock, der Rektor (Hg.) (1996): Die Ehrenkommissionen an der Universität Rostock. Reden anlässlich der Beendigung der Tätigkeit der Ehrenkommissionen am 30.06.1995 und Bericht der Ehrenkommission der Universität Rostock, Rostock.
- Vorstand der GWZ Berlin (2002): Konzept für Geisteswissenschaftliche Forschungszentren in Berlin, November 2002, unveröff.
- Wegelin, Jakob (2002): Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland, in: *Leibniz Intern* Nr. 12, 30.4.2002, S. 13-15.
- Weingart, Peter/Jörg Strate/Matthias Winterhager (1991): Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat, Bielefeld, unveröff.
- WIP-Rat (2002): Anhang zur „Denkschrift des WIP-Rates Berlin“, Berlin.
- (2002a): Schreiben an den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin, 5.7.2002, unveröff.

- Wissenschaftsrat (1990): Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Vom Juli 1990, in: ders., Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991, S. 7-28.
- (1991): Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln.
- (1992): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, in: ders., Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin, Köln, S. 5-192.
- Wolf, Hans-Georg (1996): Organisationsschicksale im deutschen Vereinigungsprozeß. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York.
- Wolff, Christian W. (Hg.) (1997): Wandel in Deutschland – Prozeß oder Abrechnung? Ein Ausschnitt aus dem Leben an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1989, Europäisches Centrum für Innovationen ECI, Weimar.
- Wöltge, Herbert (2000): Die Leibniz-Sozietät im Jahr 300 der Berliner Akademie, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 195-209.
- Wolter, Henner (1992): Zusatzversorgungssysteme der Intelligenz. Verfassungsrechtliche Probleme der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern, Baden-Baden.
- Zimmermann, Karin (1997): Wissenschaftliche Netzwerke im deutsch-deutschen Wissenschaftstransfer, in: S. Lang/B. Sauer (Hg.), *Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin*, Frankfurt a.M./New York, S. 247-262.
- (1999): Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Am Beispiel der Reorganisation ostdeutscher Universitäten, in: F. Bretschneider/P. Pasternack (Hg.), *Akademische Rituale*, Leipzig, S. 171-194.
- (2000): Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin.

Anhang

Fragebogen für das schriftliche Anhörungsverfahren

1. Nach der deutschen Einheit wurde das DDR-Hochschulwesen strukturell dem westdeutschen Hochschulsystem angepasst. Diese Transformationsphase wurde durch den Einigungsvertrag reguliert und beinhaltete auch die ‚personelle Erneuerung‘ des ostdeutschen Hochschulsystems. Dieter Simon hat dies als „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“ zusammengefasst. Könnten Sie bitte beschreiben, wie Sie rückblickend diesen Prozess beurteilen? Welche positiven und/oder negativen Folgen sind dabei aus Ihrer Sicht noch heute virulent?
2. Für eine Übergangszeit wurden Sonderprogramme wie etwa das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), das die Finanzierung positiv evaluierter ostdeutscher Wissenschaftler bis zum Erhalt einer festen Stelle gewährleisten sollte, initiiert. Lässt sich aus Ihrer Sicht sagen, dass Programme dieser Art die sozialen Folgen des Transformationsprozesses erfolgreich abgefedert haben?
3. Ein gängiges Bild lautet, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘. Wenn wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Blick nehmen: Was spricht dann Ihres Erachtens für diese Diagnose bzw. was spricht dagegen?
4. Meinen Sie, dass es spezifische Kompetenzen gibt, die ostdeutsche Wissenschaftler einbringen bzw. einbringen könnten? Wenn ja: Können sie diese heute in das wissenschaftliche Leben einbringen?
5. Der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß forderte auf dem im Februar 2002 vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, dem Wissenschaftsrat und der Volkswagenstiftung veranstalteten Symposium „10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin“: „Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah.“ Ist diese Forderung für Sie nachvollziehbar?
6. Können Sie in drei Punkten beschreiben, was für Sie die dringlichsten Probleme der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ sind?
7. Haben Sie Lösungsvorschläge für diese Probleme?

Leitfaden für die Experteninterviews

1. Einschätzung des Transformationsprozesses (Ursachenforschung)

- 1.1 Der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß forderte auf dem im Februar 2002 vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, dem Wissenschaftsrat und der Volkswagenstiftung veranstalteten Symposium „10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin“: „Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah.“ Ist diese Forderung für Sie nachvollziehbar?
- 1.2 Welche Ziele wurden bei dem ostdeutschen Wissenschaftsumbau verfolgt?
 - 1.2.1 Würden Sie sagen, dass in diesen Zielen Konflikte lagen, die auftreten mussten bzw. dann auch aufgetreten sind?
 - 1.2.2 Wie beurteilen Sie im besonderen das Ziel der ‚personellen Erneuerung‘?
- 1.3 An welche Instrumente, die zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt wurden, erinnern Sie sich noch?
 - 1.3.1 Würden Sie sagen, diese Instrumente waren im großen und ganzen dazu geeignet, die Ziele zu erreichen?
 - 1.3.2 Wie sehen Sie speziell die eingesetzten Instrumente und Verfahren, die die ‚personelle Erneuerung‘ gewährleisten sollten?
- 1.4 Spielten in diesem Prozess auch (Ost-)Berliner Besonderheiten gegenüber den sonstigen ostdeutschen Bundesländern eine Rolle?
- 1.5 Welche Folgen hatte dieser Prozess insgesamt für die Wahrnehmung des Umbaus durch die Betroffenen?
- 1.6 Bei den Bewertungen des ostdeutschen Hochschulumbaus trifft man heute auf gegensätzliche Positionen. Wo die einen von einer ‚Erfolgsstory‘ sprechen, sehen die anderen eine ‚Wissenschaftskatastrophe‘. Welcher dieser beiden Positionen würden Sie eher zuneigen?

2. Folgeprogramme und Übergangsregelungen

- 2.1 Für eine Übergangszeit wurden Sonderprogramme wie etwa das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) initiiert. Waren diese Sonderprogramme erfolgreich?
- 2.2 Gibt es Bereiche, für die Sie rückblickend Sonderprogramme für sinnvoll gehalten hätten?

3. Gegenwärtige Probleme als Folgen des Wissenschaftsumbaus

- 3.1 Sehen Sie Probleme und Konflikte aus der Zeit des Wissenschaftsumbaus, die heute noch virulent sind? Wenn ja, welche?
 - 3.1.1 Sehen Sie dabei Besonderheiten der „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“?
 - 3.1.2 Wie schätzen Sie speziell die Situation der sogenannten ‚mittleren Generation‘ ein, also denjenigen, die 1989/90 30 bis 45 Jahre alt waren?
- 3.2 Ein gängiges Bild lautet, Berlin sei die ‚Werkstatt der Einheit‘. Wenn wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlicher in den Blick nehmen: Was spricht dann Ihres Erachtens für diese Diagnose bzw. was spricht dagegen?
- 3.3 Würden Sie sagen, dass es spezifische Kompetenzen gibt, die ostdeutsche Wissenschaftler einbringen bzw. einbringen könnten? Wenn ja: Ist es ihnen möglich, diese heute in das wissenschaftliche Leben einzubringen?

3.3.1 Kann man darüber hinaus sagen, dass ostdeutschen Perspektiven auch im gesellschaftlichen Raum beachtet werden?

3.4 Lassen sich aus Ihrer Sicht akute einigungsbedingte Probleme von Ost-Berliner Wissenschaftlern nennen?

4. Lösungsvorschläge

4.1 Sehen Sie Lösungsmöglichkeiten für einige dieser Probleme?

4.2 Wie beurteilen Sie die politischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung solcher Lösungen? Wo liegen Chancen, wo Grenzen einer nachträglichen Regelung?

4.3 Würden Sie auch Bereiche sehen, in denen es Änderungsbedarf gibt, der aber jenseits des politisch Machbaren liegt? Was müsste dort getan werden?

4.4 Können Sie sich vorstellen, dass der ‚Wissenschaftsstandort Berlin‘ von einer Lösung der genannten Probleme profitieren könnte? Wenn ja, wie?

HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung

Das Institut

HoF Wittenberg ist das einzige Institut, das in den ost-deutschen Bundesländern Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge; gleichwohl beschränkt sich das Institut nicht auf die Untersuchung regionaler Entwicklungen.

1996 gegründet, knüpft HoF Wittenberg an eine Vorgängereinrichtung an: Die "Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst" hatte von 1991 bis 1996 die Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschulwesens analysierend und dokumentierend begleitet.

Das Institut für Hochschulforschung Wittenberg wird gemeinsam vom Bund und vom Land Sachsen-Anhalt getragen. Es ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert.

Am HoF arbeiten derzeit 17 Wissenschaftler(innen), unterstützt von zwei Bibliothekarinnen und zwei Verwaltungsangestellten. Geleitet wird das Institut von Prof. Dr. Reinhard Kreckel.

Das Programm

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Hierzu erhebt HoF Wittenberg Daten, entwickelt theoretische Ansätze, stellt Informationen zur Verfügung, erarbeitet Prognosen, bietet Planungshilfen an und begleitet Hochschulreformprojekte. Das Institut betreibt sowohl Grundlagen- und historische Forschung als auch anwendungsorientierte Forschung sowie Projekte im Service- und Transfer-Bereich.

Vier Themenschwerpunkte strukturieren das Programm inhaltlich:

- Qualität,
- Steuerung,
- Transformation und
- Wissenschaftsinformation.

Die Projekte

Die laufenden Forschungsprojekte befassen sich mit:

- Universitäten im Kräftefeld Staat – Markt – Autonomie
- Zielvereinbarungen, Hochschulverträge und Hochschulsteuerung
- Organisationsreform an Hochschulen
- Qualität als Hochschulpolitik
- Qualifizierung des Hochschuleingangs
- Übergang von der Hochschule in den Beruf
- Qualifizierungs- und Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Geschlechterverhältnisse und Gender Mainstreaming an Hochschulen
- Regionale Nachfrage nach Hochschulbildung
- Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994
- Hochschulexpansion in 20. Jahrhundert
- Hochschulgeschichte der DDR und des früheren Ostblocks
- Hochschulentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten

- Erfassung und Aufbereitung von Hochschulstrukturdaten
- Hochschulbildungsfinanzierung unter Bedingungen von Transformation und Globalisierung
- DDR-Geschichte in den Lehrprogrammen deutscher Hochschulen
- Informations-Dokumentations-System Hochschule/Hochschulforschung

Publikationen

HoF Wittenberg gibt die Buchreihe *Wittenberger Hochschulforschung* heraus. Das Institut publiziert die Zeitschrift *die hochschule. journal für wissenschaft und bildung* (vormals *hochschule ost*). Ferner informiert der Instituts-Newsletter *HoF-Berichterstatter* zweimal im Jahr über die Arbeit am HoF. Projektergebnisse und Tagungsdokumentationen werden u.a. in den *HoF-Arbeitsberichten* veröffentlicht.

Zahlreiche der Publikationen können auch von den Internetseiten des Instituts herunter geladen werden:
<http://www.hof.uni-halle.de>

Wissenschaftsinformation

HoF Wittenberg verfügt über eine Spezialbibliothek mit etwa 50.000 Bänden und ca. 180 Zeitschriften. Die Neuerwerbungen konzentrieren sich auf die Kernbereiche der Hochschulforschung sowie Fragen der Hochschultransformation in Ostdeutschland und Osteuropa. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten, die aus den Beständen des früheren Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB/DDR) Berlin übernommen wurde. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.

Im Aufbau befindet sich ein integriertes Informations-Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung, durch das künftig wissenschaftliche Erkenntnisse, laufende Projekte, Veranstaltungen sowie Institutionen, Experten und Links über das Internet rationell abgerufen werden können (URL: <http://ids.hof.uni-halle.de>). Das Projekt wird von der Volkswagenstiftung gefördert. An diesem Vorhaben sind zahlreiche Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen, Fachbibliotheken und Fachinformationseinrichtungen beteiligt.

Der Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg steht im Zusammenhang mit der Neubelebung des Universitätsstandorts. 1502 wurde die „Leucorea“, die Wittenberger Universität, gegründet. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 durch die Vereinigung mit der Universität in Halle der Standort aufgegeben. In Anknüpfung an die historische „Leucorea“ ist 1994 eine gleichnamige Universitätsstiftung errichtet worden. Deren Räumlichkeiten beherbergen neben HoF Wittenberg weitere sieben wissenschaftliche Einrichtungen.

Bislang erschienene Arbeitsberichte:

- | | | | |
|------|---|------|--|
| 1'97 | Jahn, Heidrun: <i>Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches</i> , 22 S. | | Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg, 83 S., ISBN 3-9806701-3-9, € 7,50. |
| 2'97 | Lischka, Irene: <i>Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten</i> , 33 S. | 5'00 | Lischka, Irene: <i>Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten</i> , 75 S. |
| 3'97 | Buck-Bechler, Gertraude: <i>Zur Arbeit mit Lehrberichten</i> , 17 S. | | |
| 4'97 | Lischka, Irene: <i>Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland</i> , 15 S. | 1'01 | Pasternack, Peer: <i>Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994</i> , 45 S. |
| 5'97 | Burkhardt, Anke: <i>Stellen und Personalbestand an ost-deutschen Hochschulen 1995. Datenreport</i> , 49 S. | 2'01 | Olbertz, Jan-Hendrik/Otto, Hans-Uwe (Hg.): <i>Qualität von Bildung. Vier Perspektiven</i> , 127 S., ISBN 3-9806701-4-7, € 5,-. |
| 1'98 | Jahn, Heidrun: <i>Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg</i> , 40 S. | 3'01 | Jahn, Heidrun: <i>Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg</i> , 58 S. |
| 2'98 | Lewin, Dirk: <i>Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse</i> , 44 S. | 4'01 | Teichmann, Christine: <i>Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation</i> , 51 S. |
| 3'98 | Jahn, Heidrun: <i>Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse</i> , 38 S. | 5'01 | Pasternack, Peer: <i>Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000</i> . Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, 131 S., ISBN 3-9806701-5-5, € 5,-. |
| 4'98 | Pasternack, Peer: <i>Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre</i> , 30 S. | | |
| 5'98 | Lischka, Irene: <i>Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten</i> , 43 S. | 1'02 | Kreckel, Reinhard/Pasternack, Peer: <i>Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996–2001</i> , 79 S. |
| 1'99 | Buck-Bechler, Gertraude: <i>Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?</i> , 65 S. | 2'02 | Kreckel, Reinhard/Lewin, Dirk: <i>Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt</i> , 42 S. |
| 2'99 | Pasternack, Peer: <i>Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990–1998</i> , 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, € 12,50. | 3'02 | Lischka, Irene: <i>Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern</i> , 93 S. |
| 3'99 | Lewin, Dirk: <i>Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements</i> , 61 S. | 4'02 | Friedrich, Hans Rainer: <i>Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses</i> , 22 S. ISBN 3-9806701-6-3. |
| 4'99 | Jahn, Heidrun: <i>Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung</i> , 35 S. | 5'02 | Teichmann, Christine: <i>Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten</i> , 42 S. |
| 5'99 | Lischka, Irene: <i>Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt</i> , 104 S. | | |
| 6'99 | Jahn, Heidrun / Kreckel, Reinhard: <i>Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie</i> , 72 S. | 1'03 | Reisz, Robert D.: <i>Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000</i> , 42 S. |
| 7'99 | Alesi, Bettina: <i>Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990 – 1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation</i> . In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S., ISBN 3-9806701-1-2, € 7,50. | 2'03 | Reisz, Robert D.: <i>Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions</i> , 34 S. |
| 1'00 | Jahn, Heidrun: <i>Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen</i> , 65 S. | 3'03 | Lischka, Irene: <i>Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003</i> , 148 S., ISBN 3-9806701-8-X, € 10,-. |
| 2'00 | Burkhardt, Anke: <i>Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation</i> , 182 S., ISBN 3-9806701-2-0, € 12,50. | 4'03 | Bloch, Roland/Hüttmann, Jens: <i>Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns</i> , 48 S. |
| 3'00 | Lewin, Dirk: <i>Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht</i> , 127 S. | 5'03 | Meyer, Hansgünter (Hg.): <i>Hochschulen in Deutschland: Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003</i> , 79 S. |
| 4'00 | Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/HoF Wittenberg (Hg.): <i>Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten</i> | 1'04 | Teichmann, Christine: <i>Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in Russland. Ein innovatives Modell zur Modernisierung der Hochschulbildung</i> , 40 S. |

Zweimal jährlich erscheinen die wissenschaftliche Zeitschrift des Instituts „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ sowie der Newsletter „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Meldungen aus dem Institut.

Beim Beltz Verlag Weinheim/Basel gibt das Institut die Schriftenreihe „Wittenberger Hochschulforschung“ heraus.